



# Plenarprotokoll

## 46. Sitzung

Donnerstag, 23. Januar 2014

### Keine Zwangsmitgliedschaft in der Pflegekammer.....

3714

Antrag der Fraktionen von CDU und PIRATEN  
Drucksache 18/1456 (neu)

Katja Rathje-Hoffmann [CDU]..... 3714, 3728  
Birte Pauls [SPD]..... 3716, 3730  
Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]..... 3718, 3732  
Anita Klahn [FDP]..... 3721  
Wolfgang Dudda [PIRATEN]..... 3724, 3732  
Flemming Meyer [SSW]..... 3725  
Dr. Heiner Garg [FDP]..... 3727  
Dr. Ralf Stegner [SPD]..... 3729  
Lars Harms [SSW]..... 3732  
Heike Franzen [CDU]..... 3733

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung.....

3736

Beschluss: Ablehnung.....

3739

### Bericht zur Situation kulturelle Bildung.....

3739

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 18/1384

Mündlicher Bericht der Landesregierung

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa.....  
Jette Waldinger-Thiering [SSW]...

3739

3742

Peter Sönnichsen [CDU].....	3744, 3746	<b>Förderung der Beratungsstellen zur Teilzeitausbildung unverzüglich fortsetzen.....</b>	3766
Beate Raudies [SPD].....	3746	Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/1473	
Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN].....	3748	<b>Teilzeitausbildung - ein wichtiger Baustein im dualen System.....</b>	3766
Anita Klahn [FDP].....	3750	Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/1508	
Sven Krumbeck [PIRATEN].....	3753	Christopher Vogt [FDP], zur Geschäftsordnung.....	3767
Barbara Ostmeier [CDU].....	3755	Hans-Jörn Arp [CDU], zur Geschäftsordnung.....	3767
Beschluss: Tagesordnungspunkt mit Berichterstattung der Landesregierung erledigt.....	3755	Katja Rathje-Hoffmann [CDU].....	3767
<b>Gemeinsame Beratung</b>		Tobias von Pein [SPD].....	3768
<b>a) Arbeitnehmerfreizügigkeit: Perspektiven bieten, Chancen ergreifen, Missbrauch verhindern, antieuropäischem Populismus keine Chance lassen.....</b>	3756	Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3769
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/1470		Christopher Vogt [FDP].....	3771
<b>b) Chancen der Arbeitnehmerfreizügigkeit nutzen.....</b>	3756	Wolfgang Dudda [PIRATEN].....	3772
Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/1476		Flemming Meyer [SSW].....	3773
<b>Arbeitnehmerfreizügigkeit in der EU fördern - Zukunftschancen ergreifen - Missbrauch bekämpfen.....</b>	3756	Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie.....	3774
Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/1513		Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], zur Geschäftsordnung.....	3776
Christopher Vogt [FDP].....	3756	Beschluss: 1. Berichts Antrag Drucksache 18/1508 Absatz 1 mit Berichterstattung der Landesregierung erledigt 2. Überweisung der Anträge Drucksache 18/1473 und des für selbstständig erklärten Änderungsantrags Drucksache 18/1508 Abs. 2 und 3 an den Wirtschaftsausschuss.....	3776
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	3758	<b>Gemeinsame Beratung</b>	
Astrid Damerow [CDU].....	3759	<b>a) AKN - Elektrifizierung zügig weiterplanen, zeitnah bauen und bis 2018 fertigstellen .....</b>	3776
Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3761	Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/1474	
Angelika Beer [PIRATEN].....	3762	<b>b) Taktverdichtung und Taktverbesserung bei der AKN ab 2014 wegen Ausbau der A 7 .....</b>	3776
Flemming Meyer [SSW].....	3763		
Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie.....	3765		
Beschluss: 1. Annahme der Anträge Drucksachen 18/1470 und 18/1476 2. Ablehnung des Änderungsantrags Drucksache 18/1513.	3766		

Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/1062		Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/1422	
Bericht und Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses Drucksache 18/1441		<b>Politisches Weisungsrecht gegen- über Staatsanwälten abschaffen, selbstverwaltete Justiz ermöglichen</b>	3797
Christopher Vogt [FDP], Bericht- ersteller.....	3776	Änderungsantrag der Fraktion der PI- RATEN	
Peter Lehnert [CDU].....	3776	Drucksache 18/1515	
Kai Vogel [SPD].....	3777	Barbara Ostmeier [CDU].....	3797
Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3778	Dr. Patrick Breyer [PIRATEN].....	3800, 3811
Christopher Vogt [FDP].....	3779	Thomas Rother [SPD].....	3802
Uli König [PIRATEN].....	3781	Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3803
Flemming Meyer [SSW].....	3783	Wolfgang Kubicki [FDP].....	3805
Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie.....	3784	Lars Harms [SSW].....	3810
Beschluss: 1. Überweisung des An- trags Drucksache 18/1474 an den Wirtschaftsausschuss		Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa.....	3812
2. Ablehnung des Antrags Drucksache 18/1062.....	3785	Beschluss: Überweisung an den In- nen- und Rechtsausschuss.....	3814
Dr. Heiner Garg [FDP], zur Ge- schäftsordnung.....	3786		
<b>Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Kom- munalprüfungsgesetzes.....</b>	3786	* * * *	
Gesetzentwurf der Fraktion der FDP Drucksache 18/1467		<b>Regierungsbank:</b>	
Dr. Heiner Garg [FDP].....	3786	Torsten Albig, Ministerpräsident	
Tobias Koch [CDU].....	3787	Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewen- de, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume und Erster Stellvertreter des Ministerpräsidenten	
Birgit Herdejürgen [SPD].....	3789	Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kul- tur und Europa und Zweite Stellvertreterin des Ministerpräsidenten	
Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3790	Monika HeinoId, Finanzministerin	
Torge Schmidt [PIRATEN].....	3792	Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Ar- beit, Verkehr und Technologie	
Lars Harms [SSW].....	3794	Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesund- heit, Familie und Gleichstellung	
Wolfgang Kubicki [FDP].....	3796	* * * *	
Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume..	3796		
Beschluss: Überweisung an den In- nen- und Rechtsausschuss, den Fi- nanzausschuss und den Sozialaus- schuss.....	3797		
<b>Länderkompetenzen stärken - Neue Formen staatsanwaltschaftli- cher Organisation ermöglichen .....</b>	3797		

**Beginn: 10:04 Uhr**

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet. Erkrankt sind heute die Abgeordneten Jürgen Weber und Dr. Gitta Trauernicht. Wir wünschen Ihnen von dieser Stelle aus gute Besserung.

(Beifall)

Für die Landesregierung sind beurlaubt die Ministerin Dr. Wende und der Minister Breitner.

Bitte begrüßen Sie mit mir auf der Tribüne Schülerinnen und Schüler des Friedrich-Schiller-Gymnasiums aus Preetz. - Seien Sie herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Es ist mir eine Ehre, die Vizepräsidentin a. D. Frau Herlich Marie Todsens-Reese herzlich zu begrüßen. - Willkommen im Landtag!

(Lebhafter Beifall)

Meine Damen und Herren, bevor wir wieder in die Debatte eintreten, gebe ich Ihnen noch Änderungen in der Reihenfolge der Beratungen bekannt. Für heute Vormittag ist die Beratung der Punkte 18, 44, 9 und 27 vorgesehen. Am heutigen Nachmittag erfolgt der Aufruf für die Tagesordnungspunkte 28 und 36 nach dem Punkt 21. Die Punkte 13 und 19 sowie 41 sollen ohne Aussprache behandelt werden, und der Punkt 40 soll von der Tagesordnung abgesetzt werden. Es ist vorgesehen, am Freitag ohne Mittagspause zu tagen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 18 auf:

### **Keine Zwangsmitgliedschaft in der Pflegekammer**

Antrag der Fraktionen von CDU und PIRATEN  
[Drucksache 18/1456 \(neu\)](#)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Grundsatzberatung und erteile das Wort der Frau Abgeordneten Katja Rathje-Hoffmann für die CDU-Fraktion.

**Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit Beginn der Diskussion um die **Pflegekammer** haben wir unsere Bedenken und unsere Argumente immer wieder dargelegt und benannt. Interessanterweise gab es schon bei den Befürwortern immer schon Zweifel und Bedenken.

Im Laufe der Zeit ist die Gruppe der Zweifler und Kritiker an der so teuren Zwangsverkammerung von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen immer mehr angewachsen. Erst recht nach Bekanntwerden der **Ergebnisse** aus der interessanten **Befragung** der etwa 1.100 examinierten Pflegefachkräfte in den Krankenhäusern, in den Pflegediensten und in den Altenpflegeheimen ist dies sichtbar geworden. Die befragten Pflegefachkräfte erklärten überwiegend, und das zu 69 %, dass die geplante Pflegekammer die Probleme der Pflege in Deutschland nicht lösen könne, schon gar nicht in Schleswig-Holstein. Das Argument für sich alleine betrachtet ist schon stichhaltig genug, um weitere Zweifel zu haben.

Erwähnen möchte ich auch, dass 56 % meinen, eine Pflegekammer bringe nur zusätzliche Bürokratie. Allerdings - das gehört auch dazu - sagen 51 % der Befragten, sie wollten eine Pflegekammer, und das sollte eigentlich beruhigen.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nüchtern betrachtet muss man sich überlegen: Was ist das für eine Zahl, und wie verifiziere ich sie? Insofern sehe ich in der Befragung eine eklatante Schwäche. Von den 51 % der Befürworter sagen immerhin 17 %, sie seien nicht bereit, **Kammerbeiträge** in welcher Höhe auch immer zu bezahlen. Sie wollen keine Kammerbeiträge, keine Pflicht- und keine Zwangsbeiträge. Aber ohne solche Beiträge kann eine Kammer nicht existieren. Das ist verfassungsrechtlich so geregelt.

(Beifall CDU)

Daran kann man erkennen, dass die 51 %, praktisch eine absolute Mehrheit, gar keine richtige Mehrheit darstellen.

Hier lohnt sich auch ein Blick zu unseren **Hamburger Nachbarn**, die ebenfalls eine Befragung durchgeführt haben. Diese Befragung der Hamburger ist aber ein bisschen transparenter und differenzierter gewesen. Die Hamburger Kolleginnen und Kollegen haben nämlich vor der Befragung mit realistischen Zahlen gearbeitet. Es gehört zur Fairness dazu, dass man den betroffenen Menschen vorher erzählt, was eine Pflegekammer kosten wird, was sie kann und was sie nicht kann. Insofern hätte ich mir ein solches Vorgehen auch für Schleswig-Holstein gewünscht, damit die Pflegenden wissen, dass sie, auch wenn sie nicht im Pflegebereich tätig sind, den Beruf nur gelernt haben und in mittlerweile anderen Professionen tätig sind, trotzdem, wenn sie das Ex-

**(Katja Rathje-Hoffmann)**

amen nicht zurückgeben, 5 € Mitgliedsbeiträge je Monat zu zahlen haben.

(Beifall CDU und Wolfgang Dudda [PIRATEN])

Die Staffelung der Beiträge stellt sich wie folgt dar:

8 € für Teilzeitkräfte, zehn bis 12 € für Vollzeitkräfte und 25 € monatlich für Leitungsfunktionen. Auch dies gehört für uns zur Wahrheit dazu, bevor man eine Befragung durchführt, nicht aber dubiose und nebulöse Zahlen.

(Beifall CDU und Wolfgang Dudda [PIRATEN])

Diese detaillierten Informationen wünschen wir uns auch hier. Vielleicht kann man das Ganze ja noch einmal starten. Aber dieses scheint nicht geplant zu sein.

Bei uns wurde gefragt, ob ein Beitrag akzeptiert werden würde, jedoch wurde nicht hinzugefügt, in welcher Höhe.

Der Paritätische merkt an - der steht nicht unbedingt im Verdacht, unser großer Freund zu sein -, dass Details in der Umfrage auffallend seien. Sechs Gründen für eine Pflegekammer stünden fünf Gründe gegen eine Pflegekammer gegenüber. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt. Schon die Optik wirkt positiv auf das bevorzugte Ergebnis pro Pflegekammer.

All die Hoffnungen, die die Befürworter haben, werden wie eine Seifenblase zerplatzen, wenn der Alltagstest ansteht:

Erstens. Monatliche Zwangsbeiträge in unbekannter Höhe.

Zweitens. Austritt ist nicht möglich.

Drittens. Pflegefachkräfte aus Schleswig-Holstein müssen trotzdem Pflichtbeiträge zahlen, auch wenn sie in anderen Bundesländern arbeiten. Das steht so im Flyer des Gesundheitsministeriums.

Viertens. Eine Pflegekammer darf und kann kein Bundes- oder Landesrecht regeln wie zum Beispiel das Altenpflegegesetz oder das Krankenpflegegesetz.

Fünftens. Es droht noch mehr Überwachung und Kontrolle für die Pflegenden und die Pflegeeinrichtungen.

Wenden wir uns doch lieber den **dringendsten Problemen der Pflege** zu. Das sind die Verbesserung der Rahmenbedingungen für eine qualitativ hochwertige Pflege, für gute Arbeitsbedingungen,

für eine ordentliche Bezahlung, für eine bessere Personalausstattung, für eine kostenlose und einheitliche Berufsausbildung, für effizientere Kontrollen, für weniger anstatt mehr Bürokratie.

(Beifall CDU und PIRATEN)

Diese Probleme müssen wir angehen, und die Pflegekammer kann genau diese Probleme nicht lösen.

Im **Koalitionsvertrag** von CDU/CSU und der SPD im Bund finden wir die richtigen Antworten auf die drängenden Probleme in der Pflege: die Reform der Pflegeausbildung, die Einführung eines Pflegeberufgesetzes, die Stärkung der staatlichen Berufsfachschulen, ein verbindliches Verfahren zur Refinanzierung der Berufsausbildung, eine kostenfreie Berufsausbildung, eine Qualitätssicherung und Entbürokratisierung durch effiziente Prüfverfahren. Das sind die Antworten auf die Probleme der Pflege, meine Damen und Herren, und nicht die Pflegekammer.

(Beifall CDU und FDP)

Gute Pflege braucht mehr Geld und weniger Bürokratie, schon gar nicht verursacht durch die Pflegekammer.

Der **Widerstand** formiert sich. Es ist nicht nur der von Ihnen so gescholtene bpa, dies ist das DRK, es ist ver.di, es ist der DGB Nord, der Paritätische, die AWO hat Bedenken, allüberall formiert sich Widerstand, und Sie wollen das so durchdrücken: „Basta“, sagen Sie.

(Beifall CDU und FDP)

Meines Erachtens schwächen Sie die Gewerkschaften.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Frau Abgeordneten, kommen sie bitte zum Schluss.

**Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:**

Ein letzter Satz. - Dass die Gewerkschaften das so sehen, können Sie daran erkennen, dass vor einem Monat der DGB Nord in Lübeck beschlossen hat, und zwar einstimmig, er will keine Pflegekammer.

Sie wollen der Pflege eine Stimme geben, meine Damen und Herren. Die Pflege wird ein dünnes Stimmchen bekommen, und das wird auch noch teuer. - Danke schön.

(Beifall CDU und FDP)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die SPD-Fraktion hat Frau Abgeordnete Birte Pauls das Wort.

**Birte Pauls [SPD]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wer sich einen Eindruck über die Professionalität der Pflege machen will, der sollte sich das Programm des ersten **Deutschen Pflegetages**, der heute in Berlin anfängt, anschauen, das Motto: Mit dem Rücken an der Wand! Selbstbewusst, eigenständig und sich der Verantwortung gegenüber der Gesellschaft mehr als bewusst, werden verschiedenste aktuelle pflegerelevante Themen diskutiert.

Ein Thema unter anderen ist die **Pflegekammer**. Denn nicht nur wir in Schleswig-Holstein haben uns diesbezüglich auf den Weg gemacht, in acht **anderen Bundesländern** wird die Pflegekammer aktuell diskutiert, und nicht selten ist die CDU mit an Bord. Alle bislang durchgeführten Umfragen wurden pro Kammer entschieden. In Niedersachsen hat eine ver.di-Hochschulgruppe knapp 2.000 Unterschriften für die Kammer gesammelt.

Zweifel an der Rechtmäßigkeit einer **Pflichtmitgliedschaft** sind längst ausgeräumt. Rechtsgutachten und Urteile des Bundesverfassungsgerichts sprechen eine eindeutige Sprache: Alle in einem anerkannten Heilberuf ausgebildeten Pflegenden müssen erfasst sein, um eine rechtlich legitimierte Vertretung ihrer Angelegenheiten übernehmen zu können. Selbstverständlich muss der **Mitgliedsbeitrag** einkommensabhängig gestaffelt werden. Selbstverständlich muss man überlegen, wie man diejenigen einbinden kann, die nicht gesetzliche Mitglieder werden können, nämlich die Pflegehilfs- und Assistenzberufe, weil sie ein wichtiger Teil der Pflege sind. Aber verantwortungsvoll, wie sich die Pflege darstellt, wird sie das alleine regeln. Denn nur die Mitglieder entscheiden über Mitgliedsbeiträge und nicht die CDU oder der bpa in irgendwelchen angstmachenden Kampagnen.

(Beifall SPD)

Mit der Eigenständigkeit der Pflege scheint allerdings ganz besonders eine Gruppe ein Problem zu haben. Sie befürchtet, dass die größte Gruppe im Gesundheitswesen zu stark werden und sie selber an Einfluss verlieren könnte. Anders kann ich mir die Aktionen von **bpa** und **Arbeitgeberverband Pflege**, aktuell unterstützt von CDU und PIRATEN, nicht erklären.

(Vereinzeletr Beifall SPD)

Sie scheuen keine Kosten und Mühen, die Pflegekammer zu verhindern. Wenn man betrachtet, dass sie die wirtschaftlichen Interessen von 8.000 Unternehmen vertreten, kann ich verstehen, dass man nervös wird, wenn sich 1,2 Millionen beruflich Pflegende organisieren.

Allerdings möchte ich ganz ausdrücklich betonen, dass ich nicht automatisch jedes privat geführte Heim kritisiere, ganz und gar nicht. Es gibt viele sehr gute Einrichtungen, die verantwortungsvoll und teamorientiert mit ihren Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen umgehen.

(Vereinzelter Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber ihr Bundesverband, oft genug nicht rückgekoppelt mit den einzelnen Einrichtungen, attackiert auf unsachlichem Niveau alle Kammerbefürworter bis hin zu den jüngsten Unterstellungen und wüsten Beschimpfungen der Sozialministerin und der Ärztekammer.

Mit Angstkampagnen werden hier abhängig Beschäftigte verunsichert. Vergangene Woche haben sie zu einer Pressekonferenz eingeladen. Aber kam die Pflege selbst dabei zu Wort? - Nein, natürlich nicht.

(Zuruf SPD: Unerhört!)

Wir müssen noch viel informieren, und viele Fragen müssen geklärt werden. Aber ein „Weiter so!“ darf es nicht geben.

(Beifall SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen dringend eine umfangreiche **Pflege-reform**; da bin ich absolut bei Ihnen, Frau Kollegin. Das ist die Aufgabe der Politik, das ist unsere Aufgabe.

Aber die Pflege braucht endlich eine Stimme,

(Beifall SPD)

eine **Stimme**, die die **Pflegenden** unabhängig von Arbeitgebern und aktuellen politischen Konstellationen auf Augenhöhe mit anderen Akteuren im Gesundheitswesen fachlich und professionell vertreten kann, demokratisch legitimiert, eine Stimme, die nur ihren Mitgliedern verpflichtet ist. Dann kommt auch niemand mehr an der Pflege vorbei, auch wir nicht.

Die Pflege ist jahrzehntelang hingehalten worden. Pflegende mussten fremdbestimmt immer schlech-

(Birte Pauls)

tere Rahmenbedingungen, unangemessene Löhne, Arbeitsverdichtungen und zu viele berufsfremde Tätigkeiten hinnehmen. Wir haben das hier rauf und runter diskutiert.

Wir sollten die Inhalte sämtlicher Sonntagsreden endlich umsetzen: Wir müssen die Pflege stärken. Schluss mit der Fremdbestimmung in der Pflege! Wir müssen sicherstellen, dass sie bei allen relevanten Themen ihr Fachwissen einbringen kann, dass die Pflege sich selbst verwaltet und weiterentwickelt und sich selbst vertritt, selber **Sprachrohr** ist gegenüber Gesellschaft, Politik, Patienten und ihren Angehörigen. Wir wollen den Berufsgruppen der Pflege eine Adresse geben, wo ihre Mitglieder Anspruch auf Service, Beratung und Qualifikation haben.

Natürlich ist die Pflegekammer kein Allheilmittel; das haben wir auch nie so gesagt. Wir brauchen daneben starke **Gewerkschaften**. Ich kann nur jedem Pfllegenden empfehlen, in die Gewerkschaft einzutreten. Wir brauchen verantwortungsvolle, wertschätzende **Arbeitgeber**, die entsprechende Rahmenbedingungen schaffen. Aber davon hält sie auch heute niemand ab.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Deswegen brauchen wir auch keine Pflegekammer! Wenn sie auch heute niemand abhält? - Vereinzelt Beifall CDU)

- Hören Sie mir doch zu. - Stattdessen maßen sich weiterhin diejenigen, die seit Jahren echte Fortschritte in der Pflege verhindern, an, für die Pflgenden zu sprechen. Angeblich schützend werfen sich jetzt diejenigen vor die Pflgenden, die sie jahrelang mit ihren Problemen alleingelassen haben.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Wer hat sie jahrelang alleingelassen?)

- Zum Beispiel Sie als Gesundheitsminister, Sie von der FDP auf Bundesebene haben die Pflege zwar immer in Sonntagsreden proklamiert, aber Sie haben sie nie anständig behandelt.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie sind es doch, die das Votum der Pflegekräfte jetzt so auslegen, wie Sie es gern hätten. Nicht die Sorge um das Wohl der Angestellten ist der Beweggrund, sondern die befürchtete Konkurrenz der Pflegekammer um Meinungshoheit zum Thema Pflege. Oder wie es eine Teilnehmerin in der Pflegekammerkonferenz am Montag formulierte: Man könnte den Eindruck haben, dass die Pflege vor sich selbst geschützt werden soll.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Frau Abgeordnete Pauls, gestatten Sie zum Ende Ihrer Rede eine Zwischenfrage der Abgeordneten Katja Rathje-Hoffmann?

**Birte Pauls [SPD]:**

Sehr gern.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Bitte schön.

**Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:** Kollegin Pauls, können Sie sich Gründe vorstellen, warum beide Gewerkschaften die Pflegekammer ablehnen?

**Birte Pauls [SPD]:**

Es gibt die Befürchtung, dass es zu einem Mitgliederverlust bei ihnen kommen wird.

(Katja Rathje-Hoffmann [CDU]: Danke, das genügt schon!)

Ich habe diese Befürchtung nicht. Es gibt beste Beispiele dafür, zum Beispiel die gesamte Ärzteschaft. Alle sind Mitglied in einer Kammer. Die meisten sind derzeit gleichzeitig - das wird Marret bestimmt gleich bestätigen können - -

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Niedergelassene!)

- Sie vergleichen schon wieder Äpfel mit Birnen. Die Ärztekammer ist etwas ganz anderes. Das ist eine Kammer von Freiberuflern. Die Pflegekammer ist eine Kammer für abhängig Beschäftigte.

(Beifall CDU und FDP)

- Vielleicht nehmen Sie einfach einmal zur Kenntnis, dass es unter den derzeitigen ver.di-Mitgliedern ganz viele gibt, die eine Kammer befürworten.

Sie wollen die Umfrage ja nicht richtig lesen. Wenn Sie sie aber richtig lesen würden, dann würden Sie feststellen, dass 19 % der Befragten Gewerkschaftsmitglieder sind. Das ist natürlich ein Problem. Das ist ein Problem der Gewerkschaft. Davon haben sich aber 57 % sehr deutlich für die Einrichtung einer Pflegekammer ausgesprochen. Wo ist also Ihr Problem?

(Beifall SPD)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine weitere Frage beziehungsweise eine Debatte mit dem Herrn Abgeordneten Dr. Garg?

**Birte Pauls [SPD]:**

Ja, bitte.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Bitte schön, Sie haben das Wort, Herr Dr. Garg.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:** Frau Kollegin Pauls, ich will das nicht ins Lächerliche ziehen. Würden Sie mir aber bitte erklären, in welcher Gewerkschaft freiberuflich tätige niedergelassene Ärzte in ihrer Masse organisiert sind?

**Birte Pauls [SPD]:**

Ich kenne einige Ärzte, viele Ärzte.

- Ich kenne auch einige.

- Ich kenne viele Ärzte, die auch bei ver.di organisiert sind. Das ist doch alles gar kein Problem. Sie schaukeln da irgendetwas hoch, weil Sie dem Wunsch der Pflege nach einer Pflegekammer nicht nachkommen wollen. Sie wollen nicht, dass die Pflege auf gleicher Augenhöhe mit den Ärzten steht.

(Anita Klahn [FDP]: Das ist eine Unterstellung!)

Sie kennen die Äußerung der Ärztekammer, die sich auf die Herausforderungen freut. Sie würde sich freuen, wenn sie das Hand in Hand und auf Augenhöhe mit einer Pflegekammer organisieren könnte. Das ist unser Ansatz. Pflege und Medizin stellen sich Hand in Hand den Herausforderungen in unserem Land.

(Beifall SPD)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Jetzt wollen wir die Rednerliste weiter fortsetzen. Als nächstes hat die Frau Abgeordnete Dr. Marret Bohn für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

**Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Pflegekammer ist kein Allheilmittel, und sie ist auch kein Selbstgänger. Wir sind uns

völlig einig in der Einschätzung, dass im Bereich der Pflege aufgrund der Herausforderungen des demografischen Wandels ein ganzes Maßnahmenpaket erforderlich ist. Ich denke, auf fachlicher Ebene sind wir uns alle darüber einig.

Hinsichtlich der **demokratischen Selbstvertretung der Pflege** gehen die Meinungen aber auseinander. Wenn die Pflegekammer einmal da ist, hängt es natürlich von den Menschen, von den Strukturen und von der Arbeit der Pflegekammer ab, was daraus gemacht wird. Dies jetzt schon vorab zu beurteilen, ist meines Erachtens nicht der richtige Weg. Die Pflegekammer ist eine Chance, die wir im Interesse der Pflegenden nutzen sollten.

(Wortmeldung Torge Schmidt [PIRATEN])

- Ich würde gern ein bisschen in meine Rede reinkommen. Zum Ende meiner Rede lasse ich gern Zwischenfragen zu.

Dass zum jetzigen Zeitpunkt die Kritik an der Pflegekammer wieder aufflammt, wundert mich nicht. Allmählich wird es ernst. Die Koalition hat im Jahr 2012 beschlossen, dass wir eine Pflegekammer auf den Weg bringen wollen. 2013 wurden die Pflegekräfte im Land hierzu befragt. Diese haben sich mehrheitlich für eine Pflegekammer ausgesprochen. Das ist bitter für all diejenigen, die die Pflegekammer kritisieren. Die Mehrheit der Befragten - auch wenn die Mehrheit knapp ist, das gebe ich gern zu, ich hätte mit einem weitaus besseren Ergebnis gerechnet -

(Johannes Callsen [CDU]: 51 % abzüglich derjenigen, die mit Nein zu Beiträgen geantwortet haben!)

hat sich aber für eine Pflegekammer ausgesprochen.

Mit der **Pflegekammerkonferenz** geht die Landesregierung ähnlich wie im Bildungsbereich den nächsten Schritt.

(Heike Franzen [CDU]: Dabei ist doch auch nichts herausgekommen!)

Kritiker und Unentschlossene werden nicht ins Abseits gestellt. Die Kritik wird aufgenommen. Frau Ministerin Alheit hat sich allen Fragen gestellt und ist auf die Argumente der Ärztekammer und der Psychotherapeutenkammer eingegangen. Von den 50 Anwesenden haben sich die zwei Vertreterinnen des Bundesverbandes privater Anbieter sozialer Dienste - bitte rechnen Sie einmal die Mehrheitsverhältnisse aus - kritisch geäußert. Es gibt auch noch ein oder zwei Bereiche, bei denen wir sagen, dass wir noch über die konkrete Ausgestaltung der

(Dr. Marret Bohn)

Pflegekammer diskutieren sollten. Ich betone, dass es nicht um das Ob, sondern um das Wie der Pflegekammer geht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der **Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste** versteht sich plötzlich als Sprachrohr der eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Das ist ja wirklich faszinierend. Es ist völlig legitim, dass ein im sozialen Bereich tätiges Unternehmen eigene Interessen vertritt und eigene Kampagnen auf den Weg bringt. Sie wollen mir aber doch nicht wirklich sagen, dass ein Arbeitgeber auf einmal zu 100 % nur noch die Interessen der eigenen Angestellten verfolgt. Das kann doch nicht Ihr ernst sein, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Die Pflegenden wollen eine angemessene Bezahlung. Dafür braucht man Personal. Das kostet Geld.

(Heike Franzen [CDU]: Das kann die Pflegekammer nicht ändern!)

Auf der anderen Seite wollen die Pflegebedürftigen eine menschenwürdige und gute Pflege. Darin sind wir uns sicher einig. Aber auch dafür brauchen wir **Personal**. In den nächsten Jahren werden wir aber noch viel mehr Personal brauchen. Welche Strukturen sinnvoll sind, wie viel Personal erforderlich ist, wie sich der Ausbildungsstand gestaltet, diese Fragen zu beantworten, das kann keine Gewerkschaft leisten, Frau Franzen. Deshalb brauchen wir eine Pflegekammer.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Die Pflege braucht eine eigene Stimme. Das hat Frau Kollegin Pauls vorhin deutlich ausgeführt. Ich bin Mitglied der Ärztekammer und Mitglied einer Gewerkschaft. Das geht also. Schauen Sie sich das doch einmal an. Wir brauchen starke **Gewerkschaften** und eine starke **Kammer**.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Jetzt fragen sich viele: Was kann eine Pflegekammer leisten? Was macht eine Ärztekammer? Was macht eine Psychotherapeutenkammer? Warum können das nicht andere tun?

Es geht um die **Interessenvertretung**. Es geht um **Qualitätskriterien**. Das kann doch nur in Ihrem Interesse sein. Es geht um **Konfliktlösungen**. Wer kann das besser als die Pflegenden selbst? Sollen Ärztinnen und Ärzte weiterhin über die Köpfe der

Pflegenden hinweg bestimmen? Das kann doch nicht Ihr ernst sein, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Weitere Aufgaben der Pflegekammer sind die Organisation von **Fortbildungsangeboten** und die Schaffung einer **Berufsordnung**.

Außerdem sollte eine Pflegekammer vor dem Hintergrund des **Fachkräftemangels** in die Planung einbezogen werden. Wir brauchen eine **Analyse**, wie wir das Problem von demnächst mehr als 125.000 Pflegebedürftigen in Schleswig-Holstein lösen wollen. All das geht nicht von heute auf morgen.

Ich komme noch einmal auf den Anfang meiner Rede zurück. Die Pflegekammer ist kein Allheilmittel. Die Pflegekammer ist für uns aber ein Weg, wie wir diesen Weg gemeinsam gehen können und wie wir uns dem Problem des Fachkräftemangels stellen können.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Frau Abgeordnete, Sie wollten sich den Fragen verschiedener Abgeordneter stellen. Das haben Sie am Anfang Ihrer Rede angedeutet. Zwei Abgeordnete haben sich jetzt eingefunden. Herr Dr. Garg hat Vorrang, weil sich Herr Schmidt wieder hingesetzt hat. Wären Sie stehen geblieben, hätten Sie zuerst das Wort, Herr Schmidt.

(Heiterkeit)

Herr Dr. Garg, Sie haben das Wort.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:** Vielen Dank, Herr Präsident. - Liebe Kollegin Bohn, ich weiß, dass Sie genau wissen, worüber Sie reden, und dadurch unterscheiden Sie sich auch wohltuend von anderen. Würden Sie bitte ganz kurz erläutern, um welche Vertretung von Ärzten es sich beim Marburger Bund handelt? Würden Sie darüber hinaus bitte - das obliegt aber natürlich Ihrer persönlichen Entscheidung - dem Haus mitteilen, in welcher Gewerkschaft Sie in welcher Eigenschaft Mitglied sind?

**Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Das kann ich gern machen. Als CDU und FDP vor vielen Jahren beabsichtigten, das Friedrich-Ebert-Krankenhaus Neumünster zu privatisieren, bin ich aktives Mitglied des **Marburger Bundes** geworden. Jetzt bin ich kein aktives Mitglied mehr, aber weiterhin Mitglied, weil ich davon überzeugt bin,

**(Dr. Marret Bohn)**

dass es wichtig ist, dass die Ärzteschaft gut vertreten ist.

Es ist mir sehr wichtig zu sagen, dass ich dem Flügel des Marburger Bundes angehöre, der damals dafür gesorgt hat, dass im Friedrich-Ebert-Krankenhaus Neumünster eine Interessenvertretung sowohl für die Ärzteschaft als auch für die Pflegenden als auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Servicebereich geschaffen worden ist. Es ist zum ersten Mal in der Geschichte von Tarifverhandlungen so gewesen, dass Herr Hammerschlag für alle Berufsgruppen auf unseren Wunsch hin verhandelt hat.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Das ist der Weg, wie die Ärzteschaft und die Pflegekräfte gemeinsam dafür sorgen können, dass es den Patientinnen und Patienten sowie den Pflegebedürftigen gut geht. Schließlich geht es doch um diese. Das Gesundheitswesen gehört doch nicht den Ärzten und auch nicht den Psychotherapeuten. Die Strukturen und die Interessenvertretungen müssen doch vergleichbar mit denen der GEW bei den Lehrkräften sein. Die Ärztekammer ist für mich eine Selbstverständlichkeit. Alle Ärztinnen und Ärzte sind Mitglied der Ärztekammer.

- Meine Frage war aber, welche Interessen der Marburger Bund vertritt.

- Der Marburger Bund vertritt die Interessen der angestellten Krankenhausärzte.

- Danke schön.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Gestatten Sie eine Frage des Herrn Abgeordneten Torge Schmidt?

**Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Ja.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Bitte schön, Herr Abgeordneter.

**Torge Schmidt [PIRATEN]:** Frau Dr. Bohn, ich habe genaugenommen zwei Fragen. Die erste ist: Für wie demokratisch halten Sie es, dass Menschen verpflichtet werden, Zwangsmitglied einer Kammer zu werden? Die zweite Frage lautet: Für welche Berufe brauchten wir dann noch eine Kammer zur Vertretung ihrer Interessen?

(Wolfgang Baasch [SPD]: Volkskammer!)

**Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Zur ersten Frage sage ich, dass ich am Anfang, als ich von der Pflegekammer gehört habe - das war während eines Altenparlaments vor vielen Jahren -, mich gefragt habe, ob wir wirklich eine Pflegekammer brauchen. Genau wie Herr Dr. Garg es gerade eben gesagt hat, haben wir Fachgespräche geführt. Wir haben uns mit Pflegekräften getroffen. Wir haben dazu eine Parteidiskussion dazu geführt, und wir sind einstimmig zu dem Ergebnis gekommen, dass es richtig ist. Es ist für mich auch keine Frage des Zwangs. Ich sagte eben zur Funktionsweise der Ärztekammer, dass es für mich eine Frage der Solidarität sei. Je mehr Pflegekräfte in einer Pflegekammer vertreten sind - und ich bin dafür, dass alle vertreten sind -, desto größer sind die Chancen, gerade für Ihre Generation, Herr Schmidt. Wenn Sie, Tobi von Pein, Rasmus Andresen - ich glaube, Kinder- und Jugendpolitik bei der CDU macht Herr Neve - und Christopher Vogt,

(Heiterkeit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

wenn Sie Ihrer Generation etwas Gutes tun wollen, müssten Sie gerade all diejenigen in den sozialen Bereichen unterstützen. Wenn wir heute nicht das aufbauen, was wir morgen brauchen, dann kann Ihre Generation das überhaupt nicht leisten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Auf Ihre zweite Frage kann ich sagen, dass es nach meinem jetzigen Kenntnisstand keine anderen Berufe gibt, die ein Interesse daran haben oder bei denen ich es zum jetzigen Zeitpunkt für sinnvoll halten würde.

Für die Pflege muss aber endlich Schluss damit sein, dass über sie geredet wird. Wir möchten mit ihnen reden. Ich freue mich, wenn wir in Schleswig-Holstein endlich eine Pflegekammer haben. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die FDP-Fraktion erteile ich jetzt Frau Abgeordnete Anita Klahn das Wort.

**Anita Klahn [FDP]:**

Sehr geehrtes Präsidium! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Frau Dr. Bohn, im Gegensatz zu Ihnen sind wir nicht bei dem Wie, sondern wir sind tatsächlich noch bei dem Ob. Es geht auch nicht darum, ob eine Zwangsmitgliedschaft die Kernfrage der Diskussion ist. Wenn wir uns die vergangenen Diskussionen in Erinnerung rufen, geht es hier um den Konflikt, der zwischen Ärzten und Pflegenden in ihrer Wahrnehmung offensichtlich entbrannt ist.

Die in der Pflege Beschäftigten beklagen sich ja zu Recht, dass sie eine mangelhafte **Interessenvertretung** haben. In der Diskussion wird dann dabei auch gern ausgeblendet, dass es doch eine der originären Aufgaben der **Gewerkschaften** ist, sich für faire und gerechte Arbeitsbedingungen und entsprechende Entlohnung einzusetzen.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das sagt die Gewerkschaftsfreundin der FDP!)

- Lieber Herr Dr. Stegner, es mag Ihnen vielleicht nicht gefallen, aber bei diesem Thema kann ich mich gut auf die Seite von ver.di stellen, damit habe ich überhaupt kein Problem.

(Vereinzelter Beifall FDP - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das wird die aber freuen!)

Wir Liberale - und da bin ich nicht allein - haben uns immer für die Tarifautonomie ausgesprochen. Umso verwunderlicher ist es an dieser Stelle, dass gerade die Sozialdemokraten hier ihren eigenen Leuten in den Rücken fallen.

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

Wir Liberale bezweifeln, ob eine Pflegekammer die in sie gesetzten Erwartungen erfüllen wird.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Abgeordneter Pauls?

**Anita Klahn [FDP]:**

Ja, gern.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Bitte schön.

**Birte Pauls [SPD]:** Frau Kollegin, können Sie mir bitte sagen - vielleicht habe ich es ja vergessen -, wann sich die Gewerkschaft das letzte Mal mit berufständischen, also inhaltli-

chen Fragen zum Thema Pflege beschäftigt hat und was genau dabei herausgekommen ist?

(Zuruf Johannes Callsen [CDU])

**Anita Klahn [FDP]:**

Liebe Frau Pauls, wenn Sie mir gerade eben zugehört hätten, hätten Sie gehört, dass ich gerade benannt habe, wofür die Gewerkschaften originär zuständig sind. Rufen Sie sich in Erinnerung, was uns gesagt wurde, als wir gemeinsam auf der Veranstaltung von ver.di in Schleswig waren und was die Kollegen aus den Krankenhäusern Ihnen dort überreicht haben, nämlich eine Unterschriftenliste. Ich weiß die Prozentzahl nicht ganz genau, aber nahezu 90 % der befragten Angestellten in den Krankenhäusern haben sich im Bereich Schleswig gegen die Pflegekammer ausgesprochen.

(Beifall Wolfgang Kubicki [FDP], Hans-Jörn Arp [CDU] und Johannes Callsen [CDU])

Nehmen Sie das doch schlicht und einfach zur Kenntnis, und ignorieren Sie das nicht, indem Sie immer wieder mit Polemik irgendetwas anderes behaupten.

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

- Ja, mit Polemik, liebe Frau Midyatli. - Registrieren Sie, was Ihnen an Kritik gesagt wird. Lassen Sie uns bitte vernünftig und sachlich in den Ausschüssen darüber sprechen, was eine Pflegekammer machen soll, wie man die Probleme der Pflege anders in den Griff bekommen kann und was die tatsächlichen Probleme sind. Schauen Sie sich dazu die Studien an, die es gibt. Kommen Sie endlich von dem Pferd herunter, dass es die Pflegekammer sein muss. Das ist alles.

(Beifall FDP und CDU)

Sie haben doch eben selbst gesagt: Das ist kein Allheilmittel. Dann nehmen Sie das doch bitte auf. Ich habe das mit Freude gehört und betrachte es auch als den allerersten winzigen Schritt, dass wir einmal sachlich darüber reden, wer was machen kann, wer welche Möglichkeiten hat, um in der Pflege etwas voranzutreiben.

(Beifall Wolfgang Kubicki [FDP] und Dr. Ekkehard Klug [FDP])

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine weitere Bemerkung von Frau Abgeordneter Pauls?

**Anita Klahn [FDP]:**

Ja.

**Birte Pauls [SPD]:** Frau Kollegin Klahn, ich kann mich sehr gut an die Veranstaltung in Schleswig erinnern und auch an die lebhaften Diskussionen, die ich im Anschluss daran mit den Pflegekräften hatte. Ich habe festgestellt: Je besser sie über die Pflegekammer informiert werden, desto besser das Verständnis. Das war jetzt aber gar nicht mein Anliegen.

(Heiterkeit CDU)

Mein Anliegen ist, Sie noch einmal zu fragen: Ist Ihnen bewusst, mit was sich **Gewerkschaften** beschäftigen?

- Ja.

(Zurufe)

- Ist Ihnen auch bewusst, was eine Pflegekammer machen soll? Die inhaltliche Ausstattung, die Diskussion um Qualität und Sicherheit sowie die Weiterentwicklung der Pflege, das sind Themen, die eine Gewerkschaft nicht machen kann und in den letzten zig Jahren - eigentlich noch nie - gemacht hat. Die Gewerkschaft soll sich sehr wohl - ich würde mich sehr freuen, wenn sie das Hand in Hand mit einer Pflegekammer machen würden - für die Pflege starkmachen.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Ist das jetzt eine Frage oder ein Beitrag?)

- Herr Arp, ich wollte gerade meine Frage formulieren. - Ich denke, dass diejenigen, die tagtäglich mit der Pflege zu tun haben, auch diejenigen sind, die fachliche Expertise mitbringen und entsprechend auch Inhalte ausgestalten können. Können Sie mir da recht geben?

- Nein.

(Beifall CDU - Zurufe)

- Wer hier Fremdbestimmung haben möchte, das möchte ich an dieser Stelle nicht mit Ihnen diskutieren.

(Zuruf)

- Doch, Frau Pauls, das kann ich schon.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Liebe Frau Pauls, nehmen Sie zur Kenntnis: Die Pflegekammer wird die drängenden Probleme in

der Pflege nicht beseitigen. Die Pflegekammer allein wird keine **zusätzlichen Fachkräfte** generieren können, wie auch immer. Sie werden nicht aus der Pflegekammer heraus aktiv am Bett stehen und Pflege betreiben. Sie bauen mit der Pflegekammer ein Bürokratiemonster auf.

(Beifall FDP, CDU und PIRATEN - Zurufe)

- Darf ich jetzt bitte antworten? - Frau Pauls, ich habe Ihnen die ganze Zeit aufmerksam zugehört. Sie haben eine Frage aufgeworfen. Das ist es, worüber wir sprechen müssen. Ich möchte Sie da wirklich beim Wort nehmen. Lassen Sie uns doch bitte darüber sprechen, wie eine Pflegekammer inhaltlich ausgestaltet werden soll.

(Peter Eichstädt [SPD]: Das wollen Sie doch gar nicht!)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Meine Damen und Herren, ich mache jetzt eine geschäftsleitende Bemerkung. Wenn noch Bedarf für Dreiminutenbeiträge besteht, können die gern angemeldet werden.

Wenn eine Antwort gegeben wird, müssen Sie auch stehenbleiben, Frau Pauls. Es ist aber ein bisschen kompliziert, da Sie schon Ja gesagt hatten und weitergeredet haben.

Ich weise also noch einmal darauf hin, dass Sie gern Dreiminutenbeiträge melden und dann ausführlich dazu Stellung nehmen können.

**Anita Klahn [FDP]:**

Nach dem Nein hatte ich die Pause wegen des Lärmpegels gemacht.

Liebe Frau Pauls, wir werden die Probleme so nicht lösen. Zu der Frage des Wie: Ja, natürlich möchte ich gern wissen, wie Sie sich die Ausgestaltung der Pflegekammer vorstellen. Denn dann kann ich darüber entscheiden, ob ich die Pflegekammer gut und sinnvoll finde.

Von der Landesregierung möchte ich die Karten auf dem Tisch haben, wie die **Struktur der Kammer** aussehen soll. Diese Fragen haben Sie bislang schlicht und einfach noch nicht beantwortet. Sie haben uns auch nach wie vor nicht gesagt, wie hoch der **Kammerbeitrag** sein soll. Es muss doch für alle Beteiligten klar sein, wie der Vorstand der Kammer aussehen soll. Gibt es einen Kammerpräsidenten, Vizepräsidenten, Hauptgeschäftsführer? Welche Mitarbeiter brauchen sie? Vor allem aber auch:

(Anita Klahn)

Welche Kosten entstehen für Personal- und Sachausstattung?

Dann würde ich auch ganz gern eine Klarstellung dazu haben, dass die Kammer nicht dazu dient, Versorgungspöstchen entstehen zu lassen. Wir brauchen ganz klare Aussagen, wer Mitglied werden soll. Sind es Pflegefachkräfte? Sind es Pflegehilfskräfte? Sind es Pflegekräfte, die in Schleswig-Holstein leben und hier arbeiten? Was ist aber, wenn ich hier lebe und woanders arbeite oder anders herum? Wie ist das geregelt?

Mit Erstaunen habe ich vernommen, dass der Kollege Flemming Meyer sich am Montag auf der Pflegekonferenz positiv zur Pflegekammer geäußert hat.

(Birte Pauls [SPD]: Da waren Sie nicht da!)

- Man muss nicht immer persönlich anwesend sein, man bekommt auch Informationen. - Herr Meyer, letztes Jahr haben Sie noch erklärt, dass Sie eigentlich nicht für Kammersysteme seien und dass Sie sich - dem skandinavischen System entsprechend - eine Gesellschaft ohne Kammern gut vorstellen könnten.

(Flemming Meyer [SSW]: Richtig!)

Nun erklären Sie hier das genaue Gegenteil. Das kann von Ihrer Seite doch nur Koalitionsgehorsam sein. Wie sonst können Sie Ihre Argumente plötzlich über Bord werfen? Sie verabschieden sich von einer eher ablehnenden Haltung und werden zu einem glühenden Verfechter. Die **Zwangverkammerung** ist eine freiheitsbeschränkende Maßnahme. Wenn man diese Zwangsverkammerung vornimmt, dann frage ich Sie: Muss man dann nicht abwägen, ob der Zwang für die Pflegekräfte durch die möglichen Vorteile für die Pflege aufgewogen wird?

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Sind Sie mit mir einer Meinung, dass dies nicht klar erkennbar ist und dass man sich daher im Zweifel gegen eine Freiheitsbeschränkung entscheiden sollte?

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns gemeinsam Initiativen auf den Weg bringen, die der Pflege wirklich helfen. Ansätze dafür gibt es. Ich greife dazu nur die Punkte der letzten **AMSK-Konferenz** auf: Umsetzung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs, Flexibilisierung der Verhinderungs- und Kurzzeitpflege, Qualitätsberichterstattung in der Pflege, Qualifikationsrahmen für die Pflege sowie Fortschritte in der Pflegeausbildung.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Eichstädt?

**Anita Klahn [FDP]:**

Ja, wenn ich die Chance bekomme, meine Rede noch zu Ende zu halten.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Wir halten die Zeit an.

**Peter Eichstädt [SPD]:** Das ist sehr nett, Frau Kollegin. Vielleicht können Sie mir bei der Bewältigung der Achterbahn, die Sie eben in Ihrer Rede gefahren sind, helfen. Habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie eine Pflegekammer nicht grundsätzlich ablehnen, sondern mit uns über die Ausgestaltung reden wollen?

**Anita Klahn [FDP]:**

Akzeptieren Sie, dass wir eine abwägende Haltung einnehmen. Liberale sagen nicht grundsätzlich und pauschal Ja oder Nein.

(Lachen SPD)

- Bevor Sie lachen, lassen Sie mich zu Ende sprechen. Ein grundsätzliches pauschales Ja oder Nein ohne vorherige Abwägung des Für und Widers findet bei uns nicht statt. Wir haben immer gesagt: Lassen Sie uns darüber diskutieren. Ich erinnere an Herrn Dr. Garg, der gesagt hat: Wenn Sie mir darlegen können, wie dies funktionieren soll, was die wirklichen Vorteile sind, wie die Ausgestaltung sein wird und wie hoch die Kosten sein werden, dann können wir über alles reden. An dieser Stelle befinden wir uns.

Nach dem derzeitigen Stand können wir aber nicht sagen: Ja, wir sind für die Pflegekammer, wir kaufen die Katze im Sack, wir wissen noch nicht, wie die Strukturen aussehen werden und wie hoch die Beiträge sein werden. Ich wiederhole gern meinen ganzen Vortrag, wenn Sie dies möchten.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Gestatten Sie eine weitere Bemerkung des Herrn Abgeordneten Eichstädt?

**Anita Klahn [FDP]:**

Ja.

(Anita Klahn)

**Peter Eichstädt** [SPD]: Vielen Dank für das Angebot. Wir haben Ihren Vortrag gehört. Ich möchte ihn mit einer Bemerkung abrunden: Wenn ich Sie jetzt richtig verstanden habe, was selbstverständlich ist, dann möchten Sie mit uns darüber sprechen, wie die Pflegekammer ausgestaltet wird. Ich sage Ihnen: Wir laden Sie herzlich dazu ein. Vielleicht werden wir mit Ihnen gemeinsam zu einem konstruktiven Ergebnis kommen.

(Vereinzelter Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Ich nehme Ihr Angebot gern an, wenn Sie akzeptieren, dass ich mit Ihnen im Rahmen dieser Diskussion auch über die Frage diskutieren werde, ob wir die Pflegekammer brauchen. Wenn das der Fall ist, dann ist das in Ordnung, dann haben wir uns verstanden.

(Zuruf Birte Pauls [SPD])

- Frau Pauls, ich glaube, wir reden vielleicht einmal bei einem Kaffee darüber. Vielleicht kann ich Sie dann überzeugen.

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, wenn die Landesregierung ihre Energie darauf verwenden würde, die eben beschriebenen Punkte der letzten **AMSK-Konferenz** umzusetzen, dann wäre der Pflege mit Sicherheit mehr gedient. Die Pflegekonferenz Anfang der Woche war in meinen Augen tatsächlich eine geschickte Alibi-Dialogveranstaltung. Sie haben den Fahrplan für die Einrichtung einer Kammer bereits verkündet. Veranstaltungen, bei denen das Ergebnis schon vorher feststeht, haben nichts mit einem Dialog zu tun. Solche Veranstaltungen braucht das Land nicht.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Ich habe es eben gesagt: Als Liberale nehme ich gern an einer **ergebnisoffenen** und **konstruktiven Diskussion** teil. Wenn die Küstenkoalition von ihrer Pflegekammer keinen Abstand nehmen will, dann schlage ich vor: Lassen Sie zumindest die **Mitgliedschaft freiwillig** sein. Wenn die Argumente von Ministerin Alheit, der Kollegin Pauls und Ihnen so überzeugend sind, dann müssten die Pflegekräfte der Pflegekammer doch aus freien Stücken beitreten.

(Beifall FDP)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die Piratenfraktion hat Herr Abgeordneter Wolfgang Dudda das Wort.

**Wolfgang Dudda** [PIRATEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe am 8. November 2012 im Sozialausschuss einem aus insgesamt sieben Punkten bestehenden **Antrag** der **Koalition** zugestimmt. Der Antrag hatte die Überschrift „Pflegeausbildung zukunftssicher machen und die Attraktivität des Pflegeberufs stärken“. Punkt 5 umfasste dabei das Thema, über das wir heute sprechen, nämlich die Pflegekammer. Hier hieß es, die rechtlichen Möglichkeiten zur Einrichtung einer Pflegekammer sollten geprüft werden. Damals war ich davon überzeugt, dass dies alternativlos und richtig sei. Mittlerweile habe ich dazugelernt. Ich habe festgestellt, dass meine damalige Entscheidung falsch war.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN und CDU)

Man darf dazulernen. Die SPD hat auch dazugelernt: Ich erinnere mich daran, wie mit dem Thema der Herabsetzung der strafrechtlichen Behandlung geringer Mengen von Cannabis umgegangen werden sollte. Das muss möglich sein, und das ist Ausdruck dessen, dass wir im Parlament uns weiterbilden und Informationen bekommen.

Wir alle waren und sind uns wahrscheinlich einig, dass die **Pflege** das **zentrale Thema** ist. In elf Jahren werden 60 % der Menschen über 60 Jahre alt sein. Das heißt, wir haben eine enorme Zunahme der Pflegequantität und eine enorme Dynamik, wenn dieser Zustand in elf Jahren eingetreten sein wird. Deshalb haben wir keine Zeit. Im Herbst waren wir uns bei allen Debatten über dieses Thema darin einig, dass das Sozialprestige, die Aus- und Fortbildung und die Bezahlung der Schlüssel dafür sind, das Tor für eine **gute** und vor allem für eine **ausreichend ausgestattete Pflege** aufzuschließen. Dies findet sich in dem von mir zitierten Antrag wieder.

Ich wiederhole es: Wir waren uns auch darin einig, dass das Problem keinerlei Aufschub duldet und drängt. Die Zeit läuft uns weg. Wenn wir nicht aufpassen, dann laufen uns auch die Pflegenden weg, nämlich dann, wenn wir sie nicht richtig behandeln und für sie nicht das Richtige oder gar nichts tun. Ich frage: Wie verträgt sich dieser Konsens mit der Tatsache, dass dem **Landtagsbeschluss** aus dem Dezember 2012 ein Dreivierteljahr lang fast nichts folgte? Erst im Spätsommer hat eine Umfrage statt-

(Wolfgang Dudda)

gefunden. Bis dahin gab es keine Reaktion, und Tätigkeiten der Landesregierung konnten von uns nicht wahrgenommen werden. Der Auftrag lautete schlicht, die rechtlichen Möglichkeiten zur Einrichtung einer Pflegekammer zu prüfen. Das war nicht so schwer.

Gleiches gilt für weitere Punkte aus dem von mir genannten Antrag. Betroffen ist zum Beispiel die **Pflegeumlage**. Hier gab es keine Reaktion. Ich muss allerdings einräumen, dass zumindest in der Frage der **Ausbildungsplätze** etwas geschehen ist. Die Frage der Kosten für das dritte Ausbildungsjahr ist nicht abschließend geregelt, und die Reform der Pflegeausbildung wurde auch noch nicht richtig angegangen. Wir haben auch über die Anerkennung ausländischer Abschlüsse sowie über die Stärkung der Kampagne zur Stärkung des Berufsbilds gesprochen. In allen Bereichen gibt es Fehlanzeigen. All dies hätte man zwischenzeitlich tun können. Es wäre der Pflege besser bekommen, wenn man dies getan hätte.

(Beifall PIRATEN und Volker Dornquast [CDU])

Frau Alheit, am Montag haben Sie im Rahmen der **Pflegekammerkonferenz**, als Sie zu dem von mir genannten langsamen Tempo Stellung bezogen haben, gesagt, Sie wollten nicht die Klassenerste, sondern die Klassenbeste sein. Ich bleibe gern bei diesem Bild und sage Ihnen: Jede Klassenarbeit muss am Ende der Stunde abgegeben werden, und zwar egal, wie weit man mit seinem Thema gekommen ist. Das ist die Situation, in der wir uns befinden.

(Beifall PIRATEN)

Die Installation der Pflegekammer wird noch zwei bis drei Jahre dauern, wir haben es gehört. Niemand weiß, wann sie dann die von Ihnen formulierten Aufträge erfüllen kann. Das ist völlig ungewiss. Diese Zeit haben wir nicht. Viel wichtiger und erfolgversprechender ist es, die Sozialpartner an einen Tisch zu bringen.

Ich habe vor ein paar Tagen live und vor Ort die **Pressekonferenz der Pflegeanbieter** verfolgt. Die Argumente, die ich dort hörte, waren zum Teil richtig, zum Teil waren sie falsch. In jedem Fall aber fehlte die Erkenntnis, durch eine **attraktivere Arbeitsplatzgestaltung** den Pflegeberuf selbst zu stärken. Hier stehlen sich die Pflegeanbieter meiner Meinung nach recht billig aus ihrer Verantwortung. Das können sie jedoch nur tun, weil ihnen keine nennenswerte **Gewerkschaft** gegenübersteht. Frau Pauls, an dieser Stelle widerspreche ich Ihnen. Wir unterstützen die bpa an keiner Stelle, denn deren In-

tention verfolge ich nicht. Es kann zufällig so sein, dass wir, zumindest nach ihrer Wahrnehmung, das Gleiche wollen. Ich sage es noch einmal: Das schlechte Engagement von ver.di ist zu rügen. So wird ver.di weder den Pflichten gegenüber den Beschäftigten noch den Pflichten als Gewerkschaft gerecht.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Das hier entstandene sozialpolitische Vakuum kann eine Pflegekammer nicht füllen. Das soll sie auch nicht, wie wir von der Abteilungsleiterin Frau Dr. Buck gehört haben. Damit ändert sich jedoch nichts an der Bezahlung, an den Tarifverträgen und schon gar nichts am Image der Pflege.

(Beifall PIRATEN, FDP und vereinzelt CDU)

Die von Ihnen eingeladenen Vertreter der **Ärzte- und der Psychotherapeutenkammer**, die die scheinbare Sinnhaftigkeit von Kammern argumentativ stützen sollten, haben genau das Gegenteil bewirkt. Eine Kammer ist überwiegend etwas für freiberuflich oder selbstständig tätige Menschen, die ihren Berufsstand definieren und fortentwickeln, und zwar im gesamtgesellschaftlichen Interesse.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

- Ja, die fast ausschließlich abhängig Beschäftigten in der Pflege brauchen unseren gesamtgesellschaftlichen Rückhalt und unsere Anerkennung. Sie brauchen eine gute Bezahlung, sie brauchen eine gute Ausbildung und gute Arbeitsbedingungen. Darum müssen wir uns direkt kümmern und nicht um eine Pflegekammer, die erst Antworten finden wird, wenn es für diese Antworten wahrscheinlich schon zu spät ist. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die Abgeordneten des SSW hat jetzt Herr Abgeordneter Flemming Meyer das Wort.

**Flemming Meyer [SSW]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Eines möchte ich es vorweg deutlich sagen: Der SSW ist nie Verfechter des Kammergedankens gewesen. Wir konnten und können uns ein System ohne Kammern gut vorstellen. Daran hat sich nichts geändert.

(Beifall PIRATEN)

**(Flemming Meyer)**

Wir leben aber in einer Gesellschaft, in der es Kammern gibt.

(Zurufe)

Da steht unsere prinzipielle Ablehnung in einer Abwägung zu den konkreten Gegebenheiten, wo gleichwertige Bedingungen natürlich auch eine Rolle spielen.

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben es uns in der Frage der **Pflegekammer** wirklich nicht leicht gemacht und das Für und Wider intensiv diskutiert. Der Grund für unser Ja liegt darin, dass die Pflege einen enorm hohen Stellenwert für den SSW hat. Einzig und allein deshalb haben wir in diesem besonderen Fall im Sinne der Pflegenden zugestimmt.

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Kubicki?

**Flemming Meyer [SSW]:**

Ja.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:** Herr Kollege Meyer, nachdem Sie bekundet haben, worin Ihre Kehrtwende in der Verkammerung begründet liegt, würden Sie mir freundlicherweise eine Kammer nennen, bei der die Beschäftigten - nicht die Unternehmensinhaber, die Selbstständigen - Mitglied der Kammer sind?

(Birte Pauls [SPD]: Saarland und Bremen! - Weitere Zurufe)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Abgeordneter, wollen Sie eine Antwort des Abgeordneten Flemming Meyer haben, oder wollen Sie eine Debatte kreuz und quer? - Herr Abgeordneter Meyer, Sie haben das Wort.

**Flemming Meyer [SSW]:**

Das hat sich damit meiner Meinung nach schon erledigt.

(Heiterkeit)

Ich will nur darauf aufmerksam machen, dass wir jetzt eine neue Kammer bilden. Die verkrusteten

Strukturen der alten Kammern, die seit über 150 Jahren bestehen, gelten für diese Kammer nicht. Wir schaffen ganz neue Strukturen. Das ist doch das Wichtigste dabei!

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Unruhe)

Kollegin Klahn, ich bin ein bisschen verwundert. Sie waren Montag zwar nicht dabei, aber Sie waren vor zwei Jahren bei der großen Veranstaltung im Kieler Schloss dabei, bei der wir gemeinsam auf dem Podium saßen. Da habe ich genau das Gleiche gesagt.

(Widerspruch Anita Klahn [FDP])

- Doch, das habe ich, und zwar sehr deutlich. Auf Nachfrage habe ich nichts anderes gesagt. Deshalb verstehe ich die Verwunderung nicht.

(Zurufe)

Persönlich bin ich mit den **Problemen in der Pflege** wie etwa der hohen Arbeitsbelastung, der viel zu geringen Wertschätzung oder der allzu niedrigen Bezahlung schon seit über 20 Jahren regelmäßig konfrontiert. Mitglieder meiner Familie, die in der Pflege tätig waren, haben genau hierunter schon vor vielen Jahren gelitten, sogar so sehr, dass sie der Pflege letztendlich den Rücken zugekehrt haben. Es sind keine neuen Probleme, über die wir reden. Mir ist durchaus bewusst, dass sich seitdem wichtige Faktoren wie etwa der Personalschlüssel noch ungünstiger entwickelt haben.

Wir alle wissen es: So vielfältig wie die Probleme im Pflegebereich sind auch die Maßnahmen, die für eine Verbesserung der Situation nötig sind. Wir brauchen dringend erträglichere Arbeitsbedingungen. Wir brauchen **verbesserte Rahmenbedingungen** für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir brauchen nicht zuletzt auch eine **bessere Bezahlung**. Außerdem muss die Fort- und Weiterbildung von professionell Pflegenden mit den steigenden Anforderungen Schritt halten. Bei all dem darf der soziale Aspekt der Pflege auf gar keinen Fall vernachlässigt werden. Diese Herausforderungen gibt es heute genau wie vor 20 Jahren.

Wenn die Gegner einer Pflegekammer - vor allem CDU und FDP bei der Veranstaltung in Schleswig neulich - behaupten, dass all diese Probleme auch ohne eine Kammer lösbar sind, dann frage ich mich ernsthaft, warum auf diesem Gebiet bisher kaum etwas passiert ist.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**(Flemming Meyer)**

Ganz offensichtlich hat die Pflege doch nicht so große Bedeutung, wie immer gern behauptet wird. Fakt ist: Weder Politik noch Arbeitgeber noch Gewerkschaften haben sich bisher mit Ruhm bekleckert.

(Beifall Wolfgang Dudda [PIRATEN])

Wenn ich vor diesem Hintergrund auch noch von Arbeitgebern in der Pflegebranche höre, dass sie ja das größte Interesse an attraktiven Arbeitsbedingungen für ihre Fachkräfte hätten - und damit eigentlich die besseren Arbeitnehmervertreter seien -, muss ich mich wirklich sehr wundern. Um es vorsichtig zu formulieren: Die Tatsache, dass der Widerstand gegen eine Pflegekammer so massiv von Arbeitgeberseite kommt, sollte einen zumindest einmal nachdenklich stimmen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich persönlich frage mich dann schon, was die **Arbeitgeber in der Pflege** eigentlich zu befürchten haben. Wenn sie wirklich ein so großes Interesse an guten Arbeitsbedingungen und einer erhöhten Attraktivität des Pflegeberufs haben, dann sollten sie die Kammer doch eigentlich begrüßen. Denn nach meinem Verständnis wird sie genau diese wichtigen Themen wie etwa Weiterbildungsstandards, Qualitätsstandards, die allgemeinen Arbeitsbedingungen oder auch eine Berufsordnung im Interesse der Pflegefachkräfte weiter voranbringen.

In einem Punkt will ich den Kritikern gern recht geben: Man darf keine falschen Erwartungen wecken, wenn es um die Arbeit der Pflegekammer geht. Sie ist sicher nicht die eierlegende Wollmilchsau, die alle Probleme im Pflegebereich von jetzt auf gleich lösen kann. Aber ich bin fest davon überzeugt, dass sie aus verschiedenen Gründen ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung ist. Pflege wird im verkammerten Gesundheitswesen endlich auf Augenhöhe vertreten sein. Die bisher eher zersplitterte Gruppe der professionell Pflegenden wird durch sie mit einer starken Stimme sprechen können.

Auch wir als Landespolitiker haben in Zukunft einen gewichtigen Ansprechpartner und können wertvolle Impulse für die Weiterentwicklung der Pflege erwarten. Dies gilt ganz besonders für ethische Fragen, die für die Zukunft im Pflegebereich immer wichtiger werden.

Ich finde, es wurde wirklich lange genug über die Pflege, aber nicht mit ihr gesprochen. Dabei wurde oft über die Köpfe der Betroffenen hinweg entschieden. Aus Sicht des SSW müssen die Pflegen-

den endlich selbst die Möglichkeit bekommen, die Weiterentwicklung der Pflege aktiv zu gestalten.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Kommen Sie bitte zum Schluss.

**Flemming Meyer [SSW]:**

Die Kammer ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu mehr Selbstbestimmung. - Jo tak.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Meine Damen und Herren, es gibt offensichtlich einen erheblichen Redebedarf. Wir haben bisher fünf Dreiminutenbeiträge. - Den ersten hat Herr Abgeordneter Dr. Heiner Garg von der FDP-Fraktion.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Ausbildung, Ausbildungsfinanzierung, Weiterbildungsmöglichkeiten, die Vergütung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Pflege, neue Arbeitszeit- und Teilzeitmodelle, Qualitätssicherung und Weiterentwicklung der Qualitätssicherung sowie die Frage des Bürokratieabbaus in einer vernünftigen Dokumentation für Pflegebedürftige und für diejenigen, die pflegen - das sind die Themen, die die Pflege wirklich beschäftigen, und das sind die Themen, die angegangen werden müssen.

(Vereinzelter Beifall FDP und CDU - Unruhe)

Ich möchte jetzt nicht den einen oder anderen Redebeitrag derjenigen besonders bewerten, die hier pro Pflegekammer sprechen, der so klingt, als ob damit all diese Probleme, die die Politik in den vergangenen Jahren seit Inkrafttreten der gesetzlichen Pflegeversicherung 1994 in der Tat nicht richtig angegangen hat, gelöst werden sollen,

(Zuruf Wolfgang Baasch [SPD])

quasi als Politikersatzveranstaltung nach dem Versagen der Politik in den letzten 14 Jahren auf diesem Feld.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Meine Damen und Herren, ein solches Projekt ist von Anfang an zum Scheitern verurteilt. - Herr Baasch, ich freue mich, dass Sie wieder da sind. Vielleicht machen Sie sich einfach einmal auf den Weg in die Adolf-Westphal-Straße - Sie müssen

**(Dr. Heiner Garg)**

mir auch gar nicht erzählen, was dabei herauskommt - und fragen im dortigen Ministerium die Fachlichkeit, die sich in den letzten zehn Jahren ja selten geändert hat. Fragen Sie die doch einfach einmal hinter vorgehaltener Hand, was die einer Kollegin Trauernicht, einem Kollegen Garg, einer Kollegin Alheit im Hinblick auf die Pflegekammer erzählt haben und erzählen. Dann werden Sie an dieser Stelle vielleicht nicht mehr ganz so laut dazwischenrufen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Problem bei der Pflege ist, dass wir es hier mit sehr unterschiedlichen Interessen - auch unterschiedlichen Interessen der einzelnen Pflegeverbände - zu tun haben. Das ist ausgesprochen heterogen. Sie werden diese sehr unterschiedlichen Interessen mitnichten in einer Pflegekammer bündeln. Das kriegen Sie gar nicht hin.

(Beifall FDP, CDU und Wolfgang Dudda [PIRATEN])

Worum Sie sich kümmern müssen, ist, dass das, was zumindest auf Bundesebene schon im Koalitionsvertrag steht, umgesetzt wird, nämlich ob es nicht wirklich intelligenter ist, zu **integrativen Ausbildungsgängen** zu kommen, also einer gemeinsamen Basisausbildung von Altenpflege und Krankenpflege mit den entsprechenden Spezialisierungsmöglichkeiten,

(Vereinzelter Beifall FDP und CDU)

mit den entsprechenden **Durchlässigkeiten dieser Systeme**. Wissen Sie, was auf Landesebene ganz Klasse wäre? - Wenn, nachdem sich die Finanzministerin so für den Jahresabschluss gelobt hat, sie das machen, was wir nicht konnten - was mir bis heute wirklich leid tut, aber wir konnten es nicht, Sie könnten es -: Bieten Sie doch mit einem Schlag all den jungen Menschen, die sich für die Pflege interessieren, einen **kostenlosen Ausbildungsplatz** beziehungsweise einen kostenlosen Schulplatz an. Es wäre der erste richtige Schritt, um der Pflege mehr Wertschätzung entgegenzubringen,

(Beifall FDP, CDU und PIRATEN)

dafür zu sorgen, dass junge Menschen, die bereit sind, in die Pflege zu gehen -

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluss.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

- ich komme zum Schluss - diesen schwierigen Beruf zu ergreifen, nicht zum Teil noch ihr eigenes Schulgeld mitbringen müssen.

(Beifall Karsten Jasper [CDU])

Mit Ihrer Pflegekammer liegen Sie bedauerlicherweise daneben.

(Beifall FDP und CDU)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die CDU-Fraktion hat Frau Abgeordnete Katja Rathje-Hoffmann das Wort.

**Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:**

Zu viele Wünsche, zu viel Desinformation und zu viel „von allem ein bisschen“. Die hoheitlichen Aufgaben werden genannt. Alles soll die Pflegekammer regeln. Von überall werden **Aufgaben** abgezogen und in die **Pflegekammer** gegeben. Die Pflegekammer braucht Aufgaben. Sie muss die haben, die müssen da rein, das sagen Sie ja, sonst hat sie keine Existenzberechtigung. Liebe Freunde, eine Pflegekammer kann nicht das Allheilmittel sein, das sehe ich auch so. Aber was wir heute diskutieren, zeigt doch, dass das, was für die Pflegekammer übrig bleibt, viel zu wenig ist,

(Beifall CDU)

um diese Probleme zu lösen.

Die **Probleme** liegen natürlich in den genannten Bereichen wie der geringen Bezahlung und so weiter. Ich will das alles nicht in die Länge ziehen. Aber die Probleme sind auch, dass die Gewerkschaften zu schwach sind. Das sage ich als CDU-Frau. Denn um all die Regularien, die über Jahrzehnte nicht bedient worden sind, hätte sich die Gewerkschaft kümmern müssen. Die Gewerkschaft und nicht eine Pflegekammer gibt den Arbeitnehmern eine Stimme.

(Beifall CDU, FDP und PIRATEN)

Interessant ist, dass Frau Pauls in einer Presseerklärung vom 16. Januar 2014 schreibt, sie wolle die **Gewerkschaften** stärken. Aber warum wollen die Gewerkschaften die **Pflegekammer** nicht? - Weil die Gewerkschaften sehen, dass sie dadurch noch mehr geschwächt werden. Das ist doch die Realität.

(Beifall CDU und FDP)

Arbeiten wir zusammen! Stärken wir die Tarifpartner! Stärken wir die Arbeitgeber! Stärken wir die

(Katja Rathje-Hoffmann)

Arbeitnehmer, dann stärken wir auch die Pflege. - Danke schön.

(Beifall CDU, FDP und vereinzelt PIRATEN)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die SPD-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende, Herr Dr. Ralf Stegner, das Wort.

(Anita Klahn [FDP]: Jetzt übernimmt der Chef!)

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss mich doch sehr wundern, wenn ich mir die Debatte hier anhöre, und muss Ihnen erstens ehrlich etwas sagen: Wenn die Vertreter der Koalition sagen, die **Pflegekammer** sei **kein Allheilmittel**, dann kritisieren Sie, wir würden behaupten, es sei ein Allheilmittel. Ein bisschen zuhören und einen Ernst nehmen, wäre ein Anfang. Kein Mensch geht davon aus, dass es ein Allheilmittel sei. Ich will auch sagen: Natürlich können Sozialdemokraten nicht sagen, dass wir die Kammer üblicherweise als Modell vorschlagen. Das tun wir auch nicht. Wir setzen uns auseinander, aber mit einem Zustand, der in der Tat ein großes Problem ist.

Zweitens. Die **Politik** kann **Rahmenbedingungen** schaffen. Das tut sie übrigens. Wir haben in Berlin 4 Milliarden € zusätzlich für die Pflege vereinbart. Wir tun etwas für den Pflegenachweis, und wir tun auch etwas für die Ausbildung. Da finde ich es schon komisch, wenn der ehemalige Sozialminister Heiner Garg hingeht und sagt: Es wäre prima, wenn ihr mehr für die Ausbildung tut. - Das tun wir im Gegensatz zu Ihnen. Insofern finde ich das schon ein bisschen frech, zu sagen: Wir konnten das damals nicht, und ihr könnt das jetzt. Das ist schon ehrlich gesagt ein bisschen billig. In der Pose sollten Sie nicht kritisieren.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Drittens. Wie undifferenziert ist eigentlich Ihr Verhältnis? Da sagt Frau Klahn hier: „Sie hören nicht auf Ihre Leute!“, und meint damit die **Gewerkschaften**. - Natürlich nehmen wir die Kritik aus Gewerkschaftskreisen ernst. Aber „Ihre Leute“ sind nicht die Gewerkschaften. Sie tun jetzt plötzlich so, als seien Sie Gewerkschaftsfreunde. Es sei ein Freiheitseingriff, wie Sie sagen. - Ich habe noch nie gehört, dass sich die FDP gegen die IHK gewandt hätte. Ich habe noch nie gehört, dass Sie vorgeschlagen hätten, die IHK aufzulösen. Also ist das, was

Sie über Freiheitsbeschränkung und die angebliche Gewerkschaftsfreundlichkeit sagen, schon ein bisschen komisch.

(Zuruf FDP)

Wenn man genauer hinhört, steckt vielleicht etwas ganz anderes dahinter: Es ist doch kein Zufall, dass gerade die Arbeitgeber nicht wollen, dass die **Pflege** auf Augenhöhe mit den **Ärzten** steht. Es ist doch komisch, dass das so ist. Das ist doch der Anlass für uns, tätig zu werden;

(Rainer Wiegard [CDU]: Verschwörung!)

denn jahrelang Sonntagsreden zu halten, aber festzustellen, dass die Pflege eben nicht auf Augenhöhe kommt, kann einen nicht zufriedenstellen.

Natürlich reden wir mit den Gewerkschaften, aber Sonntagsreden alleine reichen eben nicht. Deswegen prüfen wir das mit der Kammer. Ich habe bei Frau Klahn gelernt, dass die FDP, wie sie sagte, eine „Vielleicht-Partei“ sei, ja oder nein, das wisse sie nicht so genau.

(Anita Klahn [FDP]: Vor Ende des Dialogs!)

Mal schauen, was bei den Gesprächen herauskommt. Ich empfehle, sich ein bisschen von den Klischees zu verabschieden und die Probleme zur Kenntnis zu nehmen.

(Zurufe)

- Bei der FDP! Ja, Sie sind ganz toll; wir kennen das Ergebnis aus der Zeit, in der Sie regiert haben.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Garg?

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Zweieinhalb!

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Bitte schön.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:** Herr Dr. Stegner, da Sie sich von Klischees verabschieden wollen: Unterstellen Sie der ehemaligen Sozialministerin Dr. Gitta Trauernicht eigentlich, dass sie ihre ablehnende Haltung einer Pflegekammer gegenüber deswegen immer auch zum Vortrage gebracht hat, weil sie nicht wollte, dass Pflegende und Ärzte auf Augenhöhe miteinander die Patientenversorgung garantieren?

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Ich würde niemals Frau Trauernicht und Sie gleichsetzen, Herr Garg, weil nämlich Sozialdemokraten in der Lage sind, differenziert zu urteilen. Ich sagte eben zu Beginn - Sie bestätigen genau das, was ich eben in meinem ersten Satz gesagt habe -

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Aha!)

Nämlich, dass wir Sozialdemokraten über diese Frage diskutieren. Da gibt es, das ist interessant, unterschiedliche Meinungen. Aber einig sind wir in der Frage, dass wir eine Verbesserung für die Pflege wollen - und eine starke gewerkschaftliche Vertretung.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Das ist das, was wir wollen.

Wissen Sie, was man auch merken kann? - Wenn man den Kolleginnen Bohn und Pauls zugehört hat, merkt man, dass sie sich auskennen. Sie haben in den Bereichen gearbeitet, sie haben Ahnung von der Praxis. Manche, die hier über das Thema reden, haben das überhaupt nicht. Das ist der Unterschied. Das merkt man an den Klischees, die sie vortragen.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

Deswegen weise ich zurück, dass Sie sich hier als Freiheits- und Arbeitnehmerparteien darstellen und so tun, als hätten Sie etwas für Gewerkschaften übrig. Wenn es wirklich um gewerkschaftliche Belange wie Mitbestimmung und Mindestlohn geht, sind Sie konsequent dagegen. Das ist Fakt hier in diesem Hause, und das wissen alle Beteiligten. Also tun Sie nicht so mit den Scheinheiligkeitenauftritten, die Sie hier abliefern.

(Beifall SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

- Ich kann Ihr Urteil gut aushalten. Am Ende entscheiden ja die Bürger, was passiert, lieber Herr Kollege.

(Anita Klahn [FDP]: Gott sei Dank!)

Die Bürger fanden das mit Ihrer Regierung nicht so toll, deswegen sind Sie nach zweieinhalb Jahren abgewählt worden.

(Christopher Vogt [FDP]: Die Basis hat Sie auch abgewählt!)

Der Punkt ist, dass wir willens sind, sowohl mit den Kollegen von den Gewerkschaften als auch mit den Berufsverbänden und mit allen ernsthaft darüber zu reden, was wir neben den Rahmenbedingungen in

der Politik dafür tun können, dass endlich der **Pflege** der gleiche **Rang** zukommt, wie das bei der Medizin schon der Fall ist. Denn die Ärzte haben eine starke **Interessenvertretung**, die Pflege hat sie leider nicht. Ich beklage das, dass der Anteil der gewerkschaftlichen Vertretung nicht stark genug ist.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Kommen Sie bitte zum Schluss.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Aber wir können mit Gewerkschaften über die Sache glaubwürdig diskutieren, Sie tun nur so, als seien Sie Arbeitnehmerfreunde. Das kann man hier erkennen. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Ich habe drei weitere Dreiminutenbeiträge. Den ersten leistet Frau Abgeordnete Birte Pauls von der SPD-Fraktion.

**Birte Pauls [SPD]:**

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Als Erstes möchte ich mich für mein etwas lautes Auftreten entschuldigen, aber es war vorhin auch ziemlich laut im Saal, und ich hatte gehofft, durch eine laute Stimme etwas mehr Aufmerksamkeit zu bekommen.

Also noch einmal: Es gibt einen gewissen **Informationsbedarf**, da gebe ich Ihnen vollkommen recht, Frau Klahn. Aber Sie hatten auch viele Möglichkeiten, sich zu informieren. Es gab diese Runden. Sie sind selbst bei Fachtagungen des Pflegerats dabei gewesen. Zum Beispiel haben Sie da 600 beruflich Pflegenden getroffen, die allesamt eine Pflegekammer gefordert haben. Gesprächsangebote des Deutschen Pflegerates an Sie persönlich, um Sie noch einmal zu informieren, warum der Pflegerat, der 19 Berufsverbände hinter sich vereint und als einziger legitimiert ist, die Pflegekammer für die ganzen Berufsverbände fordert, haben Sie leider abgelehnt.

(Wortmeldung Anita Klahn [FDP])

Ich finde es sehr bedauerlich, zu sehen, dass Sie sich hier hinstellen und wissen, dass Sie eigentlich nicht wissen, worum es geht, und sagen, Sie hätten zu wenig Informationen.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Frau Abgeordnete Pauls, es gibt Bedarf an Zwischenfragen - jetzt nur noch von einer Person. Gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung der Frau Abgeordneten Katja Rathje-Hoffmann?

**Birte Pauls [SPD]:**

Ja.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Bitte.

**Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:** Frau Pauls, Sie sprachen den Pflegerat und die Veranstaltung im Kieler Schloss im letzten Jahr an. Erstens ist es vermessen zu behaupten, dass alle 600 Anwesenden für eine Pflegekammer waren. Zweitens. Sind Sie der Meinung, dass der Pflegerat nicht die Stimme der Pflege ist?

**Birte Pauls [SPD]:**

Nein, der Meinung bin ich nicht. Aber jemand, der sich auf einer solchen Konferenz hinsetzt und über die „kleine Altenpflegerin“ redet, sollte sich ganz bestimmt nicht hier hinstellen

(Anita Klahn [FDP]: „Die kleine“, das sagen Sie?)

und das große Hohelied der Beschützer der Pflege singen.

(Anita Klahn [FDP]: Sie spricht von der „kleinen Pflegerin“! Was ist das für ein Weltbild?)

Noch einmal: Wir haben einen Informationsbedarf. Natürlich müssen wir miteinander reden. Es gibt Fragen über die Mitgliedschaft, aber auch eine ganz klare Ansage des Bundesverfassungsgerichts.

Noch einmal, Frau Klahn - - Frau Klahn!

(Anita Klahn [FDP]: Ich höre Ihnen zu!)

- Sie hören mir zu! - Sie haben einen Juristen in Ihren Reihen. Alle beruflich **Pflegenden** müssen **Mitglied** in dieser **Kammer** sein, um eine Legitimierung zu haben, nach außen hin auftreten zu können - alle Mitglieder dieser Berufsgruppe.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Sie hätten einfach einmal den Kollegen Kubicki fragen können.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wo ist das denn entschieden worden, Frau Pauls?)

- Bundesverfassungsgericht. Die Nummer kann ich Ihnen nicht sagen. Ich gucke das aber gern noch einmal nach. Ich habe es schriftlich da.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das hat Ihnen Stegner nicht aufgeschrieben?)

- Im Heilberufekammergesetz ist das so geregelt. Ich gebe Ihnen das gleich noch einmal mit. Ich habe es jetzt hier nicht da.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wer hat aufgeschrieben, dass alle freien Berufe Mitglied in einer Kammer sein müssen?)

Einige Sachen, die Sie hier gefordert haben, haben wir schon auf den Weg gebracht. Gucken Sie doch einfach noch einmal die Protokolle des Sozialausschusses durch. Wir sind auf dem Weg der Dokumentationsreduzierung. Wir sind auf dem Weg in Richtung Pflegewissenschaften. Wir wollen die gemeinsame Ausbildung. Wir wollen die Ausbildung attraktiver gestalten. Ich weiß überhaupt nicht, wovon Sie reden. Das alles haben wir schon in Gang gebracht, Herr Dr. Garg.

(Anita Klahn [FDP]: Sie haben es formalisiert! - Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

- Das, was Sie in den Jahren davor nicht geschafft haben, haben wir auf den Weg gebracht.

(Lachen CDU und FDP - Glocke des Präsidenten)

Ich komme zu der Angstschürerei von wegen **Zwangsmitgliedschaft** und **Beiträgen**, all diese Dinge, wie eine Kammer aufgebaut werden soll, wer Präsident ist, wie das eben gefragt worden ist. Überlassen Sie diese ganzen Dinge doch bitte lieber der Pflege selber.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Die sind sehr wohl in der Lage, all diese Dinge selber zu organisieren.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Kommen Sie bitte zum Schluss.

**Birte Pauls [SPD]:**

Da brauchen Sie keine weitere Fremdbestimmung.

(Vereinzelter Beifall SPD - Wolfgang Kubicki [FDP]: Das können Sie gar nicht! Sie müssen eine Gesetzesgrundlage schaffen!)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat jetzt noch einmal die Frau Abgeordnete Dr. Marret Bohn das Wort.

**Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach den lauten, rhetorisch sehr eindrucksvollen Beiträgen - das meine ich ernst - möchte ich auf einen fachlichen Punkt hinweisen. Wir alle haben, als wir angefangen haben, über die Pflegekammer zu sprechen, in den Diskussionen gesagt: Wir stehen vor einem großen **Pflegemangel**. Wir wollen aber doch auch nicht im Nebel herumstochern und fragen: Wie viel Pflegekräfte haben wir eigentlich in Schleswig-Holstein, welche Qualifikation haben wir, welche Altersstruktur?

In den ganzen Debatten habe ich Sie immer wieder angesprochen, weil wir uns kritisch mit der Frage auseinandergesetzt haben, ob eine **Kammer** der richtige Weg ist. Sie haben keine andere Möglichkeit vorgeschlagen. Es kann doch nicht sein, dass wir sagen: Wir lassen alles, wie es ist. Wir haben einen Weg. Diese Kammer - ich sage es noch einmal - ist **kein Allheilmittel**. Das wissen wir doch alle - von dem gesamten rhetorischen Drumherum einmal abgesehen.

Wir wissen, dass wir wissen müssen, welche Altersstruktur, wie viele Pflegefachkräfte wir haben, wie viele eine Ausbildung haben, wie viele Pflegewissenschaften studiert haben.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Dafür brauchen Sie eine Kammer?)

Es gibt auch eine Fluktuation zwischen den Bundesländern. Wir müssen wissen, woran wir sind, damit wir für die nächsten Jahre planen können. Darauf ist keiner von Ihnen eingegangen. Bezüglich der der Qualität, der ethischen Standards und der Berufsordnung bin ich ganz bei Flemming Meyer. Das sind Punkte, um die wir uns dringend im Interesse der Pflegebedürftigen und der Pflegekräfte kümmern müssen. - Vielen Dank.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Johannes Callsen [CDU]: Ist doch alles da!)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Es gibt eine weitere Wortmeldung der Piratenfraktion. Das Wort hat der Herr Abgeordnet Wolfgang Dudda.

**Wolfgang Dudda [PIRATEN]:**

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Das Internet ist eine wunderbare Sache. Es vergisst nichts. Das ist auch gut so. Ich erlaube mir, etwas aus einer Presseerklärung des SSW aus dem Dezember 2001 vorzutragen, das sich dem Thema der Kammer widmet. Das möchte ich eigentlich in unser Parteiprogramm einarbeiten, weil das großartig ist und die Kammern so würdigt, wie sie es verdienen. Ich zitiere:

„Grundsätzlich ist es gut, eine Instanz für die Psychotherapeutinnen und die -therapeuten einzurichten.“

Jetzt kommt es:

„Wir lehnen das Gesetz aber trotzdem ab. Der SSW ist nach wie vor gegen das **System der Kammern**. Das aus der alten berufsständischen Ordnung abgeleitete Kammerwesen“

(Beifall CDU und FDP)

„ist kein geeignetes und zeitgemäßes Instrumentarium zur Vertretung berufsmäßiger Interessen und Überwachung ordnungsgemäßer Aufgabenerfüllung. Dieses System zementiert althergebrachte Strukturen und verhindert die zukunftsweisende, flexible Weiter- und Neuentwicklung von Berufsbildern. Die Aufgabenwahrnehmung durch die Kammern wird sehr unterschiedlich gesehen und reicht über die Vertretung berufsspezifischer Interessen hinaus.“

Das ist alles, was man zu einer Kammer sagen muss. Damit lösen wir die Probleme der Pflege garantiert nicht. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Dieser Beitrag hat einen weiteren Dreiminutenbeitrag ausgelöst. Die SSW-Abgeordneten möchten durch ihren Abgeordneten Lars Harms etwas dazu beitragen. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

**Lars Harms [SSW]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Gegensatz zu meinem Kollegen Dudda

(Lars Harms)

kann ich mich noch sehr genau an 2001 erinnern, weil ich selbst hier im Parlament war.

(Wolfgang Baasch [SPD]: Dann hast du dich gut gehalten!)

- Ich habe mich gut gehalten; wohl wahr.

Ich kann mich noch sehr genau daran erinnern. Selbstverständlich ist das, was Sie gerade vorgelesen haben - das hat der Kollege Meyer eben auch gesagt - die grundsätzliche Haltung des SSW. Wir lehnen das **Kammersystem** auf allen Ebenen eigentlich ab. Das ist richtig. 2001 hatten wir in der Debatte die Hoffnung, dass endlich etwas geschieht.

(Serpil Midyatli [SPD]: Genau!)

Wir haben jetzt 2014. Es ist nichts geschehen. Wenn nichts geschieht, muss eine Partei flexibel sein und über grundsätzliche Haltungen hinwegsehen und zusehen, dass man in der Lage ist, denjenigen, die Hilfe benötigen, Hilfe zukommen zu lassen. Unser Wunsch ist, dass, wenn wir die Pflegekammer einrichten, die Pflegenden eine Vertretung haben und sich deren Situation verbessert. Die Situation dieser Menschen zu verbessern, ist unsere Aufgabe. Ich habe kein Problem, als Politiker über grundsätzliche Haltungen hinwegzusehen, wenn man jetzt, nach zwölf Jahren, nach dieser Aussage, den Versuch startet, etwas auf die Reihe zu bringen. Deshalb bin ich froh, dass wir als SSW in der Regierung in diesem Bereich Hilfestellung leisten können, dass eine **Vertretung für die Pflegenden** geschaffen wird.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Kollege Harms, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten Dudda?

**Lars Harms [SSW]:**

Sehr gern.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Bitte schön, Herr Dudda.

**Wolfgang Dudda [PIRATEN]:** Ich bin in allen Punkten bei Ihnen. Können Sie mir aber folgende Frage beantworten? Sie haben den langen Zeitraum, in dem nichts geschehen ist, genannt. Empfinden Sie den Zeitraum

von Herbst 2013 bis jetzt, innerhalb dessen wir nur eine Umfrage und eine Pflegekonferenz hatten, als ausreichend?

(Olaf Schulze [SPD]: Soll das auch noch einmal zwölf Jahre dauern?)

**Lars Harms [SSW]:**

Die erste Gegenfrage ist, was für Sie ein ausreichender Zeitraum ist, die Leute immer noch im Regen stehen zu lassen und nichts zu tun. Sie haben eben selber gesagt, dass wir eine solche Diskussion schon in 2001 gehabt haben. Seit 2001 hat sich die Welt weiterentwickelt. Seit 2001 wird über dieses Thema diskutiert. Seit ein paar Monaten aber wird ernsthaft darüber diskutiert, etwas zu tun. Man hat jetzt ein Meinungsbild eingeholt. Man hat festgestellt, dass es bei den Pflegenden durchaus die Meinung gibt, etwas tun zu müssen, eine Pflegekammer zu errichten. Das setzen wir um. Das ist vernünftig. Ich bin nach fünf oder zehn Jahren gern bereit, einmal zu gucken, wie sich das ganze bewährt hat und möglicherweise neue Strukturen zu schaffen. Jetzt müssen wir aber erst einmal etwas für die Leute tun, damit sie überhaupt in die Lage versetzt werden, ihre eigenen Interessen zu vertreten. Das ist wichtig für die Beschäftigten, aber insbesondere auch für diejenigen, die gepflegt werden. Da müssen wir etwas tun. Das ist unsere Verpflichtung. Deswegen sehen wir gern über unsere grundsätzliche Haltung hinweg.

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Weitere Wortmeldungen - - Ein Dreiminutenbeitrag von der Abgeordneten Heike Franzen von der CDU-Fraktion.

**Heike Franzen [CDU]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Lars Harms, Sie haben gerade den Eindruck erweckt, als diskutierten wir seit über zwölf Jahren über die Einrichtung einer Pflegekammer hier im Land.

(Olaf Schulze [SPD]: Nein!)

Ich möchte noch einmal deutlich machen, dass das bei Weitem nicht der Fall ist.

Wenn Sie sich wirklich dafür einsetzen wollen, dass es eine **Interessenvertretung der Pflegenden** gibt, gibt es viele Möglichkeiten, beispielsweise

**(Heike Franzen)**

auch die Gründung eines Verbandes. Sie wissen ganz genau, dass wir hier im Landtag mit vielen Interessenvertretungen sprechen. Dieser Verband könnte übrigens aus freiwilligen Mitgliedern bestehen.

Alles, was Sie angesprochen haben, Frau Bohn, ob es um die Qualität in der Pflege, um Ausbildungsplätze, Arbeitsplätze oder Tarifverhandlungen geht, alles das wird eine Pflegekammer nicht lösen können. Das heißt, das Einzige, was Sie tatsächlich machen, ist, dass Sie anordnen, dass man zwanghaft Verbandsmitglied wird, und Sie greifen damit in die Tasche derjenigen, die pflegen. Ob Sie das wollen oder nicht, ich glaube, das ist nicht der richtige Weg in der Diskussion darüber, die Pflege zu verbessern. Das wird die **Pflegekammer** nicht leisten können. Sie wird sogar eine zusätzliche **Belastung** für diejenigen werden, die in der Pflege beschäftigt sind. Denn diejenigen müssen das Ganze finanzieren.

Wenn wir über **Finanzen** reden, wissen Sie, Frau Bohn, und Sie, Frau Pauls - Sie sind doch selber in der Pflege tätig gewesen -, viel besser als alle anderen hier im Parlament, dass wir gerade bei der Bezahlung von Pflegekräften ein erhebliches Problem haben. Sie greifen denen noch zusätzlich in die Tasche für einen Verband, für eine Kammer, die im Prinzip gar keiner haben möchte.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Das ist nicht in Ordnung, und gerade bei Ihnen, wo Sie doch die Sozialpolitik so vor sich hertragen, finde ich das ganz schwierig.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Frau Abgeordnete Franzen, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Garg?

**Heike Franzen [CDU]:**

Aber doch immer gern.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Bitte.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:** Vielen Dank, Frau Kollegin Franzen. Die Kollegin Bohn hat Alternativen eingefordert. Sie haben gerade eine Alternative genannt. Da wir schon eine Vielzahl von Verbänden in der Pflege haben, was hielten Sie davon, wenn die Sozialministerin federführend diese vielen Verbände an

einen Tisch brächte und ihnen vorschläge, eine Pflegegenossenschaft zu gründen, bei der man freiwillig und selbst entscheiden kann, ob man bei ihr Mitglied werden will?

Bei der Aufzählung der Punkte, die auch die Kollegin Bohn genannt hat, warum wir eine Pflegekammer bräuchten, ist mir deutlich geworden, warum wir definitiv keine Pflegekammer brauchen. Um Statistiken zu führen, brauchen wir sie ganz bestimmt nicht.

Eine Interessenvertretung wäre aus meiner Sicht wesentlich besser in einem genossenschaftlich organisierten Modell aufgehoben.

(Beifall FDP und CDU)

**Heike Franzen [CDU]:**

Lieber Kollege Garg, das war genau das, was ich gerade angesprochen habe. Es geht darum, sich freiwillig zusammenzusetzen. In der Tat wäre es eine großartige Aktion der Ministerin, wenn sie die Pflegenden und ihre Verbände einmal an einen Tisch bekommen würde. Denn wir wissen, dass auch die **Verbände** sehr, sehr **unterschiedliche Interessen** verfolgen. Auch das wird eine Kammer nicht lösen. Denn das hat auch etwas damit zu tun, wo ich pflege: pflege ich in einem Krankenhaus, pflege ich im ambulanten Pflegedienst, pflege ich in einer festen Pflegeeinrichtung. Da gibt es also unterschiedlichste Interessenlagen, die von den Verbänden weitergegeben werden.

Frau Bohn, das Ganze zu einem **Statistikverband** zu degradieren, um zu gucken, wer in welcher Altersstruktur ist - ich glaube, das kann und darf nicht Aufgabe einer Pflegekammer sein.

(Beifall CDU und FDP)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Frau Abgeordnete Franzen, gestatten Sie auch der Frau Abgeordneten Dr. Bohn eine Zwischenbemerkung?

**Heike Franzen [CDU]:**

Aber selbstverständlich.

**Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:** Gestatten Sie auch zwei?

- Wenn es denn sein muss, ja.

- Es muss sein.

(Heike Franzen)

Zum einen: Ist Ihnen bekannt, dass durch die Organisation der Ärztekammer auf der Pflegekammerkonferenz berichtet worden ist - wir haben in Schleswig-Holstein einen Ärztemangel -, dass es gelungen ist, 100 Ärztinnen und Ärzte ausfindig zu machen, die seit einiger Zeit nicht mehr in Schleswig-Holstein berufstätig sind, aber eventuell ein Interesse daran haben, wieder berufstätig zu werden? Ist Ihnen also bekannt, dass eine **Ärztekammer** - ich habe auch nicht gehört, dass Sie die abschaffen wollen, aber vielleicht kommt das ja noch - in der Lage ist, dem **Fachkräftemangel** zu begegnen? Dann müssen Sie mir einmal erklären, warum das bei einer Pflegekammer nicht der Fall sein soll. Das ist das eine.

Und persönlich möchte ich von Ihnen gern noch wissen, was Sie damit meinen, wenn Sie sagen, ich trüge die Sozialpolitik vor mir her. Das finde ich etwas befremdlich.

- Erstens einmal weigere ich mich, die **Kammern**, die wir im Augenblick haben, mit der **Pflegekammer** zu vergleichen. Das sind alles Kammern selbstständiger Berufe.

(Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein! - Wolfgang Baasch [SPD]: Die Ärztekammer nicht!)

- Doch, doch. Das sind in der Regel Kammern von Selbstständigen, ob es die Industrie- und Handelskammer ist oder ob es die Handwerkskammer ist. In der Ärztekammer sind in erster Linie freischaffende Ärzte organisiert, selbstverständlich.

(Zurufe SPD)

Das mit einer Kammer zu vergleichen, die ausschließlich - ausschließlich! - für Kräfte zuständig sein soll, die in einem abhängigen Arbeitsverhältnis sind, passt nicht zusammen. Ich weigere mich, das an der Stelle gleichzusetzen.

(Zurufe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Entschuldigung, ich darf doch hier meine Meinung kundtun.

(Beifall CDU und FDP)

Es ist ein wirklicher Unterschied, ob ich eine Ärztekammer habe, oder ob es hier wirklich darum geht, in erster Linie abhängige Arbeitnehmer in einem Beruf zu vertreten. Das ist in der Tat Aufgabe der Gewerkschaften im Rahmen der Tarifverhandlungen.

(Beifall CDU und FDP)

Wenn die ihren Aufgaben nicht nachkommen, kann das nicht Aufgabe der Pflegekammer sein.

Frau Bohn, das andere nehme ich als rhetorische Replik. Darauf möchte ich an der Stelle nicht antworten.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Frau Abgeordnete, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Dr. Bohn?

**Heike Franzen [CDU]:**

Nein, ich gestatte jetzt keine Zwischenfrage mehr. Ich will das hier auch nicht unnötig verlängern. Meine Damen und Herren, wenn wir uns für die Pflegenden einsetzen wollen, dann müssen wir genau hinschauen. Das erste ist ja richtig. Wir haben damit angefangen und haben unter Schwarz-Gelb 200 zusätzliche Ausbildungsplätze in der Pflege geschaffen. Das haben Sie weitergeführt, Frau Ministerin. Das finden wir auch richtig. Das erste, das kommen muss, ist, dass die Ausbildung in dem Bereich nicht mehr für diejenigen kostenpflichtig ist, die ausgebildet werden.

Dann müssen wir tatsächlich auch auf die **Arbeitsbedingungen** gucken. Aber das ist Sache der Tarifpartner, Frau Bohn. Es ist Sache der Gewerkschaften und der Arbeitgeberverbände, hier auszuhandeln, was Inhalt der Arbeit innerhalb der Pflegebetriebe und -einrichtungen sein soll. Deshalb halte ich es für völlig falsch, so etwas auf eine Kammer zu verlagern. Frau Dr. Bohn und Frau Pauls - auch wenn Sie das noch so oft vor sich hertragen -, das ist auch das, was die Mehrheit der Befragten in der Umfrage sagt. Die Mehrheit will keine Pflegekammer mit Zwangsmitgliedsbeiträgen. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU und FDP - Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber das stimmt doch nicht, was Sie sagen! - Weitere Zurufe SPD)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Weitere Wortmeldungen sehe ich zunächst nicht. Dann hat jetzt für die Landesregierung die Frau Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung, Kristin Alheit, das Wort.

**Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung:**

Ganz herzlichen Dank, Herr Präsident! - Meine Damen und Herren, ich bin wirklich die Letzte, die sich nicht über lebhaftige Debatten freuen würde. Aber ehrlich gesagt ist es mir gerade ein bisschen zu ideologisch.

(Rainer Wiegard [CDU]: Ja, das finden wir auch!)

Deshalb erlauben Sie bitte, dass ich etwas zitieren darf:

„Die Pflegekammer trägt zur gleichberechtigten Interessenvertretung bei. - Die Pflegekammer bündelt Kompetenzen. - Die Pflegekammer sorgt für Qualität. - Die Pflegekammer wertet die Pflege auf. - Die Pflegekammer schafft Transparenz. - Die Pflegekammer ist ein starkes Sprachrohr in der Politik.“

Das sind die als zentralen Argumente bezeichneten Punkte in einem Beschluss der CDU-Landtagsfraktion aus Rheinland-Pfalz.

(Vereinzelter Beifall SPD - Zuruf Jette Waldinger-Thiering [SSW])

- Oh, ich habe jetzt auch Brandenburg dabei. Ich will damit nur sagen: Auch wenn es so ist, dass wir gerade keine Pflegekammer haben und wir alle ein bisschen schwimmen - wir bewerten das auch unterschiedlich -, finde ich die Leidenschaft, mit der hier die Diskussion geführt wird, manchmal etwas schwierig.

Ich finde, von Anfang an war klar - und es ist nicht die erste Debatte hier im Haus, die wir zu diesem Thema führen, sondern ich glaube die vierte ganz konkret zur Pflegekammer -, dass nicht alle für die **Pflegekammer** sein werden, nicht alle hier im Haus, nicht alle diejenigen, die Mitglied der Pflegeberufe sind - darauf komme ich gleich noch einmal zurück - und bei Weitem nicht alle Arbeitgeber. Das ist aber doch der Auslöser für die mediale Debatte, die wir seit gut einer Woche führen. Letzteres - muss ich sagen - wäre auch wirklich überraschend.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Auch nicht alle Arbeitnehmer!)

Es handelt sich bei einer Kammer doch um eine Einrichtung, bei der es darum geht, die **Interessenvertretung der Pflegeberufe** zu stärken. Genau diese Stärkung - diejenigen, die am Montag mit dabei waren, haben das miterlebt -, so haben die Vertreterinnen und Vertreter der bestehenden Heilberu-

feinkammern auf der Pflegekammerkonferenz deutlich gemacht, ist etwas, was zentral wichtig ist und was sich die bestehenden Kammern auch nicht nehmen lassen würden.

In einer pluralistischen Gesellschaft ist es selbstverständlich erlaubt - selbstverständlich auch bei den Arbeitgebern -, dass man eine Stärkung einer bestimmten Gruppe nur bedingt will. Aber ich finde, wir müssen da auch ganz realistisch sein und sagen, es wäre gelinde gesagt ziemlich naiv zu glauben, dass das kein interessengeleitetes Argument wäre, was da vorgetragen wird.

Damit komme ich auf etwas zurück, was in der letzten Woche angesprochen wurde, aber auch gerade von Ihnen, Frau Rathje-Hoffmann, heute hier noch einmal meiner Ansicht nach als aufgewärmte Kritik an unserer repräsentativen Umfrage immer und immer wieder wiederholt wird. Aber dadurch wird es nicht richtiger. Natürlich waren die Befragten vorher darüber informiert, dass damit eine Pflichtmitgliedschaft und auch ein Pflichtbeitrag verbunden sind.

(Katja Rathje-Hoffmann [CDU]: Das stimmt doch nicht! Legen Sie die beiden Flyer übereinander!)

- Ja. Anders als Hamburg, die tatsächlich die Stafelung, die sie vornehmen werden, schon in ihren Flyer reingeschrieben haben, ist unsere Haltung - die ist auch rechtlich richtig -, dass das nicht mit dem Pflegekammergesetz und auch nicht vom Einrichtungsausschuss festgelegt werden kann. Das wird nachher in der Selbstorganisationseinheit, von den Pflegenden selber, bestimmt. Ich halte das für ein zentrales Instrument und eine zentrale Angelegenheit, die dann von ihnen selbst festgelegt werden muss. Das können nicht wir bestimmen, sondern wir können nur den Rahmen dafür schaffen. Wir haben denselben Finanzrahmen aufgemacht, den auch die Hamburger aufgemacht haben.

Wir haben es noch nicht bestimmt, weil wir nur bedingt festlegen können, welche Aufgaben damit verknüpft sind. Welche **Aufgaben** damit verknüpft sind, bestimmen die **Kammern** nämlich selbst. Das ist es ja gerade, was wir stärken wollen: die Selbstorganisation in diesem Bereich.

Deswegen erneut der Hinweis: Obwohl es diese Information im Vorlauf gegeben hat, hat die Befragung ergeben - das ist auch an anderer Stelle schon richtig gesagt worden -: Eine Mehrheit der Befragten hat sich für eine Pflegekammer ausgesprochen. Ich hatte es am Montag bereits gesagt: Mich verwundert dabei weniger, dass auch von denen, die

(Ministerin Kristin Alheit)

sich für eine Kammer ausgesprochen haben, nicht alle zum Ausdruck gebracht haben: „Toll, dafür zahle ich einen Beitrag.“ Dass aber insgesamt eine Mehrheit von 52 % dafür ist, einen Beitrag zu bezahlen, das ist etwas, das man durchaus hervorheben sollte. - Jetzt mache ich einen Punkt.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Garg?

**Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung:**

Aber klar.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Bitte schön, Herr Dr. Garg.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:** Vielen Dank, Frau Ministerin. - Frau Ministerin, wenn Sie zum Kammermodell kommen sollten, können Sie mir dann sagen, wer die Rechtsaufsicht über diese künftige Pflegekammer ausüben soll und wie viel Personal zur Bewältigung der Rechtsaufsicht Ihrer Ansicht nach dafür notwendig ist?

**Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung:**

Ich kann Ihnen noch nicht sagen, wie viel Personal dafür notwendig ist.

- Wer soll denn die Rechtsaufsicht über eine solche Kammer ausüben?

- Ich nehme an, das sind wir?

(Heiterkeit)

Ich will noch einmal auf die mediale Debatte der letzten Woche zurückkommen. Herr Dudda hatte das bereits angesprochen. Ich nehme seine Frage auf, sobald ich meinen Gedanken zu Ende geführt habe. Herr Dudda hatte bereits das Verhältnis zwischen den **Arbeitgebern** und den **Gewerkschaften** angesprochen. Also gerade diejenigen, die dafür zuständig sind, für gute Arbeitsbedingungen zu sorgen, sagen, das solle doch einmal der Staat machen. Eigentlich sind sie aber selber in der Pflicht, das zu tun. Ich lade wirklich jeden herzlich dazu ein, sich entsprechend einzubringen; denn das ist nun wirklich ein starkes Stück.

Auch die Allheilmitteldebatte hätte ich heute, ehrlich gesagt, nicht in dem Sinne erwartet; denn es ist

bereits an zentraler Stelle deutlich gemacht worden: Nie hat jemand behauptet, die Pflegekammer sei ein Allheilmittel für all die Probleme in der Pflege, die wir haben. Das, was wir tun, ist auch schon mehrfach von mir aufgezählt worden. Dies will ich jetzt nicht wiederholen. Entscheidend aber ist: Wir müssen das eine tun, ohne das andere zu lassen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich möchte nun ganz konkret das aufgreifen, was Sie gesagt haben. Mir ist es wichtig, dass wir die Pflegekammer nicht in dem Sinne sehen sollten, dass diese nun alle Probleme lösen würde, dass sie ein Selbstläufer sei. Vielmehr ist sie ein Baustein bei all dem, was wir hier bisher gemeinsam auf den Weg gebracht haben, wobei wir aber noch besser werden müssen. Ich bin auch froh darüber, dass es auf Bundesebene ebenfalls klare Signale gibt, um ganz wichtige bundesrechtlich zu regelnde Dinge nun auch wirklich anzuschieben.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Rathje-Hoffmann?

**Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung:**

Ja.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Bitte schön, Frau Abgeordnete.

**Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:** Frau Ministerin, zur Befragung sind die Pflegefachkräfte durch den Flyer „Pflegekammer in Schleswig-Holstein - Informationen zur Errichtung einer Pflegekammer“ informiert worden. Ähnliches ist auch in Hamburg passiert. Können Sie mir sagen, an welcher Stelle die Pflegenden durch diesen Flyer über die Kosten informiert worden sind, die auf sie zukommen?

**Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung:**

Nein. Darin steht lediglich, dass es eine Beitragspflicht gebe. Wenn Sie sich den Fragebogen einmal anschauen, dann sehen Sie darin auch die Frage enthalten: Sind Sie dafür, oder sind Sie nicht dafür, dass es eine Kammer gibt? Bereits vor dieser Frage ist ausdrücklich auch der Hinweis auf die **Beitrags-**

(Ministerin Kristin Alheit)

**pflicht** gegeben worden. Gucken Sie sich den Fragebogen genau an. Es war uns nämlich total wichtig, auch darauf hinzuweisen, damit nicht der Eindruck entsteht, wir würden ins Blaue hinein eine Kammer errichten.

(Katja Rathje-Hoffmann [CDU]: Ich habe noch eine Zusatzfrage!)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Gestatten Sie eine Zusatzfrage, Frau Ministerin?

**Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung:**

Ja.

**Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:** In der Befragung steht drin: Welche Beitragshöhe wären Sie bereit zu zahlen? Das ist aber ein ganz anderer Schnack, wenn ich das einmal so norddeutsch ausdrücken darf. Nach vorläufiger Einschätzung des Hamburger Pflgerates und der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz wird der monatliche Beitrag gestaffelt. Dann wird aufgelistet: 5 € für Nichtberufstätige und so weiter. Das stand so detailliert aber nicht in Ihrer Befragung. Das müssen Sie zur Kenntnis nehmen.

(Widerspruch SPD)

- Nein, es stand nicht drin, dass Nichtberufstätige etwas zu zahlen hätten, und zwar ihr Leben lang, es sei denn, sie geben ihre Zulassung zurück. So kann es doch wohl nicht gehen.

- Ich hatte eben erklärt, warum es bei uns so detailliert nicht im Flyer steht. Wir sind nämlich der Auffassung - ganz offensichtlich im Gegensatz zu Hamburg -, dass dies eine der zentralen Aufgaben derer ist, die sich in einer Selbstorganisation zusammmentun. Die Kammern müssen entscheiden, welche Beiträge sie erheben. Wir haben nur gesagt, wir wollten die Möglichkeit gestaffelter Beiträge eröffnen. Dies ist ganz wichtig. Ich finde, das ist auch eine Botschaft, die eindeutig aus der Befragung hervorgeht, um nicht alle gleich zu behandeln. Aber welcher Beitrag dabei herauskommt, vermag ich noch nicht zu sagen.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Frau Ministerin, gestatten Sie eine weitere Wortmeldung der Frau Abgeordneten Rathje-Hoffmann?

**Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung:**

Selbstverständlich.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Bitte schön.

**Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:** Ich kann mich erinnern, dass am Montag in der Pflegekammerkonferenz darüber gesprochen worden ist, dass auch die Nichtberufstätigen zu Beiträgen herangezogen werden sollen. Irre ich mich?

**Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung:**

Wir haben mehrere Punkte aufgegriffen, von denen ich gesagt habe, dass wir uns damit noch einmal genauer auseinandersetzen müssen. Dabei müssen wir auch die Frage klären, ob auch die Nichtberufstätigen oder nur die Berufsangehörigen verkammert werden. Dabei kam die Diskussion zu den Helferberufen auf. Das ist dann rechtlich noch einmal klargestellt worden. Wir haben auch über die Frage der Verankerung der Pflegekammer diskutiert. Diese Pflegekammerkonferenz diente ja gerade dazu, die zu klärenden Fragen aufzunehmen. Das haben wir getan. Das werden wir dann in einem gesonderten Prozess klären, der Herrn Dudda ja nicht schnell genug geht, der ihm aber auf der anderen Seite auch wieder nicht passt. Insofern ist es wohl etwas schwierig, es ihm recht zu machen. Aber darum geht es letztlich ja auch gar nicht. Klar ist nur: Genau solche Frage haben wir aufgenommen, und darüber werden wir noch einmal diskutieren müssen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich hatte vorhin bereits über die Allheilmittelfrage gesprochen. Das ist ein ganz zentrales Argument, das mir wichtig ist. Aber einfach nur dagegen zu sein und gar nicht zu sagen, was denn stattdessen gemacht werden soll, ist auch nicht richtig. Man muss deutlich werden lassen, welche **Aufgaben** eine **Pflegekammer** auf jeden Fall wahrnehmen soll und wie das im Einzelnen laufen soll. Ich finde es wirklich zu wenig, wenn man sich in der gesamten Diskussion nur hierauf beschränkt; da müsste wirklich mehr kommen.

Ich bin froh - das habe ich hier auch noch einmal ganz klar und deutlich gemacht -, dass die Mehrheit in diesem Landtag das anders sieht, dass die **Pflegeberufe gestärkt** werden sollen. Der Auftrag, den

**(Ministerin Kristin Alheit)**

ich im Dezember 2012 bekommen habe, als zuständige Ministerin die Pflegekammer auf den Weg zu bringen, besteht und ist von mir auch wahrgenommen worden.

Ich habe vernommen, dass manche sagen: „So etwas wie eine Kammer bringt es überhaupt nicht.“ Was eine Kammer bringt, das ist am Montag auch durch die sehr lebendigen und guten Berichte der Psychotherapeutenkammer und der Ärztekammer deutlich geworden. Wir haben ja auch eine Rechtsanwaltskammer und Arbeitskammern. Das Bild ist also sehr bunt. Ganz entscheidend ist mir: Natürlich bringt eine Kammer vor allem das, was die Mitglieder daraus machen werden, nicht aber das, was wir uns hier ausdenken. Genau das ist ja der wichtigste Teil einer Interessenvertretung, nicht jedoch das, was wir sagen. Es wird unglaublich viel über die Pflege geredet; das ist mir vor allem auch in den letzten Wochen sehr deutlich geworden. Dass die Berufsangehörigen für sich selber sprechen, dass die Pflegeberufe eine gemeinsame starke Stimme bekommen und diese endlich nutzen, ist Ziel der Bestrebungen der Landesregierung. - Danke schön.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Weitere Wortmeldungen sehe ich jetzt nicht mehr. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Es ist beantragt worden, über den Antrag in der Sache abzustimmen. Wer diesem Antrag der Fraktionen von CDU und PIRATEN seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist dieser Antrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW abgelehnt.

Wir kommen jetzt zu Tagesordnungspunkt 44:

**Bericht zur Situation kulturelle Bildung**

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW  
[Drucksache 18/1384](#)

Mündlicher Bericht der Landesregierung

Ich erteile der Ministerin für Justiz, Kultur und Europa, Anke Spoorendonk, das Wort.

**Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Nach der Debatte zum letzten Tagesordnungspunkt könnte man der Meinung sein, dass wir uns jetzt eher mit einem Schmusethema befassen werden. Darum sage ich ganz klar und deutlich: Das Thema kulturelle Bildung ist kein weiches gesellschaftliches Thema, sondern ein wirklich hartes. Sie wissen alle, dass wir als Gesellschaft in den nächsten Jahren und Jahrzehnten vor großen Herausforderungen stehen. Die Debatte zum Thema Pflege hat dies bereits belegt. Der demografische Wandel, die Energiewende, die Globalisierung und die Digitalisierung werden Schleswig-Holstein verändern.

Wenn wir die richtigen Antworten darauf finden und diese Veränderung für Schleswig-Holstein nutzen wollen, brauchen wir Menschen, die kreativ denken und kreativ handeln, Menschen, die über das, was direkt vor Ihnen liegt, hinaus denken, ohne je zu vergessen, woher sie stammen. Dabei kann die Rolle der **kulturellen Bildung** gar nicht hoch genug geschätzt werden. Denn wie sagt der amerikanische Schriftsteller Paul Auster? Ich zitiere:

„Der wahre Sinn der Kunst liegt nicht darin, schöne Objekte zu schaffen. Es ist vielmehr eine Methode, um zu verstehen. Ein Weg, die Welt zu durchdringen und den eigenen Platz zu finden.“

Dieses Verstehen sollte möglichst vielen Menschen eigen sein. Es ist für uns alle wichtig, den eigenen Platz zu finden.

Ich habe deshalb die kulturelle Bildung als einen Schwerpunkt meiner Arbeit benannt und mir vorgenommen, die Zusammenarbeit zwischen Künstlern und kulturellen Einrichtungen, zwischen schulischen und außerschulischen Bildungseinrichtungen auszubauen und zu intensivieren. Das tue ich gemeinsam mit meinen Ministerkolleginnen Kristin Alheit und Wara Wende. Kulturelle Bildung ist eine **interdisziplinäre Aufgabe**.

Es geht darum, dezentral gute Beispiele ausfindig zu machen und zu dokumentieren, dass kulturelle Bildung auch in der Fläche strahlt, um damit Mut zu machen, denjenigen Mut zu machen, die sie suchen, die sich engagieren wollen, die teilhaben wollen. Wir wollen diejenigen qualifizieren, die in der kulturellen Bildung arbeiten. Kulturelle Kompetenz bedeutet zunehmend auch **interkulturelle Kompetenz**. Auch mit dieser Dimension werden wir uns in diesem Jahr beispielhaft befassen.

**(Ministerin Anke Spoorendonk)**

Kulturelle Bildung ist seit jeher ein **Kernbereich schulischer Bildung**. Ich bin mir mit der Kollegin Wende darin einig, dass die kulturellen und künstlerischen Fertigkeiten und Fähigkeiten von Kindern und Jugendlichen auf vielfältige Weise in den Schulen befördert werden sollen. Auch außerhalb der Schulen gibt es eine differenzierte und gut ausgebaute Infrastruktur von kulturpädagogischen Einrichtungen, die mit unterschiedlichen Ansätzen arbeiten und damit den individuellen Bedürfnissen junger Menschen entgegenkommen.

Die Kultusministerkonferenz hat im letzten Jahr Empfehlungen zur kulturellen Bildung beschlossen und die besondere Bedeutung der kulturellen Bildung nicht nur für den Einzelnen und seine Persönlichkeitsentwicklung hervorgehoben, sondern auch den Wert für die gesamtgesellschaftliche Entwicklung betont.

Ich zitiere aus der KMK-Empfehlung:

„Kulturelle Bildung ist für die Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen unverzichtbar. Sie verbessert die Bedingungen für eine gelingende Bildungsbiografie und ermöglicht den Erwerb kognitiver und kreativer Kompetenzen. Sie trägt zur emotionalen und sozialen Entwicklung aller Heranwachsenden und zu ihrer Integration in die Gemeinschaft bei und ist somit Grundbedingung gesellschaftlicher Teilhabe. Der Bezug auf die Künste eröffnet erweiternde Ausdrucks- und Verständigungsmöglichkeiten jenseits des gesprochenen oder geschriebenen Wortes. Eine Gesellschaft, die die kulturelle Bildung der Heranwachsenden stärkt, schafft damit zugleich wichtige Grundlagen ihrer eigenen Zukunftsfähigkeit.“

So weit die Empfehlungen der KMK.

Dazu wollen wir mit dem „Jahr der kulturellen Bildung“ in den kommenden Monaten beitragen.

Meine Damen und Herren, das „Jahr der kulturellen Bildung“ wird die öffentliche Aufmerksamkeit in Schleswig-Holstein auf dieses Thema lenken. Natürlich sollen wesentliche Strukturelemente und Rahmenbedingungen nachhaltig gestärkt und gesichert werden. Ich füge hinzu: Gerade die Nachhaltigkeit ist ein entscheidender Aspekt. Bereits jetzt existieren viele Initiativen, Vorhaben und Projekte, die die kulturelle Bildung in Bildungseinrichtungen, Schulen, Kindertagesstätten, Volkshochschulen, Vereinen oder Bürgertreffs fest verankern. Interessierte finden hier das zu ihnen passende Angebot. Initiativen suchen Unterstützung durch

Künstlerinnen und Künstler, Kulturschaffende wünschen sich neue Räume, die sie mit Aktivitäten ausfüllen können. Diese Plattform ausbauen und erweitern, ein Netzwerk knüpfen und von den guten Beispielen lernen, das werden 2014 die vordringlichen Aufgaben sein.

Heute, meine Damen und Herren, werden Sie bereits in der Mittagspause einen kleinen Einblick in die Vielfalt der kulturellen Bildung erhalten. Ich wünsche Ihnen schon jetzt viel Freude beim Zuhören und Zusehen. Gönnen Sie sich also um 13 Uhr eine halbe Stunde für die kulturelle Bildung. Es wird schön werden; das garantiere ich Ihnen. Es wird hoffentlich auch schön laut werden.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, Sie zu einer der vier **Regionalkonferenzen** in Mölln, Schleswig, Itzehoe oder Plön einzuladen, die wir im März anbieten. Die Konferenzen sollen als Marktplatz der Kulturinformationen die bereits existierenden Aktivitäten der Regionen sichtbar machen, die Kommunikation zwischen den Anbietern und Interessierten verdichten und helfen, Kooperationen zu initiieren. Die Ideen des „Jahres der kulturellen Bildung“ werden so in das Land getragen. Neue Partner für den Grundgedanken der kulturellen Bildung werden gewonnen.

Bereits zum Ende des letzten Jahres haben wir uns mit einem Aufruf an Schulen und Kindergärten gewandt und einen **Wettbewerb** um die beste Idee für kulturelle Bildungsangebote begonnen. Im März werden die von einer Jury gewählten Kulturschulen und Kulturkindertagesstätten bekanntgegeben. Diese Projekte werden wir finanziell unterstützen, damit sie als Leuchtturmprojekte der Region und als Knotenpunkte in die Netzwerke wirken, also wie die Spinne im Netz.

Im April wird die **kulturelle Bildung von Kleinkindern** im Mittelpunkt stehen. Erzieherinnen und Erzieher werden auf einer Fachtagung die Möglichkeit haben, sich mit Künstlerinnen und Künstlern auszutauschen und neue Projekte zu entwickeln.

Angebote der **Theaterpädagogik** präsentieren sich im Mai. Die Jugendclubs an den öffentlichen Theatern erhalten hier Anregungen und finden gemeinsam einen Ausdruck für die Freude am Theaterspielen und am Theatererleben.

Ein weiterer Aspekt wird die Frage nach der **Interkulturalität** im Rahmen der kulturellen Bildung sein. Also: Wie können Räume geschaffen werden, in denen der kulturelle Austausch stattfindet? Dabei sprechen wir von richtigen Räumen, aber natürlich auch von Begegnung. So wird der Dialog zwischen

**(Ministerin Anke Spoorendonk)**

Kulturschaffenden mit verschiedenen kulturellen Hintergründen, das Gespräch zur unterschiedlichen Aufnahme von Kunst und Kultur sowie der Austausch über die Wahrnehmung der Bedeutung von Kunst und Kultur für die eigene Identität geführt werden.

Die kulturelle Bildung für **Erwachsene** wird im Mittelpunkt einer Veranstaltung im Juni stehen. Die Volkshochschulen sind ein wichtiger, landesweit gut vernetzter Partner, der mit seinem breit gefächerten Angebot wichtige Impulse in diesen Prozess einbringen kann. Bewährte und neue Formen der kulturellen Bildung für Erwachsene, die sowohl den Aspekt der Rezeption wie auch des eigenen kreativen Handelns berücksichtigen, werden vorgestellt.

Meine Damen und Herren, die Folgen des demografischen Wandels verändern die Angebote in der kulturellen Bildung. Damit verändern sich die Institutionen. Ich denke etwa an die Musikschulen, die schon heute **Angebote für ältere Menschen** vorhalten und diese Angebote sicherlich noch ausweiten können. Denn kulturelle Bildung ist auch lebenslanges Lernen. Das darf man meiner Meinung nach nicht vergessen.

Kulturelle Bildung ist auch in **Betrieben** realisierbar. Hier gibt es in Schleswig-Holstein gute Beispiele, die zum Nachmachen einladen. In Klammern möchte ich hinzufügen - das hat wirklich mit den harten Themen zu tun -, dass die Förderung kreativer Kompetenzen ein ureigenes Interesse der Wirtschaft ist. Die gut aufgestellten Betriebe wissen das schon. Ich könnte hinzufügen: In wirtschaftlicher Hinsicht ist Kultur natürlich auch ein Wirtschaftsfaktor. Denken wir nur an die Kultur- und an die Kreativwirtschaft.

Das IQSH veranstaltet im September eine **Fachtagung**, die sich mit der Fragestellung der Zusammenarbeit zwischen **Museen und Schule** auseinandersetzen wird.

Im November, meine Damen und Herren, wollen wir die vielen Erkenntnisse zusammentragen und gemeinsam Schlussfolgerungen aus diesen Initiativen und Aktivitäten ziehen. Hier werden wir gerade der Kreativität Raum geben. Workshops und Performances wechseln sich ab und bieten allen Interessierten ein vielfältiges Spektrum kultureller Inhalte und Aktivitäten.

Mit dem Bundesprogramm Bündnis für Bildung „Kultur macht stark“ ist bereits eine Vielzahl von Projekten - derzeit sind es 88 in Schleswig-Holstein - mit viel Engagement in den unterschiedlichsten

Kooperationen initiiert und auch gestartet worden. Das ist ein überproportionaler Anteil im Ländervergleich. Ich erwarte aber noch mehr Projektneennungen als jetzt. Ich führe diese Erfolgsquote auch auf die Einrichtung der **Servicestelle** in der **Landesvereinigung kulturelle Kinder- und Jugendbildung** zurück, die wir - bundesweit beispielhaft - bereits im letzten Jahr geschaffen haben und mit Landesmitteln finanzieren. Diese Servicestelle ist notwendig, weil das Antragsverfahren - darauf haben wir keinen Einfluss - leider so kompliziert ist. Ich weiß nicht, ob es uns gelingen kann, da etwas zu verändern. Aber gerade das schwierige Antragsverfahren macht deutlich, wie wichtig diese Beratungs- und Servicestelle ist.

Die Musikschulen in Schleswig-Holstein nutzen das Bundesprogramm besonders intensiv, um Kindern und Jugendlichen den Einstieg in die musikalische Grundbildung zu ermöglichen. Die Volkshochschulen bieten für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund Ferienfreizeiten an, Museen pädagogische Programme, um Kindern und Jugendlichen einen eigenen Blick auf die Sammlungen und die Auseinandersetzung damit zu ermöglichen.

Überall in Schleswig-Holstein existieren große und kleine Vorhaben der kulturellen Bildung, an überraschenden Orten, initiiert von vielfältigen Kooperationen für die unterschiedlichsten Zielgruppen. Das „Jahr der kulturellen Bildung 2014“ will diese Vielfalt sichtbar machen, Vernetzungen befördern und Anstöße für weitere Entwicklungen geben.

Ich glaube, noch nie sind die Chancen so gut gewesen, die Zusammenarbeit im Sinne einer konzertierten Aktion zu realisieren. Nichts anderes will das „Jahr der kulturellen Bildung 2014“ sein. Wir wollen wachrütteln, und wir wollen diese Kampagne.

Ich freue mich, dass wir diesen Weg in diesem Jahr mit vielen engagierten Partnern gemeinsam gehen können. Ich freue mich sehr darüber, dass dies das Bildungsministerium, das Sozialministerium sowie das Ministerium für Justiz, Kultur und Europa gemeinsam machen.

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich freue mich natürlich auch auf Ihre weitere Unterstützung.

Die jungen Menschen werden daraus Nutzen ziehen. Die Gesellschaft insgesamt wird dadurch eine andere Anmutung erfahren. Demokratie und Toleranz werden gestärkt. Was wünschen wir uns ei-

**(Ministerin Anke Spoorendonk)**

gentlich mehr? - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Die Landesregierung hat die verabredete Redezeit um 3 Minuten überzogen. Das steht auch den Fraktionen zu.

Bitte begrüßen Sie mit mir auf der Tribüne Frau Christine Braun von den Musikschulen in Schleswig-Holstein, Herrn Hartmut Schröder vom Landesmusikrat Schleswig-Holstein, Herrn Alexander Luttmann von der Landesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung Schleswig-Holstein sowie 45 Schülerinnen und Schüler des Friedrich-Schiller-Gymnasiums Preetz. - Seien Sie herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Für die Abgeordneten des SSW hat nun Frau Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering das Wort.

**Jette Waldinger-Thiering [SSW]:**

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Ministerin, vielen Dank für Ihren ausführlichen mündlichen Bericht und für die Einladung in der Mittagspause. Ich hoffe, dass wir dort mehr Leute sehen werden, nicht nur die Kulturschaffenden beziehungsweise die kulturpolitischen Sprecher. Vielleicht folgt auch der eine oder andere aus dem Wirtschaftsausschuss dieser Einladung.

Bildung und Kultur sind zwei Seiten einer Medaille. Sie müssen daher gemeinsam gedacht und getragen werden. Kulturministerin Anke Spoorendonk hat zusammen mit ihren Kolleginnen Wara Wende und Kristin Alheit für 2014 das „**Jahr der kulturellen Bildung**“ eingeläutet.

Dieser Begriff hat in diesen Tagen nicht nur in Schleswig-Holstein Hochkonjunktur. Auch auf Bundesebene hat man ein Pendant zu dem Vorhaben unserer drei Ministerinnen auf die Beine gestellt. Vielerorts werden Enquetekommissionen, Projekte, Initiativen und Gutachten zu diesem Thema präsentiert.

Doch worum geht es bei der **kulturellen Bildung** eigentlich? Dabei geht es vor allem um die Förderung zur kulturellen Teilhabe. Die Kulturpolitik hat in diesem Zusammenhang einen klaren Auftrag, nämlich dafür zu sorgen, dass so viele Menschen

wie möglich Zugang zum Kultursektor bekommen können. Je früher man damit anfängt, umso größer sind die Erfolgsaussichten.

Das Angebot zur kulturellen Bildung ist nicht nur für alle Kinder und Jugendlichen im gleichen Umfang zugänglich. Der schulische Rahmen sollte daher allen eine Chance bieten, Kultur in vielfältiger Weise zu nutzen und zu gestalten. Es müssen Brücken gebaut werden zwischen den schulischen und den außerschulischen Akteuren. Dabei geht es nicht nur um künstlerische Fähigkeiten, sondern auch um interkulturelle Kompetenzen, die Stärkung der politischen und gesellschaftlichen Partizipation oder auch um ganz persönliche Erfahrungen, Interessen und Entwicklungen. Kulturkonsum, Kulturhobbys, Anwendung von Kulturtechniken und künstlerische Schulfächer, all das sind die Utensilien, mit denen das „Jahr der kulturellen Bildung“ beschriftet werden soll.

In den meisten **Schulen** spielen Fächer wie **Musik oder Kunst** nur eine Randrolle, zum einen weil der ökonomische Nutzen nicht unmittelbar erkennbar ist, zum anderen weil diese Fächer nicht nur in Zeiten der PISA-Ergebnisse in einer starken Konkurrenz zu den MINT-Fächern stehen.

Auf der anderen Seite scheinen Musiker und andere Künstler in Deutschland mit Preisen und Auszeichnungen nur so überhäuft zu werden. Sie genießen ein hohes öffentliches Ansehen. Ihnen gilt der Ruhm.

Natürlich sind **Projekte und Investitionen** im Kulturbereich mit anderen Sektoren, wie etwa im Bereich der Verkehrspolitik, nur schwer zu vergleichen. Jedoch erwirtschaftete diese Branche im Jahr 2011 bundesweit einen Umsatz von mehr als 143 Milliarden €. Ungefähr eine Million Arbeitnehmer arbeiten hauptamtlich im Kulturbereich - Tendenz steigend.

Es ist sicher keine Überraschung, dass die Umsatzzahlen der Kultur- und Kreativwirtschaft weit hinter den Umsatzzahlen der Automobilindustrie liegen. Jedoch schneidet die Kulturwirtschaft im Bruttowertschöpfungsvergleich besser ab als etwa die Energieversorgung oder die Chemieindustrie. Im Jahr 2012 machte der Kulturbereich in Schleswig-Holstein 5,7 % der Gesamtwirtschaft aus. Es handelt sich zwar nur um einen kleinen, aber einen aufsteigenden Bereich.

Es handelt sich also durchaus um einen Arbeitsbereich, in dem viele Schülerinnen und Schüler ihren Beruf ausüben werden. Die **Kultur- und Kreativwirtschaft** fungiert mit ihren Dienstleistungen als

(Jette Waldinger-Thiering)

ein wichtiger Querschnittsbereich für andere Bereiche in der Wirtschaft. Die Kulturwirtschaft bildet eine wichtige Basis für wirtschaftliche und gesellschaftliche Neuerungen; denn die Kulturwirtschaft versprüht eine Menge an Kreativität, ohne die es keine Innovationen gäbe. Ohne Innovationen gibt es keinen wirtschaftlichen Fortschritt. Das ist natürlich ein wenig überspitzt formuliert. Wir sind uns sicher alle einig darin, dass der Kulturbereich von der Schul- und Berufsbildung nicht ausgeschlossen werden darf. Kreativität ist eben doch keine Selbstverständlichkeit.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit das Programm zur kulturellen Bildung auch Erfolg haben kann, darf an den bisherigen gedanklichen Grenzen des Kultursektors nicht halt gemacht werden. Je größer wir dieses Rahmenprogramm stricken, umso besser. Da man mindestens mit zwei Nadeln strickt, impliziert das, dass mehrere an diesem Rahmenprogramm stricken.

(Anita Klahn [FDP]: Man kann auch mit vier Nadeln stricken!)

- Man kann auch mit sechs Nadeln stricken, Frau Klahn. Damit wollte ich lediglich zum Ausdruck bringen, dass man diesen Dialog ausdehnen kann.

Je größer die **Vielfalt**, umso größer ist der **Bildungseffekt** und umso weiter wird das Netzwerk, welches etabliert werden soll. Jeder kann daran mit seiner eigenen Parteifarbe herumstricken.

Die drei Ministerinnen haben dies aufgegriffen und passenderweise das „Jahr der kulturellen Bildung“ in Zusammenarbeit aufgegriffen. Gemeinsam sollen vier Regionalkonferenzen im ganzen Land abgehalten werden, in denen die Teilnehmer gemeinsame Projekte und Vorhaben entwickeln können. Im Kulturministerium soll eine Koordinierungsstelle ihre Arbeit aufnehmen, um den Kontakt zwischen Künstlern, Institutionen und Schulen herzustellen. Auch eine Datenbank soll im Verlauf des Programms erstellt und genutzt werden.

Zudem werden die drei Ministerien fünf sogenannte Kulturschulen in Schleswig-Holstein auszeichnen. Des Weiteren wird es einen Wettbewerb um den Titel „**Kultur-Kita 2014**“ für Kindertagesstätten geben. Ein Preisgeld gibt es dazu noch obendrauf.

Zum Schwerpunkt gehört auch der Bereich der **Fort- und Weiterbildung**. So sollen Menschen in pädagogischen Berufen verstärkt für das Thema der ästhetisch-kulturellen Bildung sensibilisiert werden. Auf der anderen Seite sollen Kunstschaffende von

ihrem pädagogischen Wissen und von ihren Fähigkeiten lernen.

Dies sind wieder zwei Seiten einer Medaille. Eine solche umfassende interministerielle Kooperation kommt nicht allzu oft vor. Daher ist das schon einmal einen Applaus wert.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Hans-Jörn Arp [CDU]: Ist das jetzt schon verpflichtend?)

Die Akteure und Kulturschaffenden müssen im Rahmen des „Jahres der kulturellen Bildung“ nicht neu erfunden werden.

Die gibt es ja bereits. Sie wohnen um die Ecke, im Haus gegenüber oder sogar im selben Haus. Denn wir können alle an diesem Programm teilnehmen. In Bezug auf die Akteure haben wir es mit einer äußerst **heterogenen Gruppe** zu tun. Sie umfasst etwa Schüler, Lehrer, Kinder, Erwachsene, Schauspieler, Musiker und Grafikdesigner, um nur einige von ihnen zu nennen. Kooperationspartner sind genügend vorhanden. Es muss lediglich ein **fundiertes Netzwerk** geschaffen werden, durch das die Kinder und Jugendlichen dann auch einen Gewinn erzielen können. Die Verbindungen müssen also nur noch geknüpft werden. Das **Jahr der kulturellen Bildung** bietet dazu die richtige Gelegenheit. Dabei geht es ganz konkret um die Frage: Wer macht was, und wie können wir voneinander lernen und profitieren?

Wir vom SSW im Landtag setzen darauf, dass diese Plattform dann auch über die nächsten zwölf Monate hinaus genutzt werden kann. In den kommenden Monaten sollte rund um das Jahr der kulturellen Bildung nicht nur kreativ gearbeitet werden, sondern wir sollten uns auch kritisch mit diesem Thema auseinandersetzen. Was ist eigentlich Qualität? Welche Qualität wollen wir in diesem Jahr erreichen? Welche Werte vermittelt kulturelle Bildung? Was können wir im Umgang mit Medien lernen? Welche Rolle spielt eigentlich das Kulturerbe? Diese Fragen gilt es in diesem Zusammenhang zu diskutieren.

Ich kann nur alle Interessierten dazu auffordern, sich am Jahr der kulturellen Bildung tatkräftig zu beteiligen. Vor allem fordere ich die Vertreter der **autochthonen Minderheiten** auf, sich ebenfalls zu bewerben, damit die Vielfalt in unserem Land auch angemessen repräsentiert ist. Denn wo lernt man eine fremde - oder auch die eigene - Kultur schneller und besser, als etwa beim Musizieren oder Theater spielen?

(Jette Waldinger-Thiering)

Abschließend möchte ich noch ein Zitat mit auf den Weg geben, ein Zitat, welches das Jahr der kulturellen Bildung gut umrahmt. So sagte der deutsch-friesisch-dänische Maler Emil Nolde einmal:

„Die Kunst kommt vom Menschen und ist für den Menschen gemacht - nicht für die Experten. Ihre Formen bilden sich aus der lebendigen Liebe zum Leben. Sie verbindet die Menschen und gibt ein positives Lebensgefühl.“

In diesem Sinne wünsche ich uns allen ein erfolgreiches kulturelles Jahr der Bildung. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Peter Sönnichsen das Wort.

**Peter Sönnichsen [CDU]:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenige Tage vor der abschließenden Sitzung der Lenkungsgruppe Kulturdialog nun noch schnell der Berichtsantrag zum Thema kulturelle Bildung. Ein wichtiger Aspekt, aber eben nur ein Teilaspekt - sei es drum.

(Zuruf)

- Habe ich gesagt.

Vor Ihrem heutigen mündlichen Bericht, liebe Frau Ministerin Spoorendonk, für den ich Ihnen und Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern danke, war zu diesem Thema seit September letzten Jahres bekannt, dass **2014 ein Jahr der kulturellen Bildung** sein und dass fünf Kulturschulen und eine Kulturkita benannt werden sollen. Inzwischen wurde zu vier Regionalkonferenzen im März eingeladen, in denen die Beteiligten Gedanken zusammentragen sollen. So weit sind wir nun schon einmal.

Ihren heutigen Ausführungen entnehme ich, dass der Kultur eine Plattform gegeben werden soll, dass Netzwerke zu knüpfen sind, dass wir Räume für die **Kultur** schaffen wollen, dass Sie Projekte pflegen und neu initiieren wollen, Dinge - mit Verlaub -, über die allein wir in dieser Wahlperiode schon zweimal gesprochen haben.

Das Hauptwort im Berichtsantrag heißt **Bildung**. Sie haben ja ausdrücklich darauf hingewiesen, dass

diese Initiative eine von drei Ministerien ist. Gerade zum ersten und bereits eingeleiteten Teil der Kinder- und Jugendbildung - Stichworte Kulturschulen und Kulturkita - werden der Bildungsministerin die größten Aufgaben zukommen. Da gehen wir dann auch einmal ins Detail.

Ob es uns allen gefällt oder nicht: Seit gestern gilt ein **neues Schulgesetz** mit geänderten Strukturen. Damit steht der Rahmen. Es ist nun vor allem Aufgabe der Bildungsministerin, diesen Rahmen auch mit einem Gesamtbild zu füllen. Vorschriften und Vorgaben werden zu ändern oder neu zu fassen sein. Hohe Ansprüche werden zu erfüllen sein, vor allem in Richtung Motivation und Schaffung von Möglichkeiten. Darin sehe ich große Chancen. Die Rahmenbedingungen müssen aber - wie gesagt - noch geschaffen werden.

In meinem Alter darf man schon einmal von früher reden. Wo es früher noch selbstverständlich war, Schloss Gottorf oder das nächstgelegene Heimatmuseum zu besuchen, Klassenfahrten in Theater oder Kulturzentren zu unternehmen, müssen alle diese Punkte erst wieder ganz neu aufgebaut werden, vor allem durch die **Motivation der Lehrerinnen und Lehrer**, aber auch durch Stundenkontingente und vieles andere mehr.

(Beifall CDU)

Ohne Weiteres gibt es Chancen durch die Ganztagsbetreuung und vergleichbare Angebote. Diese Einrichtungen befinden sich jedoch in der Zuständigkeit der Schulträger, die diese Aufgaben dann regelmäßig auf Vereine und andere - meist ehrenamtliche - Träger delegieren. Warum also nicht die Theater AG oder den Chor, die im Regelunterricht zu kurz kommen, in Projekte oder Kursangebote überführen? Aber auch das wird nicht ohne eine mindestens anteilige Stundenzuweisung funktionieren.

Die Bildungsministerin und ihr Haus werden sich auch an vergleichbaren Strukturen anderer Aufgaben orientieren müssen. Ich nenne als Stichwort hier einmal die Begriffe **Fachberater**, die aus dem Ehrenamt oder bestehenden Institutionen kommen können, aber ebenfalls mit Begleitung der Schule und vor allem die Ausstattung mit Zeitkontingenten. Auch hier sehe ich Chancen und habe - das sage ich in aller Deutlichkeit - allerdings Zweifel am Handeln des Bildungsministeriums, die beispielsweise der eingeleitete Abbau der Aufgaben in der Verkehrserziehung erzeugt. So darf das Ausloben von fünf Kulturschulen und einer Kulturkita nicht

(Peter Sönnichsen)

Alibifunktion haben. Das muss hier in aller Deutlichkeit herausgestellt werden.

(Beifall CDU und PIRATEN)

Ehrlichen Herzens wünsche ich allen Beteiligten in den Ministerien, im LKJ, den Verantwortlichen in Kinder- und Jugendtheatern und anderen Erfolg bei der Umsetzung. Dieser kann aber nur gemeinsam gelingen. Wenn ich gemeinsam sage, meine ich nicht nur das hervorragende **Zusammenwirken der Kulturschaffenden allein**, sondern es gibt in dieser Welt auch noch etwas darum herum. Es müssen die Träger und andere mit eingebunden werden. Auch wenn es einigen nicht gefällt, reden wir hier letztendlich auch über Geld und darüber, wer das Ganze bezahlen soll.

(Vereinzelter Beifall CDU und FDP)

Zu weiteren Aspekten. Ein deutsches Sprichwort sagt: Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr. Bildung geht nach der Schule weiter, auch kulturelle Bildung. So wird es ein großer Schritt sein - das gestehe ich selbstverständlich gern zu -, wenn über Schule und Kita, über die Kulturinstitution und hoffentlich auch über die Elternhäuser ein Einstieg in kulturelle Bildung zur Erhaltung und Steigerung von **Kulturinteresse und Kulturorientierung** erfolgt.

Es gilt aber weiterzudenken, wie die Menschen, die nach der Schulzeit und der dabei angeregten - oder aus der Sicht der jungen Menschen auch angeordneten - kulturellen Bildung einmal eine Auszeit nehmen, an der Kultur dranbleiben oder für die Kultur wieder gewonnen werden können. Es gilt auch, weiter daran zu denken, wie wir Bürgerinnen und Bürgern aller Altersgruppen helfen, **lebenslanges Lernen** und Kultur zu entdecken oder wiederzuentdecken. Dazu bedarf es mehr als einer Aufzählung von Wünschenswertem, wie ich diesem mündlichen Bericht entnommen hatte. Wo es nicht beim Wünschenswertem bleibt, da stehen alle Vorschläge regelmäßig im Konjunktiv, was vermutlich auch den Landesfinanzen geschuldet ist. So zählt die Einsicht, dass **Kulturförderung** im Wesentlichen als freiwillige Leistung durch die **Kommunen** erfolgt.

Wenn ich an die derzeitigen Überlegungen zum FAG denke, die wenige begünstigen und viele benachteiligen werden, so habe ich gerade im ländlichen Raum Sorge um unsere kulturelle Vielfalt.

(Vereinzelter Beifall CDU)

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung der Frau Abgeordneten Fritzen?

**Peter Sönnichsen [CDU]:**

Ja.

**Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:** Herr Kollege Sönnichsen, Sie sind in Ihrer Rede schon weit fortgeschritten und möglicherweise kommt dies noch, aber ich möchte auf zwei Anmerkungen von Ihnen zurückkommen, die besagen, all dies sei eher dünne Suppe und zu wenig konkret, weil alles im Konjunktiv stehe. Diese Kritik haben Sie schon häufiger geäußert. Ich würde mich freuen, wenn Sie konkret sagen könnten, wie Sie sich so einen Prozess vorstellen und welche konkreten Projekte, die in diesem Bericht hätten vorkommen sollen, Sie sich wünschen würden oder die Sie als möglicher Kulturminister angestoßen hätten.

- So weit sind wir noch lange nicht.

(Zuruf Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**Präsident Klaus Schlie:**

Frau Abgeordnete, ich denke, Herr Abgeordneter Sönnichsen wird jetzt antworten.

**Peter Sönnichsen [CDU]:**

Bisher habe ich in allen Bereichen und vor allem bei den bisherigen Berichten hauptsächlich Kritik daran geübt, dass wir - und das ist keine Geringschätzung - im Moment nur mit den Kulturschaffenden und untereinander reden. Daraus ergibt sich - ich übertreibe jetzt ein wenig - regelmäßig ein Wunschkonzert. Ich habe gerade eben deutlich gemacht, wo die Probleme liegen. Wir müssen in den Schulen die Voraussetzung dafür schaffen, dass diese Umsetzung möglich wird.

(Beifall CDU)

Daher rührt mein Anspruch an die Bildungsministerin, den ich hier formuliert habe. Wenn wir sagen, dies solle auch in den Ganztageseinrichtungen geregelt werden, dann müssen wir sehen, dass das andere Träger sind. Weder das Land noch die Ministerin sind entscheidend. Die Betroffenen gehören mit an den Tisch, nichts anderes.

(Peter Sönnichsen)

(Beifall CDU)

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter Sönnichsen, es gibt den Wunsch nach einer weiteren Zwischenfrage oder -bemerkung.

**Marlies Fritzen** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein, ich wollte nur sagen, dass ich an dieser Stelle mit Ihnen absolut einer Meinung bin. Ich wollte dies nur konkreter hören. Wir sind uns an dieser Stelle einig.

**Präsident Klaus Schlie:**

Das ist eine Bemerkung, die Sie machen durften.

**Peter Sönnichsen** [CDU]:

Verehrte Frau Ministerin, Sie werden mit anerkannten **Bildungsträgern** darüber sprechen müssen, wie bestehende Landesförderungen neu aufgeteilt werden. Ich nenne hier die **Volkshochschulen**, die ich sehr schätze. Diese werden aus der gesamten Landesförderung an ihre regionalen und örtlichen Institutionen Förderungen weitergeben. Dieses Weitergeben geschieht aber nach den jeweiligen Bildungsangeboten, wozu die kulturellen Angebote der einzelnen Volkshochschulen ausdrücklich nicht gehören. Das sind Fragen, die geklärt werden müssen. Hier müssen wir weit über den Bereich der Kultur hinaus ins Detail gehen. Hier sind wir noch keinen Schritt weitergekommen.

(Beifall CDU und FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, es wäre zu schön, einfach über die Kultur, ihre Vielfalt und ihren unendlichen gesellschaftlichen Wert zu reden. Die Wirklichkeit aber zeigt die Zusammenhänge und die wechselseitigen Abhängigkeiten, wie ich sie hier nur zum Teil benennen konnte. Frau Kulturministerin, das sind viele Aufgaben, bei denen wir Sie gern unterstützen werden. Ich sage es aber in aller Deutlichkeit: Mit Dialogen, Regionalkonferenzen und Zitaten aus der Bildungsministerkonferenz allein ist es nicht getan.

(Beifall CDU und FDP)

Immer noch gilt Ihr Wort aus der Landtagssitzung vom 31. März 2013. Mit Erlaubnis des Präsidenten zitiere ich Sie:

„Ich wünsche mir ... die Verabschiedung einer Kulturstrategie in diesem Hause, in diesem Parlament.“

Ihrer beratungsreifen Vorlage sehen wir gern entgegen.

(Beifall CDU und FDP)

**Präsident Klaus Schlie:**

Für die SPD-Fraktion hat Frau Abgeordnete Beate Raudies das Wort.

**Beate Raudies** [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst möchte auch ich mich bei Frau Ministerin Spoorendonk und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für den Bericht bedanken. Mein Dank schließt ausdrücklich die Bildungs- und die Sozialministerin ein, denn das Zusammenwirken der drei Ministerien ist etwas Besonderes und macht den hohen Stellenwert deutlich, den diese Landesregierung der kulturellen Bildung beimisst.

Was aber ist kulturelle Bildung? - Ich möchte mit einem Zitat von Theodor Fontane antworten:

„Das ist ein weites Feld.“

Kulturelle Bildung ist in jedem Fall elementarer **Bestandteil**, nicht Voraussetzung der **Kulturpolitik**. Daher ist es wichtig, dass wir hier darüber diskutieren. Kulturelle Bildung hat so viele Facetten, dass es mir trotz nunmehr 13 Minuten Redezeit nicht möglich sein wird, alle Aspekte zu beleuchten. Ich werde mich also auf einzelne Gesichtspunkte beschränken.

Meine Damen und Herren, der damalige Bundespräsident Johannes Rau hat auf dem Kongress des Forums Bildung im Juli 2000 gesagt, ich zitiere:

„Zum Wissen und zum Können für morgen gehören auch die Inhalte jener Fächer, die an den Rand zu geraten drohen, wenn wir nur noch nach Nützlichkeit und Verwertbarkeit gehen: Musik, Kunst und Sport.“

(Beifall SPD und SSW)

„Die Begegnung mit den Künsten kann verhindern, dass aus Bildung ein trostloses ‚Fitmachen für ...‘ wird. Erst das ‚Wohlgefallen ohne alles Interesse‘, wie Kant es nennt, das jenseits von Funktionalität und Brauchbarkeit steht, macht den Menschen zum Menschen. Eine Schule ohne musische Bildung wäre nicht der menschengemäße Lebensraum, den ich mir wünsche.“

Ich möchte sogar noch weitergehen und sagen: Kulturelle Bildung vermittelt wichtige Kompetenzen,

(Beate Raudies)

verbessert **Bildungschancen**, hilft bei der **Integration Benachteiligter** und fördert das Selbstbewusstsein und die Identität aller Menschen. Die UNESCO, die Weltkulturorganisation, hat 2006 und 2010 zwei weltweite **Konferenzen zur kulturellen Bildung** durchgeführt. In einer bereits 2006 verabschiedeten Road Map wurde hervorgehoben, dass kulturelle Bildung kein Luxusgut ist, sondern aus dem als Menschenrecht geltenden Anspruch jedes Kindes und jedes Jugendlichen auf Bildung und Erziehung abgeleitet werden kann.

2010 ergab eine Abfrage bei den Mitgliedstaaten, dass sich nicht nur die wohlhabenden Staaten der OECD bemühen, diesen Anspruch umzusetzen. Nein, auch Länder, in denen das Einkommen der Bevölkerung im weltweit mittleren Durchschnitt liegt, und die weniger entwickelten Länder versuchen, Kultur nicht als Luxusgut zu verstehen, sondern als **elementaren Bestandteil der Gesellschaft**.

Lieber Herr Sönnichsen, um auf Ihre Rede zu antworten: In einem der reichsten Länder der Welt ist das Erste, was uns zu Kulturpolitik und kultureller Bildung einfällt, die Finanzfrage. Dies finde ich ein bisschen armselig.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Frau Ministerin Spoorendonk hat es schon erwähnt: Die **Kultusministerkonferenz** hat einen Grundsatzbeschluss gefasst, in dem sie sich für eine **Intensivierung der kulturellen Bildung** ausspricht und die Aufgabe definiert. Ein weiteres Augenmerk legt die KMK auf die Ausbildung der Fachkräfte, also der Lehrkräfte. Herr Sönnichsen, ich möchte Ihnen entgegen: Das ist ein Thema, mit dem wir uns noch in diesem Jahr in diesem Haus beschäftigen werden, nämlich mit der Frage, wie wir künftig die Lehrkräfte für unsere Schulen ausbilden. Wir sind also schon mitten in der Umsetzung.

Natürlich sind es vor allem die Schulen, die mit außerschulischen Einrichtungen, Institutionen, Verbänden und den Familien zusammenarbeiten müssen. Die kulturelle Bildung muss die Achse für das **lebenslange Lernen** sein, das heute unerlässliche Voraussetzung für die Persönlichkeitsbildung und für den beruflichen Erfolg ist.

Gerade deshalb ist aus unserer Sicht, die unter anderem von der Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung geteilt wird, ein wesentlicher Aspekt, dass es keine **sozialen Barrieren** beim Zugang zu kulturellen Bildungsangeboten geben darf. Hier hat es zum Teil sehr berechtigte Kri-

tik am „Bildungs- und Teilhabepaket“ gegeben, das für diesen Bereich nur sehr geringe Zuschüsse vorsieht und diese zugleich auf das vollendete 18. Lebensjahr beschränkt. Auch das schon erwähnte neue Bundesprogramm „Kultur macht stark“ ermöglicht nicht alle Angebote, denn das Antragsverfahren ist sehr umständlich. Viele gute Ideen bleiben darum im Anfangsstadium stecken.

Sehr geehrte Frau Ministerin Spoorendonk, es wäre schön, wenn Sie sich auf Bundesebene für **Vereinfachungen im Antragsverfahren** starkmachen könnten. Das würde vielen Menschen in diesem Land helfen. Oben auf der Tribüne nicken die Kulturschaffenden. Das ist offensichtlich ein Knackpunkt.

(Beifall SPD und SSW)

Meine Damen und Herren, viele deutsche Kommunen und Regionen haben **Netzwerke der kulturellen Bildung** aufgebaut, die über die künstlerischen und musischen Fächer an den Schulen hinausgehen. Die bisher vorhandenen Angebote sind allerdings noch ausbaufähig, wenn ich das einmal vornehm sagen darf. Wir haben ein hervorragendes Netz an anerkannten Musikschulen, aber Musik ist nicht die einzige kulturelle Ausdrucksform. Vergleichbare Einrichtungen für die bildenden Künste, Theater, Tanz und Literatur sind selten. Häufig ist es dem **Engagement** kulturell interessierter Einzelpersonen oder Gruppen zu verdanken, dass Malschulen, Bildhauerworkshops oder Schreibwerkstätten existieren. Aber auch **Bibliotheken und Volkshochschulen** haben einen großen Anteil an der außerschulischen kulturellen Bildung. Nicht zuletzt leistet die Möglichkeit, ein Freiwilliges Soziales Jahr auch im kulturellen Bereich ableisten zu können, einen wichtigen Beitrag zur lebenslangen Verstärkung der kulturellen Bildung.

Das Jahr der kulturellen Bildung 2014 soll in Schleswig-Holstein einen entscheidenden Beitrag dazu leisten, diese Lerninhalte ins öffentliche Bewusstsein zu rücken. Denn so wichtig die Debatte um die PISA-Tests war und ist, die die Initialzündung zur Überwindung alter Zöpfe im deutschen Schulsystem war: Die **Fixierung auf die kognitiven Fähigkeiten** der Schülerinnen und Schüler birgt das Risiko, dass andere Fähigkeiten vernachlässigt werden.

Frau Ministerin Spoorendonk hat in ihrem Bericht den Fahrplan für dieses Jahr vorgestellt. Jetzt muss es aber auch darum gehen, über das Jahr 2014 hinauszudenken. Die Ministerin hat das mit dem Begriff der **Nachhaltigkeit** angesprochen. Denn wir

(Beate Raudies)

haben es gerade bei diesen Projekten allzu häufig erlebt, dass ein Pflichtprogramm zu dem jeweiligen Thema abgespult wird und die Beteiligten am Ende des Jahres froh sind, wenn ein neuer Schwerpunkt kommt und andere sich daran abarbeiten können.

Ich bin jedoch zuversichtlich, dass die Ergebnisse des laufenden Kulturdialogs, aber auch die Erfahrungen der geplanten **Regionalkonferenzen** zahlreiche Ideen liefern werden. Bei der kulturellen Bildung darf es keine Begrenzung nach Kalendertagen geben, und sie darf auch nicht als Pflichtprogramm für unter 18-jährige missverstanden werden, sondern als lebenslanges Angebot, das man nicht ablehnen kann, wie der italo-amerikanische Kulturpolitiker Don Vito Corleone vielleicht sagen würde.

**Motivation** ist der Schlüssel. Lieber Herr Sönnichsen, Sie haben recht, wir haben gestern ein neues Schulgesetz verabschiedet und neue Rahmenbedingungen für die Schulen in unserem Land geschaffen. Aber wir haben das Schulsystem doch nicht komplett vom Kopf auf die Füße gestellt und müssen nicht bei Null anfangen in unseren Schulen. Da übertreiben Sie ein bisschen. Wir müssen nicht alles neu erfinden.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die **musischen Fächer** müssen heraus aus der Ecke der Wahlfächer, in denen man billig Punkte ergattern kann, und ihre Inhalte müssen in den freiwilligen Angeboten am Nachmittag gleichrangig neben anderen Fächern stehen. Das wird unbestritten ein Kraftakt, der auch das gesellschaftliche Umfeld der Schulen fordern wird. Denn wir brauchen dazu Menschen, die auch nachmittags in den Schulen aktiv tätig werden. Ja, es wird auch ein Kraftakt für die Schulen. Aber es ist wichtig, dass das Bewusstsein für die kulturelle Bildung und ihren Stellenwert geschaffen wird. Denn das Haus der kleinen Forscher und die Forderungen in den Naturwissenschaften erkennen immer alle an, aber die kulturelle Bildung ist mindestens genauso wichtig.

Hier müssen wir Wege finden, die den Lebensbedingungen von Lehrkräften, Schülern, Eltern und Ehrenamtlern gerecht werden. Es kann sicherlich keine zentrale Lösung geben. - Um noch ein Zitat zu bringen: Mao Zedong hat von 100 Blumen geredet, die blühen sollen. Wir reden dann vielleicht von 100 Schulen, die um gute Ideen wetteifern. Wenn es mehr als 100 sind, haben wir auch nichts dagegen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Auch im **ländlichen Raum** werden sich Möglichkeiten ergeben. Wie gesagt, das Jahr dient auch dazu, die Bedeutung der kulturellen Bildung ins Bewusstsein der kommunalen Entscheidungsträger zu rücken. Denn bis jetzt wird kulturelle Bildung leicht als freiwillige Leistung abgestuft und gern einmal auf die Streichliste gesetzt. Wir wollen mit diesem Jahr erreichen, dass klar wird: Kulturelle Bildung ist wichtig.

Ich erlaube mir, einen einzelnen Aspekt besonders hervorzuheben, der in den vorangegangenen Reden bereits teilweise angesprochen wurde. Kulturelle Bildung darf sich nach unserer Ansicht nicht darin erschöpfen, den Kanon der eigenen Nation abzuspielen. Im Einwanderungsland Deutschland leistet sie einen entscheidenden Beitrag zum **Verständnis der Kultur** und der Menschen mit Migrationshintergrund und damit zum **Gelingen der inklusiven Gesellschaft**.

(Beifall Birgit Herdejürgen [SPD] und Serpil Midyatli [SPD])

Kulturelle Bildung ist Voraussetzung für **interkulturelle Kompetenz**. Als interkulturelle Kompetenz bezeichnet man die Fähigkeit, mit Individuen und Gruppen anderer Kulturen erfolgreich und angemessen zu interagieren, im engeren Sinne die Fähigkeit zum beiderseitig zufriedenstellenden Umgang mit Menschen unterschiedlicher kultureller Orientierung. Doch auch das ist ein weites Feld und sprengt den Rahmen der heutigen Debatte.

Ich freue mich auf ein spannendes Jahr 2014 mit vielen Aktionen, Musikprojekten, Improvisationstheater, Lese-Events. Vieles ist möglich. Das Ziel ist klar. Die Freude an der kulturellen, kreativen Betätigung sowohl als Handelnde als auch als Publikum sollten möglichst viele Kinder und Jugendliche in diesem Jahr erleben. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Abgeordnete Marlies Fritzen.

**Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich möchte mich zunächst herzlich für den Bericht bedanken. Ich bedanke mich auch für die Einladung zum „Kulturkrach“. Ich hoffe, dass ordentlich

(Marlies Fritzen)

Krach gemacht wird, damit auf die Kultur und die kulturelle Bildung aufmerksam gemacht wird. Da kann man gar nicht laut genug sein. Ich danke ausdrücklich auch dem Landtagspräsidenten, der mir gerade zugesagt hat hinzukommen, obwohl er schon einen sehr dichten Terminkalender in der Mittagspause hat. - Herzlichen Dank!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, Kultur passiert doch im Theater und in Museen. Kulturelle Bildung kann man in der Schule ja am Nachmittag anbieten, wenn die Orthographiestunden absolviert, die Vokabeln gebimst und die Grundrechenarten geübt sind. - So oder so ähnlich stellen sich das die meisten wohl vor, so wurde auch ich angesprochen, und damit wird klar, wie unklar das Begriffspaar „**Kultur und Bildung**“ für viele ist. Auch deshalb ist es gut, dass diese Debatte prominent am Donnerstagvormittag geführt und nicht am Ende der Plenartagung weggeschelzt wird, wie wir das bei solchen vermeintlich weichen Themen häufig erleben.

Worüber also ist zu reden? Brauchen wir kulturelle Bildung? Brauchen wir überhaupt Kultur? Zu was ist das gut, und - vor allem - was kostet das? Diese Frage ist schon aufgeworfen worden. Können wir uns das angesichts angespannter Haushaltslagen überhaupt leisten?

Meine Damen und Herren, diese Fragen sind so falsch gestellt. Wir müssen es uns leisten.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Dabei ist Kultur - wenn Sie mir die etwas frivole Bemerkung gestatten - nicht so etwas wie die Geliebte der Wirtschaft, die sich diese als **weichen Standortfaktor** leistet, wenn sie es sich denn leisten möchte, sondern Kultur ist existenziell. Herr Sönnichsen hat gesagt, sie ist von unendlichem gesellschaftlichen Wert. Kultur kennzeichnet unsere Gesellschaft. **Kulturelles Erbe** verbindet uns mit den Generationen vor und den Nationen neben uns. Kultur stellt den Einzelnen in einen bewussten und damit selbst verantworteten Gesamtzusammenhang, der von der Vergangenheit über die Gegenwart reicht und für die Zukunft gestaltet werden muss. Kultur ist nichts weniger als Selbstvergewisserung der Gemeinschaft und der Kitt der Gesellschaft. Kultur ist damit weit mehr als das, was im Theater aufgeführt wird und in Museen zu besichtigen ist. Kultur machen nicht nur Künstler, sondern wir alle.

Um Kultur zu leben und weiterzuentwickeln, braucht es Bildung, die Befähigung des Einzelnen, am **kulturellen gesellschaftlichen Prozess** teilzuhaben und ihn auch aktiv zu gestalten. Selbstverständlich schaden da auch Orthografie, Vokabeln und Grundrechenarten nicht, aber kulturelle Bildung ist mehr als technische Fertigkeit und ein Kanon von Geschichtsdaten und literarischen Werken.

Kulturelle Bildung passiert auch nicht einfach nur in der Bildungseinrichtung Schule, Kita oder Volkshochschule, sondern ein ganzes Leben lang. Kulturelle Bildung ist Auseinandersetzung mit dem kulturellen Erbe, mit unserer Vergangenheit, mit Kunst und Kunstprodukten als Ausdrucksform anderer und unseren gegenwärtigen Gesellschaften. Kulturelle Bildung meint auch Ausbildung zu eigener **Kunsthfertigkeit und Kreativität**.

Ohne diese Bildung ist weder gleichrangige Teilhabe noch Gestaltung oder Weiterentwicklung möglich. Erst Bildung ist der Schlüssel zur Emanzipation, und erst sie eröffnet die Chancen auf Entwicklung und Fortschritt.

Dabei greift kulturelle Bildung bewusst über den eigenen zeitlichen und räumlichen Kontext hinaus. Sie stellt uns in eine Reihe von Gewesenem und Zukünftigem, fordert auch die interkulturelle und internationale Auseinandersetzung.

Meine Damen und Herren, Kultur und Bildung gehören zusammen. Sie bedingen sich gegenseitig. Ich möchte an dieser Stelle gern Worte des Kieler Philosophieprofessors Ralf Konersmann zitieren, der auf dem Kulturkongress im November 2013 in Rendsburg sagte:

„Kultur und Bildung bedürfen einander, damit Bildung entstehen und Kultur sich erneuern kann. ... Eine lebendige Kultur braucht Bildung, um nicht zu erstarren. Lebendige Bildung wiederum braucht Kultur, um vom Pflöck des Augenblicks loszukommen und Perspektiven zu entwerfen, die über den Tag hinausweisen.“

Was heißt das nun für unsere Politik? - Im Jahr der kulturellen Bildung bringt diese Landesregierung erstmals den Mut auf, über den ministeriellen Tellerrand einzelner Häuser zu schauen und zu erkennen, dass **Kultur, Bildung und soziale Teilhabe** nicht nur zusammengehören, sondern auch zusammenspielen müssen. Ich gebe gern zu, dass dies noch nicht so eingespielt ist, wie wir uns das alle miteinander wünschen. Wir alle sollten weiter daran arbeiten, dass sich dies weiter einspielt. Aber es wurde immerhin ein Anfang gemacht, den es in die-

**(Marlies Fritzen)**

ser Weise noch nie gab. Das sollte man zu schätzen wissen. Dabei müssen neue Wege und Kommunikationsformen gesucht und eingeübt werden. Das ist am Anfang eines solchen Prozesses selbstverständlich.

Es geht darum, gemeinsame Angebote, die Verbindung von Fördertöpfen und Haushaltsressourcen, das Zusammenspiel der unterschiedlichen Akteure erst einmal zu beginnen. Dies alles soll in diesem Jahr angestoßen und auf den Weg gebracht werden. Dabei kann es aus meiner Sicht nicht nur darum gehen - noch einmal, da bin ich sehr bei Ihnen, Herr Kollege Sönnichsen -, dass sogenannte **Leuchtturmprojekte** zu entwickeln sind, sondern es muss eine nachhaltige Vernetzung gelingen, die über dieses Jahr weit hinausreicht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beate Raudies [SPD])

Kita, Schule und Volkshochschule als wesentliche Orte organisierter Bildung sollen sich noch mehr als bisher schon öffnen für Musikschulen, freischaffende Künstlerinnen und Künstler, die LAGen Soziokultur, die Angebote, wie die Dickschiffe sie vorhalten wie öffentliche Theater, Bibliotheken und Museen. Die **Kulturschulen** können beispielhaft Projekte und Kooperationen entwickeln, die ins ganze Land ausstrahlen sollen und ganz besonders in einem Flächenland wie Schleswig-Holstein mit der **demografischen Entwicklung**, wie wir sie beobachten, den ländlichen Raum bereichern.

Noch einmal, Herr Sönnichsen: Kulturschulen dürfen dabei nicht Alibischulen sein, aber sie sind ein Beginn, dort können diese Dinge eingeübt werden, dort kann man sozusagen exemplarisch sehen, was möglich ist und was man weiterentwickeln kann.

Es muss weitergehen, ich sagte es schon. Warum zum Beispiel kann der Musikunterricht in Schulen nicht von Lehrerinnen und Lehrern der Musikschulen erteilt werden, die gut ausgebildet und hoch qualifiziert sind? Warum können **Kunstkurse** nicht von aktiven Künstlerinnen und Künstlern gegeben werden, die einen ganz unmittelbaren Zugang - vielleicht auch für Schülerinnen und Schüler - ganz neu schaffen können? Warum soll dies nur am Nachmittag in freiwilligen Arbeitsgemeinschaften oder gar als nettes Angebot zur Überbrückung der Zeit bis zum Ende der offenen Ganztagschule geschehen? - Nein, ich fände es attraktiv, diese Gedanken angesichts fehlender Lehrerkapazitäten, angesichts kreativer und **kultureller Kompetenzen** bei den genannten Akteuren und auch und gerade

angesichts von absehbar länger werdenden Schultagen im Ganztagsrhythmus weiterzuentwickeln.

Schulen profitieren hier ebenso von frischen Ideen wie freie Träger, denen, das muss man auf der anderen Seite auch einmal sehen, für ihre Instrumenten-, Mal- und Theaterkurse die Schülerinnen und Schüler wegen des Ganztagsangebots, wegen der Ganztagschule am Nachmittag, häufig verloren gehen. Das gilt im Übrigen auch für die Sportvereine.

Dazu muss die begonnene Zusammenarbeit der Ministerien weitergehen, müssen eingefahrene Wege verlassen und mit Mut und Kreativität interdisziplinär gedacht und gehandelt werden, und zwar über den Tag und das Jahr der kulturellen Bildung hinaus.

(Beifall Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Meine Damen und Herren, sehr geehrte Frau Ministerin, nur wenn aus dem „Markt der Möglichkeiten“, den Sie im Ministerium anbieten - was ich als Anfang toll finde -, Orte des Handelns werden, kann nicht nur Schule - um ein Lieblingsbuch meiner Kollegin Erdmann zu zitieren -, sondern dann kann auch kulturelle Bildung dauerhaft gelingen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die FDP-Fraktion hat Frau Abgeordnete Anita Klahn.

**Anita Klahn [FDP]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Ministerin Spooren-donk, auch ich danke Ihnen und Ihren Mitarbeitern im Namen der FDP-Fraktion für den Bericht. Bei Ihrer Einleitung, dass es kein Schmusethema sei, möchte ich Ihnen durchaus recht geben. Es ist zwar immer ein weiches Thema, und Kultur wird als **weicher Standortfaktor** in vielen Kommunen und Kreisen diskutiert, er ist auch für die Wirtschaft durchaus wichtig, ich empfehle aber allen, sich das **Portal der Bundeszentrale für politischen Bildung** anzusehen, wo sehr gut definiert wird, was alles unter kultureller Bildung zu verstehen ist und wer alles darin Einzug gehalten hat. Insofern begrüße ich es auch ausgesprochen, dass Sie es geschafft haben, sowohl das Sozialministerium als auch das Bildungsministerium mit einzubeziehen.

(Anita Klahn)

Ich möchte sogar noch einen Schritt weitergehen: Auch die anderen Ressorts gehören mit zur kulturellen Bildung. Wenn Sie nämlich auf dem Internetportal die Definition lesen, ist das sehr spannend.

Frau Spoorendonk, wir wissen, wie engagiert Sie persönlich im Bereich der Kultur sind, wie sehr Ihnen das ein Herzensthema ist. Daraus haben Sie nie einen Hehl gemacht. Insofern war es auch für uns sehr wenig verwunderlich, dass Sie das Jahr der kulturellen Bildung ausgerufen haben. Ich möchte aber auch einen Satz zu dem sagen, was meine Vorednerinnen schon gesagt haben: Es sollte jetzt tatsächlich nicht der Eindruck erweckt werden, dass das ein Jahr sei, in dem wir uns kümmern, sondern kulturelle Bildung sollte dann tatsächlich eine **dauerhafte gesellschaftliche Aufgabe** sein.

(Beifall Oliver Kumbartzky [FDP])

Die Hauptakteure an dieser Stelle sind für uns tatsächlich die Schulen. Wir haben es auch schon gesagt: Es ist ein neues Schulgesetz verabschiedet worden. Ich bin ganz froh, dass der Begriff kulturelle Bildung nicht in den Begriff kulturelle Pädagogik oder so ähnlich umgewandelt wurde, sondern als Bildung weiterhin bleibt.

(Martin Habersaat [SPD]: Brüller!)

- Genau, Brüller, Herr Habersaat!

(Beifall Oliver Kumbartzky [FDP])

Ich finde es auch gut, dass Sie die kulturelle Bildung prominenter besetzen wollen, dass Sie vorhandene Angebote, Modelle und Projekte in der Breite bekannter machen wollen. Aber Sie haben seinerzeit erklärt, dass Sie wirklich Fahrt aufnehmen wollen. Sie wollten Neues konstruieren und entwickeln. Davon habe ich jetzt ehrlich gesagt nicht viel vernommen.

Was ich vernehme aus dem, was ich eben gehört habe, was ich aus dem Flyer zur Einladung zur **Regionalkonferenz** entnehme, ist das ledigliche Bekanntmachen und Vernetzen des Vorhandenen. Für mich stellt sich die Frage: Was soll das Ziel sein? Was soll dabei herauskommen? Sie besuchen einige wenige Städte im März. Ich gehe davon aus, dass Sie noch weitere Orte im Laufe des Jahres besuchen. Aber ich möchte an dieser Stelle den Punkt der Kollegin Raudies aufgreifen: Sie setzen dafür nicht unerhebliche zusätzliche Steuergelder ein. Wäre es nicht zielführender gewesen, darüber nachzudenken, diese Gelder zu verwenden, um zum Beispiel die Musikschulen hier im Land Schleswig-Holstein entsprechend zu unterstützen? Ich möchte darauf ganz konkret eingehen, denn die Schulen ha-

ben weniger Musikunterricht. Das ist hier eben auch von der Kollegin Fritzen dargestellt worden.

**Präsident Klaus Schlie:**

Frau Abgeordnete Klahn, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung der Frau Abgeordneten Fritzen?

**Anita Klahn [FDP]:**

Ja, gern, ich wiederhole dann meine Frage gleich.

**Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:** Frau Kollegin Klahn, ich habe nicht darauf hingewiesen, dass sie weniger Musikunterricht haben, aber das war nicht der Anlass für mich, eine Frage zu stellen.

Sie sagen, es würden nicht unerhebliche finanzielle Mittel für dieses Jahr der kulturellen Bildung eingesetzt. Ich würde Sie gern fragen wollen, in welcher Höhe Sie diese in Erinnerung haben, und dann würde ich Sie gern fragen wollen, in welcher Höhe Sie in Erinnerung haben, dass wir die Musikschulen unterstützen, die Sie gerade als im Vergleich dazu nicht hinreichend unterstützt genannt haben.

- Ich möchte eines klarstellen: Ich habe nicht gesagt, dass wir die Musikschulen nicht hinreichend unterstützen. Die **Musikschulen** erhalten seit vielen Jahren eine unverändert hohe Förderung. Sie haben hinzunehmen, dass der Musiktaler eingestellt worden ist. Ich habe in Erinnerung - das ist die Antwort auf die Frage nach den zusätzlichen Mitteln -, dass, wenn ich richtig gerechnet habe, so knapp 90.000 € zusätzlich für das Jahr der kulturellen Bildung in dem Kapitel Kultur eingestellt sind, zu den ohnehin schon nicht unerheblichen Mitteln, wenn man einmal querliest, was alles dazugehört.

Erlauben Sie mir einen Hinweis, nämlich dass wir 25.000 € für dieses Jahr der kulturellen Bildung ausgeben und nicht 90.000 €, und dass wir im letzten Haushalt den Ansatz für die Musikschulen um 30.000 € erhöht haben,

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf Lars Harms [SSW])

- Entschuldigung, ich möchte den Satz gern zu Ende bringen -, weil wir nämlich, und das wird Sie vielleicht als in Bad Oldesloe wohnende Bürgerin besonders freuen, die Musikschule in Bad Oldesloe neu in diesen Förder-

(Anita Klahn)

kanon mit aufgenommen haben. Dies nur als einen kleinen finanziellen Hinweis.

- Danke für den Hinweis. Zur **Musikschule in Bad Oldesloe** werde ich gern gleich direkt kommen, weil es genau das Beispiel ist, um das es geht. Ich kann das gern direkt einfügen. Der Grund, aus dem ich die Musikschulen angesprochen habe: Wir haben durch eine Lehrplanveränderung, die schon Jahre zurückliegt, tatsächlich eine Reduzierung des Musikunterrichts in den Schulen erfahren, und genauso auch des Kunstunterrichts, der die ganz wesentliche Aufgabe hätte, die Themen Kunst, Kultur und bildende und darstellende Künste an Kinder heranzutragen.

Zum Thema der Musikschulen, das ich explizit angesprochen habe, weil es mich auch persönlich sehr betrifft und für mich ein Herzensthema ist, bei dem ich mich engagiere: Ich habe selbst daran mitgewirkt, dass die Musikschule Bad Oldesloe dem Verband angehören kann. Das ganz große Desaster war, dass es eine **Eigenbeteiligung der Standortgemeinde** geben muss. Dieses Geld muss die Standortgemeinde haben. Das ist ein Punkt, bei dem ich im Jahr der kulturellen Bildung erwartet hätte, dass auch hier Aspekte aufgezeigt werden, was man den Kommunen zukommen lässt, damit sie ihre Aufgaben wahrnehmen können. Ich freue mich, dass die Musikschule Bad Oldesloe Wege gefunden hat, dass sie das jetzt umsetzen kann, dass wir Modalitäten gefunden haben.

Ein anderer Aspekt sind die **Kindergärten**. Es wird hier eine Kita als Modell angeführt. Kindergärten machen ganz, ganz viel, aber dazu brauchen sie zusätzliche Mittel. Diese zusätzlichen Mittel müssen sie vor Ort, bei den Kommunalvertretern einwerben. Beide Kolleginnen haben richtig formuliert: Das sind freiwillige Leistungen. Versetzen Sie bitte die Kommunen in die Lage, dass sie diese freiwilligen Aufgaben wahrnehmen können.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU - Zuruf SPD)

- Genau! - Meine Damen und Herren, solange wir nur Inhouse-Kulturveranstaltungen machen, wenn wir uns lediglich intern mit Künstlern in Netzwerken, Workshops und so weiter beschäftigen, wird es draußen keine große Wahrnehmungsveränderung geben. Dadurch werden nicht wirklich Akzente gesetzt, und das initiiert keine neuen Aktionen. Dass die **Förderung der kulturellen Bildung** wichtig ist, ist Konsens. Dies entnehme ich auch der relativ sachlich geführten Debatte. Ich komme noch einmal darauf zurück, dass Kultur Identität stiftet und

Einfluss darauf hat, wo wir leben. Ich hätte mir an dieser Stelle im Rahmen der Diskussion um den Begriff Heimat- und Sachkundeunterricht von der Bildungsministerin ein Bekenntnis dahin gehend gewünscht, dass Heimat sehr wichtig ist. Heimat ist kulturelle Bildung, meine Damen und Herren.

(Beifall FDP und CDU)

Bei allem, was wir wahrnehmen, kommen wir doch zum Kern, nämlich dass kulturelle Bildung eine herausragende **Aufgabe schulischer Bildung** ist. Ich würde mir wünschen, Frau Spoorendonk, dass Sie an dieser Stelle ihren hoffentlich positiven Einfluss auf die Bildungsministerin geltend machen werden und einiges umsetzen können. Wir sollten uns trauen, Wege zu gehen, die nicht immer alle mitgehen wollten.

Wir haben auch das Thema offene Ganztagschulen, bei dem gesagt wird, die sollen mal machen. Ich komme auch an dieser Stelle nicht umhin, die **Finanzierung** anzusprechen. Offene Ganztagschulen würden gern mehr Angebote machen; ihnen fehlt das Geld dafür. Sie haben für ein Regelangebot bei 30 Schülern gerade einmal 7,50 € für einen Dozenten pro Stunde zur Verfügung. Damit lassen sich wahrlich keine großen Sprünge machen.

Teilnehmende Eltern müssen für Musikschulangebote im offenen Ganztagsschulbereich, weil es keine großen Gruppen sein dürfen, sondern kleine Gruppen oder einzelne Schüler sind, selbst horrenden Summen aufbringen. An dieser Stelle trennen wir mehr, als wir wollen. In diesem Punkt hätte ich mir im Jahr der kulturellen Bildung einen Ausblick erhofft; er kann noch kommen, das Jahr fängt ja erst an. Vielleicht können wir hier etwas auf den Weg bringen und mehr machen. Ich gebe Ihnen recht: Das BuT ist nur ein kleiner Beitrag, aber ein erster Schritt, um überhaupt Teilhabe zu ermöglichen.

Eines ist klar: Im **ländlichen Raum** habe ich definitiv weniger Angebote als in der Stadt. Auch das ist einer der Punkte, die wir im Jahr der kulturellen Bildung in Angriff nehmen sollten. Ich freue mich auf weitere Diskussionen und Informationen und hoffe, dass das Jahr der kulturellen Bildung nachhaltiger ist als manches Jahr, das wir hier thematisch hatten. - Vielen Dank.

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die Fraktion der PIRATEN hat der Herr Abgeordnete Sven Krumbeck.

**Sven Krumbeck [PIRATEN]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Ministerin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte auch ich mich bei der Frau Ministerin, ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und allen Beteiligten an diesem Bericht bedanken.

(Beifall PIRATEN)

Wir sprechen heute über das Jahr der kulturellen Bildung, ein Jahr, das sicherlich von allen hier im Saal begrüßt und von ganz vielen Menschen im Land unterstützt wird. Wer sich an die Rede der Kulturministerin anlässlich der Auftaktveranstaltung erinnert, wird darin kaum einen Satz finden, den er nicht unterschreiben kann - übrigens auch kaum einen, den wir heute nicht erneut gehört hätten. Da war die Rede von der Bedeutung der Kultur für alle, von verschiedenen Events, von Inhalten wie Perspektivenwechseln, Persönlichkeitsbildung und Toleranz, von Teilhabe und Mitgestaltung. Es ist auch die Rede von Möglichkeiten jedes Menschen jeden Alters unabhängig von seiner Herkunft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist alles richtig, und Papier ist geduldig. Das sieht gedruckt alles gut aus. Ich bin sicher, dass alle, die sich am Jahr der kulturellen Bildung 2014 beteiligen, dies aus tiefster Überzeugung, mit großer Energie und Aufrichtigkeit tun. Wir PIRATEN werden uns nicht an den Rand stellen. Wir sind dabei, wir machen mit, wir fühlen uns angesprochen, aber nicht - das muss hier auch gesagt werden -, um Spalier zu stehen und zu applaudieren, sondern auch, um kritisch zu hinterfragen und darauf aufbauend konstruktiv mitzugestalten.

(Beifall PIRATEN)

Ich spare es mir, an dieser Stelle als letzter Redner noch einmal auf die Ziele wie Vernetzung, Portal oder Vernetzung insgesamt hinzuweisen. Das sind gute Ziele, die jetzt nur noch erreicht und konkret umgesetzt werden müssen.

(Beifall Uli König [PIRATEN])

Die Messlatte liegt aber noch sehr viel höher. Dass Sie **fünf Kulturschulen** auszeichnen können, traue ich Ihnen zu. Dass es gelingt, alle Kulturbeteiligten an einen Tisch zu bekommen, sollte auch bei dem Einsatz der finanziellen Mittel durchaus machbar sein.

Wir staunen immer noch, dass sich eine Ministerin, die einer Einrichtung wie dem **Heimatbund**, der übrigens auch Träger kultureller Bildung ist, keinen einzigen Cent für Projekte mehr zubilligt und zu-

dem institutionelle Mittel drastisch kürzt, einmal eben 50.000 € für ihr Kulturparlament genehmigt.

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP)

Das ist im Grunde eine pfiffige Idee, denn damit ist man unter sich, da kritisiert kaum einer, und jeder, der dabei ist, weiß, worüber er redet.

Eine nachhaltige **Strategie für kulturelle Bildung** muss aber auch immer eine politische Strategie zugunsten derer sein, die die Ziele umsetzen sollen. Darum muss man sich auch um die Finanzierung kümmern. Es muss sich auch um belastbare Konzepte für die Zukunft gekümmert werden. Es muss sich auch darum gekümmert werden, nicht nur die einzubeziehen und zu beteiligen, die ohnehin dabei sind, die Kultur nahen, die im Kulturparlament mit der Ministerin einen Kaffee trinken, sondern auch um die, die uns verloren gehen, die von der Bildung so fern sind wie von der Kultur.

(Beifall PIRATEN)

Ich möchte dafür ein Beispiel geben. Bereits 2008 veröffentlichte „Die ZEIT“ einen interessanten Beitrag unter der Überschrift „Schafft die Eintrittsgelder ab“.

(Beifall PIRATEN)

Der Artikel befasst sich mit dem Erfolgsmodell Museum. 2008 fanden Menschen über 100 Millionen Mal den Weg in ein deutsches Museum. Das sind achtmal mehr als in den Fußballstadien, und zwar der ersten und zweiten Bundesliga zusammen.

Die Grundidee, die 200 Jahre zuvor zur Gründung der ersten öffentlichen Sammlungen geführt hat, umreißt den Kerngedanken der Bildung in Reinform. Jeder sollte die Chance bekommen, ins Museum zu gehen und am **Schatz der Kultur** teilhaben zu können.

(Beifall PIRATEN)

Das **Museum** als Ort der geteilten Werte, das offen für alle sein soll. Heute ist das Museum längst nicht mehr Ort dieser Teilhabe. Analog zu den Entwicklungen in der Schule wurde das Museum zu einem Ort der Gebildeten und Wohlhabenden. Die Erkenntnis ist einfach. Bildungsnahen Eltern nehmen ihr Kind mit ins Museum. Diese werden dann ebenso kulturelle Einrichtungen besuchen und dies weitergeben. Akademiker sollen hier in der Überzahl sein, so eine Studie des Instituts für Museumskunde.

In der letzten Sitzung des Bildungsausschusses haben wir Berichte der Stiftung Schleswig-Holsteini-

(Sven Krumbeck)

sche Landesmuseen diskutiert. Die Besucherzahlen brechen nicht nur auf Schloss Gottorf ein.

Passend dazu hatte ich neulich mittelbaren Kontakt zum Leiter einer kleinen Volkshochschule, der mit seinem Malkurs gern einmal ins Schloss gegangen wäre. Eine besondere Vergünstigung für die Eintrittspreise gab es leider nicht. Das kann sich das Haus nicht leisten. Der Mann fragt zu Recht: Warum kostet der Eintritt überhaupt etwas?

(Beifall PIRATEN)

Als 2001 in **Londoner Museen** kein Eintritt mehr erhoben wurde, stiegen die Besucherzahlen um 62 %. Gut, die Regierung auf der Insel war nicht bereit, im Gegenzug die Finanzierung um gerade einmal 10 % zu erhöhen. Darum wurden in Teilen wieder Eintrittspreise verlangt, und die Besucherzahlen sanken wieder um die Hälfte.

Wie sieht das bei uns aus? Ist diese Regierung bereit, an dieser Stelle neue Wege zu beschreiten? Wir müssen auch die **Wirtschaft** mehr in Verantwortung nehmen. Die Wirtschaft muss sich an diesen Prozessen beteiligen. Nur wer Kultur unterstützt, kann einen Beitrag zur Gesellschaft leisten.

Was wird das Ministerium konkret tun, um die Öffnung der Gesellschaft und Kultur zur Stärkung von kultureller Bildung voranzutreiben?

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter Krumbeck, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung der Frau Abgeordneten Jette Waldinger-Thiering?

**Sven Krumbeck [PIRATEN]:**

Sehr gern.

**Jette Waldinger-Thiering [SSW]:** Sehr geehrter Herr Krumbeck, vielleicht können Sie mir die Frage, die ich jetzt stellen werde, mit einem einfachen Ja beantworten. Ist Ihnen bewusst, dass unser Kultusministerium letztes Jahr eine MuseumsCard ins Leben gerufen hat?

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Die MuseumsCard gibt es bereits seit mindestens zehn Jahren!)

- Ja, die gibt es schon lange. - Das ist jetzt meine Frage und nicht eure Frage. Herr Krumbeck, ist Ihnen das bewusst?

- Das konkrete Konzept einer Museumskarte ist mir bekannt. Aber das ist nicht das gleiche Konzept wie

das der englischen Museen, und das geht nicht im gleichen Maße darauf ein, die Kultur wirklich für alle zu öffnen. Eine Museumskarte hat andere Ansprüche. Man muss sie sich vorher besorgen, man muss sich mehr über das Thema informieren. Die Hürde, um das überhaupt wahrzunehmen, ist noch eine ganz andere als wenn die Museen von vornherein kostenlos sind.

(Beifall PIRATEN - Zuruf Jette Waldinger-Thiering [SSW])

**Präsident Klaus Schlie:**

Frau Abgeordnete, Dialoge führen wir hier nicht. Wenn Sie eine zweite Bemerkung machen oder eine Zwischenfrage stellen wollen, frage ich den Abgeordneten Krumbeck, ob er das zulässt.

**Sven Krumbeck [PIRATEN]:**

Ja.

**Präsident Klaus Schlie:**

Bitte.

**Jette Waldinger-Thiering [SSW]:** Aber geben Sie mir da nicht recht, dass die MuseumsCard, die es schon länger als seit 2013 gibt, ein guter Weg sein kann, Schülerinnen und Schülern den kostenfreien Zugang in 60 Museen in Schleswig-Holstein zu eröffnen, um deren Attraktivität und den Zulauf steigern zu können?

**Sven Krumbeck [PIRATEN]:**

Ja, das ist einer von vielen guten Schritten. Damit ist aber noch nicht die komplette Niedrigschwelligkeit erreicht, sondern das bedeutet immer noch eine Anlaufschwelle gerade für Leute, die vielleicht nicht aus einem Elternhaus kommen, in dem die Eltern auf die Idee kommen, einem zu sagen, dass es so eine Karte gibt. Man kommt vielleicht nicht selber auf die Idee, sich über so eine Karte zu informieren und sich mit so einer Karte auseinanderzusetzen. Das ist das Problem.

(Beifall PIRATEN)

Wie sieht es mit **kultureller und ästhetischer Bildung** in der Schule aus? Sind es nicht vorrangig die Fächer Kunst und Musik, die zusammen mit Sport zuerst gestrichen werden, wenn Engpässe auftreten? Was wird das Bildungsministerium tun, um den Schulen hier neue Freiräume zu eröffnen, auch mit Hinblick auf die Ganztagschule? Ich erwarte

(Sven Krumbeck)

mir hier mehr als den Hinweis auf die Autonomie der Schulen und die **Trägerverantwortung**.

Erinnern wir uns an die Abgeordnete Frau Spoorendonk, die im Jahr 2010 sinngemäß forderte: Wer die Kommunen fordere, müsse sie auch entsprechend fördern.

(Beifall PIRATEN und Dr. Heiner Garg [FDP])

Das kann dann doch nur heißen, dass es mehr handfeste Förderung für alle Schulen geben muss, oder irre ich mich da? Die PIRATEN werden das abfragen. Wir werden darauf pochen, dass das kulturelle Jahr nicht zu einer großen Public-Relations-Nummer für die Regierungen wird. Wir wollen mehr als eine Imagepflege für die drei Ministerinnen erreichen.

(Beifall PIRATEN)

Kulturelle Bildung ist ein grundlegendes **Menschenrecht**, das für alle Lernenden gilt, einschließlich der oft von der Bildung Vergessenen. Teilhabe ist eine Frage für alle. Darum darf die Frage der kulturellen Bildung nicht auf die Jugendarbeit verengt werden. Stellen wir das Thema auch unter die Überschrift des lebenslangen Lernens, und machen wir handfeste Politik. Machen wir Kultur zugänglich - barrierefrei, vorbehaltlos, nicht nur für die Regierung und diejenigen, die in Sachen Kultur schon lange tätig sind, sondern für wirklich alle. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort zu einem Dreiminutenbeitrag hat Frau Abgeordnete Barbara Ostmeier.

**Barbara Ostmeier [CDU]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verzeihen Sie mir, dass ich mich jetzt doch noch einmal zu einem Dreiminutenbeitrag melde. Das Jahr der kulturellen Bildung und gerade auch der Hinweis von Frau Klahn, dass das auch eine Aufgabe sei, die ressortübergreifend zu betrachten sei, ruft doch ein bisschen die sportpolitische Sprecherin in mir auf den Plan.

(Vereinzelter Beifall CDU und Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

Denn es sind nicht nur Frau Spoorendonk und ihr Ministerium gefordert, sondern ich sehe hier auch den Innenminister, insbesondere in seiner Funktion

als Kommunalminister, gefordert, mit ins Boot zu kommen. Denn es gibt eine vielfältige Verflechtung im Bereich der Kultur. Deshalb sehe ich, dass er hier mit aktiv werden muss.

In kaum einem anderen Bereich erreichen wir derzeit so viele Jugendliche wie mit dem Sport. Der **Sportbereich** ist genau der Bereich, in dem **Integration** und **Identifikation** ganz groß geschrieben wird.

(Beifall CDU und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir ein Heimatgefühl, eine Identifikation mit dem Ort wecken oder auch eine Identifikation mit einem Verein, dann ist das auch etwas, was zur kulturellen Bildung, zu einem Heimatverständnis und zu mehr Verantwortungsverständnis führen kann. Im Übrigen kann man über Sport - ich nenne gleich ein ganz einfaches Beispiel - auch das Interesse für andere Kulturbereiche wecken. Ich war nie besonders sportlich, aber ich war gut in Musik. Deshalb war ich immer dann, wenn es ums Tanzen ging - zum Beispiel mit dem Band -, zwar nicht besonders gut, aber ich war immer im Takt.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich will damit sagen: Es ist ganz einfach, über den Sport ein Musikverständnis zu wecken. Man kann zum Beispiel mit dem Sportverein in ein Theater gehen und sich ein Ballett anschauen und sich darüber die Welt der Musik, des Theaters und des Balletts erschließen - ganz pragmatisch. Deshalb bitte ich Sie: Verlieren Sie den Sport nicht aus den Augen.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Nach diesem sportlichen Beitrag liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Doch, die Ministerin möchte gern tanzen! - Heiterkeit)

- Die Ministerin möchte noch etwas sagen? - Nein.

(Zurufe und Heiterkeit)

Die Ministerin möchte deshalb nichts mehr sagen, weil sie natürlich einen wichtigen Termin vor Augen hat. Es liegen also keine Wortmeldungen mehr vor. Der Tagesordnungspunkt ist damit erledigt.

Ich schließe die Vormittagsberatung, wir sehen uns um 15 Uhr wieder.

(Präsident Klaus Schlie)

(Unterbrechung: 12:56 bis 15:01 Uhr)

**Präsident Klaus Schlie:**

Meine Damen und Herren, das Präsidium ist vollständig, das Plenum noch nicht. Ich eröffne die Sitzung wieder und rufe die Tagesordnungspunkte 25 und 30 auf:

**Gemeinsame Beratung**

**a) Arbeitnehmerfreizügigkeit: Perspektiven bieten, Chancen ergreifen, Missbrauch verhindern, antieuropäischem Populismus keine Chance lassen**

Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/1470

**b) Chancen der Arbeitnehmerfreizügigkeit nutzen**

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 18/1476

**Arbeitnehmerfreizügigkeit in der EU fördern - Zukunftschancen ergreifen - Missbrauch bekämpfen**

Änderungsantrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 18/1513

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann werden wir folgendermaßen verfahren: Zuerst spricht die FDP zu dem Antrag zu a), dann die Fraktion der SPD als erstgenannte Fraktion zu dem Antrag zu b), danach die Fraktionen nach Stärke und abschließend die Landesregierung.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die Fraktion der FDP hat der Abgeordnete Christopher Vogt.

**Christopher Vogt [FDP]:**

Herr Präsident! meine Damen und Herren! Ich bin optimistisch, dass sich das weite Rund noch weiter füllen wird, während ich meine Rede halte.

Die **Arbeitnehmerfreizügigkeit**, Herr Dr. Stegner, ist nicht nur eine der vier Grundfreiheiten des europäischen Binnenmarktes und nicht nur ein verbrief-

tes Recht zur Wahrung der beruflichen Chancen und ein elementares Instrument zur Selbstverwirklichung der Bürger im vereinten Europa, sondern sie ist meines Erachtens so etwas wie das Kreislaufsystem der europäischen Idee. Sie macht es tagtäglich erst möglich, dass die Idee vom **gemeinsamen Haus Europa** auch tatsächlich gelebt werden kann. Diese großartige Idee durch billigen Populismus im Vorwahlkampf zu diskreditieren, zu verfälschen und abzuwerten, ist aus unserer Sicht perfide und grundfalsch.

(Beifall SPD und SSW)

Dieser intellektuell beleidigende Slogan der CSU, „Wer betrügt, der fliegt“, regt geradezu dazu an, kleine Gemeinheiten mit Blick auf einzelne CSU-Vertreter loszulassen. Dies erspare ich mir an dieser Stelle. Außerdem ist das aus meiner Sicht bereits gesetzlich ausreichend geregelt. Dieser Spruch ist schon deshalb irreführend. Wenn die CSU nur eine einfache bayerische Wald- und Wiesenpartei wäre, dann wäre das ja alles nicht so schlimm. Aber sie ist Regierungspartei im Bund und im Land - zu diesem Schluss kann man jedenfalls kommen, wenn man möchte -, und sie ist sich als Regierungspartei dennoch nicht zu schade, um in der Europapolitik immer wieder Ängste zu schüren. Und auch dieses Mal muss man leider wieder feststellen, dass diese Kampagnen letztendlich auch funktionieren, denn sonst würden wir hier jetzt nicht darüber debattieren. Aber meiner Fraktion war es wichtig, dass sich dieser Landtag zu dem Thema positioniert und einige Dinge klarstellt, weil hier aus meiner Sicht ganz bewusst verschiedene Themen miteinander vermischt werden.

Es besteht auch Gelegenheit dazu, einmal daran zu erinnern, dass unser Land derzeit einer der großen Profiteure der europäischen Arbeitnehmerfreizügigkeit ist. Ohne die Nettozuwanderung aus den Mitgliedsländern der Europäischen Union könnten wir heute und auch in Zukunft weder unserem **Fachkräftemangel** wirksam begegnen, noch - dies folgt daraus - könnten wir unsere wirtschaftliche Entwicklung weiter stärken. Ohne die Arbeitnehmerfreizügigkeit wäre unsere Wirtschafts- und Steuerkraft heute wesentlich niedriger, als sie es ist.

Ich möchte auch daran erinnern, dass in den Jahren, in denen unser **Arbeitsmarkt** lahmte, viele Deutsche ins europäische Ausland gegangen sind, gerade junge Hochschulabsolventen mit ihren jungen Familien, um dort auf dem Arbeitsmarkt ihr Glück zu finden. Sie sind größtenteils wieder nach Deutschland zurückgekehrt und haben die im Aus-

(Christopher Vogt)

land gewonnenen Erfahrungen mitgebracht. Davon profitiert unser Land nun ebenso.

Meine Damen und Herren, seit dem 1. Januar 2014 genießen nun rumänische und bulgarischen Staatsangehörige die volle Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union. Daran hängt eben auch der Anspruch auf ein kulturelles Existenzminimum; das ist ganz einfach so. Dies bringt unseren **Sozialstaat** nun wirklich nicht ins Wanken.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es wäre wirklich an der Zeit, dass die **Europäische Union**, aber auch die Bundesregierung einmal die rechtlichen Umstände klarstellt. Übrigens läuft eine solche Debatte auch in Großbritannien, und dort hat die britische Regierung gerade den Ausländern die Mietzuschüsse gestrichen.

Der wesentliche Teil der Bulgaren und Rumänen, die zu uns kommen, sind ausgebildete Arbeitskräfte, die im Pflege-, im Gesundheitsbereich sowie in weiteren Branchen unverzichtbare Leistungen erbringen und erbringen werden. Auf diese Arbeitnehmer werden wir in Zukunft stärker angewiesen sein, wenn man bedenkt, dass zwischen 2010 und 2030 die Anzahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter in Schleswig-Holstein um 250.000 Personen abnehmen wird. Das ist quasi jeder siebte Erwerbstätige in unserem Land. Insofern brauchen wir diese **Zuwanderung**, auch wenn man bedenkt, dass die Zahl der Beitragszahler deutlich sinken wird, die Empfängerzahl jedoch deutlich steigen wird.

Meine Damen und Herren, in einigen Städten gibt es nun - das ist aus meiner Sicht eigentlich eine andere Debatte, weil es schon vorher dazu gekommen ist - eine sogenannte Armutszuwanderung. Ich finde diesen Begriff wirklich nicht schön, aber jeder weiß, was damit gemeint ist. Dieses Problem werden wir aber nicht lösen können, wenn wir es verschweigen, sondern wir sollten es angehen.

Ich finde, der Deutsche Städtetag hat sich mit dieser Problematik sehr intelligent auseinandergesetzt und hat auch kluge Anregungen gegeben. Dieses Problem gibt es nicht erst seit dem 1. Januar 2014, und es hat mit der Arbeitnehmerfreizügigkeit auch nichts zu tun.

Wir müssen sehen, dass die betreffenden Menschen in ihren Heimatländern **Bulgarien** und **Rumänien** unter zum Teil wirklich schlimmen Bedingungen leben müssen. Deshalb ist es auch eine Aufgabe der rumänischen und der bulgarischen Regierungen, bei der Europäischen Union endlich die Mittel abzurufen,

die ihnen zustehen. Zurzeit werden diese Mittel nur zu etwa 10 % abgerufen. Auch die deutschen Städte, vor allem die im Ruhrgebiet und Berlin, sollen mit europäischen Mitteln unterstützt werden bei der Gesundheitsversorgung, bei Integrationsangeboten, bei Sozialarbeit sowie in anderen Bereichen.

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter Vogt, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten Andresen?

**Christopher Vogt [FDP]:**

Ja.

**Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:** Vielen Dank, Herr Kollege. - Vor dem Hintergrund der Aussagen, die Sie gerade getroffen haben und die zumindest wir durchaus begrüßen können, möchte ich Sie gerne fragen, was Sie denn zu den Aussagen Ihres Bundesparteivorsitzenden Christian Lindner sagen, der vor wenigen Wochen aktiv davon gesprochen hat, im Zweifelsfall gegen Armutsmigration - auch mir gefällt dieser Begriff nicht - mit Ausweisungen zu arbeiten?

- Nein, das hat er nicht gesagt. Er hat gesagt, es sei gesetzlich geregelt, dass dann, wenn ein Missbrauch von Leistungen vorgenommen wird, selbstverständlich eine Ausweisung möglich ist. Das ist unsere gesetzliche Lage, und das ist auch schon vor der Äußerung der CSU möglich gewesen. Nur darauf hat er hingewiesen. Er hat nicht gesagt, dass Menschen, die in unser Land einwandern und eine prekäre Zuwanderung darstellen, einfach ausgewiesen werden können.

Weil wir große Freunde der Arbeitnehmerfreizügigkeit sind, möchte ich noch darauf hinweisen, dass auch das letzte EU-Mitgliedsland, Kroatien, das als 28. Land in der EU dabei ist, die Arbeitnehmerfreizügigkeit nicht auf die lange Bank schiebt. Ich habe zur Kenntnis genommen, dass dieser Aspekt in den Anträgen der Koalition und der CDU leider nicht vorkommt. Dies vermisse ich. Aber ich freue mich, dass wir uns im Kern, zumindest was die Antragsteller angeht, einig sind. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP und SPD)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die SPD-Fraktion hat Herr Fraktionsvorsitzender Dr. Ralf Stegner.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer sich mit der europäischen Integration, ihrer Geschichte und Ausgestaltung beschäftigt, weiß, dass die vier Grundfreiheiten, die Freiheit von Waren, Kapital, Dienstleistung und Personen, das Fundament der Europäischen Union sind. Diese sind auch die Grundlage für den europäischen Binnenmarkt. Das mag einem in der Schwerpunktsetzung nicht immer gefallen. Ich selbst habe die Wettbewerbsgläubigkeit und die Konzentration der europäischen Institutionen auf wirtschaftliche Fragen oft kritisiert. Ich bleibe aber auch dabei: Wir brauchen ein **soziales Europa**. Diese Frage ist mit der heutigen Debatte eng verknüpft.

Ich teile ausdrücklich nicht die Auffassung des CDU-Vizevorsitzenden Armin Laschet, wir hätten keine Sozialunion. Die Europäische Union muss sich als Wertegemeinschaft auch als soziale Union verstehen.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hier zu sagen: „Das haben wir nicht, deshalb haben wir auch keine Verantwortung, und deshalb besteht auch kein Gesprächsbedarf“, ist schlicht falsch. Die Gestaltung dieser Sozialunion ist entscheidend, und darüber muss auch gesprochen werden. Das ist die Zukunftsaufgabe für die EU, wenn wir die Akzeptanz für das Friedensprojekt Europa 100 Jahre nach Beginn des Ersten Weltkrieges und für die Solidarität in Zeiten der Krise nicht noch weiter aushöhlen, sondern stärken wollen. Und das müssen wir tun, um populistischen Kräften gerade auch im Vorfeld der Europawahl nicht noch mehr Zulauf zu beschere. Die Gefahr von rechts in Europa ist groß, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Deshalb finde ich in diesem Zusammenhang, dass die Debatte über die **Arbeitnehmerfreizügigkeit**, die seit Beginn dieses Jahres auch für **Rumänien** und **Bulgarien** gilt, Anlass für populistische und diskriminierende Debatten ist, komplett daneben. Arbeitnehmerfreizügigkeit ist ein europäisches Grundrecht, ein Grundrecht, von dem die Bürgerinnen und Bürger wechselseitig profitieren, als Einzelne, aber auch als Ganzes, als Gesellschaft. Ich denke nur an den Fachkräftemangel.

Diese Freizügigkeit infrage zu stellen, sie in einigen Fällen begrenzen zu wollen, Menschen als unterschiedlich nützlich oder wertvoll zu bewerten, ist Diskriminierung. Das ist Populismus, das lehnen wir komplett ab, meinen sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Christopher Vogt [FDP])

Wer jetzt die Parolen vom politischen rechten Rand aufgreift, sich gar zu eigen macht, handelt schlicht verantwortungslos. Solche Äußerungen, zumal wenn sie als reine Wahltaktik für die bayerischen Kommunalwahlen oder die Europawahl vorgetragen werden, disqualifizieren sich selbst. Da werden Bilder von Horden ungebildeter und billiger Arbeitskräfte aus Südosteuropa erzeugt, die in unser Land eindringen. Ich kann Ihnen nur sagen: Wer die Parolen liest, der sieht, dass sich das bei der CSU nur nicht reimt. Ansonsten ähnelt es sich: AfD, NPD, FPÖ und andere. Ich muss sagen, das ist einfach daneben. Man soll den Kommunen helfen, aber sich nicht bei den **Rechtspopulisten** anbiedern. Das sollten wir nicht tun.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das erinnert mich an das, was Peter Ustinov einmal gesagt hat, bezogen auf Vorurteile:

„Das Vorurteil ist einer der größten Schurken in der Besetzungsliste der Geschichte - es benutzt die blanke Unkenntnis als Waffe.“

Genau darum geht es.

Wer Angst vor **Zuwanderung** in die **Sozialsysteme** hat, sollte, anstatt Ressentiments zu schüren, lieber die zahlreichen Beschränkungen abschaffen, denen Zuwanderer und Flüchtlinge in Deutschland ausgesetzt sind, wenn sie arbeiten wollen. Zugang zum Arbeitsmarkt ist die beste Vorkehrung gegen Abhängigkeit von Sozialtransfers.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Missbrauch sollten wir nicht zulassen, übrigens bei niemandem, auch bei Deutschen nicht. Artikel 1 des Grundgesetzes - „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ - gilt für alle Menschen, nicht allein für deutsche Normalbürger.

Ich will das aufgreifen, was der Kollege Vogt gesagt hat, auch wenn das mit der Debatte nichts zu tun hat. Richtig ist natürlich auch: Wenn Menschen zu uns kommen - ich meine nicht die, die in Rumänien oder Bulgarien auch schon diskriminiert wer-

(Dr. Ralf Stegner)

den, was wir, wie ich finde, in Europa bei Mitgliedsstaaten nicht dulden sollten -, weil sie vor Verfolgung flüchten, vor Armut und vor Krieg, ist Deutschland, ist Europa eine Wertegemeinschaft. Wir können nicht zuschauen, wie Menschen vor Lampedusa ertrinken und so tun, als ginge uns das nichts an. Da sollten wir uns als großzügiges, als tolerantes, als reiches Europa zeigen und nicht Vorurteile schüren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir sollten, statt anzustreben, Weltmeister beim Rüstungsexport zu werden, lieber mehr für Entwicklungszusammenarbeit tun. Das wäre eine gute Konstellation, die man unterstützen kann. Es hat mit dem Thema nur in Maßen zu tun, aber da es undifferenziert zusammengeworfen wird, finde ich, muss man das hier sagen. Glauben Sie ehrlich, dass die meisten Menschen freiwillig ihre Heimat verlassen, wenn sie das nicht müssten? Was ist daran zu kritisieren, wenn man aus bitterer Armut weggeht? Glaubt man ehrlich, wir könnten reich bleiben, wenn die anderen so arm sind, wie sie sind? Das ist eine Herausforderung, die sich für alle stellt. Da haben wir mit unseren Privilegien, die wir haben, eine besondere Verpflichtung.

Insgesamt möchte ich gern anmerken: Die Debatte zeigt noch etwas anderes, nämlich dass wir gut daran tun, Deutschland mit gutem Beispiel vorangehen zu lassen, dass wir nicht ein Europa der Märkte, ein Europa der Banken, ein Europa der Finanzjongleure, ein Europa der Manager brauchen, sondern dass wir ein Europa mit guter Arbeit, mit Tariflöhnen, mit Mitbestimmung, mit Sozialstandards brauchen und dass wir uns gegen prekäre und illegale Beschäftigung wehren, egal wo sie in Europa stattfindet, und dass wir das gemeinsam tun sollten. Die Gemeinsamkeiten sollten im Vordergrund stehen. Ich weiß, das ist in Wahlkampfzeiten unpopulär. Ich weiß, es gibt auch Probleme in **Kommunen**. Denen kann man übrigens helfen. Man hilft aber niemandem, wenn man glaubt, dass man Buhmänner aufbaut und Menschen Angst macht. Wir sollten Menschen nicht Angst machen, sondern sie ermutigen. Das ist unser Auftrag. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die CDU-Fraktion hat die Abgeordnete Astrid Damerow.

**Astrid Damerow [CDU]:**

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Stegner, das war irgendwie wieder der Rundumschlag, der alles bedient hat. Unser Thema ist die **Arbeitnehmerfreizügigkeit** innerhalb der EU. Dazu werde ich ein paar Worte sagen.

Wir alle haben die Debatten in den letzten Wochen verfolgt. Deshalb sage ich für die CDU-Fraktion ganz deutlich: Das Recht auf Freizügigkeit innerhalb der EU ist ein Kern der **Europäischen Union**.

(Beifall CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dies wird von uns in keiner Weise angezweifelt. Wir wissen ebenfalls, dass dieses Recht in der EU intensiv genutzt wird. 14 Millionen Bürger machen davon Gebrauch. Davon profitiert Deutschland und damit natürlich auch Schleswig-Holstein. Das ist uns allen bekannt. Eurobarometerumfragen zeigen, dass in Deutschland 66 % der Bürger die Freizügigkeit für die größte Errungenschaft der EU halten. Ich finde, das macht Mut.

Herr Vogt hat es vorhin bereits ausgeführt: Wir brauchen selbstverständlich die **Zuwanderung**. Wir brauchen deshalb auch die Freizügigkeit. Nur so werden wir auch in Zukunft den Mangel an Fachkräften auffangen können. Das gilt bereits heute, es gilt für die Zukunft vor dem Hintergrund des demografischen Wandels selbstverständlich noch wesentlich mehr.

Herr Stegner, Sie sagten eben, die Diskussion sei unsäglich. Sie ist sicherlich vielleicht nicht ganz glücklich begonnen worden. Aber die Umfragen zeigen auch - ich glaube, im DeutschlandTrend Anfang Januar -, dass ein Großteil unserer Bürger, bedingt durch Berichterstattungen, diese Problematik durchaus so sieht. Ich finde, das dürfen wir als Politik nicht einfach negieren. Damit bedienen wir keinen rechten Rand. Ich finde, Ängste und Befürchtungen der Bürger müssen wir aufnehmen und thematisieren.

(Serpil Midyatli [SPD]: Dann darf man nicht sagen: „Wer betrügt, der fliegt“!)

- Das habe ich nicht gesagt, Frau Kollegin.

(Serpil Midyatli [SPD]: So fing die Debatte an!)

- Das mag ja sein. Hier im Landtag mag immer alles ganz edel klingen, dass man sagt: Wir reden nicht über die Dinge, die nicht sein dürfen. Tatsache ist aber, die Befürchtungen und Ängste unserer Bürger müssen wir als Politik aufnehmen. Wir

(Astrid Damerow)

müssen sie diskutieren, weil wir ansonsten Gefahr laufen, dass sie sich verstetigen, dass sie sich selbstständig.

(Beifall CDU - Wolfgang Baasch [SPD]: Da muss man laut widersprechen!)

- Selbstverständlich, das tun wir ja auch.

**Präsident Klaus Schlie:**

Bevor wir in ein allgemeines Miteinanderreden kommen, frage ich die Abgeordnete Damerow, ob sie gestattet, dass der Abgeordnete Dr. Stegner eine Zwischenfrage oder -bemerkung an sie richtet.

**Astrid Damerow [CDU]:**

Ja.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:** Liebe Frau Kollegin Damerow, gerade weil ich das ernst nehme, was Sie gesagt haben, was das Ziel ist, glauben Sie nicht, dass man den Sorgen in der Bevölkerung dadurch besser begegnet, dass man Kommunen, die entsprechend betroffen sind von vielleicht besonders viel Zuzug, Hilfestellung gibt, statt dass man Befürchtungen schürt, die man anschließend ausräumen muss? Denn Sie haben gerade das hervorgehoben, was Sie selbst beklagt haben.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Herr Kollege Stegner, Sie unterstellen, dass durch die Behauptungen die Befürchtungen entstehen. Man kann es auch umgekehrt betrachten. Die Behauptungen haben die Befürchtungen aufgenommen. Die Umfrage von Anfang Januar zeigt ganz deutlich, dass 49 % der Befragten befürchten, dass Deutschland durch Zuwanderung mehr Nachteile als Vorteile hat. Das sage nicht ich. Das ist eine Umfrage im DeutschlandTrend. Ich finde, da kann man nicht einfach sagen: Das gefällt mir nicht, darüber reden wir nicht, darüber dürfen wir nicht reden. Ich finde, gerade dann müssen wir darüber reden.

(Beifall CDU)

Gerade dann haben wir die Pflicht, den Menschen zu erklären, wie wichtig die Freizügigkeit ist, wie wichtig für unser Land die Zuwanderung ist.

**Präsident Klaus Schlie:**

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine weitere Bemerkung oder Nachfrage des Abgeordneten Dr. Stegner?

**Astrid Damerow [CDU]:**

Ja.

**Präsident Klaus Schlie:**

Bitte.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:** Ist es nicht richtig, Kollegin Damerow, dass die Umfragen im DeutschlandTrend die Antwort auf eine bundesweit verbreitete Kampagne gewesen sind, von der die CSU gesagt hat, es sei die gute Arbeit der CSU über die Weihnachtsferien gewesen, sich das auszudenken? So hat es der Generalsekretär gesagt. Und finden Sie nicht auch, dass die meisten Sätze, die begonnen werden mit „Man wird doch noch mal sagen dürfen“, ganz schreckliche Fortsetzungen haben, das heißt, dass das, was die Menschen beunruhigt, in der Tat hervorgerufen wird, weil sie zum Teil gar nicht wissen, dass die Mehrheit der Menschen, die aus Rumänien oder Bulgarien zu uns kommen, dort sehr schlechte Löhne haben, als Mediziner oder in einem anderen Beruf hier arbeiten und zum Bruttosozialprodukt in Deutschland beitragen und nur ganz wenige, prozentual sogar weniger als Deutsche, Sozialleistungen missbrauchen? Ist das nicht auch etwas, worüber man die Bevölkerung aufklären könnte, anstatt sich um die Umfragewerte zu sorgen?

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Astrid Damerow [CDU]:**

Herr Kollege, wenn Sie mir bis zum Ende zuhören, werden Sie feststellen: Das kommt noch.

(Vereinzelter Beifall CDU - Rainer Wiegard [CDU]: Er hätte auch den Antrag lesen können!)

Ansonsten stimme ich Ihnen nicht zu.

Da wir diese Ängste aufnehmen müssen, ist es unsere Aufgabe, natürlich darauf hinzuweisen, dass die realen Zahlen eine ganz andere Sprache sprechen. Auch das ist sehr deutlich geworden.

(Astrid Damerow)

In der vergangenen Woche wurde veröffentlicht, dass 25 % der Zuwanderer aus Bulgarien und Rumänien über einen akademischen Grad verfügen. Das ist uns allen bekannt. Dieser Prozentsatz ist höher als der entsprechende Prozentsatz in Deutschland. Das nützt unserem Land. Das stellt auch niemand infrage.

Wir müssen aber auch Lösungen für die Probleme finden, die es unzweifelhaft gibt und die von Ihnen gar nicht bestritten werden. Wir sind der Ansicht, dass unsere Gesetze hierfür eine ausreichende Grundlage bieten. Sie müssen allerdings auch angewandt werden. Dabei müssen wir unsere **Kommunen** unterstützen, die mit diesen Problemen zu kämpfen haben. Ich denke, das gehört auch zur Diskussion dazu.

Insgesamt wissen wir sehr wohl, dass Zuwanderung gut für unser Land ist und unsere Einnahmesituation stärkt. Zuwanderung ist gut für unsere Steuereinnahmen und für unsere Sozialsysteme. Sie ist insgesamt nur von Vorteil.

Insofern stellt sich die Frage: Was können wir als Land tun? Wir führen hier nicht die Debatte, die die Kollegen in Bayern führen. Wir führen auch nicht die Diskussion auf Bundesebene. Vielmehr müssen wir uns überlegen, was wir als Land hier tun können.

Ich denke, es ist unsere Aufgabe, immer wieder deutlich zu machen, dass Zuwanderung selbstverständlich stattfinden sollte; denn das gehört zu einer funktionierenden Europäischen Union dazu. Fehlentwicklungen müssen benannt und analysiert werden. Fehlentwicklungen muss auch entgegengesteuert werden. Dabei dürfen wir insbesondere unsere Kommunen nicht alleinlassen.

Lassen Sie mich abschließend noch etwas zu den **Sinti und Roma** sagen. Wir haben das bereits an anderer Stelle diskutiert, und der Kollege Stegner hat es vorhin auch angesprochen. Wir müssen selbstverständlich dafür sorgen, dass sie in ihren Heimatländern bleiben können. Niemand verlässt gerne seine Heimat. Auch das ist uns allen klar. An dieser Stelle muss insbesondere die Europäische Union tätig werden. Die Fördergelder müssen so gesteuert werden, dass sie auch dort ankommen, wohin sie gehören. Außerdem muss dafür gesorgt werden, dass diese Länder die zur Verfügung stehenden EU-Gelder auch abrufen. Das ist das sicherste Mittel, um diese Art der Armutszuwanderung zu verhindern.

Deshalb sage ich abschließend noch einmal ganz deutlich: Wir stehen zur Arbeitnehmerfreizügigkeit

innerhalb der Europäischen Union. Außerdem unterstützen wir die hierfür erforderliche Willkommenskultur in vollem Umfang. Es muss aber auch gelten, dass Probleme nicht verschwiegen werden dürfen. Ressentiments innerhalb der Bevölkerung müssen diskutiert und ernst genommen werden. Nur dann wird es uns gelingen, die Menschen auch in Zukunft vom Sinn und von der Bedeutung der Europäischen Union für Frieden und Freiheit zu überzeugen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall CDU und FDP)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Fraktionsvorsitzende Eka von Kalben.

(Serpil Midyatli [SPD]: Wir brauchen den durchsichtigen Zuwanderer!)

- Frau Abgeordnete Midyatli, das Wort hat die Frau Abgeordnete von Kalben.

**Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir diskutieren heute ein Thema, über das in diesem Haus offensichtlich große Einigkeit herrscht. Es ist schade, dass es uns nicht gelungen ist, einen gemeinsamen Antrag hierzu zu formulieren. Wenn man sich fragt, warum wir das hier debattieren - bei Einigkeitsthemen ist das häufig schwierig -, so hat insbesondere Ihr Beitrag gezeigt, dass es sehr wichtig ist, hier über dieses Thema zu diskutieren und die Fakten auf den Tisch zu legen. Ich weiß, dass in Schleswig-Holstein populistische Debatten nicht so geführt werden wie in anderen Teilen Deutschlands.

Meine Damen und Herren, „Wer betrügt, der fliegt“, so hieß es in den vergangenen Wochen aus der Richtung des blau-weißen Südens. Da fragt man sich natürlich, welche Betrügerinnen und Betrüger gemeint waren. Ich nehme an, Promotionsbetrüger oder Steuerhinterzieher waren nicht gemeint. Sie meinten sicher auch nicht junge spanische Zuwanderinnen und Zuwanderer, die im vergangenen Jahr noch sehr euphorisch hier begrüßt wurden. Vielmehr wurde abgestellt auf eine bestimmte Bevölkerungsgruppe Europas, die nun die Chance hat, hierher zu kommen.

Ich bin froh, dass es diese Form des **Populismus** in Schleswig-Holstein nicht gegeben hat; denn es ist eine sehr große Gefahr, wenn wir so am offenen Herzen Europas herumstümpern.

**(Eka von Kalben)**

Das abfällige Bild vom Sozialtourismus und auch das der massenhaften Armutszuwanderung ist schlicht falsch und hat mit der alltäglich erlebten Realität nichts zu tun. Es ist nicht nur so, dass die Bundesrepublik in den vergangenen Jahren den größten Zustrom an Ärztinnen und Ärzten aus Rumänien erlebt hat. Auch im Durchschnitt liegt der Anteil der Mitbürgerinnen und Mitbürger aus **Bulgarien** und **Rumänien**, die in Deutschland auf eine soziale Mindestsicherung angewiesen sind, unter dem Bevölkerungsdurchschnitt. Aktuelle Zahlen besagen, dass die große Mehrheit sozialversicherungspflichtig beschäftigt ist und einen wichtigen Beitrag zur Stabilität des Landes leistet.

Ja, es ist wahr, einzelne **Kommunen** treiben große Sorgen um. 15 Kommunen haben in einem Brief die Situation in ihren Kommunen beschrieben, in denen die Zuwanderung aus Bulgarien und Rumänien die Maske der Armut trägt - auch zum Leidwesen der Betroffenen.

Dieser Armut muss entschieden entgegengetreten werden. Gemeinsam mit den betroffenen Kommunen, mit dem Europäischen Sozialfonds und mit den Betroffenen muss eine gezielte Förderung und Integrationshilfe geleistet werden. Ich glaube - das können wir insbesondere nach unserer Balkanreise sagen -, dass wir beides brauchen. Wir brauchen eine Aufbauhilfe vor Ort und Integrationshilfen hier für diejenigen, die nicht sofort in den Arbeitsmarkt kommen.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch wenn dies heute nicht auf der Tagesordnung steht, möchte ich ergänzen: Für uns ist Europa auch keine Festung. Wir dürfen mit diesen Fragen der Zuwanderung und der Aufnahme von **Flüchtlingen** auch nicht an den Grenzen Europas haltmachen; denn auch Mazedonien gehört zum Balkan.

Der eigentliche Skandal der vergangenen Wochen ist meiner Meinung nach, dass die **Arbeitnehmerfreizügigkeit** für die Menschen aus Bulgarien und Rumänien erst zu Beginn dieses Jahres geschaffen worden ist, und zwar erst sieben Jahre nach dem Beitritt dieser beiden Länder zur Europäischen Union. In der Zwischenzeit haben sich andere Länder Menschen mit Know-how „abgegriffen“. Viele Menschen sind bereits nach England ausgewandert und stellen dort gute Arbeitskräfte dar. Wir bilden dabei das Schlusslicht. Das hat Geschichte. Unzählige Polinnen und Polen etwa haben auch ihren Weg nach England gefunden, als sie an der deutschen Grenze noch Beschränkungen vorfanden.

Wir müssen bedenken, dass Deutschland für Zuwanderer aufgrund der Sprachbarriere ein größeres Problem darstellt als zum Beispiel England. Deshalb müssen wir uns eher mehr anstrengen als weniger, um Fachkräfte für Deutschland zu gewinnen.

Deshalb plädiere ich dafür, dass wir endlich die Beschränkungspolitik der Arbeitnehmerfreizügigkeit - zum Beispiel im Hinblick auf Kroatien - beenden.

Diejenigen Europäerinnen und Europäer, die den Weg zu uns gefunden haben, brauchen hier Unterstützung und eine Anerkennung ihrer Berufsausbildung. Ich glaube, in diesem Punkt sind wir uns alle einig. Anderenfalls würde es zu Lohndumping, zu Verwerfungen, zu Scheinselbstständigkeit und anderen Problemen kommen.

Meine Damen und Herren, die **Europäische Union** ist die Union der Freiheit. Wir Grüne verteidigen diese Idee. Deshalb stehen wir zur Europäischen Union und zum Recht aller Bürgerinnen und Bürger, sich frei zu bewegen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Meine Damen und Herren, begrüßen Sie gemeinsam mit mir auf der Besuchertribüne Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums Altenholz sowie den Bürgermeister der Gemeinde Friedrichskoog. - Seien Sie uns herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Das Wort für die Fraktion der PIRATEN hat die Abgeordnete Angelika Beer.

**Angelika Beer [PIRATEN]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die richtige Überschrift der heutigen Debatte wäre eigentlich „Ausländerfeindlichen Populismus bekämpfen - gegen die rechtslastige Panikmache der CSU“ gewesen.

(Beifall PIRATEN)

Gleichwohl begrüße ich diese Debatte, auch wenn es eigentlich gar nicht um das geht, worüber wir uns einig sind. Das ist bei allen Redebeiträgen deutlich geworden. Die **Freizügigkeit** in der **Europäischen Union** ist der Wert der Europäischen Union, die wir leben wollen. Darum geht es. Das macht auch das Unwort des Jahres „Sozialtourismus“

(Angelika Beer)

deutlich, über das gerade erst von einer Jury entschieden worden ist. Dieses Wort gehört aber nicht in die politische Debatte.

Gleichwohl müssen wir diese Debatte führen, weil wir es keinem anderen Bundesland als Bayern zu verdanken haben, dass sich der Schleswig-Holsteinische Landtag gemeinsam dagegenstellt. Die anderen haben es auch gesagt: Es ist völlig klar, dass ich das Schüren von ausländerfeindlichen Ressentiments von der CSU aus **Bayern** nicht nur fürchterlich und schrecklich finde. Ich lehne es politisch und menschlich zutiefst ab, da ich für diese offene und solidarische Gesellschaft seit Jahrzehnten streite. Ich meine auch, dass Parlamentarier und Parteien insgesamt aus meiner Sicht eine besondere Verantwortung tragen, ihre Worte mit Bedacht zu wählen. Ich habe das Gefühl bekommen, dass diese Einsicht der CSU nicht zuzuschreiben ist. Sie hat die falschen Worte mit Bedacht gewählt.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN und Beifall Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Denken wir einmal zurück an 1999. Denken wir an die Pogrome in Schleswig-Holstein und in Ost-Mecklenburg, zum Beispiel in Rostock-Lichtenhagen, und an die Anschläge bei uns in Mölln, die damit im Zusammenhang stehen. Heute ist ziemlich klar: Den ausländerfeindlichen Mordanschlägen war durch eine entsprechende öffentliche Debatte der Weg bereitet worden. Dadurch erhielten sie eine Art politische Legitimität. Wir haben hier schon darüber diskutiert, ich brauche das nicht zu wiederholen. Auch der derzeitige CSU-Chef Horst Seehofer geht mit der Migrationsthematik nicht gerade sensibel um. Damit klar ist, worüber wir hier reden, zitiere ich: Er will sich „bis zur letzten Patrone gegen Zuwanderung in die deutschen Sozialsysteme wehren“.

Dafür wurde er von dem ehemaligen SPD-Staatssekretär Ulrich Kasparick prompt wegen Volksverhetzung angezeigt. Das sind die Töne, die wir aus Bayern hören und die wir zurückweisen müssen.

Tatsache ist: Die Einzigen, die jubeln, sind die NPD-Anhänger. Sie freuen sich, dass die CSU versucht, ihre antiziganistischen Hauptthemen für die **Europawahl** hoffähig zu machen. Warum die CSU dies tut, kann man vielleicht erläutern; ich kann es nicht. Ich kann nur sagen: Der Europawahlkampf und der Kommunalwahlkampf in Bayern laufen. Es wird versucht, am rechten Rand einige Wählerstimmen abzufischen.

Ich erinnere an die Resolution des Deutschen Städte- und Gemeindetages. Wir wissen, dass wir gesellschaftliche Ängste und Probleme nicht einfach zurückweisen können. Ich gebe Astrid Damerow recht: Wir müssen die Debatte führen, wenn es zum Beispiel um die Sorgen und Belastungen der **Kommunen** geht. Es bringt nichts, diese durch Polemik oder Abschottungspolitik einfach zu ignorieren.

(Beifall PIRATEN)

Da dies Bestandteil der vorliegenden Anträge ist, will ich sagen: Die vorliegenden Zahlen zeigen ganz deutlich, dass es für derartige Befürchtungen derzeit keinen Anlass gibt. Die Inanspruchnahme von **Sozialleistungen** durch Migrantinnen und Migranten aus Südosteuropa ist weit unterdurchschnittlich. Ihre Beschäftigungsquote ist hingegen hoch. So sind diese **Migranten** also wirtschaftlich gesehen ein Gewinn für unser Land. Nicht nur deshalb, aber auch deshalb heißen wir sie überall in Europa willkommen.

(Beifall PIRATEN)

Zum Schluss möchte ich noch etwas zu den Anträgen sagen. Wir haben keinen eigenen Antrag eingebracht, weil wir glauben, dass wir den Anträgen von SPD und FDP aus guten Gründen zustimmen können. Ich hätte mich gefreut, wenn es einen gemeinsamen Antrag gegeben hätte. Ich appelliere an dieser Stelle noch einmal an die CDU, auf ihren heute eingebrachten Antrag zu verzichten und stattdessen aus diesem Haus heraus ein gemeinsames Signal zu geben und zu sagen, wir verabschieden die Anträge von SPD und FDP einstimmig. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall PIRATEN)

**Präsident Klaus Schlie:**

Für den SSW hat Herr Abgeordneter Flemming Meyer das Wort.

**Flemming Meyer [SSW]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! **Arbeitnehmerfreizügigkeit** ist eigentlich ein alter Hut. Inzwischen gibt es kaum noch große Betriebe in Schleswig-Holstein, die nicht von der Freizügigkeit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer profitieren. Es spielt für den Arbeitgeber inzwischen keine Rolle mehr, aus welchem EU-Land Bewerber kommen. Wichtig ist nur, dass die jeweiligen Vorkenntnisse und das Know-how in den Betrieb passen. Laut Statistikamt Nord kommen von den knapp 860.000 Beschäftigten in

(Flemming Meyer)

Schleswig-Holstein am Stichtag 31. Dezember 2012 allerdings nur 14.465 aus dem EU-Ausland. Das sind 1,7 % aller Beschäftigten. Schleswig-Holstein ist also nicht gerade das Eldorado für Beschäftigte, die aus dem Ausland kommen und in Deutschland arbeiten wollen.

Die Freizügigkeit für Arbeitnehmer ist historisch gewachsen. Ich möchte daran erinnern, dass vor allem die Gewerkschaften diese Grundfreiheit anmahnten, nachdem sich die alte EWG jahrelang nur für den freien Waren- und Kapitalverkehr starkgemacht hatte. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollten sich die besten Arbeitsbedingungen aussuchen können, und zwar ausdrücklich mit einem minimalen bürokratischen Aufwand. Damit sollte eine Art Waffengleichheit im Verhältnis zum freien Kapitalfluss erreicht werden.

Deutschland hat sich allerdings mit der Freizügigkeit schwergetan, als diese im Zuge der Osterweiterung für alle Mitgliedsländer gelten sollte. Deutschland wollte sich nämlich weiterhin abschotten; unter anderem, weil nicht einmal die Integrationsprobleme derjenigen Beschäftigten gelöst worden waren, die schon in Deutschland arbeiteten. Die öffentliche Diskussion in der Zeit der Regierung Schröder hörte sich damals fast genauso an wie das, was wir heute hören. **Einwanderungspolitik** wurde schon vor zehn Jahren mit Angstvokabeln diskutiert. Schließlich waren die Befürchtungen so stark aufgebauscht, dass es bis zum 1. Mai 2011 gedauert hat, bis Deutschland als einer der letzten EU-Staaten seinen Arbeitsmarkt für osteuropäische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geöffnet hatte. Da hatten Länder wie Schweden oder Großbritannien schon sieben Jahre lang Erfahrungen mit der Zuwanderung. Deren gute Erfahrungen wurden in Deutschland ignoriert.

Diese Abschottung hatte Folgen. Ich erinnere mich an die immensen Hürden, die es im Grenzland zu überwinden galt, wenn ein Flensburger zum Beispiel in Sønderborg arbeiten wollte oder umgekehrt. Auch wenn heute immer noch viele Formalitäten zu bewältigen sind, so gilt die Freizügigkeit inzwischen aber als Erfolgsmodell. Als die Wirtschaft lahmte, konnten deutsche Arbeitnehmer in dänische Betriebe wechseln, entgingen so der Arbeitslosigkeit und blieben der Region langfristig erhalten. Der gemeinsame **deutsch-dänische Arbeitsmarkt** war jahrelang ein regelrechter Jobmotor für die gesamte Region im Norden.

Die europäische Statistik wies noch bis zum Jahre 2009 aus, dass sich mehr Deutsche einen Job im Ausland suchten als Ausländer in Deutschland.

Freizügigkeit ist also keine Einbahnstraße, wie es uns einige Populisten weismachen wollen.

(Beifall SSW und SPD)

Diese sollten sich einmal in der Flensburger Agentur für Arbeit umhören. Sie würden erfahren, wie intensiv die Vermittlung über die Grenze hinweg inzwischen geworden ist. Das ist dort Alltag, von dem auch die Betriebe auf beiden Seiten der Grenze enorm profitieren, denn ihnen steht durch die Freizügigkeit ein größerer internationaler Bewerbermarkt zur Verfügung. Über die Vorteile der Freizügigkeit besteht auch mit der antragstellenden FDP-Fraktion und der CDU-Fraktion absolute Einigkeit, was man dem Antragstext zweifelsfrei entnehmen kann. Allerdings hört die Gemeinsamkeit bei dem Wort Armutszuwanderung auf,

(Beifall PIRATEN und Serpil Midyatli [SPD])

auch wenn das Wort in dem Antrag der FDP relativierend in Anführungszeichen gesetzt wurde. Nicht von ungefähr hat es das ihm verwandte Wort Sozietourismus geschafft, Platz eins unter den Unwörtern des Jahres einzunehmen. Die Sprachwissenschaftlerin Nina Janich begründete das folgendermaßen:

„Dies diskriminiert Menschen, die aus purer Not in Deutschland eine bessere Zukunft suchen, und verschleiert ihr prinzipielles Recht hierzu.“

Dem gibt es eigentlich nichts mehr hinzuzufügen. Arbeitnehmerfreizügigkeit ist ein Grundrecht innerhalb Europas. An diesem Grundrecht wird der SSW niemals rütteln.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist kein Denkverbot. Im Gegenteil, wir müssen diese Debatte führen, aber nicht mehr länger als Angstdebatte, sondern als das gemeinsame Ringen um Fairness. Schon 2004 warnte der Deutsche Gewerkschaftsbund vor Dumpinglöhnen, die durch die massenhafte Beschäftigung polnischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zur Normalität werden könnten. Konkurrenz belebt eben nicht nur das Geschäft, sondern mehr Angebot macht auch Preise kaputt. Darum brauchen wir einen existenzsichernden **Mindestlohn** für alle. Darin liegt die Chance in der Arbeitnehmerfreizügigkeit. Letztlich führt die Öffnung des Arbeitsmarktes dazu, dass Wildwuchs und Ausbeutung endlich beendet werden, weil sich der Horizont durch die Zuwanderung öffnet.

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter, können Sie bitte zwischenzeitlich auch einmal auf die Uhr schauen?

**Flemming Meyer [SSW]:**

Oh, entschuldigen Sie. - Gut, dass wir nicht länger so im eigenen Saft schmoren.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Klaus Schlie:**

Für die Landesregierung hat der Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie, Reinhard Meyer, das Wort.

**Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich gleich zu Beginn eines feststellen: Die Landesregierung bekennt sich ausdrücklich zur **Arbeitnehmerfreizügigkeit**.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Deshalb ist es auch zu begrüßen, dass seit Jahresbeginn die Bulgaren und Rumänen vollständige Arbeitnehmerfreizügigkeit genießen. Schließlich ist Freizügigkeit nicht irgendein nachrangiges Recht, sondern sie gehört zu den vier fundamentalen Grundfreiheiten der **Europäischen Union** und ist ein ganz wesentliches Element für einen erfolgreichen europäischen Binnenmarkt. Im Übrigen wird diese Freizügigkeit ja auch erst nach einer Übergangszeit von sieben Jahren gewährt, und niemand kann sich also überrascht zeigen.

Die Arbeitnehmerfreizügigkeit ermöglicht es den Unionsbürgerinnen und -bürgern, in jedem Mitgliedstaat zu leben und unter den gleichen Voraussetzungen wie die eigenen Staatsangehörigen eine Beschäftigung aufzunehmen. Wir wollen faire Arbeitsbedingungen in Europa. Wir wollen gerechte Löhne. Wir wollen Mindestlöhne, und wir wollen soziale Sicherheit für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Von der Freizügigkeit profitieren nicht nur die einzelnen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sondern auch die europäischen Arbeitsmärkte. Denn wir sind auf die **Mobilität** der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer angewiesen. Sie stärkt unsere

**Wirtschaft**. Im Übrigen - Herr Meyer hat es gerade gesagt - profitieren selbstverständlich auch die Nachbarn - wie Dänemark - davon. Daher gilt es, die Vorteile des europäischen Binnenmarktes zu nutzen.

Wenn wir in Schleswig-Holstein die Fachkräftedebatte führen, wenn wir wissen, dass bis 2030 ungefähr 100.000 Fachkräfte in Schleswig-Holstein fehlen werden, sind wir auf die **Zuwanderung von Fachkräften** angewiesen. Ich sage ganz ausdrücklich: Hier gilt es, in Schleswig-Holstein attraktiver zu werden. Wir müssen den qualifizierten Arbeitskräften zeigen, dass sie bei uns willkommen sind. Daher ist auch die Verbesserung der **Willkommenskultur** ein wichtiger Bestandteil der weiteren Aufgaben der Fachkräfteinitiative Zukunft im Norden. Ich sage ganz deutlich: Wir wollen ausländische Fachkräfte motivieren, ihre Perspektive hier bei uns in Schleswig-Holstein zu suchen.

(Beifall SPD und Dr. Heiner Garg [FDP])

Auf keinen Fall dürfen wir potenzielle Zuwanderer abschrecken. Die aktuelle Debatte mit Worten, die schon genannt worden sind, auch dem Unwort des Jahres, Sozialtourismus, geht an der Wirklichkeit völlig vorbei.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP] und vereinzelt SPD)

Ich sage es noch deutlicher: Das macht Stimmung gegen Ausländer. Das ist Alpenpopulismus à la CSU.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP] und Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Genauso wie bei der Pkw-Maut, die auch einen versteckten ausländerfeindlichen Kern hat, gilt es, dem entschieden entgegenzutreten.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, Dr. Heiner Garg [FDP], Angelika Beer [PIRATEN] und Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Wir dürfen natürlich nicht den Blick verschließen, dass es - beschränkt auf einzelne Großstädte - in Deutschland Probleme gibt. Schauen Sie nach Duisburg, schauen Sie nach Dortmund! Davon sollte man den Blick nicht verschließen. Dafür können und müssen Lösungen gefunden werden. Ich begrüße daher, dass die neue Bundesregierung in ihrem Koalitionsvertrag angekündigt hat, besonders von Armutsmigration betroffene Kommunen stärker als bisher zu unterstützen. Auch das gehört zu diesem

**(Minister Reinhard Meyer)**

Thema. Auch die Europäische Kommission bemüht sich.

Abschließend möchte ich noch einmal betonen, dass die Arbeitnehmerfreizügigkeit eine der wichtigsten Errungenschaften der Europäischen Union ist. Die großen Vorteile und Chancen, die sie mit sich bringt, sollten wir gemeinsam nutzen. Wir wollen im echten Norden nicht nur von Weltoffenheit reden, wir wollen auch weltoffen sein. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Ich gehe davon aus, dass wir in der Sache abstimmen. - Das ist so.

Wir kommen zur Abstimmung zu a), Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 18/1470. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von FDP, CDU und PIRATEN. Wer ist dagegen? - Das ist der Abgeordnete Andresen.

(Zuruf)

- Ja, das war die Frage. - Wer stimmt dagegen? - Keiner. Wer enthält sich? - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Damit ist der Antrag angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung zu b), Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW sowie Änderungsantrag der Fraktion der CDU. Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 18/1513, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von FDP und CDU. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW und die Fraktion der PIRATEN. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 18/1476, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW und die Abgeordneten der Fraktion der PIRATEN.

(Zuruf Lars Harms [SSW])

- Herr Abgeordneter Harms, können Sie das vielleicht anschließend klären, wenn ich mit der Abstimmung durch bin? - Das ist nett, danke. - Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten der Fraktion der CDU. Wer enthält sich? - Das sind die Abgeordneten der FDP-Fraktion. Damit ist dieser Antrag angenommen. Ich danke Ihnen.

Die Parlamentarischen Geschäftsführer haben sich darauf verständigt, dass nunmehr der Tagesordnungspunkt 27 und anschließend die gemeinsame Beratung der Tagesordnungspunkte 28 und 36 aufgerufen wird.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 27 auf:

**Förderung der Beratungsstellen zur Teilzeitausbildung unverzüglich fortsetzen**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 18/1473

**Teilzeitausbildung - ein wichtiger Baustein im dualen System**

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 18/1508

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

(Unruhe)

Wenn es noch irgendwelche Klärungsbedarfe gibt, warte ich gern.

Bevor wir in die Aussprache eintreten, gebe ich folgende geschäftsleitenden Hinweise: Mit dem Änderungsantrag Drucksache 18/1508 wird ergänzend ein mündlicher Bericht in dieser Tagung beantragt. Ich lasse zunächst darüber abstimmen, ob der Bericht in dieser Tagung gegeben werden soll. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen.

(Zurufe - Unruhe)

- Wer zustimmen will, dass der Bericht in dieser Tagung gegeben werden soll, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind teilweise die Abgeordneten der SPD?

(Sandra Redmann [SPD]: Nein!)

- Nein, der ganzen SPD. - Das sind die Abgeordneten von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und PIRATEN. Wer ist dagegen? -

**(Präsident Klaus Schlie)**

(Zurufe)

- Die CDU-Abgeordneten sind auch dafür oder dagegen?

(Heiterkeit)

- Jetzt sind Sie dagegen. Dagegen sind also die Abgeordneten der Fraktionen von CDU und FDP.

(Zuruf)

Gibt es noch Klärungsbedarf? - Ich bin gern bereit, Sie überlegen zu lassen, wie Sie abstimmen möchten, aber Sie müssten dann auch deutlich abstimmen, damit ich das erkennen kann. - Herr Abgeordneter Vogt zur Geschäftsordnung.

**Christopher Vogt [FDP]:**

Herr Präsident! Vielen Dank, dass ich zur Geschäftsordnung vielleicht Aufklärung leisten kann. Meine Fraktion - und ich denke auch die Kolleginnen und Kollegen der CDU - haben dagegen gestimmt, weil die Koalitionsfraktionen einen Berichts Antrag mit dem inhaltlichen Antrag verbunden haben. Deswegen haben wir dagegen gestimmt. Das hätte man vorher vielleicht trennen müssen. Deswegen haben wir dagegen gestimmt.

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter Arp.

**Hans-Jörn Arp [CDU]:**

Herr Präsident! Hohes Haus! Wenn ich mich recht erinnere, war es so abgemacht, dass unser Antrag als Erstes kam. Dann kam der mündliche Berichts Antrag der Regierungskoalition, und wir haben gesagt, wir bleiben bei dem Verfahren, wie es in der Vergangenheit war: wer zuerst kommt. Nach diesem Verfahren wird erst über unseren Antrag und dann über den Berichts Antrag entschieden. Also redet der Minister als Letztes.

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Ja, aber ihr habt gegen den Bericht gestimmt!)

**Präsident Klaus Schlie:**

Ich mache Ihnen folgenden Vorschlag: Wenn es darüber Einmütigkeit gibt, dass wir in der wie eben vom Abgeordneten Arp vorgesehenen Reihenfolge die Beratung stattfinden lassen, bin ich bereit, die Abstimmung über die Frage, ob der Bericht heute gegeben werden soll, zu wiederholen.

Ich glaube, das war etwas unklar. Deswegen schlage ich vor, dass ich jetzt noch einmal darüber ab-

stimmen lasse, ob der Bericht in dieser Tagung gegeben werden soll, und zwar aufgrund der Bemerkung des Abgeordneten Arp - da scheint Übereinstimmung zu bestehen - in der Reihenfolge, dass die CDU zuerst zu diesem Tagesordnungspunkt redet. Können wir auf dieser Grundlage abstimmen? - Das ist der Fall. Dann frage ich: Wer stimmt zu, dass der Bericht heute gegeben werden soll? - Das ist einstimmig so beschlossen. Vielen Dank.

(Unruhe)

Es wäre übrigens einfacher gewesen, wenn wir es so hätten machen können. Dann hätte ich das anschließend so vorschlagen können. Aber wir sind ja jetzt so weit, dass ich die Aussprache eröffnen kann. Zuerst hat für die CDU-Fraktion die Abgeordnete Katja Rathje-Hoffmann das Wort.

**Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:**

Herr Präsident! Sehr geehrten Damen und Herren! Seit 2005 gibt es das Projekt „Teilzeitausbildung“ im Rahmen des Jobstarter-Programms in Schleswig-Holstein. Damit waren wir eines der ersten Bundesländer, die diese Art der Ausbildung ins Leben gerufen und gefördert haben. Im Jahr 2006 wurde es in das Zukunftsprogramm Arbeit übernommen und flächendeckend landesweit eingeführt.

**Teilzeitausbildung** führt zu einer klassischen Win-Win-Situation für alle Beteiligten. Junge Eltern - bisher waren es fast immer alleinerziehende junge Frauen - erhalten die große Chance auf eine qualifizierte Berufsausbildung und damit die Chance auf Erfolg auf dem Arbeitsmarkt als Fachkraft.

Im Gegenzug haben Unternehmen die Möglichkeit auf eine motivierte und sozial kompetente Frau, die erfolgreich eine Berufsausbildung absolviert hat und somit den großen und dringend benötigten Fachkräftebedarf decken kann. Und das alles zu meist im normalen Ausbildungszeitraum von drei Jahren.

Das Projekt ist so gut, dass die Landesregierung in ihrer Antwort auf meine Kleine Anfrage

(Martin Habersaat [SPD]: Große Antwort auf Kleine Anfrage!)

- danke schön für diese Belehrung, Herr Habersaat -, Drucksache 18/209, im September 2012 schrieb:

„Nach Auffassung der Landesregierung kann die Teilzeitausbildung künftig noch größere Bedeutung gewinnen, weil die Pflege der äl-

(Katja Rathje-Hoffmann)

teren Generation junge Menschen immer umfangreicher beanspruchen dürfte.“

Das war 2012.

Dieses Erfolgsmodell der IHK Lübeck, Kiel und Flensburg und der Handwerkskammern Flensburg und Lübeck überzeugt durch seine Erfolge, die sich anhand von Zahlen ganz einfach verdeutlichen lassen: Es wurden circa 800 junge Mütter erfolgreich in Teilzeit ausgebildet. Allein 2012 absolvierten die Mitarbeiterinnen des Projekts über 800 Betriebskontakte und akquirierten damit 267 Ausbildungsstellen und vermittelten 117 Bewerberinnen in die Teilzeitausbildung. Die erfolgreichen Netzwerke der Mitarbeiterinnen sind für die erfolgreiche Ausbildung unerlässlich.

Ein weiterer Beweis für den besonderen Erfolg des Projekts zeigt sich darin, dass in Schleswig-Holstein der Anteil der Ausbildungsplätze in Teilzeit bei 1 % liegt, weit über dem Bundesdurchschnitt von 0,2 %. Die Fachleute der **IHK** und **Handwerkskammern** kennen sich aus, sind erwiesenermaßen erfolgreich und erfahren und genießen bundesweit sehr hohe Anerkennung.

Dieses erfolgreiche Leuchtturm-Projekt soll in dieser Form nicht fortgesetzt werden. Es zerbricht eine Erfolgsstruktur, und die Anzahl der Auszubildenden in Teilzeit wird wahrscheinlich auf Bundesniveau zurückgehen.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Das ist ja unglaublich!)

Diese Entwicklung können und dürfen wir nicht zulassen. Unser Ziel muss bleiben, möglichst viele Schulabgängerinnen in eine qualifizierte **Berufsausbildung** zu bringen. So schaffen wir die elementarste Voraussetzung für junge Mütter zur **Verainbarkeit von Familie und Beruf**.

(Beifall CDU und Wolfgang Dudda [PIRATEN])

Gerade diese jungen Mütter brauchen Unterstützung durch das Projekt Teilzeitausbildung zur langfristigen Sicherung ihres Lebensunterhalts und finanziellen Unabhängigkeit ihrer kleinen Familien. Gerade hier sind die Vernetzung und Erfahrung der geschulten Mitarbeiterinnen der Kammern für eine erfolgreiche Berufsausbildung unerlässlich. Doch damit ist nun Schluss.

Die Förderung durch das Land Schleswig-Holstein wurde überraschend eingestellt. Die Kosten von rund 270.000 € im Jahr wurden nicht mehr übernommen. 80 % davon waren ESF-Mittel, und 20 %,

rund 55.000 €, kamen vom Land. Die IHK und die Handwerkskammern waren schockiert, wie viele andere auch. Die IHK signalisierte dem Land gegenüber, dass sie bereit wäre, den Eigenanteil deutlich zu erhöhen, bis hin zur Höhe des Landesanteils. Doch unverständlicherweise fand dieses Angebot überhaupt kein Interesse im Wirtschaftsministerium.

Wir fordern die Landesregierung daher auf, das Projekt unverzüglich mit den bisherigen Trägern weiterzuführen und für eine langfristige und dauerhafte Lösung zu sorgen.

(Beifall CDU und FDP)

Die Kosten sind eine hervorragende Investition in die Zukunft junger Frauen und gegen den von allen Seiten beklagten Fachkräftemangel jetzt und in Zukunft und zudem eine gute Vorbeugung gegen Armut und Chancenlosigkeit.

Es ist schon seltsam, dass sich Ministerpräsident Albig bei der IHK in Lübeck für mehr Familienfreundlichkeit in Betrieben und Behörden einsetzt und gleichzeitig das Projekt Teilzeitausbildung der IHK und der Handwerkskammern beerdigt. Schade! - Danke schön.

(Beifall CDU, FDP und Wolfgang Dudda [PIRATEN])

**Präsident Klaus Schlie:**

Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Tobias von Pein das Wort.

**Tobias von Pein [SPD]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete! Zunächst einmal müssen wir feststellen: Die Teilzeitausbildung wird auch in Zukunft in Schleswig-Holstein möglich sein, und es wird hierfür auch weiter eine Beratung geben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich finde es wenig hilfreich, wenn die Opposition so tut, als wenn die Ausbildung in dieser Form vor dem Aus stehen würde; das Gegenteil ist der Fall.

Wir hatten in den letzten Jahren um die 270 Teilzeitausbildungsplätze im Land, übrigens verteilt auf die unterschiedlichsten Berufe. Insgesamt wurden 2013 in Schleswig-Holstein rund 20.000 Auszubildendenverträge abgeschlossen. Das weist die jährliche Statistik aus dem Bundesinstitut für Berufsbildung aus. Übrigens hat sich diese Zahl in den letz-

(Tobias von Pein)

ten 20 Jahren nur geringfügig verändert. Für junge Eltern und andere Menschen, die aus welchen Gründen auch immer keine Ausbildung in Vollzeit absolvieren, ist die Teilzeitausbildung eine gute Alternative.

Was in Zukunft tatsächlich nicht mehr in gleicher Weise erfolgen wird, ist die Förderung der Beratung. Seit 2006 haben wir die Beratung für Teilzeitausbildung gezielt gefördert, und zwar mit dem positiven Ergebnis, dass die Akzeptanz deutlich gestiegen ist. Davon werden wir auch künftig profitieren, denn die Verhältnisse haben sich etwas geändert, was ja gut ist. Als die Teilzeitausbildung von den Akteuren, damals von Betrieben, Auszubildenden, Kammern, vorsichtig ausprobiert wurde, waren die Ausbildungsstellen noch Mangelware. Trotzdem hat sich die **Teilzeitausbildung** einen Platz erobert. **Betriebe** und **Kammern** wissen jetzt dank der gezielten jahrelangen Förderung, wie es geht. Jetzt, in Zeiten von erhöhtem Fachkräftebedarf und demografischem Wandel auf dem Land, kommt ihnen dieses Wissen sehr entgegen.

Junge Eltern oder Menschen mit Pflegeerfahrung werden künftig stärker in den Fokus der schleswig-holsteinischen Unternehmen rücken, ja sogar rücken müssen, wenn es darum geht, motivierte Azubis zu finden. Darüber hinaus wird die Beratung junger Frauen und Männer, für die eine Teilzeitausbildung infrage kommt, weiter stattfinden. Ein Teil der Beratung wird nämlich von den Beratungsstellen FRAU & BERUF übernommen, deren Arbeit so wichtig ist und die wir als rot-grün-blaue Koalition finanziell nachhaltig abgesichert haben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Wolfgang Dudda [PIRATEN])

Darüber hinaus wird auch die neue Beratungsstruktur für **Weiterbildung** und **Fachkräftesicherung** in der Lage sein, die Möglichkeit der Teilzeitausbildung zu verkaufen. Deshalb muss auch der Wissenstransfer von den bisherigen Beratungsstellen zu den neuen Beratungsstellen sichergestellt werden, wie wir es in unserem Antrag formuliert haben. Denn das Ziel muss sein, Teilzeitausbildung zum selbstverständlichen Teil der Arbeitswelt zu machen.

Alle vom Land geförderten Beratungsangebote für Ausbildung und Weiterbildung in Schleswig-Holstein müssen in der Lage sein, über die Möglichkeit der Teilzeitausbildung zu informieren. So kommen dann auch mehrere gute Situationen zusammen. Erstens: Der Ausbildungsmarkt wird künftig vielfältiger, weil die Fachkräftesicherung stärker in den

Fokus der Unternehmen rückt. Zweitens: Nach jahrelanger direkter Förderung sind die Sensibilität und Akzeptanz in Sachen Teilzeitausbildung deutlich gestiegen. Man kann auch sagen: Teilzeitausbildung wird langsam, aber sicher zum Mainstream. Drittens: Mit dem Umbau der Beratung zur Weiterbildung und Fachkräftesicherung kann das Thema Teilzeitausbildung in Schleswig-Holstein flächendeckend verankert werden.

(Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD])

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin zuversichtlich, dass uns das Thema weiter begleiten wird. Das ist auch richtig so. Die Zielgruppe für Teilzeitausbildung ist uns wichtig. Schleswig-Holstein will und wird einen Beitrag leisten. Die Bekämpfung des künftigen **Fachkräftemangels**, der auf uns zukommen kann, wird ebenso wie die Förderung der Berufstätigkeit von Frauen und Männern, was ja auch eine Gleichstellungsfrage ist, weiter auf der Tagesordnung stehen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Abgeordnete Ines Strehlau.

**Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Rathje-Hoffmann, im Ziel sind wir uns einig, und wir meinen auch, dass wir das Ziel erreichen werden, nur auf anderen Wegen. Wir wissen, wir steuern auf einen **Fachkräftemangel** zu. Bereits heute können nicht alle Ausbildungsplätze besetzt werden. Die Situation wird sich weiter verschärfen. 2030 rechnen wir mit einer Fachkräftelücke von 85.000 Personen. In Schleswig-Holstein hatten im Jahr 2013 53 % der jüngeren Arbeitslosen zwischen 25 und 35 Jahren keine Berufsausbildung. Das sind etwa 6.000 Personen oder jeder zweite jüngere Arbeitslose, der keine Berufsausbildung hat. Um jedem Jugendlichen eine Chance zu geben, eine Ausbildung zu machen, sind Teilzeitausbildungen ein wichtiger Baustein.

Der Antrag der CDU unterstellt, dass es die Beratungen zu dieser Art von Ausbildung in Zukunft nicht mehr geben wird, und er suggeriert, dass damit auch die Teilzeitausbildung als solche nicht mehr fortgeführt wird. Das ist falsch. Aber wie ist die Sachlage wirklich? - Handwerkskammern und die Industrie- und Handelskammern haben als Pro-

(Ines Strehlau)

jekt mit Modellcharakter in der abgelaufenen EU-Förderperiode die Beratung zur Teilzeitausbildung und die Akquise von Teilzeitausbildungsplätzen übernommen. Sie waren erfolgreich und haben in der gesamten Projektlaufzeit ab 2006 mehr als 1.700 Teilzeitausbildungsplätze akquiriert und mehr als 6.000 Interessierte beraten und unterstützt. Die **Kammern** haben gute Arbeit geleistet. Auch den **Betrieben** ist zu danken, dass sie diese Form der Ausbildung vermehrt möglich machen.

Davon profitieren sowohl junge Eltern als auch junge Menschen, die zum Beispiel Angehörige pflegen und für die deshalb keine Ausbildung in Vollzeit infrage kommt. Dabei haben die Kammern Wissen über Beratung und Betriebe angesammelt, und das war auch so geplant. Der Sinn von Modellprojekten ist, einen Impuls zu setzen und einen Anstoß zu geben. Das hat dieses Projekt sicherlich getan.

Bei den Kammern und bei den Betrieben ist das Bewusstsein entstanden, dass Teilzeitausbildung ein wichtiger Baustein im dualen System ist. Deshalb wird mit Auslaufen der EU-Fördergelder kein Teilzeitarbeitsplatz verloren gehen, und die Beratung dazu wird weiterlaufen, und das sowohl bei den Kammern - das wird schon bei einem Blick auf die Homepages der Kammern klar - als auch durch andere Stellen. Da ist zum einen FRAU & BERUF. Die haben viel Erfahrung mit der Beratung von Frauen in unterschiedlichsten Lebenssituationen. Zum anderen wird es Aufgabe der neuen Fachkräftebereiterinnen und -berater sein, sowohl die Betriebe für eine Teilzeitausbildung zu sensibilisieren als auch junge Menschen auf diese Möglichkeit hinzuweisen. Daneben werden auch die Agentur für Arbeit und die Jobcenter über diese Ausbildungsmöglichkeiten beraten.

Wichtig erscheint uns, dass der Know-how-Transfer von den Kammern zu den anderen Beratungsstellen gewährleistet ist. FRAU & BERUF muss zum Beispiel für ihre Beratung wissen, welche Betriebe in ihrer Region Teilzeitausbildung anbieten. Und es muss weiterhin eine Vernetzung zwischen den verschiedenen beratenden und Ausbildungsplatz vermittelnden Stellen geben. Wir sehen die Landesregierung in der Pflicht, dies zu gewährleisten, und haben dies in unserem Änderungsantrag festgehalten.

(Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das Beratungsangebot wird also eher ausgeweitet und nicht eingestampft. Dass die Kammern gern eine weitere Finanzierung bekommen hätten, ist

nachvollziehbar, aber bei sinkenden **EU-Mitteln** müssen Situationen neu bewertet und Programme hinterfragt werden. Auch der Evaluationsbericht 2013 zum ESF-Zukunftsprogramm Arbeit der vergangenen Förderperiode sagt:

„Die Relevanz der Förderung verringert sich allerdings angesichts der Entspannung am Ausbildungsmarkt.“

Es ist also ein gangbarer Weg, den die Landesregierung einschlägt. Beratung bleibt erhalten, wird sogar durch mehr Stellen angeboten. Kein Teilzeitausbildungsplatz geht verloren.

Trotzdem dürfen wir uns nicht zurücklehnen. Wir haben immer noch deutlich zu viele **Jugendliche**, die nach der Schule nicht direkt in die **Ausbildung** gehen. Im vergangenen Schuljahr waren es etwa 6.500 Jugendliche. Hier müssen wir an deutlichen Verbesserungen arbeiten und die Jugendlichen weiter unterstützen, durch eine bessere Berufsorientierung, damit die Jugendlichen wissen, welcher Beruf ihren Interessen am besten entspricht, und durch intensivere Unterstützung an den Schulen durch Lehrkräfte und durch Coaches, damit der Start in das Berufsleben gelingt. Daher ist das Handlungskonzept PLuS, die Weiterentwicklung des Handlungskonzepts „Schule & Arbeitswelt“, ein guter Ansatz. Deshalb ist es richtig, dass die Landesregierung in der neuen EU-Förderperiode bei gesunkenen ESF-Mitteln die Zahl der in diesem Programm betreuten Jugendlichen konstant halten wird.

Auch die Einrichtung von Jugendberufsagenturen, in denen die Jugendlichen gemeinsam rechtskreisübergreifend betreut werden, ist ein guter Weg, um mehr Jugendliche in Ausbildung zu bringen. Den Bericht dazu werden wir in der kommenden Landtagstagung diskutieren.

Es bleibt also noch viel zu tun im Bereich der Ausbildung. Wir arbeiten daran. Im Punkt Teilzeitausbildung gibt es keinen Skandal, dort ist keine Panik angesagt. Alles ist im grünen Bereich. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Hier oben ist jetzt auch alles im grünen Bereich. Ich erteile für die FDP-Fraktion Herrn Abgeordneten Christopher Vogt das Wort.

**Christopher Vogt [FDP]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich kann die Irritation bei der Kollegin Rathje-Hoffmann von der CDU-Fraktion, die ich heute bei der Rede bemerkt habe, angesichts des Vorgehens der Landesregierung und der Koalitionsfraktionen gut nachvollziehen. Frau Strehlau, Sie haben in einem Punkt recht: Es herrscht Einigkeit, dass eine fehlende Ausbildung der Einstieg in ein Leben mit niedrigen Löhnen, geringen Rentenanwartschaften und der latenten Gefahr der Arbeitslosigkeit ist. Weder ein gesetzlicher Mindestlohn noch ein noch so toller aktivierender Sozialstaat können den Wert einer soliden Ausbildung, eines erlernten Berufes finanziell und ideell ersetzen.

(Vereinzelter Beifall CDU und Beifall Oliver Kumbartzky [FDP])

Insofern ist die **Teilzeitausbildung** für junge Eltern ein hervorragendes Instrument, um da Abhilfe zu schaffen. Wir haben daher den für uns doch sehr überraschenden Schritt des Wirtschaftsministeriums an der Stelle nicht nachvollziehen können. Wir können uns nicht erklären, warum ausgerechnet an dieser Stelle und in dieser Form der Rotstift angesetzt wird. Natürlich ist das immer so eine Sache mit den Projektfinanzierungen. Wir haben auch in der letzten Legislaturperiode oft über Projektfinanzierungen gesprochen, die dann beendet werden sollten. Da haben Sie übrigens genau andersherum argumentiert. Insofern kann ich es ein Stück weit nachvollziehen, dass man bei Projektfinanzierungen auch schauen muss, wie lange das laufen soll, ob das dauerhaft so finanziert werden soll. Das kann ich grundsätzlich nachvollziehen.

Aber was mich doch schon wundert, ist, dass Sie sagen, Sie hätten für diesen Bereich kein Geld mehr. Der ist, wenn ich das richtig sehe, nicht besonders teuer, und für andere Kampagnen werden mal eben so Hunderttausende herausgeschmissen. Das finde ich schon etwas merkwürdig. Im Übrigen ist es auch nicht so, dass bei den ESF-Mitteln so stark gekürzt wurde, wie es eine zeitlang aussah. Es ist deutlich abgemildert worden. Insofern kann ich das an der Stelle nicht ganz nachvollziehen. Es mag richtig sein, dass die vermittelten 777 Teilzeitausbildungen in acht Jahren keine überaus hohe Zahl darstellen, aber ich möchte daran erinnern, dass bei diesen 777 jungen Frauen - es sind fast ausschließlich Frauen - und Männern die berufliche Situation oft besonders schwierig war und insofern mit diesem Geld gut Hilfe geleistet wurde.

Wir müssen auch bedenken, dass gerade die **jungen Frauen** oft keine besonders guten Schulabschlüsse haben. Es ist nicht selten so, dass es dort sowieso beruflich schwierig ist. Insofern ist es eine gute Hilfe.

Gerade die jungen Mütter, um die es hier zum großen Teil geht, benötigen eine besondere Unterstützung auf ihrem Weg ins Arbeitsleben. Sie sind auf ein gut organisiertes und weitreichendes Netzwerk, das auch ohne Unterbrechungen vorhanden sein sollte, angewiesen. Das bisherige Netzwerk Chancen für Frauen war beispielsweise in der Lage, innerhalb weniger Stunden eine Tagesmutter zu organisieren. Dies muss auch in Zukunft gewährleistet sein.

(Vereinzelter Beifall FDP, CDU und PIRATEN)

Der Mehrwert dieses Netzwerkes war insofern unbezahlbar.

Es ist aus meiner Sicht auf Dauer auch kostengünstiger, wenn man entsprechende Angebote vorhält. Ich konnte nur mit Kopfschütteln zur Kenntnis nehmen, dass das Wirtschaftsministerium lapidar erklärt hat, das wesentliche Projektziel sei mittlerweile erreicht und deshalb sei die weitere Finanzierung des Projekts einfach so eingestellt worden. Ich sage es noch einmal: Das Modell der Teilzeitausbildung ist auf eine vernünftige Beratungsstruktur angewiesen - vor allem ohne Unterbrechung.

Zu der Beratung und Vermittlung, über die Sie, Frau Strehlau, gesprochen haben: Es ist schon etwas merkwürdig, zum Jahresende einfach Projekte zu beenden und dann zu sagen, dass man jetzt an Konzepten arbeite und schauen wolle, dass das Know-how erhalten bleibe.

Meine Damen und Herren, da komme ich zur **Arbeitsmarktpolitik** der Landesregierung insgesamt, die einen wirklich nur wundern kann. Ich frage mich immer, was der arbeitsmarktpolitische Kurs der Landesregierung ist. Ich habe erst gedacht, es liege an mir, dass ich ihn nicht erkennen könnte. Ich glaube mittlerweile, dass es daran liegt, dass es diesen arbeitsmarktpolitischen Kurs dieser Landesregierung gar nicht gibt. Wir haben uns schon über die Weiterbildungsverbände auseinandergesetzt. Da war es genauso. Man kündigt einfach etwas auf und sagt: Wir schauen, wie es in Zukunft weitergeht. - Ich finde, das ist eine bemerkenswerte Vorgehensweise. Entweder hat man im Wirtschaftsministerium oder im Arbeitsministerium geschlafen, die Finanzierung einfach auslaufen lassen und gesagt: „Na gut, jetzt schauen wir mal, was kommt“,

(Christopher Vogt)

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

oder es war einem schlichtweg egal. Da möchte ich an die Landesregierung und gerade an den Arbeitsminister appellieren, sich auch wirklich als Arbeitsminister zu profilieren. Es reicht nicht, einmal im Jahr die arbeitsmarktpolitischen Daten zu verkünden und ansonsten mit arbeitsmarktpolitisch lapidaren Erklärungen zu kommen, dass irgendwelche Projekte ausliefen und Nachfolgeprojekte in der Planung seien. Das ist keine Arbeitsmarktpolitik, das ist allenfalls Politik zum Abgewöhnen. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP - Dr. Heiner Garg [FDP]: Dafür hat er einen extra Staatssekretär!)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank. - Für die Fraktion der PIRATEN hat der Kollege Wolfgang Dudda das Wort.

**Wolfgang Dudda [PIRATEN]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich fange einmal mit Ihnen an, Frau Strehlau. Physikalisch gesehen haben Sie recht: Was man plattmacht, weitet man auch aus. Das sage ich, um auf das einzugehen, was Sie mit der Frauenberatung getan haben. Immer wieder erreichen uns Nachrichten aus dem Bereich der **Weiterbildung** und aus Ausbildungszweigen, nach denen die Träger, die bisher mit Unterstützung aus EU-Mitteln wichtige Aufgaben erfüllt haben, auf einmal entbehrlich sind. Die Weiterbildungsverbände waren auf einmal nicht nur ineffektiv, nein, sie sind auch inhaltlich verzichtbar. Nun hat es die Beratungsstellen für Teilzeitausbildung getroffen.

Unverständlich und in diesen Tagen bei der Diskussion um Kammern generell vielleicht nachvollziehbar, macht sich in Lübeck Entsetzen breit - gerade bei der Handelskammer - über die Entscheidung. Wir lesen am 10. Januar in den „Lübecker Nachrichten“: Wir bedauern das Ende des Projekts sehr, heißt es da, und das Ende kommt, obwohl die Kammern der Landesregierung sogar angeboten hatten, ihren eigenen finanziellen Beitrag zu den Projekten zu erhöhen. Da fällt die EU-Unterstützung weg. Aber weil das Angebot für eine bestimmte Zielgruppe unentbehrlich ist, sind die **Kammern** bereit, mehr eigenes Geld zur Verfügung zu stellen, damit das Angebot erhalten bleiben kann. So ein Engagement ist selten und ein deutliches Zeichen für den Stellenwert der betroffenen Stellen der **Beratung** für **Teilzeitarbeit**, der von vielen eingeräumt wird.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Es ist so, dass ich ungern Zahlen wiederhole und mit Zahlen spiele; denn das wird oft so gemacht. Es gibt aber Zahlen, die ich aus der Rede der Frau Kollegin Rathje-Hoffmann einfach wiederholen muss, weil sie so eindrucksvoll und zutreffend sind. Über 6.700 Menschen sind nach LN-Bericht in den vergangenen acht Jahren beraten worden. In fast 800 Fällen kam eine **Teilzeitausbildung** zustande. Profitiert haben vor allem die, die es sonst besonders schwer haben, überhaupt einen Einstieg in den Job zu finden, nämlich junge Müller, die von ALG II leben, 70 % von ihnen ohne Berufsabschluss, also genau die Menschen, die selbst sehr viel Beratung und Begleitung brauchen, die auf Hilfe angewiesen sind, um ihr Leben eigenverantwortlich führen zu können.

Das geht ganz einfach, sagt der Wirtschaftsminister. Diese Tätigkeiten machen in Zukunft die Beratungsstellen FRAUEN & BERUF. Ich habe bei den Frauenberatungsstellen nachgefragt. Sie sehen die Übertragung der Aufgaben auf dem Bereich Teilzeitausbildung nicht so unproblematisch wie Sie. Da die **Beratungsstellen** selbst um die Förderung kämpfen, kennen sie die Problematik genau. Mehr Aufgaben würden auch für sie ein Mehr an Kapazitäten erfordern.

Nun werden die Beratungsstellen von verschiedenen Vereinen und Einrichtungen getragen, die alleamt Beiträge zahlen, damit die Beratungsstellen irgendwie über die Runden kommen. Man fürchtet hier, dass die Übernahme der Beratungs- und Vermittlungstätigkeit zu weiteren Kosten für die Einrichtung führen wird. 10 % Eigenanteil stehen im Raum, über die noch gar nicht gesprochen worden sind. Ein höherer Eigenanteil bedeutet im Umkehrschluss aber immer eine reale Kürzung.

Das Land spart, überträgt die Aufgaben auf andere und lässt diese zahlen. Das ist keine seriöse Politik. Es ist keine gute Bildungspolitik. Denn wenngleich die Landesregierung in die Diskussion wirft, dass das wesentliche Projektziel erreicht - Frau Strehlau, Sie sprechen genauso - und die Teilzeitausbildung mittlerweile etabliert sei - „Lübecker Nachrichten“ vom 10. Januar 2014 -, verkennt sie doch die großen Anstrengungen, die im Rahmen der Beratungs- und Vermittlungstätigkeit unternommen wurden.

Sie hat auch keinen realitätsbezogenen Sinn für den Bedarf an Beratung und Vermittlung, weil eben gerade **junge Mütter** oft nicht in der Lage sind, den für sie richtigen Weg überhaupt zu sehen. Der weiß

(Wolfgang Dudda)

auch nicht, dass in dieser sehr individualisierten Beratungsarbeit auch Ermutigung eine Rolle spielt, Einfühlungsvermögen und der Wunsch, gezielt zu helfen. So etwas lässt sich nicht anzeigen oder mit einem Faltblatt erledigen.

Das Schlimmste wäre, wenn sich in Zukunft niemand mehr um diesen Ausbildungszweig kümmern würde. Damit verschwände das Angebot in der Versenkung, würde für viele zum nicht mehr rettenden Anker werden. Vielen würden dadurch Chancen genommen und Perspektiven verwehrt. Ich bin den Kollegen Rathje-Hoffmann und Hamerich ihre Initiative ausdrücklich dankbar. Sie haben das Thema noch einmal auf die Agenda gebracht und eine Diskussion angestoßen, die uns im Ausschuss noch beschäftigen wird - hoffentlich mit einem guten Ende für diese Beratungsstellen. - Danke schön.

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank. - Für den SSW hat nun der Kollege Meyer das Wort.

**Flemming Meyer [SSW]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nur weil das Modellprojekt ausläuft, bedeutet das nicht, dass es keine **Beratung** zur **Teilzeitausbildung** mehr geben wird. Dies ist auch auf der Internetseite des Modellprojekts zu lesen.

„Die Beratungsstellen zur ‚Ausbildung in Teilzeit‘ in Schleswig-Holstein schließen zum Jahresende 2013, da die Förderperiode endet. Wir möchten uns für die langjährige und gute Zusammenarbeit bedanken. Bei Fragen zur ‚Ausbildung in Teilzeit‘ wenden Sie sich zukünftig an die zuständigen Kammern.“

Ich möchte dies mit eigenen Worten formulieren: Die Beratungsarbeit wird also fortgesetzt werden, in Lübeck genauso wie in den anderen Kammerbezirken des Landes. Niemand, der sich für eine Teilzeitausbildung interessiert, wird demzufolge von den Kammern ohne Information nach Hause geschickt werden. Das Gleiche gilt übrigens auch für Arbeitgeber, die sich über die Voraussetzungen einer Teilzeitausbildung informieren wollen. Auch sie werden weiter beraten werden. Damit ist sichergestellt, dass die Aufgabe weiterhin erledigt werden kann. Denn die Teilzeitausbildung, die seit 2005 im Berufsbildungsgesetz § 8 Abs. 1 auf Antrag möglich ist, gibt es schließlich auch noch in Zukunft.

Bei einer Teilzeitausbildung einigen sich Auszubildender und Betrieb entweder darauf, die Arbeitszeit einschließlich der Berufsschulstunden auf 25 bis 30 Wochenstunden zu begrenzen, sodass sich die Ausbildungszeit nicht verlängert, oder auf 20 Wochenstunden, womit sich die Ausbildungszeit verlängert.

Eine Teilzeitausbildung ist in allen Berufen des dualen Systems möglich, allerdings nicht allen Arbeitgebern bekannt. Die ersten Erfahrungen zeigen, dass Teilzeitausbildungen vor allem für Büroberufe im Bereich der IHK angeboten wird. Diese Beschränkung ist überhaupt nicht nachvollziehbar, und ich bin davon überzeugt, dass bei weiterer Verknappung von Fachkräften mehr Betriebe über diese Ausbildungsform nachdenken werden.

Ehrlicherweise muss man sagen, dass sich nicht alle Wohnorte für eine Teilzeitausbildung eignen. Die Vorteile einer reduzierten Wochenausbildungszeit werden nämlich durch die Wegezeit zur Berufsschule aufgeessen. Ist die Berufsschule vom Wohnort des Auszubildenden weit entfernt oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln nur schwer zu erreichen, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass die Ausbildung abgebrochen wird, weil sich damit die Abwesenheit von zu Hause verlängert und sich das nicht mit den Betreuungszeiten der Kinder vereinbaren lässt. Hier ist eine solide und fundierte Beratung besonders angezeigt, weil damit unnötiger Frust vermieden wird.

Das Lübecker Modellprojekt zeichnete sich dadurch aus, dass solche Faktoren frühzeitig berücksichtigt wurden. Es wurden darüber hinaus Betriebe auf die neue Möglichkeit der Teilzeitausbildung gezielt hingewiesen, die sich noch nicht überall herumgesprochen hat. **Junge Eltern** unter 25 Jahren trafen damit auf einen **Arbeitgeber**, dem sie nicht noch einmal die Vorteile dieser Ausbildungsform erklären mussten, sondern der genau wusste, auf was er sich einlässt. Dies bot natürlich enorme Vorteile, weil damit die Hemmschwelle erheblich herabgesetzt wurde.

Für den Arbeitgeber hat die **Teilzeitausbildung** Vorteile, weil er einen motivierten Auszubildenden gewinnt und als attraktiver, flexibler Arbeitgeber punktet. Einzelne Betriebe, wie beispielsweise Krankenhäuser, machen darum schon von sich aus auf diese Ausbildungsform aufmerksam. Die Gewerkschaften weisen aber auf einen Pferdefuß bei der Teilzeitausbildung hin. Dies ist die geringere Vergütung bei der Teilzeitarbeit.

Es gibt ergänzende Finanzierungsmöglichkeiten: In der Broschüre des Lübecker Modellprojektes wer-

(Flemming Meyer)

den neben der Berufsausbildungsbeihilfe der Agentur für Arbeit ergänzendem Arbeitslosengeld II, Wohngeld und Kindergeld noch fünf weitere ergänzende Finanzierungsmöglichkeiten aufgeführt, die allerdings alle erst auf Antrag bewilligt werden. Dieses Verfahren ist sehr abschreckend. Eine staatliche Förderung der Teilzeitausbildung würde diesen Missstand beseitigen. Erst dadurch würde die Teilzeitausbildung die von der antragstellenden Fraktion formulierten „echte Chancen“ in der Berufsausbildung bedeuten. Teilzeitausbildung für junge Mütter und Väter ist ein guter Weg, den beruflichen Anschluss nicht zu verlieren. Ich bin davon überzeugt, dass sie damit dem sich abzeichnenden **Fachkräftemangel** effektiv begegnen kann.

Die **Kammern** sind jetzt am Zug, über das bestehende Angebot hinaus, das jedermann auf den jeweiligen Internetseiten einsehen kann, die **Betriebe** über die Teilzeitbeschäftigung zu informieren. Das Gleiche gilt für alle anderen beruflichen Beratungseinrichtungen in Schleswig-Holstein, die dementsprechend befähigt werden sollten. Letztlich kommt es aber auf die Betriebe an: Wenn die Teilzeitausbildungen beispielsweise regelmäßig in Stellenausschreibungen angeboten würden, erschlosse sich den Betrieben ein neuer Bewerberpool. Das ist schließlich gut für beide Seiten. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank, Herr Kollege.

Nun erteile ich für die Landesregierung dem Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie, Reinhard Meyer, das Wort. Er wird den erbetenen Bericht für die Landesregierung geben. - Bitte schön.

**Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:**

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das Projekt Ausbildung in Teilzeit, in dessen Rahmen 4,5 Personalstellen zur Beratung an einer Teilzeitausbildung Interessierter und zur Akquisition zusätzlicher Ausbildungsstellen in Teilzeit in Betrieben gefördert wurden, war ein gutes, erfolgreiches Projekt.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Die Zahlen sind genannt worden. Seit 2006 gab es 6.214 junge Mütter und Väter, die individuell beraten und betreut wurden. 1.741 Teilzeitausbildungs-

plätze wurden akquiriert. Es ist uns gelungen, **Teilzeitausbildung** in Schleswig-Holstein als Regelausbildung zu etablieren und Betriebe und junge Eltern für die diversen Möglichkeiten, die sie bietet, zu sensibilisieren. Man kann also mit Fug und Recht feststellen - und das tun wir auch -: Der Zweck der Förderung ist erreicht. Die Teilzeitausbildung ist bekannt gemacht und in Schleswig-Holstein etabliert. Aber vor allen Dingen - und jetzt kommen wir zum ersten wichtigen Punkt - haben die **Kammern**, die gefördert wurden, das Know-how zur Teilzeitausbildung aufgebaut, und dieses Wissen wird bleiben, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD)

Jetzt wird es spannend. Wir sind der Auffassung, dass es originäre Aufgabe der Wirtschaftskammern ist, die Interessen ihrer Mitglieder zu vertreten. Dazu gehört auch das Instrument der Teilzeitausbildung und darüber entsprechend zu beraten. Deshalb ist es richtig, nach sieben Jahren der Förderung von Wissensaufbau gegenüber den Kammern zu sagen, nun könnt ihr im eigenen Interesse die Beratung auch ohne Landeszuschuss durchführen. Wir haben gesagt, wir machen eine zeitlich befristete Förderung. Ich muss mich schon sehr wundern, dass hier gerade vonseiten der FDP den Dauersubventionen das Wort geredet wird.

(Beifall SPD - Christopher Vogt [FDP]: Das ist so platt!)

Meine Damen und Herren, das ist natürlich für die Kammern nicht überraschend gekommen. Wir haben bereits im Sommer letzten Jahres begonnen, mit ihnen darüber zu reden. Wir haben in der Fachkräfteinitiative „Zukunft im Norden“ genau über diese Projekte gesprochen, darüber, wie wir sie in Zukunft organisieren. Hier zu behaupten, das laufe auf einmal ganz überraschend zum 31. Dezember 2013 aus, ist schlicht falsch.

Ich sage auch, was wir gemeinsam mit den Partnern in der **Fachkräfteinitiative** wollen, ist die Fachkräftesicherung für die Zukunft. Herr Vogt, das ist der Kern der **Arbeitsmarktpolitik** der Landesregierung. Das ist unsre zentrale Zukunftsaufgabe, und darauf wollen wir alle Förderungen ausrichten.

Wir haben das Defizit bei den Fachkräften in der Zukunft. Die Zahlen sind genannt worden. Deshalb haben wir das Thema Fachkräftesicherung zum zentralen Thema gemacht. Dort sind wir Partner. Wir reden mit den jeweiligen Partnern, also auch mit den Wirtschaftskammern, darüber, welches die sinnvollsten Projekte sind. Es kann nicht immer sein, auch nicht in einer Fachkräfteinitiative, dass

**(Minister Reinhard Meyer)**

alle Beteiligten auf das Land zeigen und sagen, wir haben hier tolle Maßnahmen definiert, ihr müsst das jetzt finanzieren und fördern, sondern diejenigen, die originäre Interessen haben, müssen auch für ihre Maßnahmen etwas tun, gerade wenn das im Interesse der Wirtschaft ist.

(Beifall SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich sage Ihnen ganz deutlich, es gibt ein Eigeninteresse der Wirtschaft, die Akquise von Teilzeitausbildungsstellen auch ohne Förderung des Landes durchzuführen. Das Wissen ist in den Kammern vorhanden, das ist aufgebaut worden.

Vor diesem Hintergrund zieht sich das Land an dieser Stelle aus der Förderung zurück. Es gibt übrigens andere Projekte, wie zum Beispiel das Projekt „Handwerk ist mehr!“, wo wir genauso verfahren sind: Wissensaufbau - die Kampagne läuft - wir ziehen uns aus der Förderung zurück. Ich glaube, das ist vernünftige Politik, die mit den wenigen Mitteln haushält.

Es wurde hier gerade noch eine Legende aufgetischt. Wir haben in der letzten Förderperiode der EU über sieben Jahre, vom Jahr 2006 bis zum Jahr 2013, ungefähr 100 Millionen € für Schleswig-Holstein aus ESF-Mitteln gehabt. Wir werden in der kommenden Förderperiode nur noch knapp 80 Millionen € haben. Meine Damen und Herren, auch das müssen wir kompensieren.

Besonders wichtig ist für uns aber - das sage ich ganz deutlich -, das Wissen, die Akquise und die Beratung in der Teilzeitausbildung zu verbreitern, mehr Akteure ins Spiel zu bringen. Deshalb werden wir mit der Förderung eines Beratungsnetzwerkes zur Fachkräftesicherung, wo in die Unternehmen hineingegangen wird, sicherstellen, dass neben vielen anderen Themen, vor allen Dingen auch dem Thema **Vereinbarkeit von Familie und Beruf**, das Instrument und die Angebote zur Ausbildung in Teilzeit Beratungsgegenstand werden. Das Gleiche gilt für - wie schon gesagt worden ist - die Beratungsstellen FRAU & BERUF. Auch hier werden wir den Wissenstransfer absichern. Wir werden in den Aufgabenkatalog für die Beratungsstellen FRAU & BERUF die Beratung für die Teilzeitausbildung hineinpacken, weil wir der Auffassung sind, dass das geeignete Stellen sind, um darüber zu beraten und insgesamt die Beratung über Teilzeitangebote im Land zu verbreitern.

Es gilt: Wir wollen weg von kleinteiligen Einzelprojekten hin zu einer übergreifenden Strategie,

weil wir die Fachkräftegewinnung in der Zukunft im Blick haben.

Meine Damen und Herren, die Maßnahmen, die ich gerade genannt habe, werden das Instrument der Teilzeitausbildung in Schleswig-Holstein weiter stärken. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung der Frau Abgeordneten Katja Rathje-Hoffmann?

**Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:**

Gern.

**Katja Rathje-Hoffmann** [CDU]: Herr Minister, es ist eine Frage. Sie erwähnten eben, dass die Beratungsstellen FRAU & BERUF die Aufgabe Beratung über Teilzeitausbildungen mit übernehmen soll. Plant die Landesregierung, dieses auch mit finanziellen Mitteln zu untermauern?

- Wir werden FRAU & BERUF mit den gleichen finanziellen Mitteln wie bisher weiter fördern.

- Also mit Bordmitteln.

- Wir reden zurzeit mit den Anbietern über die zukünftige Struktur. Wir wollen eine flächendeckende Beratung für Schleswig-Holstein sicherstellen. Und wir reden auch über die Aufgaben der Beratungsstellen FRAU & BERUF, über was in Zukunft beraten werden soll, welche die Schwerpunkte sein sollen. Die Teilzeitausbildung wird zum Beratungskanon dazugehören.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank. - Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen und schließe daher die Beratung. Ich stelle zunächst fest, dass der Berichts Antrag, Drucksache 18/1508 Abs. 1, durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat.

Wenn ich die Debatte richtig verfolgt habe, hat zumindest der Kollege Dudda für die Fraktion der PI-RATEN die Überweisung in den Ausschuss beantragt, zumindest aber haben Sie darüber gesprochen, dass dieses im Ausschuss weiter zu beraten

**(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)**

sei. War das ein Antrag auf Ausschussüberweisung?

(Wolfgang Dudda [PIRATEN]: Nur, dass darüber weiter gesprochen werden muss!)

Gab es ansonsten einen Antrag auf Ausschussüberweisung, der mir entgangen ist?

**Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Ich stelle den Antrag auf Ausschussüberweisung und bitte um Überweisung in den Ausschuss.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Okay. Dann möchte ich darüber abstimmen lassen. Wer den Antrag, Drucksache 18/1473, sowie den Änderungsantrag, Drucksache 18/1508 Abs. 2 und 3, als selbstständigen Antrag dem Wirtschaftsausschuss überweisen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Kolleginnen und Kollegen von FDP, CDU, PIRATEN, SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist dies einstimmig so beschlossen.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

Der Tagesordnungspunkt hat somit seine Erledigung gefunden.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor wir fortfahren, bitte ich Sie, mit mir gemeinsam Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft 60plus und Seniorinnen und Senioren des DGB aus Neumünster auf der Tribüne zu begrüßen. - Herzlich willkommen hier im Kieler Landeshaus!

(Beifall)

Ich rufe sodann die Tagesordnungspunkte 28 und 36 auf:

**Gemeinsame Beratung****a) AKN - Elektrifizierung zügig weiterplanen, zeitnah bauen und bis 2018 fertigstellen**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 18/1474

**b) Taktverdichtung und Taktverbesserung bei der AKN ab 2014 wegen Ausbau der A 7**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 18/1062

Bericht und Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses  
Drucksache 18/1441

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann erteile ich dem Herrn Abgeordneten Christopher Vogt als Berichterstatter des Wirtschaftsausschusses das Wort und bitte um seinen Bericht.

**Christopher Vogt [FDP]:**

Frau Präsidentin, vielen Dank. - Ich verweise der Einfachheit halber auf die Drucksache.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Ich danke dem Herrn Berichterstatter, eröffne die Aussprache und erteile das Wort für die CDU-Fraktion dem Herrn Abgeordneten Peter Lehnert.

**Peter Lehnert [CDU]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir befassen uns heute im Rahmen dieser Debatte mit den Möglichkeiten, das Angebot der AKN im Personennahverkehr deutlich zu verbessern und damit attraktiver zu gestalten. Dabei ist die Frage der zügigen Umsetzung der **Elektrifizierung der Strecke zwischen Hamburg-Eidelstedt und Kaltenkirchen** von zentraler Bedeutung.

Schleswig-Holstein und Hamburg haben an dieser Stelle gleichgerichtete Interessenlagen, und durch die von der Machbarkeitsstudie festgestellten Wirtschaftlichkeitsergebnisse wissen wir nun auch, dass die Voraussetzungen für eine 60-prozentige Förderung durch den Bund gegeben sind. Nun kommt es darauf an, zügig in die weitere Planung einzusteigen und in enger Abstimmung mit Hamburg und dem Bund die finanziellen Rahmenbedingungen zu schaffen. Im Rahmen der **gemeinsamen Sitzung des Schleswig-Holsteinischen Wirtschaftsausschusses** und des **Hamburger Verkehrsausschusses** am nächsten Dienstag können wir hierzu wichtige Abstimmungen durchführen.

Entscheidend ist allerdings auch, dass seitens des Ministeriums nicht nur eine Abstimmung mit dem Bundesverkehrsminister, sondern auch mit dem Hamburger Verkehrsminister stattfindet. Vor allen Dingen ist wichtig, dass genügend **Planungskapazitäten** innerhalb und außerhalb des Ministeriums zur Verfügung stehen, um nach Klärung der Finanzierung eine zügige Planung und Umsetzung des

(Peter Lehnert)

Projekts zu garantieren. Weitere Verzögerungen wie bei der Machbarkeitsstudie können wir uns an dieser Stelle nicht erlauben.

Wie bereits in unserem Antrag formuliert, bevorzugen wir die Variante 3 mit dem zweispurigen Ausbau in Eidelstedt und dem durchgehenden zweispurigen Ausbau von Quickborn bis Tanneneck. In diesem Zusammenhang muss auch endlich die Kreuzungsfreiheit im Bereich der L 76 in Quickborn/Ellerau hergestellt werden, damit die andauernde Stausituation in diesem Bereich endlich beseitigt werden kann. Wir sind der Auffassung, dass die Umsetzung dieser Anforderungen bei entsprechender Bearbeitung eine Fertigstellung bis zum Jahr 2018 möglich macht.

Leider wurde unser Antrag vom August des letzten Jahres, der bei diesem Tagesordnungspunkt mit beraten wird, bezüglich der **Taktverdichtung** und **Taktverbesserung bei der AKN** wegen des Ausbaus der A7 von der Koalitionsmehrheit im Wirtschaftsausschuss abgelehnt. Diese Entscheidung zeigt leider allzu deutlich, dass es seitens der regierungstragenden Fraktionen eine völlige Fehleinschätzung der zu erwartenden Verkehrssituationen im Bereich der Kreise Segeberg und Pinneberg gibt.

Ich appelliere heute noch einmal an Sie, sich endlich mit der gegebenen Sorgfalt und Intensität der Frage zu widmen, wie die **Ausweichmöglichkeiten für die vielen Pendler** in diesem Bereich deutlich verbessert werden können. Entsprechende Vorschläge vonseiten unserer kommunalen Vertreter liegen hierzu in umfassendem Maße vor und sollten endlich zur Kenntnis genommen werden. Außerdem sollte deren regionaler Sachverstand Grundlage für ein umfassendes Verkehrsoptimierungskonzept während der Bauphase sein.

Die Metropolregion Hamburg wird nach allen Aussagen der Statistiker und Fachleute auch in den künftigen Jahren und Jahrzehnten eine der prosperierenden Wirtschaftsregionen Deutschlands sein und bleiben. Diese Tatsachen sollten Sie zur Kenntnis nehmen und Ihr Handeln entsprechend ausrichten.

Ich beantrage, den Antrag zur weiteren Beratung an den Wirtschaftsausschuss zu überweisen. - Vielen Dank.

(Beifall CDU)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank. - Für die SPD-Fraktion hat der Kollege Kai Vogel das Wort.

**Kai Vogel [SPD]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die drei Parteien, die unsere Koalition tragen, haben sich eine **Stärkung der öffentlichen Verkehre** auf die Fahne geschrieben. Der echte Norden wird ein gutes Stück ökologischer und nachhaltiger, auch in Fragen der Mobilität. Dazu gehört auch, aber nicht nur, dass wir im Dialog mit den jeweiligen Partnern offener sind, als dies manche, auch in diesem Hause, gewohnt sind. Die SPD-Landtagsfraktion steht zur AKN, zu einem modernen öffentlichen Nahverkehr in Schleswig-Holstein und zu einer Mobilität, die für die Menschen da ist. Das musste einmal gesagt werden, auch wenn es vielleicht für Sie selbstverständlich wirkt; denn Sie, verehrte Kollegen von der CDU, tun immer so, als stehe die Küstenkoalition für reines Chaos. Das ist mitnichten der Fall.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Unsere Mobilitätspolitik steht im Kontext der Landesentwicklung. Wir denken Mobilität vom Ziel her, ausgehend von der Frage, wie wir morgen hier in Schleswig-Holstein leben wollen. Mobilität ist dabei ein wichtiger Faktor.

Mit unseren Koalitionspartnern haben wir vereinbart, dass wir eine **S-Bahn 21** von Kaltenkirchen nach Hamburg einrichten, indem die bestehende AKN-Strecke ausgebaut, elektrifiziert oder mit Hybridwagen betrieben wird. Sie können schon sehr sicher sein, dass bei der Planung darauf geachtet wird, dass die Akzeptanz der Strecke für Bürgerinnen und Bürger möglichst hoch ist. Wir wollen nämlich mehr Mobilität im Alltagsverkehr auf die Schiene bringen.

Ich habe in diesem Zusammenhang noch einmal Ihren schwarz-gelben Koalitionsvertrag von 2009 bemüht. Mit keiner Silbe, mit keiner einzigen Silbe, tauchen dort die Begriffe „AKN“ oder „S 21“ auf.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir hingegen haben dieses Thema wirklich angepackt und werden es auch umsetzen. Daher, verehrte Kollegen von der CDU, bedarf es Ihrer kleinteiligen Vorschläge für die konkreten Planungsverfahren eigentlich nicht.

(Kai Vogel)

Allerdings habe ich ein gewisses Verständnis dafür, dass Sie aus leidvoller Erfahrung lieber ein bisschen genauer draufschauen. Das hätten Sie allerdings besser bei der von Ihnen getragenen Vorgängerregierung und auch bei anderen Verkehrsvorhaben, wie der A 20, getan, über deren Planungsfehler wir schon mehrfach gesprochen haben. - So viel zum Thema Chaos.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Wirtschaftsausschuss haben wir uns mit dem Bericht des Wirtschaftsministers zur AKN befasst, in dem die Varianten, die Finanzierungsmöglichkeiten und die nächsten Schritte aufgeführt sind. Jetzt geht es darum, sich mit **Hamburg** darauf zu verständigen, was wir gemeinsam erreichen wollen.

Im ersten Halbjahr 2014 wird die Landesregierung die vorliegenden Daten aufbereiten. Ein Antrag auf Bundes-GVFG-Mittel und die Entwurfs- und Genehmigungsplanung folgen. Das Planfeststellungsverfahren ist für den Zeitraum 2014 bis 2017 vorgesehen, damit 2018 mit dem Bau begonnen werden kann.

Vor allem kommt es jetzt aber darauf an, dass sich Hamburg ebenfalls für die S 21 entscheidet, und dazu können wir auch gemeinsam beitragen. Am kommenden Dienstag tagt der **schleswig-holsteinische Wirtschaftsausschuss** zusammen mit dem **Hamburger Verkehrsausschuss**, um auch über dieses Thema zu sprechen. Für wie ehrlich und für wie offen würden Sie eine Diskussion halten, wenn ein Partner - in diesem Falle wir - schon mehrere Vorfestlegungen getroffen hätte?

Die von Ihnen genannten Vorschläge sind nicht neu und durchaus überlegenswert, doch es wäre ein Affront den Hamburgern gegenüber, eine Diskussionsbereitschaft zu suggerieren, in Wirklichkeit aber überhaupt keinen Diskussionspielraum mehr zu sehen, weil wir uns bereits festgelegt hätten. Dem Projekt der AKN stehen die Hamburger meiner Kenntnis nach immer aufgeschlossener gegenüber. Lassen Sie uns deshalb die Chance des Gesprächs am Dienstag und in den kommenden Sitzungen gemeinsam mit den Kollegen der Hamburger Bürgerschaft nutzen, diese vollends dafür zu gewinnen.

Daher schlagen wir ebenso, wie mein Vorredner es gemacht hat, für Ihren Antrag eine Überweisung an den Wirtschaftsausschuss vor.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank, Herr Kollege. - Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Herr Abgeordnete Dr. Andreas Tietze.

(Zuruf CDU: Erst prügeln, dann bügeln!)

**Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Genau, erst grübeln, dann dübeln. Das ist ein schöner Spruch, den man hier auch sagen könnte.

Ich glaube, es gibt in diesem Haus keinen Zweifel darüber, dass die politischen Aktivitäten, die die AKN-Strecke für die Zukunft fit machen, von uns allen begrüßt werden. Darum nämlich geht es in der Tat.

Herr Kollege Lehnert, es geht aber nicht um „hektisch-elektrisch“, sondern es geht darum, dass wir die für kommenden Dienstag anberaumte Sitzung des Wirtschaftsausschusses gemeinsam mit den Hamburger Kollegen nutzen, um für dieses Projekt zu werben. Wir wissen ja: Möglicherweise sind die Hamburger Interessen noch nicht ganz in trockenen Tüchern, aber wir wissen auch: Die **Interessen Hamburgs** sind nicht immer auch die Interessen Schleswig-Holsteins. Deshalb sind wir an dieser Stelle gut beraten, wenn wir Schritt für Schritt vorgehen.

Die Strecke von Hamburg nach Quickborn ist eines der zentralen Projekte dieser Koalition. Ich rede in diesem Zusammenhang immer von The Big Three; das sind die S 21, die S 4 und die StadtRegionalbahn. Jetzt werden Sie gleich wieder maulen. Aber ich sagen Ihnen: Für diese drei Projekte werben wir, für diese drei Projekte haben wir uns zusammengetan, und sie stehen auch als Priorität in unserem Koalitionsvertrag.

Die Qualitätssteigerung durch das umsteigefreie Erreichen der Innenstadt, also praktisch auf der Strecke von **Kaltenkirchen** bis zum **Hamburger Hauptbahnhof**, wird auch eine hohe Wirtschaftlichkeit mit sich bringen, denn viele Pendlerinnen und Pendler sowie Fahrgäste werden diese Strecke gerade auch im Zuge des Ausbaus der A 7 als Neukunden nutzen.

Das heißt, wir haben hier eine echte Chance, eine **Umsteigepolitik vom Auto auf die Bahn** hinzubekommen durch ein attraktives Angebot. Darum sind wir uns einig: Hier besteht dringend Handlungsbedarf.

(Dr. Andreas Tietze)

Die **Zweigleisigkeit** der Strecke ist schon angesprochen worden. Das macht Sinn, gerade wenn man Verbindlichkeit und Verlässlichkeit liefern muss, wenn man mit einer S-Bahn-Strecke von Kaltenkirchen nach Hamburg hinein will. Da kann man sich keine Verspätung erlauben, da muss man präzise im Fahrplan „abliefern“.

Aber es geht nicht nur um Gleise, es geht auch um Bahnsteige, Oberleitungen, Fahrzeuge und Fahrpläne. Sie haben einige Ideen in Ihrem Antrag angesprochen, Herr Lehnert; die finden wir auch interessant. Ich will Ihnen aber auch sagen: Das, was Sie jetzt für den Bahnhof **Ellerau** fordern, muss man sich genau anschauen. Ich habe das Gefühl, dass Sie auf Bremse und Gaspedal gleichzeitig drücken. Einerseits fordern Sie die Schnelligkeit, andererseits wollen Sie eine umfassende Baumaßnahme, eine Tieferlegung, also einen Tunnel, statt des Bahnübergangs planen. Ich gehe davon aus, dass Sie dann mindesten zwei oder drei Jahre erhebliche Baustellenverkehre hätten. Das heißt, das, was Sie schneller wollen, machen Sie durch eine Wünsch-dir-was-Politik möglicherweise kaputt.

Deshalb muss man sehr genau hinschauen, ob das der richtige Weg ist oder ob man nicht durch intelligente Maßnahmen bei der L 76 und der L 234 die Staus aus der Strecke herausbekommt. Ich rede zum Beispiel über zusätzliche Abbiegespuren oder Ampelsysteme. Die Erkenntnis, mit einer sehr teuren Maßnahme zu kommen, halte ich für etwas verfrüht und im Sinne von hektisch-elektrisch auch für etwas voreilig.

Aber wir sind freundlich, wir nehmen diesen Vorschlag gern auf und werden das im Ausschuss beraten. Sie haben selber die Ausschussüberweisung beantragt.

Die **AKN-Strecke** verläuft schon jetzt parallel zur **A 7**. Deshalb wird sie die Strecke sein, die die A-7-Verkehre aufnehmen muss. Sie haben recht: Alle Zeit der Welt haben wir nicht, sondern hier muss parallel in einem Baustellenmanagement, in einem Gesamtpaket - das haben Sie auch gesagt - gedacht werden. Wir werden das Gesamtpaket als einen politischen Auftrag für uns sehen.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Kollegen Lehnert?

**Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Selbstverständlich.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Bitte schön, Herr Lehnert.

**Peter Lehnert [CDU]:** Lieber Kollege, ich darf mich erst einmal herzlich für das konstruktive Herangehen an diese Thematik bedanken und lade Sie herzlich ein, sich mit mir und dem Kollegen Dornquast zusammen die Kreuzungssituation in Ellerau vor Ort anzusehen. Ich glaube, es wäre im Vorfeld der Ausschussberatungen hilfreich, sich die Situation vor Ort anzusehen. Da das unser beider Wahlkreis ist, sind Sie von uns herzlich eingeladen, das mit uns zu tun.

**Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Lehnert, das finde ich prima. Ich nehme diese Einladung gern an. Ich habe in der Cafeteria mit Herrn Dornquast kurz darüber gesprochen. Ich würde mir bei der Gelegenheit sehr gern das Konzept anschauen, wie wir mehr Dynamik in das Thema Park and Ride hineinbekommen, sodass wir für die Region ein Paket entwickeln. Ich bin sehr davon überzeugt, dass wir in der Zielfrage nicht auseinander liegen. Man sagt so schön: Wir reden nicht über das Ob, sondern wir reden tatsächlich über das Wie. Ich nehme diese Einladung sehr gern an und bedanke mich herzlich, Herr Lehnert.

So viel Einigkeit am Ende einer Rede ist doch gut. Ich habe zwar noch eine Minute Zeit, die schenke ich Ihnen aber. Ich habe alles gesagt und „habe fertig“. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Christopher Vogt.

**Christopher Vogt [FDP]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das ist ein ungewohnt persönlicher Abschluss einer Rede von Andreas Tietze zur Verkehrspolitik. Das kennt man gar nicht. Dann schenkt er mir auch noch eine Minute.

(Beifall FDP)

(Christopher Vogt)

Ich gehe davon aus, dass ich diese Minute bekomme, Herr Dr. Tietze, wer auch sonst?

(Heiterkeit)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Ich glaube, diese Minute sollte so etwas wie sozialisiert werden. Ich habe das anders verstanden als Sie. Fahren doch einfach weiter fort.

**Christopher Vogt [FDP]:**

Frau Präsidentin, das trennt unsere beiden Parteien.

(Heiterkeit FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, mehr Pendler im Hamburger Umland auf die Schiene zu bringen, die Region durch bessere Verkehrsangebote attraktiver zu machen, das ist nichts, Herr Vogel, was diese Landesregierung erfunden hätte. Dazu haben wir, wie Sie richtig gesagt haben, im Parlament mehrfach einstimmige Beschlüsse gefasst. In Hamburg ist es ebenso geschehen.

Etwas möchte ich erwähnen. Dankenswerterweise müssen wir an den Kollegen Bernd Schröder zurückdenken, der mittlerweile verstorben ist. Er ist mein sehr geschätzter Vorgänger im Amt des Wirtschaftsausschussvorsitzenden. Er hat sich in Schleswig-Holstein darum bemüht, dass es parteiübergreifend Konsens ist und dass es in Hamburg fraktionsübergreifend entsprechende Beschlüsse gibt. Das sollten wir an dieser Stelle nicht vergessen.

(Beifall FDP, CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nichtsdestotrotz haben auch die damalige Landesregierung und die Koalition das unterstützt.

Der Ausbau der **S 4** und der Ausbau der **AKN-Linie A 1 zur S 21** sind in der Tat keine selbstverständlichen Projekte. Das haben die Vorredner schon erwähnt. In der Tat ist beeindruckend, dass wir nach wie vor mit Hamburg eine geschlossene Front haben. Es ist natürlich auch richtig: Hamburger haben vor allem Interesse an der S 4. Deswegen müssen gerade wir immer wieder die S 21 vorantreiben. Von daher bin ich den Kollegen der CDU-Fraktion für diesen Antrag sehr dankbar.

Nun gibt es bei der S 4 einige Irritationen. Es gibt einige **Schreiben** aus dem **Bundesverkehrsministerium**, ein Schreiben eines Abteilungsleiters. Herr Dr. Tietze, Sie haben diesen Brief nicht bekommen, haben Sie uns neulich gesagt. Das tut mir leid. Sie

sind der Einzige; ansonsten haben ihn alle Verkehrspolitiker im Land zu Gesicht bekommen. Ich muss ehrlich sagen, ich bin relativ entspannt. Denn aus meiner Sicht hatte der dortige Abteilungsleiter nicht ganz die richtigen geografischen Kenntnisse, als er das Schreiben verfasst hat, und kennt auch nicht die aktuellen Zahlen. Ich fand das zumindest etwas merkwürdig, aber nicht weiter irritierend.

Jetzt geht es bei der S 21 in der Tat um die **Wirtschaftlichkeit** der unterschiedlichen **Varianten**, um die standardisierte Bewertung, die Vorplanung, die nun fertig ist. Da gab es leider große Verzögerungen. Das haben wir insofern akzeptiert. Wir haben, wie Herr Kollege Tietze sagte, ab und zu gemault, aber es trotzdem akzeptiert, weil wir daran interessiert sind, dass das Projekt vorankommt. Die CDU hat in ihrem Antrag geschrieben, sie sei für die Variante 3. Die Landesregierung hat uns neulich im LVS-Beirat mitgeteilt, dass aus Sicht der Landesregierung Mitfall 3 a die bevorzugte Variante sei. Das sei auch die wirtschaftlichste Variante. Man muss sich das jetzt genau ansehen.

Meine Fraktion kann heute nicht sagen, ob Mitfall 3 oder Mitfall 3 a die beste Variante ist. Wir haben mittlerweile zwar die Power-Point-Präsentation bekommen. Der **abschließende Bericht**, Herr Meyer, liegt leider immer noch nicht vor. Vielleicht können Sie die Gründe noch anführen. Mir sind sie nicht klar. Denn wenn man eine Power-Point-Präsentation mit den Ergebnissen macht, hat man auch den Abschlussbericht fertig. Es kann nicht zu schwer sein, das auszuformulieren.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Insofern wäre ich dankbar, wenn das nachgeliefert wird. Das nicht getan zu haben, ist auf jeden Fall nicht gerade vertrauensbildend.

Kollegen haben schon gesagt: 60 % der Finanzierung kommen über das GVFG-Programm vom Bund. Ich hoffe, dass der Bund entsprechend mitspielt und die rund 50 Millionen € übernehmen wird.

Ein spannender Punkt ist in der Tat, Herr Dr. Tietze, der Übergang **Ellerau Quickborn**. Es ist eine Binsenweisheit: Baustellen sorgen immer für Probleme. Das ist im Verkehrsbereich nun einmal so. Aber, Herr Dr. Tietze, wenn die AKN-Linie A 1 zu einer S-Bahn wird, wird das Problem weiter verschärft. Deswegen muss etwas getan werden. Was die Landesregierung vorhat, kann uns der Wirtschaftsminister erklären. Dort ist ja eine Landestraße. Die Gemeinde sammelt entsprechend Unterschriften und macht Druck. Ich kann das gut nach-

(Christopher Vogt)

vollziehen. Es muss eine Lösung gefunden werden. Wenn jetzt die regierungstragenden Fraktionen sagen: Da schauen wir einmal, und das sollte auf die lange Bank geschoben werden, halte ich das in diesem Punkt für falsch.

Abschließend möchte ich auf den **Antrag** Bezug nehmen, den die **CDU** im Ausschuss mit Blick auf die **A 7** hatte. Die koalitionstragenden Fraktionen haben ihn abgelehnt. Ich glaube, wir waren uns in der Sache im Großen und Ganzen einig. Aber das Verfahren war etwas komisch. Die CDU hat Druck gemacht, dann haben die regierungstragenden Fraktionen einfach abgelehnt. Nichtsdestotrotz hat die LVS auch da das Signal gesendet: Bei den Taktverbesserungen mit Blick auf den A-7-Ausbau ist die LVS, ist die Landesregierung, dran. Das finde ich richtig. Denn der A-7-Ausbau wird zu massiven Problemen führen. Auch da muss schnell etwas passieren, weil der Ausbau der S 21 entsprechend zu spät kommen wird.

Ich freue mich auf die Ausschussberatungen. Am nächsten Dienstag treffen wir uns mit den Hamburger Kollegen. Da wird unter anderem der Ausbau der S 21 Thema sein. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP und CDU)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Für die Fraktion der PIRATEN hat der Abgeordnete Uli König das Wort.

**Uli König [PIRATEN]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die PIRATEN stehen für den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs. Daher ist das Anliegen, ohne Umstieg von **Kaltenkirchen** zum **Hamburger Hauptbahnhof** fahren zu können, voll in unserem Sinne. Ich danke daher den Kollegen Dornquast und Lehnert stellvertretend für die CDU-Fraktion für ihren Einsatz für den ÖPNV. Ich begrüße es ausdrücklich, dass die CDU so innovativ ist und sich mittlerweile offensiv für den ÖPNV einsetzt und nicht mehr für neue Autobahnen. Vielen Dank dafür.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Das hätte ich mir nie träumen lassen.

(Zuruf CDU: Beides! Wir machen beides!)

Es ist auch unser Ziel, die Strecke zu **elektrifizieren**. Wenn ich es etwas überspitzt darstellen darf: Wenn wir die Strecke elektrisch betreiben, kann der

Zug in Zukunft mit unserem sauberen Windstrom aus dem Norden fahren und nicht mehr mit dem umweltverschmutzenden Öl, das wir irgendwo aus dem Wattenmeer geholt haben. Das finde ich auch sehr gut.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Kommen wir zum Antrag: Die Beratungen im Wirtschaftsausschuss haben ergeben, dass die **Variante 1** mit der Verschwenkung mit einem Nutzen-Kosten-Verhältnis von 1,1:1 nur knapp über 1:1 liegt. Sie würde 60 Millionen € kosten. Ich halte diese daher nicht für sehr attraktiv.

Die **Variante 2** weist ein Nutzen-Kosten-Verhältnis kleiner eins aus und ist damit nicht GVFG-förderfähig.

Die von der CDU geforderte **Variante 3 a** mit einer durchgehenden Zweigleisigkeit hört sich zunächst einmal gut an. Sie hat einen Nutzen-Kosten-Faktor von 1,59, ist aber mit 90 Millionen € ganz schön teuer, Herr Dornquast.

Die **Variante 3 b** mit einer unterbrochenen Zweigleisigkeit hat ein Nutzen-Kosten-Verhältnis von mehr als 1,75 und ist mit 72 Millionen € um 18 Millionen € günstiger als eine durchgehende Zweigleisigkeit. Der Unterschied zur Variante 3 a besteht im Kern in zwei Minuten schnelleren Verbindungen und der Option, den Takt später zu verdichten.

Wenn wir also dem Antrag der CDU folgen, hätten wir Mehrkosten in Höhe von 18 Millionen € bei einem zweifelhaften Nutzen. Meine Damen und Herren, das ist mir zu teuer.

(Beifall PIRATEN)

Es ist wichtig und richtig, eine durchgehende Verbindung zwischen Kaltenkirchen und dem Hamburger Hauptbahnhof zu schaffen, aber nicht auf goldenen Schienen.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten Dornquast?

**Uli König [PIRATEN]:**

Ja, bitte.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Dornquast, bitte.

**(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)**

**Volker Dornquast** [CDU]: Sie haben soeben den richtigen Gedanken in den Raum gestellt, später den **Takt** zu **verdichten**. Wie wollen Sie aber auf einer eingleisigen Strecke den Takt eines gegenläufigen Verkehrs verdichten, ohne dass es zu Beeinträchtigungen kommt?

(Beifall CDU und FDP)

Gegenverkehr auf einer einspurigen Strecke ist immer ein bisschen gefährlich.

(Zuruf CDU: Einmal geht das, aber nur einmal!)

**Uli König** [PIRATEN]:

Das können wir gern ausprobieren. - Nein, das machen wir nicht. Es geht hier nicht um die Taktverdichtung, sondern darum, dass man da in einem Rutsch durchfahren kann. Ich habe sehr wohl verstanden, dass Sie den Takt später verdichten wollen.

Ich bin der Meinung, wenn wir den Takt später verdichten wollen, dann können wir die Strecke später immer noch ausbauen - das ist die eine Variante -, oder wir sagen, dass das möglicherweise zu teuer ist. Ich finde, 18 Millionen € sind eine dicke Stange Geld. Ich halte es für wichtiger, dass die Leute in einem Rutsch zum Hamburger Hauptbahnhof durchfahren können, weil das die Anbindung deutlich verbessert.

Rainer Wiegard war so freundlich, uns PIRATEN zu Beginn dieser Legislaturperiode den Landshaushalt und die Schuldenbremse näherzubringen. Ich halte die Schuldenbremse für das wichtigste Projekt für die Zukunft unseres Landes. Wenn wir keine Schuldenbremse haben, haben wir auch keine Zukunft. Deswegen müssen wir die Gelder, die wir noch haben, effizient einsetzen. Wir dürfen sie nicht verschwenden.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Deshalb müssen wir das Geld so effektiv wie möglich einsetzen. Selbst wenn ein Teil der Kosten vom Bund übernommen wird, sind das immer noch Steuergelder unserer Bürger. Wir müssen auch die Gelder des Bundes effektiv einsetzen und dürfen sie nicht verschwenden.

Nebenbei möchte ich anmerken, dass es vollkommen ausreichen würde, einen Bau bis zum Jahr 2019 zu fordern, weil die GVFG-Mittel dann auch noch zur Verfügung stehen.

Die von der CDU geforderte Taktverdichtung ist sehr teuer. Das haben Sie gerade schon gesagt, Herr Dornquast. Außerdem liegen die Zahlen immer noch nicht vor. Das hat der Kollege Vogt vorhin auch schon gesagt. Ich schlage vor, dass wir zunächst einmal den **abschließenden Bericht** abwarten und dann weiter entscheiden. Vielleicht bringt der Bericht ja Erhellungen darüber, ob sich die Taktverdichtung lohnt und ob die 18 Millionen € gut angelegt sind. Ich lasse mich gern mit Fakten überzeugen, aber ohne vorliegende Fakten würde ich dem nicht gern zustimmen.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Ich fasse zusammen: Die von der CDU in diesem Antrag geforderte Variante 3 a mit einer durchgehenden Zweigleisigkeit hat ihren Charme.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Garg?

**Uli König** [PIRATEN]:

Wenn Herr Garg noch einen kleinen Moment wartet, dann gern.

Wenn man aber auf den Preis schaut, wirkt sie eher wie ein feuchter Traum von Lokalpolitikern.

- Herr Garg, jetzt bitte.

**Dr. Heiner Garg** [FDP]: Vielen Dank, Herr Kollege König. Da Sie hier so ein vehementes Plädoyer für das Jahr 2019 ff. abgegeben haben, frage ich Sie, ob Sie mit mir einer Meinung sind, dass wir durch den aus unserer Sicht notwendigen Ausbau der A 7 bis dorthin ein erhebliches Verkehrsproblem haben. Wie sieht Ihre Alternative dazu aus, zur Entlastung der Verkehre beizutragen?

- Ich bin leider kein Experte für die A 7. Ich bin mir aber relativ sicher, dass deutlich vor dem Jahr 2018 mit dem Bau der A 7 begonnen wird. Das heißt, bis dahin haben wir ein Problem.

- Das ist ja das Problem. Genau das ist das Problem.

- Genau. Wie gesagt, ich bin kein A-7-Experte. Die A 7 wird aber doch irgendwann in dieser Zeit einmal fertig werden. Wie gesagt, ich bin aber kein A-7-Experte.

(Zuruf Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(Uli König)

Vielleicht können Sie mir die Frage beantworten, wann die A 7 fertig wird.

(Wortmeldung Volker Dornquast [CDU])

- Das macht offensichtlich Herr Dornquast.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Ich entnehme dem, dass Sie eine Bemerkung des Kollegen Dornquast zulassen.

**Volker Dornquast [CDU]:** Eine kurze Bemerkung: Bei der A 7 geht es um zwei wesentliche Baumaßnahmen. Zum einen geht es um den dreispurigen Ausbau der A 7 in Schleswig-Holstein. Diese Maßnahme soll bis zum Jahr 2017 beziehungsweise 2018 abgeschlossen sein. Zum anderen geht es um die Baumaßnahme südlich von Hamburg betreffend die Aufständigung der Autobahn, die dort erneuert werden muss, und die Abdeckung auf Hamburger Gebiet, die ebenfalls über das Jahr 2017 beziehungsweise 2018 hinausgehen wird. Daher geht die Notwendigkeit, dass die AKN ein attraktiveres Angebot für die Region macht, über das hinaus.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

**Uli König [PIRATEN]:**

Vielen Dank dafür, dass Sie das noch einmal klargestellt haben. Ich halte trotzdem fest, dass die beiden Baumaßnahmen zum größten Teil parallel laufen würden. Dies wären auf der einen Seite die Baumaßnahmen an der A 7 und auf der anderen Seite die Baumaßnahmen an der AKN. Man hätte dann erst später einen entlastenden Effekt.

Die Variante 3 b mit einer unterbrochenen Zweigleisigkeit halte ich für umsetzbar. Das ist aber nicht Teil dieses Antrags. Die Taktverdichtung wäre sehr teuer und der Nutzen ungewiss. Wie gesagt, wir brauchen dazu noch Zahlen.

Ich stimme diesen Anträgen in der vorliegenden Form nicht zu. Ich würde mich der Stimme enthalten, weil ich die Stärkung des ÖPNV für sinnvoll halte. Des Weiteren halte ich die Beratung im Wirtschaftsausschuss für sinnvoll. Außerdem hoffe ich, dass die Strecke nicht durch das „Fledermausland“ geht, weil das sonst noch länger dauert. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall PIRATEN)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Das Wort für den SSW hat der Abgeordnete Flemming Meyer.

**Flemming Meyer [SSW]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Ausbau der AKN zur S 21 ist eines der wichtigsten Schienenprojekte des Landes. Daher ist es auch nicht verwunderlich, dass wir uns im Landtag bereits mehrfach damit befasst haben - zumal die Pläne immer konkreter werden. Durch die im Ausschuss vorgestellte Analyse wurde deutlich, dass es drei förderfähige Varianten gibt. Da der Ausbau der AKN zur S 21 nicht allein Schleswig-Holstein betrifft, ist es wichtig, dass das **Gespräch mit den Hamburger Kollegen** gesucht wird, um auszuloten, welche der drei Varianten bevorzugt wird.

Sobald dies feststeht, können die weiteren notwendigen Schritte in Angriff genommen werden: Antragstellung beim Bundesverkehrsministerium, Entwurfs- und Genehmigungsplanung vorbereiten, Planfeststellungsverfahren 2015 bis 2017 und Baubeginn 2018. Die Fertigstellung könnte dann 2020 erfolgen. So ist es zumindest dem Bericht der Landesregierung zu entnehmen. Dieser **Zeitplan** lässt sich aber nur einhalten, wenn wir eine Einigung mit Hamburg erzielen. Hierbei geht es nicht nur darum, auf welche der drei Varianten wir uns einigen können, sondern es geht auch um die Frage der Kostenverteilung.

Sowohl für Hamburg als auch für Schleswig-Holstein ist der Ausbau eine verkehrspolitische Notwendigkeit; denn wir müssen den Individualverkehr in der Metropolregion verringern. Die täglichen Staumeldungen machen dies deutlich. Angesichts der Ausbaupläne zur A 7 wird sich die Situation für die Pendler rund um Hamburg in den nächsten Jahren nicht verbessern.

Aus diesem Grund muss die **Verlagerung des Individualverkehrs auf den SPNV** weiter angestrebt werden. Das erreicht man am besten dadurch, dass man attraktive Angebote vorhält, die wirklich eine Alternative zur Fahrt mit dem eigenen Pkw darstellen. Dies wird mit der S 21 erreicht.

Die Achse **Kaltenkirchen-Hamburg** hat ein großes Einzugsgebiet und Fahrgastpotenzial, das derzeit nicht ausgeschöpft wird, weil die bestehende Bahnverbindung nach Hamburg keine Alternative für die Menschen darstellt.

(Flemming Meyer)

Das müssen wir ändern, und genau das tut die Landesregierung derzeit mit Nachdruck. Aber Vorsicht an der Bahnsteigkante: Wir dürfen jetzt nicht anfangen, die **S 21** mit unseren Wünschen und Plänen zu überfrachten und damit die Hamburger verschrecken. Natürlich sollte der Ausbau so **nachhaltig** wie möglich sein. Angesichts der Verkehrsprognosen für die kommenden Jahre mag ein durchgehend zweigleisiger Ausbau wünschenswert sein, aber das entscheiden wir nicht allein. Hier sind wir auf die Entscheidung der **Partner in Hamburg** angewiesen. Daher muss vorsichtig, aber bestimmt mit den Kollegen in Hamburg verhandelt werden. Dies tut die Landesregierung bereits. Ebenso wichtig sind aber die Gespräche mit der Bürgerschaft. Wir als Parlament werden unseren Aufgaben nachkommen, doch in den Gesprächen mit Hamburg sollten wir uns auf die großen Linien konzentrieren und uns auf eine Variante einigen. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank. - Für die Landesregierung hat der Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie, Herr Reinhard Meyer, das Wort.

**Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das neue Jahr beginnt so, wie das alte hier im Landtag geendet hat. Wir unterhalten uns über den **Ausbau der AKN zur S 21**, und ich glaube, das ist gut so. Anlässlich der letzten Landtagstagung im Dezember habe ich ausführlich über das Schieneninfrastrukturprojekt berichtet. Ich habe auch über die sogenannten förderfähigen Mitfälle berichtet, die infrage kommen und ein entsprechendes Kosten-Nutzen-Verhältnis haben. An dieser Stelle möchte ich das sagen, was ich damals gesagt und im Wirtschaftsausschuss wiederholt habe: Wir möchten den Ansatz der **durchgehenden Zweigleisigkeit** weiter verfolgen. Diese Variante ist unser Favorit.

(Vereinzelter Beifall SPD, CDU und SSW)

Im Rahmen dieses Ansatzes wird auch auf dem letzten eingleisigen Teilstück zwischen Quickborn und Tanneneck die Zweigleisigkeit hergestellt werden.

Zugegebenermaßen ist diese Variante die teuerste. Die **Gesamtkosten** einschließlich der Investitions- und Planungskosten belaufen sich auf rund 90 Mil-

lionen €. Diese Variante ist jedoch verkehrspolitisch die **nachhaltigste Variante**, weil so tatsächlich die Voraussetzungen für eine Taktverdichtung geschaffen werden können. Wir müssen diese Variante nur entsprechend finanzieren.

Meine Damen und Herren, an der bisherigen Zeitschiene für die Verwirklichung dieses Projektes ändert sich dadurch nichts. Ich sage es ausdrücklich: Wir verfolgen weiter den seriösen und realistischen Plan, 2015 bis 2017 das Planfeststellungsverfahren durchzuführen und ab 2018 zu bauen, um im Jahr 2020 den Betrieb zweigleisig darstellen zu können.

Herr Dornquast und Herr Lehnert, wenn ich mir den Antrag ansehe, dann habe ich den Eindruck, dass man aufseiten der CDU die Realität immer ein bisschen vordatiert. Da wird davon gesprochen, dass man schon 2018 fertig sein müsse. Herr Dornquast, Sie haben gerade im Zusammenhang mit der A 7 gesagt, diese müsse 2017 fertig sein. Diese Erfahrung mache ich als Verkehrsminister mit vielen **Projekten**, die ich geerbt habe. Neulich habe ich mit Herrn Austermann gesprochen. Er hatte im Jahr 2006 angekündigt, er werde im Jahr 2015 über die westliche Elbquerung fahren. Als ich mein Amt übernommen habe, galt das Jahr 2025. Ich habe also die Bitte, in der ernsthaften Auseinandersetzung nicht immer diesen Hang zur **Vordatierung** zu haben, deren Vorgaben keiner seriös einhalten kann. Damit haben Sie angefangen, ich möchte damit aufhören.

(Beifall SPD und SSW - Wortmeldung Christopher Vogt [FDP])

- Herr Vogt, ich habe gleich etwas für Sie. Fangen Sie aber ruhig an.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Genau.

**Christopher Vogt [FDP]:** Vielen Dank, Herr Minister. Ich weiß, dass Sie ein großzügiger Typ sind. Sie haben gesagt, Vordatierungen und die Nennung von Daten seien seriös schwierig zu machen. Auch Sie haben uns mehrfach ein Datum genannt, nämlich den Zeitpunkt, wann wir den **Abschlussbericht der Vorplanung** beziehungsweise die standardisierte Bewertung erhalten.

**Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:**

Herr Vogt, dazu wollte ich Ihnen jetzt etwas sagen.

**(Minister Reinhard Meyer)**

- Dann lassen Sie mich noch meine Frage zu Ende formulieren. Sie haben geschrieben: zum Jahreswechsel oder im Januar 2014. Ich frage Sie: Wann bekommen wir den Bericht in der nächsten Woche?

- Herr Vogt, genau dazu wollte ich Ihnen etwas sagen. Im Wirtschaftsausschuss haben Sie mir diese Frage gestellt. Ich habe Sie so beantwortet, wie ich es auch jetzt tun werde. Daher wundert es mich, dass Sie dies vorhin angesprochen haben. Ich habe gesagt, wir werden noch im Januar 2014, nämlich in der nächsten Woche, mit der politischen Hausleitung, das ist auf der Arbeitsebene vorbestimmt, mit Hamburg die Vorzugsvariante abstimmen. Im Ausschuss hatte ich erläutert, dass wir dann mit dieser zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein abgestimmten Vorzugsvariante den Bewertungsbericht abschließen können. Insofern gilt das, was ich gesagt habe.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

In der nächsten Woche werde ich mit dem Bundesverkehrsminister über das andere Projekt, das Sie genannt haben, nämlich das **Projekt S 4 (Ost)**, reden und darüber, wie wir die Finanzierung dieser Projekte realisieren können.

Erlauben Sie mir zum Schluss noch, auf den **Antrag** der **CDU** einzugehen. Hier wird auf die direkte Verknüpfung mit weiteren Vorhaben hingewiesen. Dieses ist im Planungsprozess nicht ganz einfach. Zu der **Eisenbahnkreuzungsmaßnahme in Ellerau**, in deren Zusammenhang mich die Bürgerinitiative angesprochen hat, sage ich daher: Wir sollten aufpassen, dass wir die Dinge vernünftig angehen und nicht miteinander vermischen. Dieses Vorhaben wird in anderen Strukturen geplant und finanziert als das eigentliche Infrastrukturprojekt der Elektrifizierung der S 21. Nichtsdestotrotz werden wir an dieser Stelle hinschauen, weil wir die Kreuzungsproblematik mit der Landesstraße 76 haben und weil dies der Bereich ist, der möglicherweise zweigleisig ausgebaut werden soll, wodurch man ohnehin Bauarbeiten hätte. Ich glaube, dieses Thema können wir im Ausschuss vertiefen, weil auch hier Möglichkeiten dazukommen werden, das Projekt in einem späteren Planfeststellungsverfahren einzubeziehen.

Ich sage aber ausdrücklich: Dann müssen sich die Kommunen vor Ort, insbesondere Ellerau und Quickborn, darüber einig werden, was für ein Verkehrskonzept sie wollen und wo die Verkehre auf der Straße laufen. Dies müssen sie zur AKN in Be-

ziehung setzen. Hier herrscht nicht immer Einigkeit, das werden wir im Verlauf der weiteren Diskussion noch merken.

Eine letzte Bemerkung zur **A 7**: Sie wissen, dass wir alles tun werden, um die Belastungen, die zweifellos auf uns zukommen werden, abzufedern. Dazu gehört ein entsprechendes und vernünftiges ÖPNV-Angebot. Die ersten Verbesserungen werden wir bereits im nächsten Jahr spüren, wenn die neuen Fahrzeuge der AKN zum Einsatz kommen, wodurch eine erhöhte Kapazität erreicht wird. Wir müssen aber auch mehr dafür tun, dass mehr Menschen vom Individualverkehr - also vom Auto - hin zum ÖPNV wechseln. Deshalb stehen wir zum **S-21-Projekt**, und ich sage: Wir sind auf einem guten Weg. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank, Herr Minister. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, ich schließe die Beratung.

Ich lasse zunächst über den Antrag der CDU-Fraktion Drucksache 18/1474 auf Ausschussüberweisung abstimmen. Wer dieser Überweisung an den Wirtschaftsausschuss zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und die Abgeordneten des SSW. Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist dies einstimmig so beschlossen.

Ich lasse über den Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 18/1062, abstimmen. Der Ausschuss empfiehlt, den Antrag Drucksache 18/1062 abzulehnen. Wer der Ausschussempfehlung folgen und so beschließen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Das sind die Kolleginnen und Kollegen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW. Wer lehnt die Ausschussempfehlung ab? - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von CDU und FDP. Wer enthält sich? - Das sind die Kollegen der Piratenfraktion. Damit ist die Ausschussempfehlung mehrheitlich mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 15 auf.

(Widerspruch Dr. Heiner Garg [FDP])

- Entschuldigung, Herr Kollege Dr. Garg. Die Ansage, die ich bei der Übernahme des Präsidiums bekommen habe, lautete, dass über den Aufruf von Tagesordnungspunkt 9 noch beraten wird. Ich rufe

**(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)**

aber gern auch Tagesordnungspunkt 9 auf. Ich habe jedoch keinen entsprechenden Hinweis erhalten. Daher sollten Sie sich verständigen. - Sie sprechen für alle?

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Frau Präsidentin! Wir hatten uns darauf verständigt, dass diese beiden Tagesordnungspunkte aufgrund der Abwesenheit des Herrn Ministers morgen vorgezogen werden können, aber der Tagesordnungspunkt 9, der eigentlich heute Morgen hätte beraten werden müssen, sollte im Anschluss an die Tagesordnungspunkte 28 und 36 aufgerufen werden.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Das ist kein Problem. Das habe ich nicht gewusst.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 9 auf:

**Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Kommunalprüfungsgesetzes**

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/1467

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Ich eröffne die Grundsatzberatung und erteile Herrn Abgeordneten Dr. Heiner Garg von der FDP-Fraktion das Wort.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Das System der **Eingliederungshilfe** ist ein ebenso kompliziertes wie faszinierendes System. Es ist deswegen faszinierend, weil es den Rechtsanspruch für Menschen mit Behinderung begründet, ihnen eine möglichst selbstständige Teilhabe am Leben zu ermöglichen. Dazu gehört übrigens auch, ihnen nach ihren jeweiligen individuellen Fähigkeiten die Teilhabe am Erwerbsleben zu ermöglichen. Dieses System der Eingliederungshilfe nach dem Sozialgesetzbuch XII ist seit vielen Jahren Gegenstand inhaltlicher und fachlicher Auseinandersetzungen auf vielen Arbeits- und Sozialministerkonferenzen. Die Fortsetzung folgt jedes Jahr, weil dieses System folgendes Problem hat: Es stößt zum einen an die Grenze seiner **Finanzierbarkeit** und zum anderen ist die **Mittelverwendung** nach wie vor - sagen wir es einmal sehr freundlich - nur schwer im Einzelnen nachvollziehbar.

Vor diesem Hintergrund will ich Sie einfach mit einer Zahl konfrontieren: In Schleswig-Holstein geben wir im kommenden Jahr rund 600 Millionen €

für diesen Bereich aus. Sie können sich vorstellen, dass eine Kostensteigerung von nur 3 % - und die haben Sie beinahe jährlich, wenn es gut läuft - bereits 18 Millionen € zusätzlich im Landeshaushalt ausmacht.

Ich bin der festen Überzeugung, dass wir die Reform des Systems nicht unter Kostengesichtspunkten diskutieren müssen, sondern unter fachlichen Gesichtspunkten. Wenn uns das aber gelingt und wenn uns das Gelingen soll, muss es in Zukunft möglich sein, dass genau wie in jedem anderen Bereich des Landeshaushalts auch eine **ordentliche qualifizierte Prüfungsmöglichkeit** für den **Landesrechnungshof** vorgesehen wird, um die Mittelverwendung nachvollziehen und dann auch tatsächlich den einen oder anderen Fehler aufdecken zu können.

(Vereinzelter Beifall FDP, CDU und PIRATEN)

Ich will nur kurz an die **Historie** erinnern: Seit über zehn Jahren dokumentiert der Finanzausschuss auf Empfehlung der Haushaltsprüfgruppe, ein solches Prüfungsrecht des Landesrechnungshofs in den sogenannten Landesrahmenvertrag hineinzuverhandeln. Das ist bis heute nicht gelungen. Das ist SPD-Sozialministern nicht gelungen, das ist mir nicht gelungen, und das ist jetzt auch wieder gescheitert. So viel zum Gestern. Ich würde mich gern mit dem Morgen beschäftigen.

(Zuruf Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Herr Kollege Tietze, der Zwischenruf ist wirklich peinlich. Er ist wirklich peinlich, weil ich gerade gesagt habe: ohne Schuldzuweisung. Ich unterstelle seit über 12 Jahren niemandem im Sozialministerium, dass er sich nicht redlich bemüht hat, ein solches Prüfungsrecht in den Landesrahmenvertrag hineinzuverhandeln. Sie können ja gern versuchen, die NDG davon zu überzeugen, dass ein solches Prüfungsrecht im Landesrahmenvertrag richtig wäre.

(Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Gern!)

- Herr Tietze, vor diesem Hintergrund wäre ein bisschen weniger laut ganz angebracht.

(Beifall Christopher Vogt [FDP] und Torge Schmidt [PIRATEN])

Vor dem Hintergrund der letzten Jahre habe ich ganz viel Verständnis. Ich habe ganz viel Verständnis für die Angst und die Befürchtungen der Men-

(Dr. Heiner Garg)

schen mit Behinderung und deren Angehörige, dass immer, wenn über das System der Eingliederungshilfe gesprochen wird, ausschließlich über Kosten der Eingliederungshilfe gesprochen wird. Vor diesem Hintergrund schlage ich vor: Wenn wir uns erneut mit der Initiative der FDP-Fraktion, das Prüfungsrecht über die Änderung des Kommunalprüfungsrechts aufzunehmen - das habe ich im Finanzausschuss schon einmal gesagt - beschäftigen, binden wir unseren **Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung** in das Anhörungsverfahren, dass es dann mit allen Anzuhörenden erneut geben wird, mit ein, sozusagen als Mittler auf der einen Seite zwischen denjenigen, die aus gutem Grund - und ich finde mit gutem Recht - dieses Prüfungsrecht seit vielen Jahren fordern, und auf der anderen Seite den Menschen mit Behinderung und den Angehörigen. Denn erst dann wird klar, worum es geht.

Es geht darum, dieses System dauerhaft zu sichern. Es geht darum, dieses System fachlich weiterentwickeln zu können, und es geht darum, den Menschen mit Behinderung auch in den nächsten zehn Jahren das bestmögliche und passgenaue Angebot zu machen. Deswegen appelliere und bitte ich darum, dass wir offen miteinander diskutieren und dass wir die Bremsen, die in den vergangenen Jahrzehnten vonseiten der Leistungserbringer hier gezogen wurden - die verweigern sich bis heute, und wir sollten versuchen, in einen fairen und offenen Dialog miteinander eintreten -, abstellen. Wir tun vor allem den Menschen mit Behinderung und denjenigen, die täglich mit ihnen arbeiten, einen großen Gefallen, wenn wir die Diskussion von dieser Seite aufzäumen.

Lassen Sie mich ein Letztes sagen: Es mag ja sein, dass bei solchen Prüfungen herauskommt, dass entsprechend Luft im System ist, wie es selbst von den Einrichtungsträgern ja nicht bestritten wird. Ich plädiere dafür, dass wir den Weg gehen, den wir bei der Novelle des Ausführungsgesetzes zum SGB XII gehen, dass wir dieses **Geld im System lassen**, beispielsweise zur Finanzierung der sozialräumlichen Orientierung in den Kreisen. Dann wird nämlich deutlich, was wir wirklich brauchen. Wir brauchen eine Dämpfung des dauerhaften Kostenanstiegs in dem System. Die Fallzahlen werden weiter steigen, schon allein aufgrund der demografischen Entwicklung und des medizinischen und medizinisch-technischen Fortschritts.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Abgeordneter, Sie müssen leider auf die Uhr sehen.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Mein letzter Satz: Wir dürfen es uns als Parlament aber nicht länger gefallen lassen, dass der wiederholt geäußerte Wille schlichtweg ignoriert wird. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP und CDU)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Für die Fraktion der CDU erteile ich Herrn Abgeordneten Tobias Koch das Wort.

**Tobias Koch [CDU]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der vorgelegte Gesetzentwurf der FDP-Fraktion ist identisch, er ist wortgleich mit dem gemeinsamen Antrag von FDP, CDU und PIRATEN zum Haushaltsbegleitgesetz aus dem Dezember des vergangenen Jahres.

(Beifall CDU, PIRATEN und Oliver Kumbartzky [FDP])

Wenn die FDP-Fraktion jetzt diesen Gesetzentwurf allein einbringt, ohne Beteiligung von CDU und PIRATEN,

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

dann liegt das vermutlich an der neuen Strategie der Eigenständigkeit der FDP. Die FDP will sich ja nicht mehr an andere Parteien ketten.

(Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

Ich hatte zugegebenerweise auch während unserer gemeinsamen Regierungszeit nie den Eindruck, dass dies geschehen sei, Herr Kollege Kubicki.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Da konnte man eher den gegenteiligen Eindruck gewinnen, dass der Schwanz mit dem Hund - -

(Heiterkeit)

Anderes Thema. - Ich hoffe jedenfalls, dass es für die FDP kein Problem ist, wenn wir als Union diesen Gesetzentwurf weiterhin so vehement unterstützen, wie wir es in der Vergangenheit gemeinsam getan haben.

(Tobias Koch)

In der Tat legt die FDP mit diesem Gesetzentwurf zu Recht den Finger in die Wunde. Nach Jahren und jahrzehntelangen Beratungen waren wir im Dezember letzten Jahres endlich so weit, dass wir die vom Landtag geforderten **Prüfungsrechte des Landesrechnungshofs** hier mit einem Formulierungsvorschlag des Landesrechnungshofs selber, der vom Wissenschaftlichen Dienst des Landtags geprüft und für gut befunden worden war, eingebracht hatten. Sie wurden von der Mehrheit der Fraktionen in diesem Haus, von fünf Fraktionen in diesem Landtag, unterstützt - nur die SPD-Fraktion hat sie abgelehnt. Einzig und allein die SPD-Fraktion meldete im letzten Jahr noch Beratungsbedarf an und machte rechtliche Bedenken geltend.

Worin bestanden diese **rechtlichen Bedenken**? - Der Kollege Dr. Dolgner führte dazu aus, er hätte aus dem Kreis Rendsburg-Eckernförde gehört, dass es möglicherweise sein könne, dass diese Prüfungsrechte des Landesrechnungshofs auch auf der gegebenen Gesetzeslage möglich seien.

(Martin Habersaat [SPD]: So redet Herr Dolgner nie! - Peter Eichstädt [SPD]: Das sagen Sie doch nur, weil er nicht da ist!)

Das war schon ein bemerkenswerter Einwand. Mit anderen Worten also: Schlimmstenfalls hätte es sein können, dass dieser Gesetzesvorschlag nur eine sprachliche Konkretisierung dessen sein könnte, was bereits möglich ist. Man könnte sagen: Im schlimmsten Fall wäre dieser Gesetzesvorschlag unschädlich oder überflüssig gewesen. Das allein hätte die SPD dazu motiviert, ihr Veto einzulegen und ihre beiden Koalitionspartner dazu zu zwingen, diesen Gesetzentwurf abzulehnen.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: So gehen wir hier miteinander nicht um!)

Stattdessen versprach der Kollege Winter in den Ausschussberatungen, dass es eine eigene Initiative der **SPD** geben werde. Man werde **eigene Vorschläge** vorlegen, wie das Prüfungsrecht des Landesrechnungshofs verbessert werden könne. - Darauf warten wir bis heute. Deswegen ist es gut, dass die FDP-Fraktion hier einen neuen Gesetzesvorstoß unternimmt.

(Beifall SPD und PIRATEN - Wolfgang Kubicki [FDP]: Die Präsidentin ist abwesend! - Weitere Zurufe)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Wir waren gerade beschäftigt.

**Tobias Koch [CDU]:**

Das wird auf meine Redezeit angerechnet, richtig?

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Nein, das wird natürlich nicht auf Ihre Redezeit angerechnet. - Ich frage Sie, ob Sie eine Zwischenbemerkung des Kollegen Dr. Stegner zulassen, Herr Koch.

**Tobias Koch [CDU]:**

Das war der Grund für meine längere Atempause.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Die habe ich gehört.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:** Ich bitte um Vergebung, wenn ich solche Unruhe auslöse. Das ist gar nicht meine Art.

(Heiterkeit)

Lieber Herr Kollege Koch, sind Sie mit Blick darauf, dass der Kollege Dolgner und andere gesagt haben, dass wir in Ruhe Gespräche darüber führen und nachdenken wollen, die Haushaltsberatungen im Dezember 2013 gewesen sind und wir uns gerade in der Januar-Tagung 2014 des Landtags befinden, der Meinung, dass man sich bei so einem Sachverhalt ein bisschen mehr Zeit lassen kann, um dazu einen Vorschlag zu unterbreiten? Würden Sie zur Kenntnis nehmen, dass wir das tun werden, dass wir das aber nicht zwischen Weihnachten und Silvester getan haben? Was zwischen Weihnachten und Silvester herauskommen kann, haben wir vorhin gehört, als es um die CSU-Kampagne ging.

(Zuruf Johannes Callsen [CDU])

**Tobias Koch [CDU]:**

Herr Kollege Dr. Stegner, ich war schon im Dezember 2013 erstaunt, dass nach zwölf Jahren Beratung

(Beifall CDU und FDP)

jetzt, am Ende dieses Prozesses - - Der Vorschlag kommt ja nicht erst aus dem Dezember, er ist mit den Bemerkungen des Landesrechnungshofs Mitte letzten Jahres vorgelegt und vom Wissenschaftlichen Dienst geprüft worden. Es ging im Dezember darum, das zum Abschluss zu bringen. Und da fällt der SPD-Fraktion auf dem letzten Drücker ein: Wir

(Tobias Koch)

haben noch Beratungsbedarf. Bis heute passiert auf Ihrer Seite offenkundig nichts.

Insofern ist es gut, dass wir jetzt einen neuen Gesetzesanlauf nehmen. Das gibt Ihnen noch ein paar Wochen Zeit. Wir haben heute die erste Lesung, wir werden im Februar oder März die zweite Lesung haben. Sie haben also ein paar Wochen Zeit. Präsentieren Sie Ihre Alternativvorschläge, oder stimmen Sie dem Gesetzentwurf zu! Die Zeit müsste dann wohl auch für die SPD-Fraktion reichen.

(Beifall CDU und FDP - Zurufe SPD)

Meine Damen und Herren, mit dem Prüfungsrecht des Landesrechnungshofs geht es nicht darum, irgendeinem Betroffenen, irgendeinem Menschen mit Behinderung, auch nur einen einzigen Euro von dem wegzunehmen, was ihm gesetzlich zusteht. Ganz im Gegenteil, es geht darum sicherzustellen, dass wir die **effizientesten Strukturen** haben, um das Geld einzusetzen und sicherzustellen, dass das Geld wirklich bei den Betroffenen vor Ort ankommt.

Ich hätte per se zunächst einmal unterstellt, dass die Strukturen, die von kommunaler Seite zusammen mit den Sozialverbänden aufgebaut worden sind, diesen Anforderungen genau entsprechen und effizient sind. Das einzige, das mich daran zweifeln lässt, ist der vehemente **Widerstand** der **Sozialverbände**, sich vom Landesrechnungshof in die Bücher schauen zu lassen. Warum eigentlich, wenn doch alles in Ordnung ist?

Warum gibt die SPD-Fraktion diesem Druck nach und tut nicht das, was wir seit Jahren hier gemeinsam im Haus gefordert haben? Es war ja nicht nur der Finanzausschuss, der diese Empfehlung gegeben hat, Herr Kollege Garg. Es ist regelmäßig vom Landtag einstimmig, mit den Stimmen aller Fraktionen hier beschlossen worden. Jetzt, wo es darum geht, diesen Beschluss in die Tat umzusetzen, wo ein Formulierungsvorschlag vorliegt - -

(Zurufe)

- Frau von Kalben, ich nehme Grüne und SSW in meiner Rede explizit aus. Ich weiß, dass Sie dem Gesetzentwurf liebend gern zugestimmt hätten. Sie stehen da an unserer Seite und an der Seite des Landesrechnungshofs. Sie durften es leider nicht - aus Koalitionstreue oder warum auch immer.

Ich sage Ihnen allen noch einmal: Wir haben jetzt eine zweite Chance dank des Gesetzentwurfs der FDP. Nutzen Sie diese Chance, setzen Sie sich in der Koalition durch! Legen sie entweder einen bes-

seren Vorschlag vor, oder stimmen Sie dem vorgelegten Gesetzentwurf zu! - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, FDP und Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank, Herr Kollege. - Bevor wir in der Beratung fortfahren, bitte ich Sie, mit mir zusammen 25 Firmlinge als Gäste des Landtagspräsidenten auf der Tribüne zu begrüßen. - Herzlich willkommen Ihnen allen im Kieler Landeshaus!

(Beifall)

Nun hat die Abgeordnete Birgit Herdejürgen von der SPD-Fraktion das Wort.

**Birgit Herdejürgen [SPD]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte an dieser Stelle auf die Einlassungen des Kollegen Koch eingehen und darauf hinweisen, dass der Beratungsbedarf der CDU bei solchen Themen wie Optionszwang und Homo-Ehe ungefähr 20 Jahre bestand

(Beifall SPD und Lars Harms [SSW] - Lars Harms [SSW]: Und immer noch nicht abgeschlossen ist!)

und noch nicht abgeschlossen ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Gesetzentwurf der FDP greift Forderungen auf, wie wir sie im Finanzausschuss schon mehrfach formuliert haben. Das ist völlig richtig. Wo mit **Mitteln des Landes** Leistungen erbracht werden, muss die Möglichkeit einer **guten Kontrolle** bestehen. Darauf haben die Bürgerinnen und Bürger Anspruch, die diese Leistungen mit ihren Steuern finanzieren. Darauf haben auch die Leistungserbringer Anspruch, denn Qualität und gute Mittelverwendung sollten im Wettbewerb eine Selbstverständlichkeit sein.

(Vereinzelter Beifall)

Die **Teilhabe behinderter Menschen** in der Gemeinschaft gehört zu unseren großen sozialen Erzungenschaften. Sie ist getragen von der Philosophie, Menschen mit Behinderung als selbstverständlichen Teil der Gesellschaft wahrzunehmen. Dafür sind individuell unterschiedliche Fördermaßnahmen oder Integrationshilfen notwendig. Sie werden über die Eingliederungshilfe finanziert. Ziel dabei ist - ich zitiere aus dem SGB IX-, die

**(Birgit Herdejürgen)**

„Selbstbestimmung und gleichberechtigte Teilhabe am Leben in der Gesellschaft zu fördern, Benachteiligungen zu vermeiden oder ihnen entgegenzuwirken“.

Wir alle wollen, dass die Eingliederungshilfe diese Funktion weiter gut erfüllt. Tatsächlich gibt es immer wieder Entwicklungen, die das Ziel, eine gute Integration zu erreichen, weiterbringen. Dazu gehört zum Beispiel das persönliche Budget, dazu gehören auch die Inklusionsansätze für Kindertagesstätten und Schulen.

(Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD])

Wir wissen, dass Eingliederungshilfe, wenn sie gut gemacht ist und wenn sie ihren Zweck erfüllen soll, teuer ist. Das ist vom Kollegen Garg schon angesprochen worden. Das ist auch in Ordnung. Denn die Integration von Menschen mit Behinderung ist ein hohes Gut. Sie ist eine Frage der Menschenwürde. Ihre Weiterentwicklung ist Teil einer Blaupause für die Welt, in der wir morgen gemeinsam leben wollen, von der Bildung über Wohnen, Arbeiten und Freizeit bis zu Pflege und Tod.

Gerade deshalb kommt es darauf an, die Mittel vernünftig auszugeben - nicht um zu sparen, sondern weil sie so gut wie möglich dort ankommen sollen, wo sie gebraucht werden.

(Vereinzelter Beifall)

Das ist auch ein Grund dafür, dass sich die **Koalition in Berlin** eine **umfassende Reform** auf die Fahnen geschrieben hat. Das ist ein Grund dafür, dass Qualitäts- und Kostenbewusstsein bei allen gesellschaftlichen Akteuren in diesem Bereich - von den Leistungsträgern, den Kommunen, bis zu den Leistungserbringern, insbesondere den Wohlfahrtsverbänden - ausgeprägt vorhanden ist. Der Landesrahmenvertrag von 2012, nach dem die Prüfrechte deutlich ausgeweitet wurden, ist daher ein großer Schritt. Dafür gebührt den Akteuren Dank.

Wir glauben jedoch, dass auch **Prüfrechte** und **Prüfmöglichkeiten** weiterentwickelt werden sollten, was explizit allen Leistungserbringern zugutekommt, die schon heute gute Arbeit leisten. Das gehört zur Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe ebenso dazu wie neue Konzepte, neue Einrichtungen oder Qualitätsevaluation. Wenn wir hierzu eine **unter- oder außergesetzliche Regelung** finden könnten, wäre auch das für uns von Interesse. Mit dieser Anregung - der Kollege Koch hat das ein bisschen beiseite geschoben - folgen wir an dieser Stelle einem Hinweis des Kollegen Dolgner, bei

dem Sie wissen, dass es unklug wäre, ihn zu übergehen. Das haben wir an mehreren Stellen gesehen.

(Beifall SPD - Zurufe)

- Tut mir leid, Kai, dass ich dich hier einmal gelobt habe. Ich mache das auch nicht wieder.

Wie genau eine gute Kontrolle, über deren Notwendigkeit Konsens besteht - das möchte ich hier betonen -, aussehen soll, ist nach wie vor in der Diskussion, auch in unserer Fraktion. Wir haben für die kommenden Wochen eine Reihe von Gesprächen geplant, in denen wir uns diesem Thema weiter nähern wollen. Deshalb möchten wir den Gesetzentwurf gern im Ausschuss weiter beraten, natürlich mit entsprechenden Anhörungen. Ich halte den Vorschlag für gut und richtig, auch den Beauftragten für Menschen mit Behinderung in die Diskussion einzubinden, was wir auch im Verfassungsausschuss bei diesem Thema schon getan haben. Es gibt eine ganze Reihe von Akteuren, die wir hierzu befragen werden.

Ich hoffe, dass wir am Ende zu einer für alle zufriedenstellenden Lösung kommen, in Kooperation mit den Wohlfahrtsverbänden und allen anderen, die betroffen sind. Wir wissen auch, dass der Vollzug von Kontrolle in den jeweiligen Kreisen sehr unterschiedlich funktioniert. Auch das haben wir in der Zwischenzeit gehört. Auch da gibt es Bedarf, an der einen oder anderen Stelle mit der kommunalen Ebene zu reden, beispielsweise auch über die Einbeziehung des Behindertenbeauftragten.

Eine ganze Reihe von Punkten sind noch ungeklärt, die wir in Zukunft einer Lösung zuführen möchten.  
- Herzlichen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Rasmus Andresen das Wort.

**Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! **Eingliederungshilfe** - das haben die Kolleginnen und Kollegen vor mir schon ausgeführt - bedeutet **Inklusion und Teilhabe**. Menschen mit Behinderung sollen ihr Leben so eigenständig führen können wie nur möglich. Uns Grünen ist wichtig, dass Menschen mit Behinde-

(Rasmus Andresen)

rung generell und insbesondere, wenn wir über das Prüfrecht des Landesrechnungshofs in der Eingliederungshilfe diskutieren, nicht als Kostenfaktor gesehen werden.

Bei der Debatte zum **Prüfrecht** geht es um **Transparenz** im Sinne der Menschen mit Behinderung, Teilhabe, Unterstützung und Nachteilsausgleich sind ihr gutes Recht. Es geht hier nicht um die Kürzung von Mitteln, es geht um sachgemäße Verwendung der Mittel dort, wo sie am meisten gebraucht werden,

(Vereinzelter Beifall)

beispielsweise bei der Frühförderung von Kindern, der Hilfe für eine angemessene Schulbildung und beim Besuch einer Hochschule oder auch der Teilhabe am Arbeitsleben und dem gesellschaftlichen Leben. Für ihre Leistungen erhalten die Träger der freien Wohlfahrtspflege und andere Einrichtungen und Dienste eine Vergütung von den Kreisen und kreisfreien Städten aus Landesmitteln in Höhe von über 600 Millionen € jährlich.

Eine **freiwillige Vereinbarung von Prüfrechten für den Landesrechnungshof im Landesrahmenvertrag** haben die Einrichtungen mehrfach abgelehnt. Natürlich ist zumindest auch zu untersuchen, dass so eine Neuregelung für die Einrichtungen und ihre Träger verhältnismäßig ist. Aus Sicht der engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Einrichtungen kann ich es sogar verstehen, wenn man diese Debatte auch ein bisschen als Misstrauensvotum versteht. Ich habe selbst meinen Zivildienst in einem Wohnheim für Menschen mit geistiger Behinderung absolviert. Die vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter machen überwiegend sehr, sehr gute Arbeit. Ihnen gebührt unser Dank.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW, Beifall Dr. Heiner Garg [FDP] und Torge Schmidt [PIRATEN])

Trotzdem ist die Komplettverweigerung einiger Träger beim Prüfrecht für uns unverständlich. Es ist aus unserer Sicht Zeit, den nächsten Schritt zu gehen. Eine Erhöhung der Kontrolldichte allein ist aus unserer Sicht keine unzumutbare Beeinträchtigung der Einrichtungen. Im Sinne der Menschen, die auf die Eingliederungshilfe angewiesen sind, und im Sinne der Kommunen und des Landes müssen wir uns fragen, ob mit den vorhandenen Mitteln die bestmöglichen Leistungen erbracht werden.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Kommt das Geld wirklich bei den Menschen an oder gibt es Doppelstrukturen von Institutionen und

strukturelle Mängel im System? - Um diese Fragen beantworten zu können, brauchen wir **mehr Transparenz**. Das bedeutet auch, dass wir eine **prüfende Institution** brauchen. Bislang sind nur die Kreise und kreisfreien Städte berechtigt, bei den Einrichtungen und Diensten die Wirtschaftlichkeit und Qualität der Leistungen zu prüfen. Es fehlt allerdings an Personal, um die Prüfung flächendeckend durchzuführen. Statistisch müssen die Einrichtungen damit rechnen, nur alle 240 Jahre einer Prüfung unterzogen zu werden. Es ist gut, dass jetzt durch den Antrag der FDP-Fraktion konkret Bewegung in die Debatte kommt.

Es sind allerdings aus unserer Sicht auch noch nicht alle Fragen geklärt, denn zwischen dem Land, den kommunalen Landesverbänden und den Verbänden der Einrichtungsträger ist über ein **Prüfrecht des Landesrechnungshofs** bisher keine Verständigung gelungen, wenn auch sehr lange diskutiert wurde. Eine Einigung wäre aus grüner Sicht wünschenswert. Sie ist aber für uns Grüne keine Bedingung.

Diese Fragen und auch andere können wir dann in der Anhörung, ähnlich wie die Kollegin Herdejürgen es gerade gesagt hat, ausgiebig diskutieren, denn aus unserer Sicht ist es auch haushaltspolitisch und nicht nur sozialpolitisch dringend angemessen, jetzt endlich die nächsten Schritte beim Prüfrecht zu gehen. Das ist einer der größten Einzelposten, die wir im Landeshaushalt haben. Bei ganz vielen anderen großen Einzelposten hätten wir es uns als Haushaltsgesetzgeber nicht erlaubt, so einen Zustand lange zu dulden.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Das, was bei anderen Haushaltsposten eine Selbstverständlichkeit ist, sollte jetzt endlich auch mit dem Prüfrecht für diesen Einzelposten im Landeshaushalt gelten. Wir Grüne wollen das Prüfrecht. Wir haben das auch im Dezember 2013 in der Sitzung gesagt. Wir haben auch ausdrücklich damals schon begrüßt, dass ein Antrag von wem auch immer - einer der Fraktionen des Hauses - hier eingebracht wird. Es ist gut, dass die Debatte jetzt kommt, dass wir damit nicht wesentlich an Zeit verlieren. Wir haben jetzt noch etwas Zeit für die Anhörung. Aber es ist auch gut, dass wir jetzt nicht nach dem Dezember 2013 noch ein halbes Jahr haben verstreichen lassen, wo die Debattenlage danach vielleicht eine ganz andere gewesen wäre.

**(Rasmus Andresen)**

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt CDU und Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Ich freue mich auf die Anhörung. Es haben bisher alle grundsätzlich erklärt, eine Lösung erarbeiten zu wollen. Ich hoffe, dass wir in diesem Jahr endlich einen Schritt weiterkommen. Ich bin zumindest fest davon überzeugt, dass es klappen kann. - Schönen Dank.

(Vereinzelter Beifall)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank. - Ich habe gerade gesehen, dass unser ehemaliger Kollege Klaus Klinckhamer auf der Tribüne ist. - Ihnen ein herzliches Willkommen hier!

(Beifall)

Wir fahren mit dem Abgeordneten Torge Schmidt von der Fraktion der PIRATEN fort.

**Torge Schmidt [PIRATEN]:**

Ich danke Ihnen, Frau Präsidentin. - Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte die Debatte jetzt nicht unnötig in die Länge ziehen. Diese Debatte hatten wir schon im Dezember 2013 geführt. Ich möchte an dieser Stelle der FDP danken, dass sie den Antrag noch einmal eingereicht hat. Ich glaube, die Situation hat sich seit Dezember 2013 nicht großartig geändert. Die ganzen Ausführungen, die Herr Koch und Herr Garg zum Prüfungsrecht gemacht haben, unterstütze ich ausdrücklich.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Die Details muss ich nicht wiederholen. Eine Sache möchte ich aber aufgreifen: Im Dezember 2013 hat die SPD zu diesem **Kommunalprüfungsrecht** Zweifel geäußert. Es gibt da anscheinend mehrere Auffassungen, ob der Landesrechnungshof bereits prüfen darf oder nicht. Der Kreis Rendsburg-Eckernförde ist der Auffassung, dass der Landesrechnungshof bereits jetzt prüfen darf, da laut Landesrahmenvertrag der Kreis berechtigt ist, einen externen Prüfer zu beauftragen. Als externer Prüfer muss der Landesrechnungshof jedoch nach Vorgaben des Landkreises prüfen.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Hier beruft sich der Landesrechnungshof im Gegenzug jedoch auf seine richterliche Unabhängigkeit, die in unserer Landesverfassung, Artikel 57 Abs. 1, geregelt ist. Aus der richterlichen

Unabhängigkeit ergibt sich dessen Dispositionsfreiheit.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN] und Dr. Heiner Garg [FDP])

Das heißt, der Landesrechnungshof entscheidet selbst, wann, wie und wie viel er prüfen soll. Das ist natürlich ein Konflikt zwischen **Kreis und Landesrechnungshof**. Aber natürlich kann es sein, dass der Landesrechnungshof als Dritter im Sinne des Rahmenvertrags mit den Leistungserbringern bereits jetzt prüfen darf.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Aber nur, wenn er beauftragt wird! - Wortmeldung Dr. Kai Dolgner [SPD])

- Ja.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Kollege!

**Torge Schmidt [PIRATEN]:**

Darf ich kurz meine Ausführungen beenden, dann gleich gern.

Jedenfalls fehlt es an einer ausdrücklichen **gesetzlichen Zuweisung** bei dieser Aufgabe. Bevor diese für Juristen bestimmt sicherlich spannende Rechtsfrage rechtlich geklärt werden muss, können wir doch einfach hier für Rechtssicherheit sorgen.

(Beifall PIRATEN, FDP und vereinzelt CDU)

Das würde den Streit beenden, und dann wäre alles gut.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Gestatten Sie nun eine Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Dolgner?

**Torge Schmidt [PIRATEN]:**

Gern.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Bitte schön.

**Dr. Kai Dolgner [SPD]:** Jetzt war ich ja dabei. Das ist eine Zwischenbemerkung. Ich habe noch einmal in das Protokoll vom Dezember 2013 geschaut. Es wäre gut, genau zu lesen, was ich hier behauptet habe. Ich habe mitnichten behauptet, dass es über den Kreis ein eigenständiges Prüfrecht des Landesrech-

**(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)**

nungshofs geben würde, sondern ich habe hier gesagt - und dazu stehe ich -, dass der **Landesrechnungshof** eine Bitte um **Amthilfe durch den Kreis** abgelehnt hat. Das war mein Punkt an der Stelle. Es verwundert mich nach wie vor, warum, wenn der Landesrechnungshof das gern prüfen möchte und der Kreis Rendsburg-Eckernförde diese Möglichkeit eröffnet - -

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

- Aber freiwillig darf der Landesrechnungshof das machen, wenn man ihn darum bittet. Oder ist Ihre Auffassung, dass der Landesrechnungshof es nicht machen darf, selbst wenn er es wollte und der Kreis Rendsburg-Eckernförde ihn bittet?

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Ist das die neue Erkenntnis? Das wäre übrigens auch nicht nur für mich eine neue Erkenntnis, sondern auch für den Landrat des Kreises Rendsburg-Eckernförde, der übrigens auch Jurist ist.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

**Torge Schmidt [PIRATEN]:**

Herr Dolgner, ich habe das doch gerade alles ausgeführt. Ich habe Ihnen doch gerade gesagt, dass das bestimmt eine sehr spannende Rechtsfrage für Juristen ist. Ich bin kein Jurist, das wissen Sie ganz genau. Ich kann beide Seiten durchaus nachvollziehen. Aber warum sorgen wir hier nicht einfach für Rechtssicherheit?

(Beifall PIRATEN, FDP und vereinzelt CDU  
- Zuruf: So ist es!)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Dolgner?

**Torge Schmidt [PIRATEN]:**

Gern.

**Dr. Kai Dolgner [SPD]:** Es ging - und das ist weder Quatsch noch sophisticated - einzig und allein um die Frage, ob die Darstellung, die ich im Dezember 2013 gemacht habe, an der Stelle so richtig und möglich war. Es ging nicht darum, welche Konsequenzen das hatte. Ich bleibe dabei - nichts anderes habe ich dargestellt -: Nach Auskunft des Landra-

tes des Kreises Rendsburg-Eckernförde hätte der Landesrechnungshof die Möglichkeit gehabt, natürlich nicht verpflichtend, die Träger der Eingliederungshilfe über das kommunale Prüfungsrecht zu prüfen. Der Landesrechnungshof hat das abgelehnt. Nichts anderes habe ich hier im Plenum behauptet. Es ist für jeden nachzulesen.

(Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

Das hat mit der Frage, ob der Landesrechnungshof trotzdem ein eigenständiges Prüfrecht braucht oder nicht, erst einmal nichts zu tun.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Wenn man es nachlesen kann!)

- Herr Dolgner, ich glaube, es gibt ein kleines Missverständnis. Ich hatte nämlich gerade in meiner Rede wirklich nicht auf Sie referenziert, sondern auf diese Debatte, die wir im Finanzausschuss haben. Da ist dieser Fall erörtert worden. Ich versuche nur, das wiederzugeben. Natürlich haben Sie das so geäußert. Ich unterstelle Ihnen gar nicht, dass Sie es anders gemacht haben. Ich weiß gar nicht, wo Ihr Problem mit mir ist.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Weiß ich auch nicht!)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Dann frage ich Sie, ob der Kollege Dr. Breyer ebenfalls von Ihnen die Erlaubnis zu einer Zwischenbemerkung bekommt.

**Torge Schmidt [PIRATEN]:**

Ausnahmsweise.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Bitte schön, Herr Breyer.

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:** Wir haben zu Recht schon gehört, dass der Landesrechnungshof unabhängig darüber entscheidet, wann und wie er prüft. Kann es vielleicht auch daran liegen, dass es der Landesrechnungshof nicht für sinnvoll hält, in einem einzelnen **Kreis** eine **Einzelprüfung** unter dessen Weisung durchzuführen, sondern lieber übergreifend prüfen möchte und er deswegen eine solche Bitte abgelehnt hat?

(Beifall PIRATEN, FDP und SSW)

**Torge Schmidt [PIRATEN]:**

Kollege Breyer, da gebe ich Ihnen natürlich recht.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Ausnahmsweise!)

Natürlich hätte ich mir gewünscht, dass wir im Dezember 2013 das Prüfungsrecht verabschiedet hätten. Ich will nicht nachtragend sein. Ich habe nur einen Wunsch. Ich möchte, dass wir den Gesetzentwurf in einem vernünftigen parlamentarischen Verfahren debattieren und eine Anhörung durchführen. Vielleicht können wir dann endgültig alle Fragen klären. Vielleicht kommen wir dann voran und schaffen eine rechtssichere Lösung. Im Ziel sind wir alle uns doch hier einig.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Am Ende möchte ich Herrn Garg recht geben. Außerdem möchte ich ausdrücken, warum mir persönlich das so wichtig ist. Es geht schließlich darum, eine milliardenschwere Leistung vor dem Hintergrund des demokratischen Wandels zu sichern. Wir müssen in diese Blackbox hineinschauen. Ansonsten haben wir irgendwann Probleme.

(Beifall PIRATEN und FDP)

Ich freue mich vor diesem Hintergrund auf eine konstruktive und produktive Zusammenarbeit im Finanzausschuss. - Ich danke Ihnen.

(Beifall PIRATEN, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und vereinzelt CDU)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank. - Für die Abgeordneten des SSW spricht der Kollege Lars Harms.

**Lars Harms [SSW]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Schon jahrelang fordern die finanzpolitischen Sprecher quer durch alle Fraktionen, dass der Landesrechnungshof ein Prüfungsrecht in Bezug auf Leistungen zur Eingliederungshilfe bekommen sollte. Am Anfang der Diskussionen hierzu war man noch davon ausgegangen, dass der **Landesrechnungshof** ein eigenes **Prüfungsrecht** brauche und quasi vom Land beauftragt werden sollte, die Interessen des Landes zu vertreten.

Deshalb hat man über mehr als ein Jahrzehnt versucht, dieses Prüfungsrecht in den **Landesrahmenvertrag** mit den Sozialverbänden hineinzuverhandeln. Das ist nie geglückt, was immer wieder bei den Bemerkungen zu den Haushaltsprüfungen

durch die Haushaltsprüfgruppe zu entsprechenden Forderungen geführt hat.

Dabei muss ich ganz deutlich sagen, dass es bei dieser durchgehenden Forderung der finanzpolitischen Sprecher nach einem Prüfungsrecht für den Landesrechnungshof nicht um Misstrauen gegenüber den Sozialverbänden ging, sondern vielmehr um das Erhalten einer vernünftigen Datenbasis, aufgrund der Anregungen gegeben werden können, wie man die steigenden Kosten in diesem Bereich auch in Zukunft bewältigen kann und wie man das Geld für die Behinderten noch besser sichern und noch mehr Leistungen ermöglichen kann.

Bisher sind alle Seiten immer davon ausgegangen, dass dieses ein gemeinsames Interesse aller sein müsse. Auf keinen Fall war und ist es das Ziel - das ist in der Debatte ganz wichtig -, die wirtschaftliche Grundlage für die Sozialverbände zu gefährden. Trotzdem ist es in der Vergangenheit bei den Sozialverträgen nie zu einem befriedigenden Verhandlungsergebnis gekommen. Deshalb hat der Landesrechnungshof einen **Vorschlag** gemacht, wie das Problem gelöst werden kann. Ausgehend davon, dass der **Landesrechnungshof** nicht im Auftrag einer Kommune tätig werden kann, ohne dass es eine Rechtsgrundlage dafür gibt, schlug er vor, eine eben solche Rechtsgrundlage zu schaffen.

Dieser Vorschlag ist auch die Grundlage des jetzt vorliegenden Gesetzentwurfes der FDP. Vorgesprochen wird, dass die zur Prüfung berechtigten Kreise und kreisfreien Städte den Landesrechnungshof mit genau dieser Prüfung beauftragen können. In den bisherigen Beratungen war man immer der Auffassung gewesen, dass es noch **keine Rechtsgrundlage** gibt, die es dem Landesrechnungshof schon heute ermöglicht, als Beauftragter eines Kreises oder einer kreisfreien Stadt die Träger der Eingliederungshilfe zu prüfen. Damit verbunden wäre ja nicht nur eine Prüfung nach Aktenlage, sondern auch eine Prüfung, ob eine Maßnahme auch anders erfüllt werden kann - immer unter der Maßgabe, dass die Leistung für den behinderten Menschen gleich bleibt oder sich sogar verbessert.

Man kann sich also gut vorstellen, dass hier mehr geprüft wird als nur irgendwelche Papiere. Deshalb ging man bisher davon aus, dass das nicht von der derzeitigen Gesetzeslage gedeckt ist. Die Tatsache, dass solche Prüfungen trotz vorhandenen Wunsches bisher nicht möglich waren, scheint erst einmal zu bestätigen, dass es keine Rechtsgrundlage gibt. Somit ist die Vorlage eines Gesetzentwurfes konsequent.

**(Lars Harms)**

Andererseits gibt es - jedenfalls seit ein paar Monaten - die gegenteilige Rechtsauffassung, nämlich dass es nach jetziger Rechtslage doch schon möglich ist, den Landesrechnungshof mit Prüfungsaufgaben zu beauftragen. Dass diese Rechtsauffassung in der Vergangenheit nicht öffentlich diskutiert wurde - also in den letzten zehn Jahren -, mag daran liegen, dass man in der Vergangenheit erst einmal nur daran gedacht hatte, das Ganze als Beauftragung durch das Land in den Landesrahmenvertrag aufnehmen zu wollen. Jetzt ist aber daran gedacht, dass sich die Kommunen des Landesrechnungshofes bedienen. Hier mag ein rechtlicher Unterschied bestehen. Das muss in den Beratungen geprüft werden.

Was wir aber feststellen können, ist, dass wir alle der Auffassung sind, dass der Landesrechnungshof für die Kreise und kreisfreien Städte tätig werden können

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

und dass die Prüfung verbessert werden soll. Ob dafür eine Gesetzesänderung notwendig ist oder ob das jetzt schon rechtlich zulässig ist, werden sicherlich die Ausschussberatungen zeigen.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Garg?

**Lars Harms [SSW]:**

Sehr gern.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Bitte.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:** Herr Kollege Harms, sind Sie mit mir einer Meinung, dass eine Prüfungsmöglichkeit vor der Kommunalisierung der Eingliederungshilfe gar nicht möglich gewesen ist, weil die Zuständigkeit komplett beim Land lag? Das heißt, es ist ganz klar, dass die Frage vor 2006 so, wie Sie sie angerissen haben, gar nicht hätte erörtert werden können.

**Lars Harms [SSW]:**

Ich gebe Ihnen recht. Sie können sich sicherlich daran erinnern, dass wir bis Ende letzten Jahres immer darüber diskutiert haben, dass das Land beauftragen solle. Wir sind immer daran verzweifelt, dass es in den Verhandlungen nie gelungen ist - ob-

wohl wir es gern gehabt hätten -, ein Prüfungsrecht im Landesrahmenvertrag zu verankern. Dann kam die neue Idee des Landesrechnungshofs, die Sie dankenswerterweise als Gesetzentwurf übernommen haben, über die Kommunen zu gehen.

Bei dem einen oder anderen gab es die Unstimmigkeit, ob das wirklich notwendig sei oder ob das rechtlich nicht heute schon möglich wäre. Ich bin davon überzeugt, dass genau diese Frage im Anhörungsprozess geklärt wird. Dann sollten wir zu einer vernünftigen Lösung kommen. Das entscheidende ist, dass der Landesrechnungshof am Ende prüfen kann. Ob er das auf einer gesetzlichen Grundlage macht oder ob von irgendwelchen klugen Rechtsgelehrten erklärt wird, dass das auch jetzt schon geht, ist mir eigentlich piepenhagen; Hauptsache, wir kriegen ein Prüfungsrecht. Es ist eine Riesensumme, die vergeben wird. Es geht nicht darum, die Summe zu kürzen - das sage ich ganz deutlich -, sondern sie für die Behinderten besser einzusetzen. Das ist ein Ziel, dem sich eigentlich alle hier verpflichtet fühlen sollten.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Kollege, gestatten Sie eine weitere Bemerkung des Herrn Abgeordneten Koch?

**Lars Harms [SSW]:**

Sehr gern.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Bitte schön, Herr Koch.

**Tobias Koch [CDU]:** Herr Kollege Harms, stimmen Sie mir zu, dass das Argument, es gebe bereits auf der jetzigen Rechtslage möglicherweise eine Prüfungsmöglichkeit, kein Gegenargument sein kann, diesem Gesetzentwurf zuzustimmen? Es würde maximal bedeuten, dass dieser Gesetzentwurf gesetzlich das regelt, was auch bisher praktisch schon möglich ist.

**Lars Harms [SSW]:**

Herr Kollege Koch, salopp gesprochen kann man sagen: Man kann da noch einmal drüberbügeln, und dann hat man die absolute Gewissheit und ist nicht darauf angewiesen, irgendwelchen Rechtsgelehrten folgen zu müssen, bei denen es drei oder vier verschiedene rechtliche Meinungen zu diesem Thema gibt. Insofern wäre das eine Lösung, die sicher wäre.

(Lars Harms)

Wir haben in den Ausschussberatungen genügend Zeit. Ich hoffe, dass wir in der ersten Hälfte dieses Jahres zu einer Lösung kommen. Mein Bestreben ist es, das Bestreben des SSW ist es, ein Prüfungsrecht zu bekommen - ganz wichtig - zum Wohle der behinderten Menschen, um mehr Mittel freizusetzen. Das heißt nicht, dass die Sozialverbände, die Träger der Maßnahmen, schlechtergestellt werden sollen. Es geht um die Inhalte der Maßnahmen und darum, das Geld für die Behinderten so gut wie möglich auszugeben, und nicht um Kürzungen.

(Wolfgang Baasch [SPD]: Sie haben einen Rechtsanspruch! - Dr. Heiner Garg [FDP]: Es hat niemand bestritten, dass es einen Rechtsanspruch gibt!)

#### Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort zu einem Dreiminutenbeitrag erteile ich dem Herrn Abgeordneten Wolfgang Kubicki von der Fraktion der FDP.

#### Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will nicht bestreiten, dass der kluge Landrat des Kreises Rendsburg-Eckernförde auf die glorreiche Idee gekommen ist, eigenes Personal zu sparen und Mitarbeiter des Landesrechnungshofs in Anspruch zu nehmen. Herr Kollege Dr. Dolgner, Ihnen muss klar sein: Jede staatliche Maßnahme, die **Eingriffsbefugnisse zulasten Dritter** enthält, bedarf einer **gesetzlichen Grundlage**. Wenn der Kreis Rendsburg-Eckernförde auf die Idee kommt, den Rechnungshof zu bitten, an seiner Stelle Prüfungsvorgänge durchzuführen, würde das wie folgt lauten: Es tritt nicht der Landesrechnungshof auf, sondern der Kreis Rendsburg-Eckernförde unter Zuhilfenahme von Mitarbeitern des Landesrechnungshofs.

Durch diese gesetzliche Grundlage schaffen wir ein **eigenes Recht des Rechnungshofs**. Das können Sie schon daran erkennen, das der zweite Satz lautet:

„Die Prüfungsrechte der kommunalen Körperschaft bleiben daneben bestehen.“

Sie müssten nicht daneben bestehen bleiben, wenn Sie der Auffassung wären, dass durch die - wie Sie es genannt haben - Amtshilfe die Sache bereits erledigt wäre.

Gehen Sie davon aus - das können wir im Rahmen der Anhörung in aller Ruhe beraten; darauf ist von Herrn Kollegen Harms und vom Kollegen Koch zu Recht hingewiesen worden -, dass das kein Argu-

ment dagegen ist, eine entsprechende gesetzliche Grundlage zu schaffen. Sie müssten dann nämlich sagen, das, was sie machten, sei rechtswidrig. Nur dann macht es einen Sinn.

Wenn Sie sagen, es beschreibe nur einen Zustand, der faktisch von Ihnen genauso gesehen wird, schadet das nicht nur nicht, sondern nach meiner Auffassung und nach der von vielen Juristen nützt es sogar. Deshalb sollten wir das tun. Wir haben ausreichend Zeit, in Anhörungen alle Stellungnahmen abzuarbeiten.

Noch einmal: Ich kann und will nicht akzeptieren, dass wir **erhebliche Haushaltsmittel** - erhebliche Haushaltsmittel! - ausgeben und die Prüfungsrechte, die eigentlich notwendig sind und in allen anderen Bereichen vorgeschrieben sind, hier nicht wahrnehmen. Das grenzt schon fast an den Bereich der Haushaltsuntreue, obwohl wir als Haushaltsgesetzgeber diesen Tatbestand der Haushaltsuntreue nicht begehen können. Aber ein Gesetzgeber, der darauf verzichtet, in diesem Komplex Effizienzreserven zu heben, der muss sich vorwerfen lassen, dass er mit dem Geld der Steuerzahler nicht ordnungsgemäß umgeht. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU, Beifall Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]) und Lars Harms [SSW])

#### Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Robert Habeck das Wort. Ich nehme an, er vertritt den Kollegen Breitner.

#### Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Genau, so ist es. Deshalb werde ich mich an das geschriebene Wort halten, auch wenn einige Argumente und Zahlen bereits vorgetragen worden sind. Aber Andreas wird mit mir bestimmt böse, wenn ich hier irgendetwas anderes erzähle.

Liebe Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die FDP-Fraktion greift mit Ihrem Antrag ein Thema auf, das im Kern ein **sozialstaatliches Leistungssystem** von hoher **finanz- und sozialpolitischer Bedeutung** betrifft. Es geht um die Sozialhilfe, insbesondere die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung. Für diese Leistungen wendet das Land jährlich rund 550 Millionen € auf. Die jährliche Steigerungsrate liegt bundesweit bei über 5 %. In Schleswig-Holstein ist es dank gemeinsa-

(Minister Dr. Robert Habeck)

mer Anstrengungen der Kommunen, der Wohlfahrtsverbände als wesentlichen Leistungserbringern und dem Land in den letzten Jahren gelungen, den Anstieg auf rund 3 % zu begrenzen.

Im **Koalitionsvertrag** der Regierungsfractionen im **Bund** ist für die laufende Legislaturperiode eine grundlegende Reform dieses Leistungsgesetzes und eine deutliche Beteiligung des Bundes an den Kosten verabredet. Notwendig werden diese Änderungen einerseits durch gesellschaftliche Entwicklungen, andererseits durch die hohe finanzielle Belastung von Ländern und Kommunen bei der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe, die Teilhabe von Menschen mit Behinderung zu gewährleisten.

Das entbindet die Akteure in Schleswig-Holstein nicht von der Verantwortung, die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung weiterzuentwickeln und die wirtschaftliche Erbringung der Leistungen sicherzustellen. Kommunen, Wohlfahrtsverbände und das Land arbeiten dabei auf vielfache Weise eng zusammen. Erst Ende 2012 wurden in einem neuen **Rahmenvertrag** Absprachen für die Prüfung der Qualität und der Wirtschaftlichkeit von Einrichtungen getroffen, die laut Sozialministerium - auch im Vergleich mit Vereinbarungen in anderen Bundesländern - die Prüfungsvoraussetzungen und -bedingungen für die Leistungsträger deutlich erweitern und erleichtern. Weitere **Prüfungsmöglichkeiten durch Landesrecht** wären auf Ihre Vereinbarkeit mit **Bundesrecht** zu prüfen.

Das angesprochene Entgegenkommen der Wohlfahrtsverbände gegenüber den Kostenträgern durch den aktuellen Landesrahmenvertrag darf bei einer Entscheidung zur Frage des Prüfungsrechtes nicht ausgeblendet werden, die gerade im Umgang mit öffentlichen Mitteln sensibel geprüft werden muss. Die Forderung nach einem solchen Recht stellt dabei kein Misstrauensbeweis gegenüber oder Kritik an den Wohlfahrtsverbänden dar. Die großen Leistungen der Wohlfahrtsverbände stehen für mich außer Frage. Allerdings kann ein Prüfungsrecht nicht nur zu einer **besseren und wirtschaftlicheren Aufgabenerfüllung** für die Sozialhilfeempfänger beitragen, mit der **Steigerung der Transparenz** böte sich auch die Möglichkeit, die Akzeptanz der Leistungen durch die Wohlfahrtsverbände zu steigern.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Insofern bin ich ebenso wie auch die Kollegin Heihold mit Blick auf die Diskussionsbeiträge in unserer Dezember-Tagung 2013 davon ausgegangen, dass die Debatte über Prüfungsrechte des Landes-

rechnungshofs bei der Eingliederungshilfe noch nicht beendet ist. Ich würde es daher begrüßen, wenn über den vorliegenden Gesetzentwurf in den Ausschüssen noch einmal gründlich diskutiert und Einvernehmen mit den Wohlfahrtsverbänden, den kommunalen Landesverbänden und dem Landesrechnungshof erzielt würde, möglicherweise auch mit dem Ergebnis, dass ein geeignetes Mittel gefunden wird, das eine gesetzliche Regelung entbehrlich macht. -Vielen Dank!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank, Herr Minister. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, ich schließe daher die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf in der Drucksache 18/1467 dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer dem so zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Vielen Dank. Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich frage Sie, wir haben 6 Minuten vor 18 Uhr, möchten Sie noch einen weiteren Tagesordnungspunkt beraten? - Dann rufe ich den Tagesordnungspunkt 15 auf:

**Länderkompetenzen stärken - Neue Formen staatsanwaltschaftlicher Organisation ermöglichen**

Antrag der Fraktion der CDU  
[Drucksache 18/1422](#)

**Politisches Weisungsrecht gegenüber Staatsanwälten abschaffen, selbstverwaltete Justiz ermöglichen**

Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN  
[Drucksache 18/1515](#)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache und erteile Frau Abgeordneter Barbara Ostmeier von der CDU-Fraktion das Wort.

**Barbara Ostmeier [CDU]:**

Liebe Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! Ich bedanke mich sehr herzlich dafür, dass Sie noch die Geduld haben und mir die Gelegenheit dazu ge-

(Barbara Ostmeier)

ben, Ihnen zu so später Stunde noch ein justizpolitisches Thema nahezubringen. Ich würde das nicht tun, wenn ich nicht davon überzeugt wäre, dass das ein sehr wichtiges Thema ist. Wir sollten uns der Diskussion darüber dringend stellen.

Mit dem vorliegenden Antrag wollen wir über eine **Bundratsinitiative die Überprüfung des externen Weisungsrechtes der Justizverwaltungen** gegenüber den **Staatsanwaltschaften** in Berlin auf den Weg bringen. Das ist eine Diskussion, die von den Berufsverbänden eingefordert wird, und zwar seit Längerem. Das ist auch eine Diskussion, die längst überfällig ist.

Meine Damen und Herren, das Thema steht ganz oben auf der justizpolitischen Agenda, das Thema wird sich nicht in Luft auflösen. Wir von der CDU wollen, dass auch zukünftig unser Rechtsstaat modern bleibt und im Übrigen in Europa seine Vorbildfunktion behaupten kann.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Die Strafverfolgung ist eine der zentralen Aufgaben des Staates. Die Verantwortlichkeit hierfür liegt bei den unabhängigen Gerichten. Aber das staatliche Anklagemonopol liegt bei den Staatsanwaltschaften. Ihre Bedeutung wird deutlich, wenn man sich bewusst macht, dass es bei fast 80 % aller Ermittlungsverfahren nicht zu einer Anklageerhebung kommt. Verfahren werden mit oder ohne Auflagen eingestellt, ohne dass hiermit ein Gericht befasst wird.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

- Herr Kubicki, ich weiß, dass Sie das alles wissen, aber ein bisschen Geduld, ich bin gleich durch, nur 5 Minuten. Je schneller ich reden kann, desto schneller ist es vorbei.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Nein, das wollen wir ja gar nicht!)

Im Gegensatz zu den Richterinnen und Richtern jedoch sind Staatsanwälte nicht unabhängig. Die **Staatsanwaltschaften** sind vielmehr in eine **strenge Verwaltungshierarchie** eingebunden, an deren Spitze das Justizministerium steht. Dieses hat nicht nur umfassende Informations-, sondern vor allem auch umfassende Weisungsrechte. Dies gilt sogar für den Einzelfall.

Ob diese Form des politischen Einflusses heute noch zeitgemäß ist, bedarf einer umfassenden Diskussion. Innerhalb der Justiz ist diese Frage bereits beantwortet. Im **Roland Justizreport 2014** sprachen sich 83 % der befragten Richter und Staatsan-

wälte für eine Abschaffung des politischen Weisungsrechts gegenüber den Staatsanwaltschaften aus.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN] und Wolfgang Dudda [PIRATEN])

Das ist eine enorm hohe Prozentzahl bei Richtern und Staatsanwälten, das sollten wir zur Kenntnis nehmen.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Frau Kollegin, der Abgeordnete Kubicki würde Ihre Redezeit gern durch eine Bemerkung verlängern. Würden Sie dies gestatten?

**Barbara Ostmeier [CDU]:**

Sehr gern.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Bitte schön.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:** Frau Präsidentin, nicht durch eine Bemerkung, sondern durch eine Frage: Frau Kollegin Ostmeier, wie viele Fälle sind Ihnen bekannt, in denen das Justizministerium - und zwar egal, in welchem Land - eine Weisung erteilt hat, ein Verfahren in einer bestimmten Art und Weise zu erledigen?

**Barbara Ostmeier [CDU]:**

Gar keine, und ich bin froh, dass das so ist. Ich komme in meiner Rede noch darauf. Gott sei dank ist es so, dass mir gar kein Fall bekannt ist. Es würde ja nicht einmal etwas bedeuten, dass mir so etwas nicht bekannt ist, aber ich könnte Ihnen auch nach Recherchen keinen Fall benennen. Ich bin auch sehr froh - damit nehme ich einen Teil meiner Rede vorweg -, dass das nicht möglich ist. Aber es gilt, das Vertrauen der Bevölkerung in die Strafverfolgung zu stärken, und jeden Verdacht einer politischen Einflussnahmemöglichkeit auszuschließen. Gerade in Fällen, in denen die Medien, die Presse, eine Rolle spielen, in medienwirksamen Verfahren, erleben wir, dass immer wieder der **Verdacht einer politischen Einflussnahme** das Verfahren und das Vertrauen der Bevölkerung in die Justiz belastet.

(Vereinzelter Beifall CDU und Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Ich finde, deshalb sollten wir alles dafür tun, den Verdacht auszuräumen.

(Barbara Ostmeier)

(Wortmeldung Wolfgang Kubicki [FDP])

- Ich würde jetzt sehr gern in meiner Rede fortfahren. Ob Sie das wollen oder nicht, wir werden das im Ausschuss diskutieren.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Aber Sie erwecken doch erst den Eindruck!)

- Nein, ich erwecke nicht den Eindruck. Nicht ich erwecke den Eindruck, der Deutsche Richterbund erweckt den Eindruck, die Neue Richtervereinigung erweckt den Eindruck, 83 % der Befragten aus Staatsanwaltschaft und Richterschaft erwecken den Eindruck und wollen diese Wende. Ich kann wirklich nicht nachvollziehen - bei all den Debatten, die wir über die Autonomie der Justiz und all diese Dinge führen -, dass dieses zu so viel Unruhe führt. Gerade bei einem liberalen Politiker kann ich überhaupt nicht nachvollziehen, wo das Thema auf Bundesebene auf dem Tisch liegt, dass wir das nicht einfach einmal diskutieren können.

(Beifall Peter Lehnert [CDU], Jens-Christian Magnussen [CDU] und Dr. Patrick Breyer [PIRATEN] - Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Ja, natürlich bin ich dafür nur, weil ich in der Opposition bin. Dafür bin ich ja bekannt.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das stimmt!)

- Fordern Sie mich nicht heraus, Herr Dr. Stegner.

(Beifall und Heiterkeit CDU)

Auch bei den großen Verbänden, dem Richterverband und der Neuen Richtervereinigung - beide gemeinsam - ist man sich in dieser Frage einig.

Dieses deutliche Ergebnis darf die Politik nicht ignorieren. Dieses Ergebnis muss nach meiner Überzeugung in einen Diskussionsprozess einmünden, dies umso mehr, als die Justizministerkonferenz im letzten November mit diesem Thema befasst war, es aber keine Unterstützung für die Initiative aus Sachsen gegeben hat.

Wenn wir einen Blick auf die Entstehung der derzeit geltenden Regelung werfen - wir blicken gerade im Justizbereich immer gern in die Vergangenheit -, dann stellen wir fest, dass das Gerichtsverfassungsgesetz von 1879 heute noch in nahezu unveränderter Form Geltung hat.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das nennt man Kontinuität!)

- Ja, das ist Kontinuität, genau. Wir haben aber auch noch andere Themen in der Justizpolitik, bei denen wir zu modernisieren versuchen. 135 Jahre

später haben wir ein anderes Verständnis von Staat als damals. Deshalb wird es Zeit für eine solche Diskussion.

Ist es wirklich noch zeitgemäß, dass ein Justizminister oder eine Justizministerin im Einzelfall in die Arbeit der Staatsanwaltschaften durch Weisung eingreifen kann? In vielen Ländern der Europäischen Gemeinschaft wird die **Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaft** im Übrigen bereits heute garantiert. Wir wollen - und dadurch unterscheiden wir uns von den PIRATEN - die Länder nicht zwingen.

Unser Antrag hat zum Ziel, dass die Länder die Möglichkeit erhalten, Modelle einzuführen, um ihre Staatsanwaltschaften von **politischen Weisungsrechten** frei zu halten. Ich halte das wirklich für wichtig.

Meine Damen und Herren, wenn wir über eine solche Frage sprechen, dann müssen wir auch das Vertrauen der Menschen in die Justiz im Auge behalten. Dazu habe ich gerade Ausführungen gemacht, weil Herr Kubicki diese durch seine Zwischenfrage hervorgerufen hat.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Frau Kollegin, Sie müssen bitte jetzt zum Schluss kommen.

**Barbara Ostmeier [CDU]:**

Dazu gehört, dass Strafverfolgung durch in der Sache unabhängige Staatsanwaltschaften durchgeführt wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen und Herr Dr. Stegner, falls es Sie überrascht, dass der Takt hier einmal geändert wird, weil die CDU dieses Thema vorantreiben will, dann tut mir das leid. Ich hoffe trotzdem, dass wir dieses Thema im Ausschuss miteinander sachlich und fachlich orientiert unter Einbeziehung der Berufsverbände diskutieren.

(Peter Eichstädt [SPD]: Auch das noch!)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Frau Kollegin!

**Barbara Ostmeier [CDU]:**

Wir von der CDU-Fraktion wollen diese Diskussion führen. Wir wollen unsere Staatsanwaltschaften und ihre Leistungen für eine **effektive Strafverfolgung** stärken, und wir als CDU-Fraktion wollen da-

**(Barbara Ostmeier)**

für sorgen, dass das Vertrauen in die Justiz weiter gefördert wird.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Frau Kollegin, ich will Sie nicht herausfordern. Aber es wäre schön, Sie würden auf die Redezeit achten, die schon jetzt großzügig bemessen worden ist. Kommen Sie bitte zu Ihrem letzten Satz.

**Barbara Ostmeier [CDU]:**

Ich würde mich freuen, wenn Sie Ihre Stellungnahme in der Justizministerkonferenz zu der Frage einmal darstellen könnten. - Vielen Dank.

(Beifall CDU)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Meine Damen und Herren, bevor wir in dieser Beratung fortfahren, bitte ich Sie, gedanklich noch einmal zu dem vorherigen Tagesordnungspunkt zurückzuspringen. Ich bekam den Hinweis, dass darum gebeten wurde, den FDP-Gesetzentwurf zur Änderung des Kommunalprüfungsgesetzes neben der Beratung im Innen- und Rechtsausschuss mitberatend auch noch an den Sozialausschuss sowie an den Finanzausschuss zu überweisen. Ich möchte Sie darum bitten, darüber noch einmal abzustimmen, damit auch dies seine Ordnung hat. Wer dieser Überweisung also zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist der FDP-Gesetzentwurf zur Änderung des Kommunalprüfungsgesetzes federführend an den Innen- und Rechtsausschuss sowie mitberatend an den Finanz- und an den Sozialausschuss überwiesen. - Ich danke Ihnen.

Wir fahren nun fort mit Tagesordnungspunkt 15. Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Patrick Breyer von der Piratenfraktion.

(Zuruf: Warum jetzt die Piratenfraktion?)

- Das hat damit zu tun, dass die Piratenfraktion einen Änderungsantrag gestellt hat und ich ihr die Möglichkeit geben wollte, schon jetzt dazu zu sprechen. Es gibt sicherlich unterschiedliche Möglichkeiten, dies zu regeln. Ich habe es jetzt so geregelt, und ich denke, dass Sie damit gut leben können. Herr Dr. Breyer, Sie haben das Wort.

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Wir haben heute in der Zeitung gelesen, dass die Staatsanwaltschaft Ermittlungen

gegen Mitarbeiter des Umweltministeriums wegen des Verkaufs von Lebensmittelproben aufgenommen hat, die hätten vernichtet werden müssen. Vielen Menschen ist gar nicht bewusst, dass der Umweltminister tatsächlich die Möglichkeit hat, seine Kollegin, die Justizministerin, anzurufen, und dass diese jederzeit eine Anweisung an die Staatsanwaltschaft geben kann, die Ermittlungen aufzunehmen oder einzustellen.

(Unruhe - Wolfgang Kubicki [FDP]: Frau Präsidentin, können wir bitte mal weitermachen?)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Kubicki?

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Sehr gern.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:** Herr Kollege Dr. Breyer, damit jetzt hier nicht ein falscher Zungenschlag in die Debatte kommt: Sie glauben doch nicht im Ernst als ehemaliger und jetzt nicht mehr im Beruf stehender Richter, dass ein solcher Versuch nicht sofort von der Staatsanwaltschaft mit der Einleitung eines Ermittlungsverfahrens wegen Verdachts der Strafvereitelung im Amt beantwortet werden würde.

(Beifall FDP und CDU)

- Ich beschreibe die Rechtslage, Herr Kubicki.

- Die Weitergabe einer Information über Ermittlungsverfahren durch die Justizministerin an ein weiteres Kabinettsmitglied hat dazu geführt, dass die Justizministerin wegen Verletzung des Dienstgeheimnisses verurteilt worden ist.

- Genau der Fall, den Sie ansprechen, zeigt die Gefahren, die darin liegen, dass es eine politische **Aufsichts- und Weisungsbefugnis** gegenüber den Staatsanwaltschaften gibt.

Wegen der Gefahren einer politischen Einflussnahme auf die Tätigkeit der Staatsanwaltschaften haben wir PIRATEN sogar in unserem Wahlprogramm zur Landtagswahl angekündigt, dass wir das politische Weisungsrecht gegenüber Staatsanwaltschaften abschaffen wollen. In unserem Staat liegt die Befugnis, Anklage gegen eine Person wegen einer Straftat zu erheben, in der Hand der Staatsanwaltschaft. Oftmals kann schon alleine eine Anklage

(Dr. Patrick Breyer)

ge gravierende Folgen haben und zum Beispiel zum Rücktritt von Politikern führen. Deswegen muss die **Staatsanwaltschaft ihre Tätigkeit unabhängig von der Politik** entfalten können, zumal im Moment nach den gesetzlichen Vorgaben nicht einmal mehr schriftlich dokumentiert werden muss, wenn Weisungen erteilt werden. Weil nicht einmal mehr gegenüber dem Parlament Rechenschaft darüber abgelegt werden muss, entsteht schon allein dadurch der Anschein einer möglichen Einflussnahme in der Öffentlichkeit.

Damit es auch der Kollege Kubicki ganz plastisch nachvollziehen kann, möchte ich gern einige konkrete Fälle nennen, in denen das passiert ist. Zum Beispiel ist in der Öffentlichkeit diskutiert worden, warum es so lange dauerte, bis die Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren gegen den ehemaligen Bundespräsidenten Wulff einleitete. Man fragte sich, ob das politische Gründe hatte.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Da gab es eine Weisung?)

- Es geht um den Anschein, Herr Kollege Kubicki.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Weil Sie das diskutieren!)

Außerdem ist in der Öffentlichkeit diskutiert worden, warum gegen Verwaltungsräte der Hypo Group, die Mitglieder und hohe Politiker der CSU waren, kein Ermittlungsverfahren durch die Staatsanwaltschaft München eingeleitet worden ist.

(Wortmeldung Dr. Kai Dolgner [SPD])

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie - -

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Frau Präsidentin, lassen Sie mich dies bitte zunächst zu Ende bringen.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Ja.

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Schließlich ist es gerade vor zwei Jahren zu einer tatsächlichen Weisung durch eine Justizministerin an die Staatsanwaltschaft gekommen, nämlich in Bayern im Fall Mollath. - Bitte.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Bitte schön, Herr Kollege Dolgner, Sie haben das Recht zu einer Zwischenbemerkung oder -frage.

**Dr. Kai Dolgner [SPD]:** Herr Kollege Breyer, mir ist eines nicht klar: Der Kollege Kubicki hatte ja völlig recht, dass das Konsequenzen hatte. Wie wollen Sie eigentlich mit der Änderung von Rechtsvorschriften erreichen, dass Menschen, von denen Sie glauben, dass sie sich nicht an bestehende Rechtsvorschriften halten, an diese halten? Das ist eine etwas komische Auffassung, die Sie haben. Wie wollen Sie denn mit einer Rechtsvorschrift verhindern, dass es öffentliche Diskussionen gibt, die eventuell den Anschein erwecken könnten, dass sich Staatsanwälte oder welche Akteure auch immer davon unter Druck gesetzt fühlen könnten?

Ich habe übrigens im Fall Wulff ein höheres Zutrauen in die Staatsanwälte, die natürlich in brisanten Fällen auch die öffentliche Diskussion kennen und diese genauso aushalten wie andere auch, die dazu verpflichtet sind. Das, was Sie hier machen, kommt doch einem Misstrauensvotum gegenüber den Staatsanwälten gleich.

(Beifall SPD)

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Verehrter Kollege Dr. Dolgner, ist Ihnen bekannt, dass in bestimmten Bereichen der staatsanwaltschaftlichen Tätigkeit ein **Opportunitätsprinzip** gilt, bei dem man Spielräume hat zu entscheiden, ob ein Verfahren eingestellt wird, zum Beispiel gegen Auflage? Das sind Vorschriften in der Strafprozessordnung, von denen Gebrauch gemacht werden kann, aber nicht Gebrauch gemacht werden muss. Infolgedessen ist es in solchen Bereichen äußerst schädlich, wenn sich die Politik an die Stelle der unabhängigen Staatsanwälte setzen kann und solche Ermessensentscheidungen trifft.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

- Herr Kubicki, der Vorsitzende des Deutschen Richterbundes, Herr Frank, hat zum Beispiel zu dieser Frage erklärt:

„Allein der böse Anschein ist geeignet, Entscheidungen zu diskreditieren, obwohl sie unbeeinflusst ergangen sind.“

Dem kann ich mich nur anschließen.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Kollege, gestatten Sie eine weitere Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Dolgner?

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Gern.

**Dr. Kai Dolgner [SPD]:** Mit anderen Worten kann ich für mich feststellen, dass Sie davon ausgehen, dass ein Staatsanwalt das Opportunitätsprinzip nicht unbeeinflusst auslegen kann. Natürlich gibt es Ermessensspielräume. Aber sie suggerieren mit Ihrem Vortrag hier, dass diese Ermessensspielräume, die es zweifellos gibt, nun das Einfallstor für Beeinflussungen sind. Ich gehe davon aus, dass die Staatsanwälte des Landes Schleswig-Holstein nach wie vor auch die Ermessensspielräume unbeeinflusst auslegen. Oder haben Sie da andere Hinweise?

- Schön, dass Sie davon ausgehen, Herr Kollege Dr. Dolgner. Die Staatsanwälte selbst sehen das jedoch anders. Sie sehen nämlich ausdrücklich die Gefahr, dass schon allein der vorauseilende Gehorsam gegenüber einem vielleicht politisch als gewünscht empfundenen Ergebnis einen Einfluss auf die unabhängige Entscheidung in der Sache haben könnte. Ich halte das für berechtigt und nachvollziehbar. Deswegen müssen wir das Weisungsrecht, das es in anderen europäischen Staaten schon längst nicht mehr gibt, auch bei uns beerdigen.

(Beifall PIRATEN)

Infolgedessen begrüße ich die Initiative der CDU-Fraktion. In drei Punkten geht unser Antrag allerdings weiter. Den ersten Punkt haben Sie schon genannt, Frau Kollegin Ostmeier. Wir möchten das **Weisungsrecht** gern **bundesweit abschaffen** und nicht nur in einzelnen Ländern, weil wir glauben, dass es in Schleswig-Holstein so falsch ist wie in Bayern.

Der zweite Punkt ist: Wir sehen Gefahren für die Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaft auch in **generellen Weisungen**, weil zum Beispiel über Veränderungen der Zuständigkeit oder, wie es in Bayern der Fall ist, über Auslegungshinweise für bestimmte Straftatbestände Einfluss auf die Staatsanwaltschaften genommen werden kann.

Schließlich - drittens - ist **Selbstverwaltung der Justiz** mehr als nur Weisungsrecht. Gefahren drohen auch durch die Dienstaufsicht, zum Beispiel durch die Befugnis des Ministeriums, Disziplinarverfahren gegen einzelne Staatsanwälte einzuleiten.

Deswegen - damit komme ich zu dem Thema Selbstverwaltung der Justiz - können wir stolz darauf sein, dass in Schleswig-Holstein mit Unterstützung der Justizministerin gerade diskutiert wird, Wege zur Eigenverantwortung der Justiz zu finden. Mit unserem Antrag bekennen wir PIRATEN uns dazu, die bundesrechtlichen Grundlagen für solche Modelle zu schaffen. Infolgedessen werbe ich um Ihre Unterstützung. Denn eine unabhängige Justiz muss von jedem Verdacht einer Fremdsteuerung frei sein. - Danke schön.

(Beifall PIRATEN)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank. - Für die Fraktion der SPD erteile ich dem Abgeordneten Thomas Rother das Wort.

**Thomas Rother [SPD]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vorweg gesagt - es wird Sie hoffentlich nicht überraschen -: Natürlich steht auch die SPD-Fraktion zur **Gewaltenteilung** in der Bundesrepublik, auch wenn es davon immer wieder Abweichungen gibt. Eine sitzt rechts neben mir: wenn beispielsweise der Ministerpräsident Abgeordneter dieses Parlaments ist.

(Heiterkeit PIRATEN und vereinzelt CDU)

- Der Ministerpräsident hat es wahrgenommen. Das beruhigt mich.

Die rechtsprechende Gewalt ist organisatorisch eingebettet in die vollziehende Gewalt. Daraus ergeben sich zwangsläufig Abhängigkeiten, wenn es beispielsweise um die Frage von Standorten geht - das haben wir hier auch schon beraten -, um die **Rechtsprechung** an sich geht es dabei natürlich nicht. Frau Ministerin, wenn das so wäre, wäre es ein Skandal, der hier die Wogen hochschlagen lassen würde.

Die Frage der Gestaltung der **Unabhängigkeit der Justiz** in der Bundesrepublik ist aber mehr als nur eine Organisationsfrage, sondern Grundfrage unserer staatlichen Ordnung. Die Gewaltenteilung, die wir immer wieder von anderen Staaten fordern, ist bei uns selbst also nicht an jeder Stelle zufriedenstellend geregelt.

Daher - in diesem Punkt schließe ich mich Herrn Breyer an - begrüße ich es ausdrücklich, dass sich die neue Landesregierung dieses Themas in Bezug auf die Stellung der Justiz erneut angenommen hat, nachdem frühere Ansätze schon gescheitert sind.

(Thomas Rother)

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Dabei geht es auch um die Frage, ob hier nur die originäre Rechtsprechung berührt ist oder ob auch andere Bereiche der Justiz betroffen sind. Es gibt noch den Justizvollzug und andere Bereiche, über die man sich noch unterhalten muss.

Das vorläufige Eckpunktepapier der **Arbeitsgruppe Autonomie der Justiz** in der Justiz wurde den justizpolitischen Sprecherinnen und Sprechern gestern in der Mittagspause vorgestellt. In dem Papier wird auch die Frage der Stellung der Staatsanwaltschaften erwähnt und auf die Regelungen des Gerichtsverfassungsgesetzes hingewiesen. Es ist also schon in Arbeit. Diese Regelungen waren zudem - Frau Ostmeier hat es auch erwähnt - Thema auf der letzten Justizministerkonferenz. Eine Initiative aus Sachsen zur Überprüfung des Gerichtsverfassungsgesetzes hat dort keine Mehrheit gefunden, sodass eine Bundesratsinitiative sicherlich sehr ehrenhaft, zum gegenwärtigen Zeitpunkt aber wohl wenig aussichtsreich wäre.

Auch im **Sonderausschuss Verfassungsreform** ist vor diesem Hintergrund bereits über Gesetzesinitiativen beider Richterverbände und über die Aufnahme eines weiteren **Staatsziels zur richterlichen Unabhängigkeit** gesprochen worden. Die Staatsanwältinnen und Staatsanwälte bleiben allerdings angesichts der Rechtslage bislang außen vor.

Deshalb ist auch auszuloten, bevor man solche Dinge behauptet, inwieweit durch die Landesregierung die Weisungsbefugnis der Justizverwaltung begrenzt werden kann, um die Freiheit und Unabhängigkeit der Staatsanwälte bei der Erledigung ihrer Dienstgeschäfte zu stärken, wenn es denn notwendig ist und wenn man es denn will. An diesem Punkt sind wir noch gar nicht.

Daher, liebe Kolleginnen und Kollegen, macht es tatsächlich Sinn, den Antrag der CDU zur weiteren Beratung dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen, den der PIRATEN übrigens auch. Wir sollten die Entscheidungen des Sonderausschusses Verfassungsreform - der über das weitere Verfahren bis Ende März entscheiden wird - bezüglich der abzuarbeitenden Themen, hier also die Frage, ob schon in diesem Zuge oder später oder auch gar nicht eine Änderung der Verfassung erfolgen sollte, abwarten und diesen Punkt in die Entscheidungen zum weiteren Umgang mit dem Eckpunktepapier für eine Strukturreform der Justiz weiter einbeziehen und erst einmal eine parlamentarische Entscheidung

treffen, wie es dort weitergehen soll, bevor man einen Punkt herausbricht. In diesen für das Land grundlegenden Fragen muss Klarheit erlangt werden. Dann kann man erforderlichenfalls in einem zweiten Schritt Forderungen gegenüber dem Bund erheben. Es besteht also genug Spiel- und Zeitraum, um diese Fragen zu erörtern. Ein Vorpreschen mit einem herausgehobenen Punkt zu diesem Zeitpunkt ist überhaupt nicht nötig.

Den Antrag der PIRATEN sollten wir aus meiner Sicht auch überweisen, weil er im Kern dasselbe wünscht wie die CDU. Die Begründung überweisen wir dabei natürlich mit. Ich wünsche mir, dass mir jemand erklärt - Frau Ostmeier hat das auch angesprochen -, was gemeint ist, wenn sich aus dem Bereich der Politik eingemischt wird. Ist das die Regierung, ist es das Parlament, oder sollte ich auf der nächsten Ortsvereinsvorsitzendenrunde meines Wahlkreises ansprechen, wenn die sich dort über das Verfahren gegen Herrn Wulff unterhalten wollen, dass die das gefälligst unterlassen sollen? - Von daher wäre an dieser Stelle ein bisschen mehr Präzision erforderlich.

Frau Spoorendonk hatte bei der Runde gestern Mittag einen wichtigen Punkt genannt, nämlich in Bezug auf das weitere Verfahren und Dinge, die man regeln kann, aber auch Herrn Breyer darauf hingewiesen, dass er schon dabei ist, den 20. Schritt vor dem dritten zu machen. Wenn ich mir die Begründung anschau, kann ich diese Anmerkung von gestern nachvollziehen, Frau Ministerin. Wir sollten dabei aber nicht ins Stolpern geraten und so verfahren, wie ich vorgeschlagen habe. Ich hoffe da auf Ihre Zustimmung. - Vielen Dank.

(Beifall SPD)

#### Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Für die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Herr Abgeordnete Burkhard Peters das Wort.

#### Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Ostmeier, ich finde Ihren Antrag prima. Er könnte glatt von uns stammen.

(Beifall Volker Dornquast [CDU])

Bei genauer Betrachtung geht es in Ihrem Antrag um **Gewaltenteilung** - darauf wies Herr Rother schon hin -, noch präziser: um die von Einflüssen

**(Burkhard Peters)**

der Exekutive weitgehend befreite, selbstverwaltete Justiz.

Denn die **Staatsanwaltschaft** ist - worauf Sie in der Begründung Ihres Antrags zutreffend hinweisen - nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ein „notwendiges Organ“ der Strafrechtspflege und somit eher der dritten Gewalt, also der **Judikative**, und nicht der Exekutive zuzurechnen. Für den Bereich der Richterinnen und Richter ist es selbstverständlich, dass die Justizverwaltung im Bereich der Rechtsprechung keine Weisungen erteilen darf.

Insofern ist es in der Tat ein schwer nachvollziehbarer Systembruch, dass die Justizministerien der Länder einer bestimmten Staatsanwältin oder einem bestimmten Staatsanwalt in einem konkreten Einzelfall eine Weisung erteilen können. Das ist nach der gegenwärtigen Rechtslage - wir haben es gehört: gemäß §§ 146, 147 Gerichtsverfassungsgesetz - möglich, auch wenn es selten geschieht.

Ein Beispiel habe ich mir überlegt. War nicht im Falle des Oberstaatsanwalts Wille in Lübeck in diesem Zusammenhang etwas in der Diskussion? Ich würde gern nachprüfen, ob es dort eine Weisung von Herrn Rex oder auch von Herrn Döring gab. Aber wie gesagt, ungeschützt, das wäre zum Beispiel zu überprüfen.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Kollege, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Kubicki?

**Wolfgang Kubicki** [FDP]: Herr Kollege „Professor Petersen“, da ich persönlich anwesend war: Es gab einen systematischen Streit zwischen dem Leitenden Oberstaatsanwalt und dem Generalstaatsanwalt.

**Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Das weiß ich.

- Zur Klärung dieser Frage hat das Justizministerium, weil es sich außerstande sah, dort eine eigene Entscheidung zu treffen, den Innen- und Rechtsausschuss des Landtags bemüht. Der Innen- und Rechtsausschuss des Landtags hat, obwohl er gar nicht zuständig war, einmütig erklärt, dass man die Auffassung des Generalstaatsanwalts teile und nicht die des Leitenden Oberstaatsanwalts. - Das zum Thema Gewaltenteilung. Die Weisung, nun endlich aufzuhören, hat Herr Wille vom Generalstaatsanwalt erhalten und nicht vom

Justizministerium, mit Rückendeckung des Parlaments.

(Beifall SPD)

- Das weiß ich auch alles. Ich habe aber in dem Buch von Herrn Wille gelesen, dass es ein Gespräch - -

(Zurufe)

- Wie gesagt, das ist eine heiße Kiste. Ich will das jetzt nicht vertiefen.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dudda?

**Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sicher.

**Wolfgang Dudda** [PIRATEN]: Herr Kollege Peters, reicht nicht schon das aktuelle Geschehen rund um die **NSA** aus? Nach meiner Kenntnis liegen dem Generalbundesanwalt sechs Strafanzeigen wegen Verstößen gegen deutsches Recht durch die NSA oder andere Geheimdienste vor. Bislang ist - jedenfalls für uns erkennbar - kein Verfahren eröffnet worden.

Insofern muss der Eindruck entstehen, dass das von der Politik nicht gewollt wird. Allein der Eindruck ist schon verheerend. Darum geht es. Das ist ein Vertrauensverlust in die Justiz.

(Beifall PIRATEN)

- Herr Kollege Dudda, auch das ist bisher nur Spekulation. Der Eindruck mag verheerend gewesen sein. Hier geht es aber um Fakten, ob es tatsächlich entsprechende Fälle gegeben hat. Das will ich offenlassen. Das ist aber auch gar nicht mein Hauptproblem an diesem Punkt.

Aus meiner Sicht unproblematisch ist das **allgemeine Weisungsrecht des Justizministeriums**. Dieses verkörpert sich in Richtlinien für eine landesweit oder bundesweit geltende gleichmäßige Vorgehensweise in bestimmten Verfahrensarten und Fallgruppen. Wir kennen das zum Beispiel bei der bundesweiten Richtlinie für Straf- und Bußgeldsachen oder bei der Anordnung über die Einstellung von Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit Cannabis-Besitz in geringen Mengen auf Landesebene.

(Burkhard Peters)

Um dieses allgemeine Weisungsrechte geht es in Ihrem Antrag jedoch nicht. Es freut mich, dass Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, diesen Antrag jetzt vorlegen. Das erfüllt mich mit der Hoffnung, dass Sie auch anderweitige Pläne für eine **selbstverwaltete Justiz in Schleswig-Holstein** zukünftig unterstützen werden. Die nächste Gelegenheit dazu ergibt sich im **Sonderausschuss Verfassungsreform**, in dem diskutiert wird, das Prinzip der Eigenverantwortlichkeit der Gerichte und der Staatsanwaltschaften in unserer Landesverfassung zu verankern.

Sie sehen, Sie finden mit Ihrem Antrag bei uns weit geöffnete Türen vor. Auch im Justizministerium sind die Zeichen der Zeit längst erkannt worden.

Auf der letzten **Justizministerkonferenz** im November 2013 legte der sächsische Justizminister Dr. Martens, FDP, eine Initiative vor, wonach geprüft werden sollte, ob und in welchem Umfang das externe Weisungsrecht in Einzelfällen notwendig und noch zeitgemäß ist. Neben dem Justizministerium aus Sachsen stimmten nur der Justizminister aus Brandenburg, der von den LINKEN gestellt wird, und Anke Spoorendonk aus Schleswig-Holstein der Initiative zu. Sie befinden sich also mit Ihrem Antrag in guter Gesellschaft. Die grüne Justizministerin aus Niedersachsen und die Justizministerin des Saarlands enthielten sich der Stimme. Elf Justizministerinnen und Justizminister - darunter drei von der CDU beziehungsweise von der CSU - lehnten den Vorstoß aus Sachsen hingegen ab.

Liebe Kollegin Ostmeier, Sie sehen also, die meiste Überzeugungsarbeit müssen Sie mit Ihrer geplanten **Bundsratsinitiative** nicht hier in Schleswig-Holstein leisten, sondern in den anderen Bundesländern, vornehmlich in den Bundesländern mit CDU-Beteiligung in der Landesregierung.

Zur weiteren Beratung sollten wir den Antrag dem Innen- und Rechtsausschuss überweisen. Hierzu sollten wir auch eine Anhörung durchführen. Im Innen- und Rechtsausschuss werden wir uns dann auch mit dem weiterführenden Antrag der PIRATEN auseinandersetzen können. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank. - Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Wolfgang Kubicki.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Peters hat es bereits erwähnt: Auf der **Herbstkonferenz der Justizministerinnen und Justizminister** im November vergangenen Jahres wurde von meinem Parteifreund, dem sächsischen Justizminister Martens, eine Diskussion über das externe Weisungsrecht gegenüber Staatsanwaltschaften angeregt.

Die Staatsanwaltschaften sind Teil der Exekutive und sind hierarchisch in einen Behördenaufbau eingegliedert. Sie sind aber definitiv nicht Teil der rechtsprechenden Gewalt, der nach Artikel 93 des Grundgesetzes einen besonderen Schutz genießt. Der im Antrag angesprochene § 147 Nr. 2 Gerichtsverfassungsgesetz regelt das **externe Weisungsrecht auf Landesebene**, wodurch das Recht der Aufsicht und Leitung aller staatsanwaltschaftlichen Beamten des Landes der Landesjustizverwaltung, also auch der Justizministerin des Landes Schleswig-Holstein oder einem von ihr bevollmächtigten Beamten, zusteht.

Der sächsische Justizminister gibt zu bedenken, dass von dem im Einzelfall möglichen Weisungsrecht seiner Kenntnis nach in der Vergangenheit kein Gebrauch gemacht worden sei. Interessant wäre an dieser Stelle die Antwort auf die Frage, wie oft es in Schleswig-Holstein Fälle gegeben hat, in denen eine Weisung an die Staatsanwaltschaften seitens des Justizministeriums herangetragen wurde und ob diese Fälle aktenkundig sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Frau Kollegin Ostmeier, lieber Herr Peters, lieber Herr Dr. Breyer, ich verwahre mich ausdrücklich dagegen, dass Sie regelmäßig **Diskussionen über mögliche Einflussnahmen** anregen und öffentlich führen, um daraus abzuleiten, dass wir den Gefahren einer möglichen Einflussnahme begegnen müssten. Mir ist kein solcher Fall bekannt. Ich finde es unerhört, dass Sie den Eindruck erwecken, als wäre das Verfahren gegen Herrn Wulff zu spät eröffnet worden oder es habe eine Weisung des Justizministers gegeben, überhaupt eine Anklage zu erheben, obwohl der Straftatbestand nach Auffassung der Staatsanwaltschaft gar nicht erfüllt gewesen sei.

Schauen Sie sich einmal in der Bundesrepublik Deutschland um. Ihr ständiges **Insinuieren** ist deshalb unverständlich, weil beispielsweise eine Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren gegen eine amtierende Ministerpräsidentin führt. Wenn es die Überlegung gegeben hätte, Einfluss zu nehmen, dann wäre das auch geschehen. Zudem wird ein

(Wolfgang Kubicki)

Verfahren gegen einen amtierenden Wirtschaftsminister geführt. Es gab auch in Schleswig-Holstein Verfahren gegen im Amt befindliche Staatssekretäre, ohne dass auch nur ansatzweise der Versuch der Einflussnahme unternommen worden ist.

Tun Sie also bitte nicht so, als gebe es eine politische Einflussnahme, als würden wir einer dringenden Gefahr begegnen müssen. Mit jeder weiteren Insinuation dieser Art schüren Sie das **Misstrauen der Bevölkerung** in die **Unabhängigkeit der Justiz**. Dem müssen wir entgegenwirken.

(Beifall FDP und CDU - Wortmeldung  
Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

- Ich lasse gleich eine Frage zu.

Kommen Sie von Ihrem Trip runter, dass die Unabhängigkeit der Justiz dadurch garantiert werden könne, dass sie sich selbst verwaltet. Ich habe einmal Diskussionen erlebt, als es um die Frage von **Richterbeförderungen und Richtereinstellungen** ging. Hierzu gab es Vorschläge vonseiten der Justiz, sich sozusagen selbst zu befruchten und auch keine politischen Vertreter mehr in einem Richterausschuss zu haben. Ich weiß, dass es auch bei uns Menschen gab, die der Auffassung waren, das sei doch toll, dann werde die Unabhängigkeit der Justiz gesichert. Letztlich wurde ihnen vom Wissenschaftlichen Dienst aber dargelegt, dass das Demokratieprinzip dazu verpflichtet, dass das Parlament entweder mittelbar über die Verantwortung der Justizministerin oder unmittelbar über den Ausschuss beteiligt wird.

Noch einmal: Ich habe sehr großen Respekt vor der **Diskussion**, die man systematisch führen kann, und zwar **unter der Überschrift der Gewaltenteilung**. Den Glauben aber, eine sich selbst befruchtende Justiz sichere die Unabhängigkeit, halte ich für falsch.

(Beifall FDP und SPD)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Kollege, ich habe Ihre Bemerkung vorhin so verstanden, dass Sie jetzt bereit sind, eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Abgeordneten Dr. Breyer und der Abgeordneten Frau Ostmeier zuzulassen.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

Darf ich mir die Reihenfolge aussuchen? Frau Ostmeier bitte zuerst.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Die Reihenfolge legt die Präsidentin fest. Herr Dr. Breyer hat sich zuerst gemeldet.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

Aber er ist doch höflich. - Bitte, Herr Breyer.

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:** Vielen Dank, Herr Kollege und Frau Präsidentin. - Ich glaube, dass sich die Unabhängigkeit der Justiz unter sehr schwierigen Bedingungen bewährt. Die Folgen einer organisatorischen Selbstständigkeit können wir in Italien beobachten. Siehe Berlusconi!

(Heiterkeit)

- Ich empfehle Ihnen die Lektüre einiger Entscheidungen sizilianischer Gerichte.

- Ich glaube, dass es nicht angemessen ist, einen Schlingerkurs zu fahren, wie Sie dies bei der Frage tun, ob man durch eine politische Debatte einen Eindruck erweckt oder etwas herbeiredet. Gestern ist uns vorgeworfen worden, dass wir durch eine Prokon-Debatte eine Insolvenz herbeireden.

- Das war ja auch so.

(Heiterkeit)

- Im Verlauf des heutigen Tages haben Sie ausdrücklich zurückgewiesen, dass man über bestimmte Sachen nicht mehr reden dürfe, weil dadurch die Öffentlichkeit etwas in den falschen Hals bekommen könnte. Heute ist es wieder andersherum. So kann es nicht gehen.

Ich habe mich zu Wort gemeldet, weil ich Ihnen weiterhelfen möchte. Ich wollte Ihre Frage beantworten, ob in Schleswig-Holstein in den vergangenen Jahren von diesem Weisungsrecht Gebrauch gemacht worden ist. Diese Frage kann ich beantworten, weil die Justizministerin auf meine Anfrage mitgeteilt hat, dass seit 2010 kein förmlicher Gebrauch von diesem Weisungsrecht gemacht worden sei.

- Es ist schön, dass Sie mir eine Antwort geben können, die ich von der Justizministerin für das ganze Haus erwarte. Ich bin jetzt seit 21 Jahren Mitglied in diesem Parlament. Mir ist kein solcher Fall bekannt. Ich garantiere Ihnen, dass ein solcher Fall bei der Durchlässigkeit unseres Justizwesens öffentlich geworden wäre.

(Heiterkeit Lars Harms [SSW])

(Wolfgang Kubicki)

Mir ist kein Fall aus den vergangenen 21 Jahren bekannt, bei dem wir erörtert hätten, dass eine Weisung des Justizministeriums an die Staatsanwaltschaft gegeben worden sei, sich so oder so zu verhalten. Das ist also nicht erst seit 2010, sondern seit 21 Jahren nicht der Fall gewesen.

Herr Dr. Breyer, mein Problem besteht darin, dass Sie angebliche öffentliche Debatten als wahr unterstellen.

Ebenso erklärt Herr Dudda, es lägen seit einigen Wochen sechs **Strafanzeigen beim Generalbundesanwalt** vor und dieser ermittele nicht. Herr Dudda sollte wissen, dass eine Anzeige auf ihre Schlüssigkeit hin überprüft werden muss. Es muss zudem geprüft werden, ob überhaupt ein Anfangsverdacht besteht. Ferner muss die Staatsanwaltschaft prüfen, ob überhaupt eine Verfolgungsmöglichkeit besteht.

Genau die gleiche Diskussion hatten wir bei der Frage „Wille gegen Generalstaatsanwalt“. Herr Wille hat sich darüber beschwert, dass die Amerikaner, diese bösen Hunde, nicht auf seine Schreiben geantwortet haben. Ich muss das jetzt ein bisschen umschreiben, weil das alles sehr vertraulich war. Die Amerikaner haben auf die Anfrage von Herrn Wille, ob ein Mitarbeiter der CIA von A nach B geflogen sei, nach mehreren Monaten und Insistierungen der Bundesjustizministerin geantwortet, die CIA gebe es nicht.

(Heiterkeit)

Die Frage war dann: Wie können wir die Amerikaner mit der deutschen Strafprozessordnung dazu zwingen, eine wahrheitsgemäße Aussage zu machen? Wir haben dann festgestellt: Die Bundeswehr reicht nicht aus, und unsere Verbündeten würden sich auch nicht einmischen. Verstehen Sie, Sie müssen prüfen: Haben bestimmte Ermittlungshandlungen noch Aussicht auf Erfolg? Herr Wille wollte beim Bundesnachrichtendienst einmarschieren. Die haben gesagt, sie lassen ihn nicht rein. Er hat gesagt: Das geht doch nicht, ich bin Staatsanwalt aus Lübeck!

(Heiterkeit)

Die haben gesagt: Toll! Haben Sie schon einmal etwas von § 96 Strafprozessordnung gehört und davon, dass Sie eine Genehmigung des Bundes oder einer Bundesbehörde brauchen? - Dann sagen Sie: Und nun? Ich will damit nur sagen: Die dauernden Behauptungen, etwas passiere nicht aufgrund einer Anzeige, was daran liege, dass die politische Füh-

rung das eine oder andere nicht wolle, sind so absurd, dass ich mich damit nicht weiter beschäftige.

(Beifall FDP, SPD und SSW)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Die Kollegin Ostmeier hat das Wort zu einer Zwischenbemerkung.

**Barbara Ostmeier [CDU]:** Diese Zwischenbemerkung ist mir sehr wichtig. Sehr geehrter Herr Kollege Kubicki, Dr. Kubicki, ich habe Sie eigentlich immer sehr geschätzt.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

- Professor Dr. Kubicki!

Sehr geschätzter Kollege Professor Dr. Kubicki,

(Heiterkeit)

ich habe Sie in der kurzen Zeit, in der ich hier bin, als jemanden kennengelernt, der sehr differenziert denken kann und der auch ein sehr differenziertes Wahrnehmungs- und Artikulationsvermögen hat.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

Das meine ich ernst. Auch wenn wir jetzt zufällig Anträge haben, die in eine gemeinsame Richtung weisen, verwehre ich mich dagegen, hier in einen Topf geworfen zu werden, und ich verwehre mich dagegen, dass ich irgendwelche Behauptungen, Anschuldigungen oder Verdächtigungen in den Raum gestellt habe. Ich glaube, ich habe ziemlich deutlich zum Ausdruck gebracht, dass ich nicht einen Fall nennen kann, und ich wünsche mir, dass Sie das bestätigen. Die Annahme, dies sei so zu bewerten, dass ich damit schon Ängste schüre, kann ich Ihnen nehmen. Diese Interpretation führen Sie jetzt schon seit Längerem aus. Habe ich in meinem Vortrag an irgendeiner Stelle auch nur behauptet, es hätte einen Fall gegeben? - Das ist meine erste Frage.

Ich verwehre mich gegen einen weiteren Punkt: Ich kann Ihnen deutlich sagen, ich befinde mich nicht auf einem Trip, und ich glaube, ich bin hier nicht dafür bekannt, dass ich dauernd irgendwelche Ängste schüre, weil ich Behauptungen in den Raum stelle. Ich gebe Ihnen aber recht: Wenn mir ein Thema wichtig erscheint, dann bin ich bereit,

(Wolfgang Kubicki)

dafür einzustehen. Haben Sie zur Kenntnis genommen, dass ich keine Verdächtigungen in den Raum gestellt habe?

- Meine liebe Kollegin Ostmeier, ich möchte mich für meine Wortwahl Ihnen gegenüber entschuldigen und Ihnen meinerseits nichts unterstellen. Ich wäre aber dankbar, wenn wir die Debatte in der Frage, ob § 147 GVG noch zeitgemäß ist, etwas abstrakter führen würden und diese nicht mit einer Gefahr unterlegen würden, die im Raum stünde. Wir machen uns sonst in der Bevölkerung dahin gehend verdächtig, dass von diesem politischen Weisungsrecht Gebrauch gemacht würde.

(Beifall FDP und SPD)

Wenn wir die Frage **Gewaltenteilung** ja oder nein diskutieren und fragen, wie dies einzubetten sei und wie eine **moderne Justiz** unter Einbeziehung der Staatsanwaltschaften in einem demokratischen Rechtsstaat möglicherweise neu zu organisieren sei, was wir in der Frage der Selbstverwaltung der Justiz machen, dann bin ich in der Frage der logischen Einordnung dieser Frage sehr schnell bei Ihnen. Darüber kann man diskutieren. Sie tun dies ganz liebevoll, aber der Kollege Dr. Breyer tut es in seiner eigenen Art, nämlich durch die Aufstellung von Behauptungen, die sich nicht verifizieren lassen.

Es macht keinen Sinn, die Frage des § 147 GVG im Zusammenhang mit der Frage der politischen Einflussnahme und des Verdachts der politischen Einflussnahme durch Medien, Bevölkerung oder was auch immer zu diskutieren, denn dann kommen wir nicht weiter.

Wenn es zur Grundlage unserer Handlungen gemacht würde, dass irgendetwas in den Medien diskutiert wird, woraufhin wir gesetzliche Regelungen schaffen, dann sage ich: Gute Nacht, Marie. Wir müssen zunächst entscheiden, ob dahinter eine Mehrheit oder eine Minderheit steht und ob diese qualifiziert oder nicht qualifiziert ist. Ich stimme dem Kollegen Peters zu, systematisch sind wir näher beieinander, als dies momentan noch aussieht. Wir sind es aber nicht in der nicht verifizierbaren Behauptung, es bestünde die Gefahr der **politischen Einflussnahme**, die doch in den letzten Jahrzehnten effektiv nicht stattgefunden hat.

(Beifall Rainer Wiegard [CDU] - Zuruf Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

- Wie bitte? - Was wird in Bayern gemacht?

(Weitere Zurufe)

- Die Weisung ging an eine andere Staatsanwaltschaft, zu prüfen, ob Gründe für ein Wiederaufnahmeverfahren vorliegen. Das erwarte ich in der Tat von einer Justizministerin.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP] und vereinzelt SPD)

Herr Dr. Breyer, wenn das Modell umgesetzt worden wäre, was Sie im Kopf haben, dann säße Herr Mollath heute noch in der Psychiatrie. Er säße bis zu seinem Lebensende in der Psychiatrie.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Abgeordneter, ich bitte Sie, eine Zwischenbemerkung oder eine weitere Frage von Frau Abgeordnete Ostmeier zuzulassen. Den Kollegen Dr. Breyer bitte ich, keine weiteren Zwischenrufe zu machen, sodass hier Dialoge entstehen.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

Herr Dr. Breyer, ich bitte Sie, sich ordnungsgemäß zu melden.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Dr. Breyer, das können Sie selbstverständlich gern tun. Herr Kollege Kubicki, ich gehe davon aus, dass Sie der Frau Kollegin Ostmeier das Wort geben.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

Nein, das machen Sie, Frau Präsidentin. Ich bin aber bereit dazu, dass Sie das tun.

(Heiterkeit)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Sie sind bereit, dass ich das tue. Bitte.

**Barbara Ostmeier [CDU]:** Ich würde den Vorschlag, den Sie gemacht haben, mit der Attitüde, die Sie gern hätten, gern annehmen, nämlich die Diskussion im Rahmen einer sachlichen Debatte, unabhängig von irgendwelchen Verdächtigungen und Befürchtungen, zu führen. Ich würde mich freuen, wenn Sie genauso, wie Sie es eben geschildert haben, an dieser Diskussion teilnehmen, um das Thema abschließend zu erörtern. Ich würde Ihnen auch nicht unterstellen wollen, dass Sie als Strafverteidiger vielleicht eine andere Ansicht haben. Ich glaube, diese Anschuldigungen mit den Worten Trip und Lobbyis-

**(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)**

mus brauchen wir beide nicht. Ich bin also gern gemeinsam und sachlich mit Ihnen auf dem Weg. Ich schließe mich Ihnen gern an. Mal schauen, ob wir ein gemeinsames Ergebnis hinkriegen. - Danke.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

Frau Ostmeier, ich lade Sie gern zu einem Gläschen Wein ein, um diese persönlichen Differenzen zwischen uns beiden auszubügeln. Es war nicht meine Absicht, Sie in irgendeiner Form anzugehen.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Kollege, gestatten Sie eine weitere Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Peters?

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

Selbstverständlich, Herr Kollege.

**Burkhard Peters** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sehr geehrter Herr Kollege Kubicki, sind Sie mit mir der Auffassung, dass die Justiz in Italien, wir sprachen gerade davon, eine der wenigen Institutionen war, die dem unsäglichen Treiben des ehemaligen Ministerpräsidenten Berlusconi entgegentrat? - Sind Sie mit mir einer Meinung, dass diese handfeste Art und Weise, sich dem Einfluss des Staates zu widersetzen, möglicherweise auch damit zu tun hat, dass die Staatsanwaltschaft und die Justiz dort insgesamt eine stärkere Autonomie besitzen als in Deutschland?

(Beifall Wolfgang Dudda [PIRATEN])

- Herr Kollege Professor Dr. Peters, es ist schwierig, die politischen Windungen, die Sie mit der politischen Ablehnung von Berlusconi und seiner strafrechtlichen Verantwortung verbinden, in Übereinstimmung zu bringen. Ich kann Ihnen aber sicher sagen: Auch in Deutschland würden **Vertreter von Regierungen** bei strafrechtlich relevantem Verhalten konsequent verfolgt werden, und zwar völlig egal, ob die Staatsanwaltschaften Weisungen unterliegen könnten oder nicht.

(Beifall FDP, SPD und SSW)

Anders wären eine Reihe von Ermittlungsverfahren gegen Regierungsvertreter überhaupt nicht denkbar gewesen, und zwar gilt dies nicht nur für ausgeschiedene, sondern auch für amtierende Vertreter.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Wir heben sogar die Immunität auf, im Gegensatz zu Italien!)

- Ja, das ist auch ein Argument. Gegen Regierungsvertreter, die nicht Abgeordnete sind, darf man ermitteln, ohne dass die Immunität aufgehoben wird. Gegen die anderen kann man erst ermitteln, nachdem man die Immunität aufgehoben hat. Dies dient dem Schutz davor, aus politischen Gründen in unrechtmäßiger Weise Gegenstand eines Ermittlungsverfahrens zu werden. Das ist ein guter Grund, das ist ein gutes Recht. Ich weiß, dass die PIRATEN einmal gefordert haben, diese Immunitätsregel zugunsten von Abgeordneten als Sonderrechte abzuschaffen. Herr Dr. Breyer, davon sind Sie mir Ihrem Beitrag heute offensichtlich abgerückt.

Frau Präsidentin, obwohl mir viel auf der Seele liegt, möchte ich die Debatte nicht weiter vorantreiben,

(Heiterkeit)

aber ich sage: Ich empfehle die **systematische Erörterung** und wunderbare Aufsätze zu diesem Thema, auch von der NRV, aus dem letzten Jahr. Nordrhein-Westfalen ist hier ein beredtes Beispiel. Lassen Sie uns darüber in aller Sachlichkeit und unter formalen Aspekten der Gewaltenteilung in Deutschland unter der Ägide des Grundgesetzes diskutieren. Lassen Sie uns dies nicht mit Verdachtsmomenten, die immer wieder auftauchen, belegen. Dann können wir in einer ruhigen und **sachlichen Debatte** - nicht von heute auf morgen - im Rahmen der Debatte über die Frage der **Selbstorganisation der Justiz** noch einmal darauf zurückkommen.

Es ist eine Tatsache, dass viele andere Länder skeptisch sind und dass übrigens auch nicht alle in meiner eigenen Partei der Auffassung sind, man sollte die Selbstverwaltung der Justiz vorantreiben. Auch hier besteht eine gewisse Skepsis. Dies deutet darauf hin, dass das Problem komplexer ist, als dass wir es hopplahopp einfach mit einer Änderung des § 147 GVG bewältigen könnten. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP und SPD)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank. - Für die Kollegen des SSW erteile ich Herrn Abgeordneten Lars Harms das Wort.

**Lars Harms [SSW]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit ihrem Antrag greift die CDU ein Thema auf, das schon länger diskutiert wird und für das sich auch unsere Justizministerin Anke Spooren-donk bereits engagiert hat. Ich erinnere daran, dass sie sich bereits auf der **Justizministerkonferenz** im November des vergangenen Jahres gemeinsam mit Sachsen dafür ausgesprochen hat, eine Reform des externen Weisungsrechts gegenüber den Staatsanwaltschaften ins Auge zu fassen. Bedauerlicherweise hat sich die Mehrheit der Justizministerinnen und Justizminister schon gegen den ersten Schritt ausgesprochen, nämlich eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Prüfung von Reformmöglichkeiten einzusetzen.

Auch einem Vorstoß der LINKEN im Bundestag, der unter anderem das Ziel einer Streichung der §§ 146 bis 149 des Gerichtsverfassungsgesetzes vorsah, in denen auch das externe Weisungsrecht geregelt ist, blieb der Erfolg versagt.

Ogleich die CDU mit ihrem Antrag also auf einen längst fahrenden Zug aufspringt, erscheint es mir sinnvoll und geboten, das Thema hier im Landtag auch zu erörtern. Die Debatte zeigt das ja auch.

Eine **Öffnungsklausel im Bundesrecht**, wie sie der Antrag der CDU ins Auge fasst, sieht vordergründig erst einmal sinnvoll aus. Angesichts des Meinungsbildes auf der Justizministerkonferenz dürften die Erfolgsaussichten einer solchen Bundesratsinitiative allerdings gegenwärtig gering sein. Wie gesagt, dort hat man schon eine Arbeitsgruppe abgelehnt, die nur darüber reden sollte, ob da etwas geht. Eine Gesetzesinitiative ist dann umso schwerer umzusetzen.

Wir sind uns sicher alle darin einig, dass in unserem Land in der jüngsten Vergangenheit und gegenwärtig mit dem **externen Weisungsrecht** sehr **verantwortungsvoll umgegangen** wird und es nicht zu politischen Einflussnahmen kommt. Das heißt im Klartext: Schon seit Jahren haben Justizminister, gleich welcher politischer Couleur, davon keinen Gebrauch gemacht. Es geht also im Wesentlichen darum, durch eine Beschränkung des externen Weisungsrechts diesen Zustand auch für die Zukunft abzusichern und schon den Anschein einer möglichen Einflussnahme zu minimieren.

Das ist allerdings ein sehr **theoretisches Problem**. Dabei sollte eine weitere Entwicklung nicht außer Acht bleiben, die eine ganz ähnliche Stoßrichtung verfolgt, für die sich unsere Justizministerin besonders engagiert, nämlich eine größere **Autonomie**

**der Justiz**. Das wäre der richtige Ort für die Beratung zu diesem Thema.

Die dazu, also zur größeren Autonomie der Justiz, eingerichtete **Arbeitsgruppe**, hat den rechtspolitischen Sprechern der Landtagsfraktionen gestern ein spannendes Eckpunktepapier für eine **Strukturreform der Justiz** vorgestellt, das es jetzt zu diskutieren gilt. Es werden völlig zu Recht die Staatsanwaltschaften in Überlegungen einbezogen. Zwar nehmen sie keine rechtsprechenden Aufgaben wahr, ihre Ermittlungs- und Anklagetätigkeit bereitet aber die Rechtsprechung vor, sodass letztlich - wie es in dem Papier heißt - Gerichte und Staatsanwaltschaften zwei ineinandergreifende Arme der Justiz sind, die gemeinsam den Rechtsstaat tragen. Dies ist der Hintergrund, vor dem wir Reformmöglichkeiten des externen Weisungsrechts diskutieren müssen. Es ist schlau, da sehr, sehr vorsichtig und sehr, sehr langsam sowie ganz in Ruhe heranzugehen.

Auf der anderen Seite müssen wir ebenfalls - und das ist wichtig - den **Verfassungsgrundsatz der parlamentarischen Verantwortung** fest im Blick haben. Denn bei aller Nähe zur Rechtsprechung ist und bleibt staatsanwaltschaftliches Handeln Exekutivtätigkeit,

(Beifall Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering [SSW], Dr. Ralf Stegner [SPD], Anita Klahn [FDP] und Wolfgang Kubicki [FDP])

die durch das Volk zu kontrollieren ist. Das Volk ist mittelbar das Parlament und die sie tragenden Regierungen. Was ich nicht will - und was wir alle nicht wollen, denke ich -, ist eine Rückkehr zum Generalstaatsanwalt als politischen Beamten. Das wäre noch eine Nummer schlimmer. Irgendeine Form der Einflussnahme des Volkes auf die Tätigkeit der Exekutive muss es aber geben. Das ist ein Verfassungsgrundsatz. Darauf ist unser Staat aufgebaut. Das dürfen wir bei allem Engagement und bei allen Emotionen nicht vergessen. Deshalb sind die Regelungen so, wie sie sind.

Ich weise trotzdem noch einmal darauf hin, dass sich Staatsanwaltschaften gegen eine mögliche Einflussnahme - alles im Konjunktiv, weil es das bisher noch nicht gegeben hat - verwahren könnten und ihrerseits rechtliche Schritte bei einer solchen Einflussnahme einleiten könnten. Der Kollege Kubicki hat das eben noch einmal dargestellt.

Wir reden hier über ein theoretisches Problem. Wir sollten in der Beratung sehr vorsichtig sein, da man theoretische Probleme immer gern und lange diskutieren mag. Wir sollten hier aber nicht den Eindruck

(Lars Harms)

erwecken, dass tatsächlich der Staat - sei es durch die Justizministerin oder durch irgendwelche Beamte - Einfluss auf die Rechtsprechung nimmt. Genau das tut er hier in der Bundesrepublik Deutschland nicht. Wir haben eine **unabhängige Justiz**. Faktisch ist das so. Da sollten wir sehr stolz drauf sein, und das sollten wir auch nicht in Grund und Boden reden. Deswegen sollten wir uns das ganz, ganz vorsichtig angucken. Ich empfehle, im Rahmen der Beratungen, die sich darum drehen, eine Justiz zu schaffen, die etwas unabhängiger ist als das, was wir jetzt schon auf dem formalen Weg haben. Wenn wir das hinbekommen, können wir eine vernünftige Debatte ohne diese - ich sage einmal - Unterstellung führen, dass hier irgendwelcher Einfluss genommen wird.

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Bevor ich Herrn Abgeordneten Dr. Breyer für einen Dreiminutenbeitrag das Wort erteile, begrüßen Sie bitte mit mir auf der Tribüne unsere ehemalige Kollegin Luise Amtsberg, die jetzt Bundestagsabgeordnete in Berlin ist.

(Beifall - Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist doch schön! Heimweh?)

Für die Fraktion der PIRATEN erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Patrick Breyer das Wort.

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bitte um Verständnis, dass ich den Unfug, den der Kollege Kubicki hier verbreitet hat, richtigstellen muss und deshalb die Zeit in Anspruch nehme.

(Heiterkeit FPD und Lars Harms [SSW])

Erstens hat er behauptet, wir hätten beantragt, **Immunitätsregeln** abzuschaffen. Genau das Gegenteil ist der Fall. Wir haben uns dagegen gewendet, dass sie mit dem Zusammentreten jedes Landtags automatisch eingeschränkt werden.

Zweitens hat er behauptet, es sei meine Art, unbelegbare Behauptungen in den Raum zu stellen, obwohl ich einen ganz konkreten Fall genannt habe, in dem vom Weisungsrecht Gebrauch gemacht worden ist. Da ist Mitnichten nur eine Prüfung angeordnet worden, sondern die **bayerische Justizministerin** hat vor zwei Jahren die Weisung erteilt, einen **Wiederaufnahmeantrag** zu stellen. Wenn der Kollege Kubicki der Meinung ist, er erwartet

das von einer Justizministerin, will ich ganz ausdrücklich sagen, dass die Staatsanwälte es nicht nötig haben, eine solche Anweisung zu bekommen, und dass sie sehr wohl auch in der Lage sind, selbst ein Wiederaufnahmeverfahren einzuleiten, wenn es denn gerechtfertigt ist.

(Beifall PIRATEN - Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Soweit die Kollegin Ostmeier dem Kollegen Kubicki eine differenzierte Beurteilung zutraut, hat er das mit seinem Beitrag eben widerlegt.

Dennoch will ich noch einmal wiederholen:

„Zur Stärkung der Selbstverwaltung der Justiz ist das externe Weisungsrecht der Landesjustizverwaltung gegenüber den Staatsanwaltschaften abzuschaffen, um jedem Anschein einer politischen Beeinflussung der Justiz vorzubeugen.“

Herr Kollege Kubicki, wenn Sie das stört, sage ich Ihnen gern, dass dieser Satz ein Zitat aus dem **Bundestagswahlprogramm der FDP** ist.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Gern.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:** Herr Kollege Breyer, ich kenne den Fall Mollath nicht im Detail, sondern nur das, was man in den Zeitungen lesen konnte. Ist es aber nicht gut, dass es in unserer Republik möglich ist, wenn es um mögliche Missstände in der Justiz geht und bezweifelt wird, dass es ordentlich gemacht worden ist, dass eine Justizministerin in der Lage ist, die Staatsanwaltschaft dazu zu veranlassen, dass das noch einmal nachgeprüft wird? Herr Mollath würde wahrscheinlich immer noch in der Psychiatrie sitzen, wenn das nicht so wäre.

Herr Breyer, ist es nicht auch ein Problem, dass man gerade als demokratisch gewählter Abgeordneter den Eindruck erweckt, als ob jede Form von Handeln, die vom demokratisch gewählten Parlament oder einer davon abgeleiteten Regierung ausgeht, per se etwas Problematisches ist? Auch wenn wir gar keinen Grund haben, uns zu beschweren, tragen wir damit nicht zur Unterhöhlung der reprä-

**(Dr. Patrick Breyer)**

sentativen Demokratie bei, wenn wir ständig diesen Eindruck erwecken?

- Herr Kollege Dr. Stegner, auch die Staatsanwältinnen und Staatsanwälte sind demokratisch gewählt, wenn auch indirekt. Sie haben genauso eine Legitimation, Entscheidungen unabhängig zu treffen, wie es bei Abgeordneten der Fall ist,

(Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

wie es bei Richterinnen und Richtern der Fall ist, wie es bei den Mitgliedern der Landesregierung der Fall ist. Ich stimme Ihnen zu, dass es natürlich richtig war, dieses Wiederaufnahmeverfahren einzuleiten. Die Justiz hat es nur nicht nötig, dazu eine Anweisung einer Justizministerin zu bekommen. Dafür kann die Justiz selber sorgen. Zum Beispiel hätte der Generalstaatsanwalt in Bayern dafür auch selbst sorgen können, ein Selbstverwaltungsorgan hätte dafür selbst sorgen können. Es ist nicht nötig, dass dafür eine Anweisung von der Politik kommt.

(Zurufe Birgit Herdejürgen [SPD] und Dr. Kai Dolgner [SPD])

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Bemerkung des Herrn Abgeordneten Kubicki?

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Ich tue das.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:** Welche Staatsanwaltschaft ist demokratisch gewählt worden?

- Herr Kollege Kubicki, **demokratisch legitimiert**. Eine demokratische Legitimation hat jeder Amtsträger, weil er zumindest indirekt auch vom Parlament gewählt worden ist. Bei den Staatsanwältinnen und Staatsanwälten, die von demokratisch gewählten Organen ernannt werden, ist in dem Fall auch eine demokratische Legitimation vorhanden, ebenso wie bei jedem Amtsträger.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Dann ist das Parlament ja ziemlich überflüssig!)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Gestatten Sie eine Nachfrage des Herrn Abgeordneten Kubicki?

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Gern, wenn ich zur Fortbildung beitragen kann.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:** Das interessiert nicht nur mich, sondern auch die deutsche Öffentlichkeit. Habe ich Sie jetzt richtig verstanden, dass jeder Amtsträger demokratisch legitimiert ist? Wodurch? Das Parlament stellt keinen Amtsträger ein.

- Jeder Amtsträger ist durch eine Legitimationskette legitimiert, das heißt seine Ernennung lässt sich demokratisch auf den Willen des Volkes zurückführen. So muss es in einer Demokratie auch sein.

- Dann verstehe ich das Problem nicht. Die Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes werden durch den Dienstherrn eingestellt. Das Parlament hat ja noch keinen Staatsanwalt gewählt oder eingestellt. Jedenfalls kann ich mich daran nicht erinnern. Vielleicht ist das ja an mir vorbeigegangen.

- Vielleicht sollte ich das noch einmal erklären, Herr Kollege Kubicki. Der Kollege Dr. Stegner hat gefordert, dass solche Fragen durch eine demokratisch legitimierte Ministerin geregelt werden können müssten. Ich sage, dass sie bei der Justiz sehr gut unabhängig aufgehoben sind, weil die auch demokratisch legitimiert ist.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Sie haben von gewählten Staatsanwälten gesprochen!)

- Die sind demokratisch legitimiert, nicht gewählt. Wenn ich das anders gesagt haben sollte, dann berichte ich das an dieser Stelle.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank. - Nun erteile ich für die Landesregierung der Ministerin für Justiz, Kultur und Europa, Anke Spoorendonk, das Wort.

(Zurufe)

**Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Es gäbe vieles, was ich in dieser Debatte gern sagen möchte, aber bei einem Blick auf die Uhr glaube ich, es wäre ganz gut, wenn ich meinen Beitrag etwas kürze. Ich hoffe, dass wir die Diskussion im Ausschuss weiterführen können. Es gibt vieles, was noch ausgeräumt werden müsste, und vieles, das es zu erörtern gilt.

Meine Damen und Herren, die in den §§ 146 und 147 Gerichtsverfassungsgesetz formulierte grundsätzliche **interne** wie **externe Weisungsgebunden-**

(Ministerin Anke Spoorendonk)

**heit der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte** ist eine der rechtlich und rechtspolitisch umstrittensten Grundfragen des Rechts der Staatsanwaltschaften. Die heutige Debatte hat hinlänglich gezeigt, wie umstritten diese Frage ist.

(Beifall PIRATEN)

Dies um so mehr, als zwischenzeitlich in allen Bundesländern - lieber Herr Abgeordneter Breyer - die Abschaffung des **politischen Beamten** in der Position der **Generalstaatsanwältin** oder des **Generalstaatsanwalts** vollzogen ist. Auch das sollte man einen Moment sacken lassen.

(Unruhe)

Über die allgemein erhobene Forderung hinaus, dass sich die Weisungsgewalt der Justizverwaltung auf das unumgängliche, notwendige Maß beschränken müsse, wird aus rechtsstaatlichen Erwägungen die Einschränkung oder gar die **Abschaffung der Weisungsgebundenheit** der Staatsanwälte gefordert. Das ist die heutige Diskussion.

(Beifall PIRATEN)

Dies könne - so wird argumentiert - im Sinne einer gesetzlichen Festlegung der Grenzen der Weisungsbefugnis erfolgen oder dadurch, dass den Staatsanwälten gegen Weisungen, die sie für gesetzwidrig halten, förmlich die Anrufung einer richterlichen und sonstigen weisungsfreien Stelle eröffnet wird. Auch das ist Teil dieser Diskussion.

Noch weiter geht die Forderung nach der **Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaft**, die mit Hinblick auf ihre mit der richterlichen Tätigkeit vergleichbaren Aufgaben zum Schutz vor sachfremder Beeinflussung von Weisungen völlig oder zumindest von externen Weisungen durch die Justizverwaltung freizustellen sei. Auch das ist eine Position.

Für eine **Beibehaltung** der bestehenden **bundesgesetzlichen Regelungen** zum Weisungsrecht sprechen folgende Erwägungen. Schon gemäß Funktionsbeschreibung ist es Aufgabe der Staatsanwaltschaft, den in der Rechtsordnung verkörperten Rechtswillen im Strafverfahren zu vertreten, also nicht den politischen Machtwillen des Staates. Dabei ist die Staatsanwaltschaft auch **Mittler zwischen Exekutive und Rechtsprechung**, um durch diese Brückenfunktion die Realisierung des Verfassungsgrundsatzes der parlamentarischen Verantwortung der Regierung auch im Bereich der Strafrechtspflege zu ermöglichen.

Andererseits werden die Regelungen in den genannten Paragrafen des Gerichtsverfassungsgesetzes immer wieder auch als ein Relikt, ein alter preußischer Zopf oder auch ein zur Trockenheit erstarrtes Gesetz bezeichnet, soll heißen, das in den genannten Vorschriften vorgesehene Weisungsrecht sei nicht mehr zeitgemäß und deshalb reformbedürftig. Auch das ist Teil der Diskussion gewesen.

Insbesondere sei es geboten - heißt es -, das externe ministerielle Weisungsrecht auf generelle Weisungen zu beschränken, um bereits dem **Anschein der politischen Einflussnahme** auf die Sachbehandlung durch die Staatsanwaltschaft im Einzelfall zu minimieren. Das ist die Position des Abgeordneten Dr. Breyer.

In diesem Sinne fordert etwa der **Deutsche Richterbund** im Zusammenhang mit einer Reform des Amtsrechts der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte bereits seit Langem unter anderem die Abschaffung des externen ministeriellen Weisungsrechts im Einzelfall und veröffentlichte - Frau Kollegin Ostmeier sagte es bereits - 2003 einen entsprechenden Gesetzentwurf. Auch die **Neue Richtervereini-**gung tritt für die Abschaffung beziehungsweise für die Beschränkung des Weisungsrechts ein.

Auch die **Justizministerkonferenz** im Herbst ist schon angesprochen worden. Die JuMiKo wurde unter dem Tagesordnungspunkt „Zeitgemäße Regelung des externen Weisungsrechts gegenüber den Staatsanwaltschaften“ aufgefordert, sich mit der Infragestellung des in den §§ 146 und 147 Gerichtsverfassungsgesetz verankerten externen Weisungsrechts und der Stellung der Staatsanwaltschaften als Teil der Exekutive zu befassen. Dort habe ich - auch das wissen Sie - den Antrag Sachsens

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

auf Einrichtung einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe unter Federführung des Bundesministeriums der Justiz unterstützt. Ziel sollte es sein, die Möglichkeit der Abschaffung oder gesetzlichen Begrenzung des Weisungsrechts der Justizministerien gegenüber den Staatsanwaltschaften zu prüfen. Schon diese Bestrebung fand keine Mehrheit. Wie abgestimmt wurde, haben Sie schon gehört.

Insbesondere vor diesem Hintergrund sehe ich daher derzeit nicht, wie wir mit einer **Bundesratsinitiative** im Sinne des CDU-Antrags überhaupt Aussicht auf Erfolg haben könnten.

Lassen Sie mich auch im Hinblick auf die aktuelle **Kleine Anfrage des Abgeordneten Dr. Breyer** zum Thema Unabhängigkeit der Justiz, die auch

**(Ministerin Anke Spoorendonk)**

schon angesprochen wurde, noch ein Wort zur Situation in unserem Land sagen. Die Jahreszahl 2010, die vorhin ein bisschen mit infrage gestellt wurde, geht aus der Kleinen Anfrage hervor. Dr. Breyer wollte nur wissen, wie es seit 2010 aussieht.

(Unruhe)

Die Antwort des Justizministeriums macht deutlich, dass keine Einflussnahme stattgefunden hat. Ich sage noch einmal: Dies ist Ausdruck des auch von meinen Vorgängern gepflegten Verständnisses von justizpolitischer Kultur in diesem Land.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Dr. Heiner Garg [FDP])

In Schleswig-Holstein ist in den letzten Jahren vom externen ministeriellen Weisungsrecht im Sinne einer Einflussnahme auf den Gang oder das Ergebnis staatsanwaltschaftlicher Ermittlungen im Einzelfall kein Gebrauch gemacht worden. Das ist die Botschaft.

(Wortmeldung Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Frau Ministerin, gestatten Sie - -

**Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:**

Nein, ich bin jetzt zu Ende. - Vielmehr praktiziert Schleswig-Holstein seit Jahren ein sehr liberales, faktisch unabhängiges Verständnis der Staatsanwaltschaft beziehungsweise der staatsanwaltschaftlichen Arbeit.

Lieber Herr Dr. Breyer, wir werden weiter diskutieren, aber jetzt ist Schluss.

(Beifall SSW, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Diese Feststellung ist mir so wichtig, dass ich sie gern als Schlussbemerkung stehen lassen möchte. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Frau Ministerin, so viel zur Gewaltenteilung.

(Zurufe)

Das Präsidium teilt Ihre Einschätzung, dass wir jetzt zum Ende kommen können. Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Wir kommen zur Abstimmung. Ich habe mehrfach vernommen, dass dieses Thema im Ausschuss intensiv diskutiert werden soll. Wer der Meinung ist, dass die Anträge Drucksachen 18/1422 und 18/1515 in den Innen- und Rechtsausschuss überwiesen werden sollen, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich unterbreche die Tagung bis morgen früh um 10 Uhr und wünsche Ihnen allen einen guten Abend. Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluss: 18:59 Uhr**